REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 333 · 26.8.1991

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 51 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Achtung Überfall: Der ak ist teurer geworden
2. Zum künftigen Editorial des AK
3. Vereinbarung über die gemeinsame Herausgabe der Zeitung ak zwischen der "Gruppe K" und der "Ex-Mehrheit"
4. Spenden seit AK 329
5. Neue ak-Herausgeberschaft vereinbart
6. Kroatien und Serbien: Nationalismus = Selbstbestimmung?
7. Österreichs Jugoslawienpolitik: Rache für Sarajewo - Hannes Hofbauer
8. Pulverfaß Osteuropa (Buchbesprechung)
9. Die Außen- und Sicherheitspolitik der EG: Testfall Jugoslawien
10. Europas Landkarte wird geändert
11. Aktion "Besen". Türkische Großoffensive in Irakisch-Kurdistan
12. Kommunismus - erster Versuch - tot. Überlegungen nach dem gescheiterten Staatsstreich in der Sowjetunion
13. Dokumentation: Das "Harvard-Papier" für den sowjetischen Übergang in die Marktwirtschaft
14. Kräftiger Boris
15. Weltwirtschaftsgipfel in London: Gorbatschow am Katzentisch der Reichen
16. Torschlußpanik?
17. Kommentar: Das Ende dieses Weltkommunismus
18. "Zwei Beine unterschiedlicher Länge ..." Zur Entwicklung Vietnams
19. Ostdeutschland: Wirtschaftszusammenbruch und Gewerkschaften
20. Rettungsanker Beschäftigungsgesellschaften?
21. Stop EG 92: Beitritt Österreichs verhindern (Dokumentation)
22. Die Terror-Connections des MfS
23. Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung. Der leise Putsch - Ulla Jelpke, Albrecht Maurer und Helmut Schröder
24. Freiheit für Mielke
25. Das Stadion des Sieges (aus "il manifesto") - Rossana Rossanda (aus
26. Europa schließt die Pforten. Die zwei Seiten der Freizügigkeit
27. Von Rechts bis Grün: "Ausländer raus!"
28. Das Monster bleibt. Nach der Unterzeichnung des START-Vertrages
29. Bundeswehr und Grundgesetz (Buchbesprechung)
30. "Reiner Unfug". Neue Atomwaffen in und um die BRD
31. Geschichte wird gemacht. Zum Umgang der Sieger des 9. November mit der deutschen Geschichte
32. "In bester Gesellschaft". Rechtsradikalismus in Deutschland (Buchbesprechung)
33. Wunsiedel - Bayreuth: Kristallisationspunkt der militanten Rechten - Kurt Ohrowski und Heinz Sedoch
34. Prozeß und Verurteilung des Thorsten Heise. Kurze Unterbrechung einer faschistischen Blitzkarriere
35. Antifa-Ratschlag geplant Antifas beraten - aber wie?
36. Proteste verhindern IG-Farben-Aktionärsversammlung
37. Die KPD und Deutschland 1945-49 (Teil 1)
38. Freiburg hat was - alle suchen. Der Antisemitismus-Streit im Radio Dreyeckland
39. Jede Etappe hat ihre eigenen Kampfformen. Über die Geschichte der Tupamaros Interview mit Eleuterio F. Huidobro
40. Land und Freiheit. Bauern in Mexiko im Kampf gegen feudalististische Strukturen
41. Damit Sozialismus nicht Utopie bleibt. Dokumentation eines Diskussionsbeitrages von William Grigsby

42. Über die Barbarei des Hungers. Konsumfreudige Citoyens und der Kolonialaufauftrag der zivilisierten Welt - Christian Schmidt
43. Gramsci und die Zukunft des ak
44. "Metropolen(gedanken) & Revolution?" (Buchbesprechung)
45. AK dubios - oder: Der Wille zur Verurteilung (Zur Diskussion um "konkret")
46. Vom Ende eines kleinen Landes. Zu den Büchern von Hans Modrow und Günter Schabowski - Harald Projanski
47. Dokumentation: Presseerklärung zur antifaschistischen Demonstration in Bayreuth
48. KB-Minderheit aufgelöst - Gruppe K gegründet
49. Zufall? - Betr.: Zwischen Orient und Okzident (AK 332)
50. "Aus einer kleinen Anregung das Dokument einer Epoche schaffen." Zum Tode von Axel Eggebrecht
51. Quelldatei 59.htm

1. Achtung Überfall: Der ak ist teurer geworden

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/69.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:69

Wenn ihr diesen AK in den Händen haltet, ist es meistens schon passiert: Ihr habt eine Mark mehr für den AK bezahlen müssen; der AK kostet ab sofort nicht mehr DM 5,- sondern DM 6,-. Entsprechend teurer wird auch das Abonnement. (s. die neuen Abo-Zettel auf der Rückseite des AK)

Für diesen Überfall möchten wir uns bei Euch in aller Form entschuldigen. Wir hätten Euch lieber die Preiserhöhung rechtzeitig angekündigt, bevor wir uns erst einmal all Euren Zorn zuziehen.

Wir möchten Euch hier Rechenschaft geben, warum wir keine andere Möglichkeit gesehen haben, diese Preiserhöhung jetzt vorzunehmen, um die Weiterexistenz dieser Zeitung sichern zu können.

Die letzte Preiserhöhung des AK wurde am 17.11.86 bei AK-Nr. 276 vorgenommen. Nach vier Jahren war der AK-Preis von DM 4,- auf DM 5,- angehoben worden. Wir könnten also behaupten, alles sei seither teurer geworden, und wir könnten Euch die Preissteigerung anderer, vergleichbarer Zeitungen vorrechnen - tun wir aber nicht, auch wenn bei dem Vergleich ganz gut abschneiden würden.

Der Hauptgrund dieser Preiserhöhung liegt woanders. Bisher wurden die AK-Kosten rund zur Hälfte nicht aus den Verkaufserlösen, sondern vom KB getragen. Das ist vielleicht etwas übertrieben, weil unsere mit diesem Geld angestellten AK-RedakteurInnen ja nicht nur für die Zeitung, sondern auch für die Organisation gearbeitet haben. Trotzdem, der AK ist zu einem großen Teil aus Organisationsgeldern subventioniert worden. Diesen hohen Unterstützungsanteil, den der KB für diese Zeitung geleistet hat, können wir nach der Auflösung des KBs nicht mehr in alter Höhe aufrechterhalten. Wir haben zwar kräftig gespart, z.B. wird es statt früher sechs bestenfalls noch vier ganze Stellen für die Redaktion geben, aber allein können wir es nicht schaffen.

Die Zeitung kann in bisheriger Form nur dann bestehen bleiben, wenn unsere LeserInnen bereit sind, einen etwas höheren Kostenanteil zu übernehmen, und wir bitten um Euer Verständnis.

Für den, den es genauer interessiert, wollen wir auch in Zahlen darstellen, wie wir den AK für die Zukunft kalkuliert haben.

In der folgenden Tabelle sind die Einnahmen und Ausgaben für eine AK-Ausgabe aufgelistet, von denen im Moment ausgegangen wird. (s. Anmerkung) Da wir weiterhin 12 Ausgaben des AK im Jahr herausbringen wollen, ist die Kalkulation für eine AK-Ausgabe identisch mit einer Monatsbilanz.

Einnahme/Ausgabe

AK-Erlöse bisher

Werbung

Summe Einnahmen

Satz/Repro

Buchhaltung/Vertrieb

Druckkosten AK

Fotohonorare

Verschickungskosten

AK-Erstellung/Vertrieb

Miete, Heizung, Strom

Instandhaltung

Versicherungen

Maschinenmiete

Festkosten

Porto

Telefon

Bürobedarf

Zeitschriften

Sonderkosten

Redaktionskosten

Gehälter 2 Redakteure

Bilanz

in DM

20000.-

0,-

9000,-

4000,-

5000,-

400,-

2430,-

900,-

50,-

150,-

400,-

100,-

600,-

200,-

200,-

200,-

6200,-

Bilanz

20000,-

-20830,-

-1500,-

-1300,-

-6200,-

-9930,-

Diese Deckungslücke wollen wir wie folgt verteilen.

An die AK-LeserInnen:

Wir verkaufen pro Monat rund 4500 AKs, hinzu kommen 300 Freiabos (für den Knast) und Austauschabos (mit anderen Zeitungen). Die Buchläden, über die rund ein Drittel des AK-Vertriebes läuft, erhalten 33% Verkaufsrabatt.

Durch die Euch zugemutete AK-Preiserhöhung von 1,- DM wollen wir pro Monat 3500,- DM mehr einnehmen.

An die beiden Trägergruppen

Der AK wird nach der KB-Auflösung nicht mehr vom KB, sondern den beiden verbleibenden Restgruppen zusammen getragen. Beide Gruppen benennen je sechs RedakteurInnen und erhalten im Rahmen dieser Kostenrechnung jeweils eine ganze oder zwei halbe bezahlte Redaktionsstellen.

Die Ex-Minderheit, heute Gruppe K, zahlt monatlich 1000 DM und die Ex-Mehrheit (die ein größeres Beitragsaufkommen hat) 2250,- DM zur Kostendeckung des AK. Außerhalb dieser Rechnung bezahlt die Ex-Mehrheit zwei weitere halbe Redaktionsstellen und bemüht sich, dies nochmals um um zwei halbe Stellen aufzustocken.

Andere AK-UnterstützerInnen

Von KB-Mitgliedern, die sich keiner der beiden verbleibenden Restorganisationen angeschlossen haben, erhalten wir derzeit monatlich rund 1900,- DM an Unterstützungsgeldern zur Aufrechterhaltung des AK.

Wenn man diese Unterstützungsbeiträge zusammenaddiert, bleibt immer noch eine Deckungslücke von derzeit monatlich knapp 1300,- DM. Diese Restlücke hoffen wir durch:

AK-Spenden decken zu können. Das heißt, wenn alle Prognosen so stimmen und aus der Sicht des AK nicht schlechter werden, müssen wir alle gemeinsam, Ex-Minderheit, Ex-Mehrheit, Ex-KBlerInnen, und sonstige AK-LeserInnen pro Jahr rund 15.000 DM an Spenden sammeln. Wir hoffen sogar, durch Spenden nicht nur Lücken decken zu müssen, sondern auch unsere Redaktionsmöglichkeiten verbessern zu können.

Und daß so denken wir, könnten wir gemeinsam schaffen, vorausgesetzt das Interesse am AK ist nicht über alle unsere Wirrungen und Irrungen hinweg verloren gegangen. Es könnte natürlich auch sein, daß die Zukunft sogar besser wird, warum nicht?

Anmerkung der Gruppe K

Diese Auflistung der AK-Erstellungskosten wird allein von den GenossInnen der Ex-Mehrheit getragen, die den HSV in eigener Regie weiterführen. Die GenossInnen der Gruppe K gehen davon aus, daß Einsparungen möglich sind und treten dafür ein, daß Spendengelder für die Verbesserung der Redaktionsarbeit aufgewendet werden.

2. Zum künftigen Editorial des AK

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/73.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:73

Vorschlag der RedakteurInnen der Gruppe K

"Der AK (die Abkürzung steht für Arbeiterkampf) will als eine nichtdogmatische kommunistische Zeitung das Zeitgeschehen analysieren und kommentieren und zugleich die Debatte und Strategiebildung der nichtreformistischen Linken dokumentieren bzw. sich daran beteiligen. Er steht für linkssozialistische Transformationsüberlegungen ebenso offen wie für politische Positionen, die der dogmatische ‚Marxismus-Leninismus` in der Regel als trotzkistisch, kleinbürgerlich-anarchistisch und revolutionaristisch (bewaffneter Kampf) auszugrenzen pflegte.

Der Arbeiterkampf war bis zum Frühsommer 1991 die Zeitung des KB. Seit der KB-Auflösung ist der AK auch formal keine Organisationszeitung mehr. Beide Herausgebergruppen sind mittelfristig an einer verbindlichen redaktionellen und/oder herausgeberischen Mitarbeit durch weitere Organisationen und Einzelpersonen aus der sozialistischen und radikalen Linken interessiert. Mitglieder der Redaktion sind derzeit as, Cl., ga., he., Kt. und Sy. für die Ex-KB-Mehrheit sowie dsm., hr., jw., kla., nm. und sab. für die Gruppe K."

Schreiben eines Mehrheitsredakteurs

Wir haben auf unserem SchreiberInnen-Treffen in der Ex-Mehrheit auch über das von Euch vorgeschlagene Editorial diskutiert. Uns erscheint dies noch nicht ausgereift, würden allerdings wegen der weitreichenden politischen "Festlegungen" gerne mit etwas mehr Ruhe darüber diskutieren. Nur um in etwa zu sagen, worin Einsprüche beständen:

Was ist eine undogmatische kommunistische Zeitung, wo sich niemand als dogmatischer Kommunist bezeichnen würde? Weswegen sollen wir jetzt nur die Diskussion um die Strategiebildung der nichtreformistischen Linken dokumentieren, wo wir bisher sowohl Diskussionsprozesse der Grünen als auch der PDS dokumentiert haben? Weshalb werden die trotzkistischen, anarchistischen und die Strömung des bewaffneten Kampfes in einem solch kurzen Editorial so außerordentlich hervorgehoben?

Da dies wahrscheinlich sehr weitreichende politische Diskussionen in beiden Teilen nach sich ziehen würde, schlagen wir vor, jetzt einen Kurztext zu verfassen, der nur vorübergehende Gültigkeit hat. Ich würde mir etwa folgendes vorstellen (dies ist nicht abgesprochen, nur von der Tendenz her gesagt worden):

"Der ak ist die Nachfolgezeitung des Arbeiterkampf, Zeitung des Kommunistischen Bundes, der sich im April 1991 aufgelöst hat. Herausgeber sind gleichberechtigt zwei aus dem KB hervorgegangene Gruppen. Im ak soll das politische Zeitgeschehen analysiert und kommentiert werden und es soll sich die Diskussion um die Strategiebildung der linken, sozialistischen und kommunistischen Bewegungen widerspiegeln. Wir sind dabei in redaktioneller und publizistischer Hinsicht offen für die aktive Teilnahme anderer linker Zusammenhänge und Personen und streben dies auch in Hinsicht der Herausgabe an."

he.

3. Vereinbarung über die gemeinsame Herausgabe der Zeitung ak zwischen der "Gruppe K" und der "Ex-Mehrheit"

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/72.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:72

1. Die Ex-Mehrheit und die Gruppe K sind gleichberechtigte Herausgeber des AK und bilden personell zu gleichen Teilen die Redaktion der Zeitung. Diese Zusammenarbeit wird zunächst für den Zeitraum eines Jahres, beginnend mit dem 1.8.1991, vereinbart. Über eine Erweiterung des Herausgeberkreises entscheiden beide Gruppen einvernehmlich.

2. Die Erstellung des AK soll durch seine Verkaufserlöse, über regelmäßige Zuwendungen der Herausgebergruppen sowie gemeinsame Spendensammlungen finanziert werden. In diesem Sinne haben die VertreterInnen beider Gruppen eine Zusatzvereinbarung getroffen. Über die Verwendung der Gelder, den Verkaufspreis der Zeitung und die Modalitäten ihres Vertriebs entscheiden beide Herausgebergruppen, beziehungsweise deren Finanzbeauftragte einvernehmlich.

3. Das AK-Spendenkonto wird von beiden Gruppen gemeinsam verwaltet und die dort eingehenden Gelder im Einvernehmen verwendet. Mindestens einmal im Jahr ist über die eingegangenen Spenden und deren Verwendung gegenüber der AK-Leserschaft Bericht zu erstatten.

4. Für den Fall finanzieller Einbußen aus gemeinsamer redaktioneller Tätigkeit, aufgrund politischer Einbrüche im Verkauf des AK sowie aufgrund von nachweisbaren Kostensteigerungen bilden beide Parteien eine Rücklage und verpflichten sich, die entstehenden Kosten durch Eigenanstrengungen in ihren Gruppen, durch verstärktes Spendensammeln sowie gemeinsame Anstrengungen zur Kostensenkung aufzufangen. Erweist sich dies als nicht möglich, muß über die weitere Zukunft des AK und über aufgetretene Verluste von beiden Herausgebergruppen beraten werden.

5. Beide Herausgebergruppen beauftragen die Hamburger Satz- und Verlagskooperative (HSV) für den vereinbarten Zeitraum mit der technischen Erstellung der Zeitung, der treuhänderischen Verwaltung der AK-Erlöse und dem Zeitungsvertrieb. Beide Gruppen verpflichten sich, die unmittelbare AK-Erstellung und Verschickung durch ehrenamtlichen Einsatz im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen.

6. Die Hamburger Satz- und Verlagskooperative verpflichtet sich zu einer möglichst kostengünstigen Erstellung des AK und unterrichtet die Herausgebergruppen monatlich über Veränderungen in der Vertriebs- und Kostenbilanz. Beide Herausgebergruppen haben hinsichtlich der treuhänderisch verwalteten AK-Konten das jederzeitige Recht auf Einsicht.

7. Jede Herausgebergruppe hat das Recht, bis zu sechs stimmberechtigte RedakteurInnen autonom zu benennen. Über die Aufnahme zusätzlicher RedakteurInnen entscheiden die Herausgebergruppen im Einvernehmen.

8. Im vereinbarten Zeitraum wird für jede herausgebende Gruppe aus den Erlösen des AK eine volle Redaktionsstelle (bzw. zwei halbe Stellen) einschließlich der bei der AK-Erstellung üblicherweise

damit verbundenen Kosten finanziert. Die betreffenden Personen werden von der Hamburger Satz- und Verlagskooperative (HSV) treuhänderisch angestellt. Über ihre Anstellung bzw. Ablösung als HSV-Angestellte entscheidet alleine die jeweilige Herausgebergruppe.

9. Im Falle einer vorzeitigen oder vertragsgemäßen Beendigung der Zusammenarbeit ist die Weiterführung des AK-Titels durch eine Herausgebergruppe nur mit Zustimmung der anderen Seite möglich. In diesem Fall oder bei einer Einstellung des Projektes werden die verbliebenen Redaktionsmittel auf die Gruppen verteilt. Die Einschränkung in Satz 1 ist im Falle der Auflösung einer der beiden Gruppen gegenstandslos.

Hamburg, den 25. August 1991

Ex-KB-Mehrheit Gruppe K

4. Spenden seit AK 329

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/70.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:70

In AK 329, am 8. April (Seite 2) haben wir das Ergebnis unserer diesjährigen Spendensammlung veröffentlich. Das Ergebnis betrug DM 10.582,-

In AK 329 und AK 330, nach dem KB-Kongreß wurden alle FreundInnen des AK erneut gebeten, diese Zeitung trotz unklarer Zukunft durch Spenden zu unterstützen.

Seither sind folgende Spenden eingegangen:

SPENDEN seit AK 329

R.H., Celle 50,00

N.N., Lüneburg 30,00

A.B., München 30,00

K-H.S., Berlin 100,00

H.R., St.Augustin 500,00

K-H.S., Kulmbach 20,00

A.F., Bayern 50,00

Ph.R., Hamburg 100,00

T.K., Hallig Hooge 100,00

U.M., Frankfurt 30,00

M.K., München 20,00

N.N., Hamburg 100,00

R.K., Berlin 50,00

S.S., Zemmer 100,00

K.C., Braunschweig 300,00

Inter-Gruppe St.Gallen 34,60

N.N. 20,00

K.K., Bayern 30,00

Sa., Antir. Hamburg 75,00

P.K., Berlin 30,00

U., Nürnberg 100,00

V.L., Berlin 100,00

Summe seit AK 329 1.969,60

Auch in Zukunft sind wir auf Eure Spenden angewiesen. Um den jetzt vereinbarten Stand zu halten, benötigen wir im Verlauf eines Jahres 15.000,- DM Spenden.

Wenn wir mehr Spenden erhalten können, wollen wir damit die Möglichkeiten der AK-Erstellung verbessern.

Spendenkonto:

Heinrich Eckhoff, Postgiroamt Hamburg

Bankleitzahl: 200 100 20,

Kontonummer: 4645 84-204

5. Neue ak-Herausgeberschaft vereinbart

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/71.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:71

Bis vor wenigen Tagen war noch alles offen - erst in letzter Minute, am 25. August 1991, wurde eine Vereinbarung erzielt: Der AK wird, so wie es jetzt aussieht, zumindest im kommenden Jahr als Gemeinschaftsprodukt der aus dem KB hervorgegangenen Gruppen weiterexistieren. Es waren weniger die der AK-LeserIn bekannten politischen Differenzen, die diesem Zweckbündnis im Wege standen, sondern Probleme bei der Vermögensaufteilung des KB und Differenzen hinsichtlich der Finanzierung dieser Zeitung - Differenzen, die z.T. in dem Umstand begründet liegen, daß der alte, aus dem KB hervorgegangene AK-Produktionsort, die Hamburger Satz- und Verlagskooperative, nur von GenossInnen der einen Gruppe (Ex-Mehrheit) weitergeführt wird.

Abgeschlossen ist nunmehr die auf dem Auflösungskongreß (siehe AK 330) beschlossene Aufteilung des KB-Vermögens und die nebenstehende Vereinbarung über die gemeinsame Herausgabe des AK ist unterzeichnet. (Die von den VerhandlerInnen beider Gruppen beschlossene Vereinbarung, insbesondere der in Punkt 4 ausgehandelte Kompromiß, muß, dies sei an dieser Stelle nicht verschwiegen, von den Herausgebergruppen in den kommenden Wochen allerdings noch bestätigt werden.)

Beide Herausgeber wollen den neuen AK mit einem ständigen Editorial versehen, zu einer gemeinsamen diesbezüglichen Redaktionsdebatte war bisher jedoch noch keine Zeit. Die derzeit vorliegenden Entwürfe haben wir nebenstehend dokumentiert. Auch über die Geschäftsgrundlagen der redaktionellen Zusammenarbeit (Seitenkontingentierung; Veröffentlichungsrecht etc.) existiert eine Vereinbarung erst in den Grundzügen, da entsprechende Diskussionen bisher noch nicht stattfinden konnten. Es besteht das Einvernehmen, daß ein Redaktionsstatut bis zur nächsten AK-Ausgabe ausdiskutiert und dann veröffentlicht werden soll.

Ansonsten steht die Zukunft dieses Projekts ebenso in den Sternen, wie die Zukunft der kommunistisch/sozialistischen Ansätze in diesem und jedem anderen Land. Der Werbeslogan des ganz alten AK ("... der Klarheit und der Wahrheit wegen") ist jedenfalls überholt: Daß überwiegend Unklarheit herrscht, ist das, was heute der Wahrheit wegen zugegeben werden muß. Daß eine Zeitung wie der AK deshalb überflüssiger geworden ist, sehen wir zwar nicht - aber darüber entscheiden andere, nicht wir.

6. Kroatien und Serbien: Nationalismus = Selbstbestimmung?

Rubrik: Diskussion um Selbstbestimmungsrecht; Geschichte; Nationalismus; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/66.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:66

Wenn die Bundesregierung in den EG-Gremien auf der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens als souveräne Staaten insistiert und dies mit dem Selbstbestimmungsrecht begründet, so erstaunt hier nicht nur die Unverfrorenheit, mit der zum zweiten Mal in der Geschichte einem kroatischen Staat mit faschistischer bzw. rechtsnationalistischer Regierung in den Sattel geholfen wird, sondern insbesondere auch die Zustimmung, die eine so begründete Politik bis in linke Kreise hinein genießt. Die Frage ist jedoch aufzuwerfen, ob das Selbstbestimmungsrecht einer Nation losgelöst von den Motiven einer nationalistischen Bewegung und den Lebensumständen der Menschen von Linken unterstützt werden kann.

Im folgenden sollen kurz die Ziele und historischen Vorbilder der kroatischen und serbischen Nationalisten sowie die Motive für das Wiederaufflammen dieser Bewegungen dargestellt werden. Die Frage der politischen und ökonomischen Perspektive bzw. der Möglichkeiten von "Selbstbestimmung" neuer Ministaaten im heutigen Europa kann an dieser Stelle keiner genaueren Betrachtung unterzogen werden. Ganz kraß dürfte sich dies für Kroatien stellen, das mittlerweile mehr als ein Viertel seines Territoriums an serbische Nationalisten verloren hat - zurückzuerobern dürfte es höchstens mit ausländischer Hilfe sein. Absehbar ist bereits, daß der Versuch der serbischen Hegemonie abgelöst wird durch die politische Hegemonie der EG, der BRD und/oder Österreichs, die ökonomische Ausbeutung wird ebenfalls in kapitalistischer Eintracht erfolgen.

Im Falle Jugoslawiens kann mit dem oben Gesagten auch nicht für die überwiegend im serbischen Interesse agierende "Volksarmee" oder die jugoslawische Bundesregierung Partei genommen werden. Das für Jugoslawien zu unterstützende Subjekt linker Solidarität, der auf gleichen Rechten und Möglichkeiten basierende Vielvölkerstaat, konnte aus verschiedenen Gründen auch unter Tito nur unvollkommen verwirklicht werden und hat derzeit wenig reale Chance wiederzuerstehen.

Kroatien - unabhängiger Staat unter dem Banner der Ustascha

Über dem zweiten Versuch, aus Kroatien einen unabhängigen Nationalstaat zu machen, liegen die Schatten des "Unabhängigen Staates Kroatien" aus den Jahren 1941 bis 45, an dessen Wiege die deutschen und italienischen Faschisten standen.

Wenn serbische Nationalisten im Osten und Süden Kroatiens behaupten, sie müßten die Kroaten töten, damit sie ihrerseits keine Serben mehr töten, wird dies mit einem drohenden zweiten Ustascha-Staat und der physischen Vernichtung der Serben durch die Regierung Tudjman begründet. Tudjman selber steht für die Relativierung der Verbrechen der faschistischen Ustascha (für seinen Kampf gegen die "Kollektivschuld des kroatischen Volkes" wurde er 1981 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt), ihn als Faschisten zu bezeichnen, wäre allerdings zu weitgehend. Im Zeichen der schweren Wirtschaftskrise, die auch Kroatien beutelt, gelang es Tudjman Anfang 1990, die kroatische KP mit einem rechtsnationalistischen, gegen die Zentralregierung in Belgrad gerichteten Programm abzulösen. Den Wahlkampf dominierten Demonstrationen kroatisch-nationalistischer Symbole. So wurde das rot-weiße "Schachbrett"-Wappen der alten kroatischen Könige, zuletzt von der Ustascha benutzt, zum neuen Wahrzeichen kroatischen "Unabhängigkeitskampfes". Wenn die Parallelen zum Ustascha-Regime vielleicht nicht direkt gewollt waren, so wurden sie von der neuen Regierung doch auch nicht vermieden - die absehbare Auseinandersetzung mit den Serben beschleunigte dann die nationale Homogenisierung und ermöglichte vor dem Hintergrund des drohenden Krieges diktatorische Maßnahmen wie die Gleichschaltung der Presse und die Zurückdrängung der demokratischen Kräfte. Als Provokation der serbischen Bevölkerung mußten allein solche Dinge wie die "Kroatisierung der Sprache" wirken - eine der ersten Maßnahmen der Ustascha unter Pavelic war im April 1941 das Verbot der (von Serben benutzten) kyrillischen Schrift und der Errichtung eines "Staatsamtes für die kroatische Sprache", dessen Aufgabe es war, einen Index "typisch serbischer" Worte aufzustellen und durch "kroatisch-nationale Ausdrücke" zu ersetzen.

Historiker, die die Eigenständigkeit und geschichtliche Größe der kroatischen Nation beschwören, haben heute Hochkonjunktur. Das Statut der Ustascha aus dem Jahr 1932 erklärte die Schaffung eines völlig selbständigen

Staates auf dem "ganzen völkischen und historischen Gebiet" Kroatiens (dabei waren Teile Bosniens-Herzegowinas einbezogen) zum Ziel. Auch hieran gibt es bei Tudjman Anklänge. Ähnlich wie der serbische Präsident Milosevic erhob er bei einem Auseinanderfallen Jugoslawiens Anspruch auf jene Gebiete, in denen Kroaten leben, auf das "historische Kroatien", das es außer als Ustascha-Staat nur als Einflußgebiet kroatischer Könige gegeben hatte.

Die Verabschiedung einer novellierten Verfassung kurz nach den von Tudjman gewonnenen Wahlen nährte bei den Serben in der Krajina und in Ostslawonien Diskriminierungsbefürchtungen und war das Signal, die "Abspaltung" von Kroatien zu proklamieren. In dieser Verfassung wurden die 600.000 Serben Kroatiens vom zweiten Staatsvolk zur Minderheit herabgestuft und die Zweidrittelmehrheit bei nationalitätenpolitischen Beschlüssen ausgehebelt - Maßnahmen die den politischen Einfluß der Serben nahezu beseitigten. Nicht beruhigen konnte die kroatischen Serben mit Sicherheit die darauf folgende Auflösung der Territorialstreitkräfte und ihre Ersetzung durch eine rein kroatische "Nationalgarde", die nur dem Kampf gegen Serben dienen konnte.

Die Ustascha forderte in ihrem Statut von 1932 und den später formulierten "Grundsätzen" den Ausschluß aller Nicht-Kroaten von der "Staats-und Volksführung". In dieser dürfe nur mitwirken, wer "der kroatischen Rasse und dem kroatischen Blut angehört". "Mit allen Mitteln" sei dafür zu sorgen, daß "im kroatischen Staat stets nur das kroatische Volk herrschen und Herr über alle materiellen Güter seines Landes wird." Die wirkliche Verfolgung der Serben unter der Ustascha war dann noch entwürdigender und blutiger als die völkischen Dekrete. In Zagreb wurden die Serben den Juden gleichgestellt. Sie durften die Straßenbahn nicht mehr benutzen und nur noch in den für Juden bestimmten Stadtteilen wohnen. "Unter dem Einfluß des Vorgehens der Behörden in Zagreb ... wird die serbische Bevölkerung in Massen verfolgt und verhaftet." Tausende von Serben auch aus den Städten wurden nachts aus den Betten geholt, verhaftet und per Eisenbahn oder Schiff nach Serbien verfrachtet und dort ihrem Schicksal überlassen. Besonders grausam wütete die Ustascha in den jetzt umkämpften Gebieten. So wurden im Juli 1941 in Glina sämtliche Serben, vor allem Frauen und Kinder, ca. 500 Menschen, in das Gefängnis eingeliefert und in der folgenden Nacht im Kihalci-Wald bei Glina ermordet. "Infolge der Greueltaten flüchteten fast alle Bauern der umliegenden Dörfer in den Wald und hielten sich dort versteckt. Die Ustascha ... (versprach ihnen volle Freiheit, falls sie bereit wären) sich römisch-katholisch taufen zu lassen. Die Bauern waren hiermit zum großen Teil einverstanden ... und marschierten geschlossen nach Glina. Es waren zur Taufe etwa 250 Personen erschienen, die in der Kirche von sechs Ustascha-Angehörigen empfangen wurden. Nach dem Eintritt der Bauern wurde die Kirche geschlossen. Die Bauern mußten sich sodann mit dem Gesicht zur Erde legen, worauf die Ustascha-Angehörigen mit bereitgehaltenen spießartigen Stök- ken auf die liegenden Bauern einstachen. Durch weitere erscheinende Ustascha-Angehörige wurden die Bauern nacheinander ermordet." (aus einem Bericht der deutschen SS, zitiert nach 1) In zahlreichen Dörfern wurden die serbischen Kirchen als Gefängnisse benutzt und später zerstört - der Kampf gegen die Serben tobte sich als moderner religiöser Kreuzzug aus. Noch immer stehen in der Lika oder im Kordun-Gebiet Ruinen orthodoxer Kirchen, in denen Serben bei lebendigem Leib verbrannt wurden. In Mostar wurden Serben an das Ufer der Neretva geführt, mit Draht zusammengebunden und dann erschossen. Zur Ausrottung und Vernichtung ganzer Dörfer kam es in der Gegend von Sarajewo. Seit dem Frühjahr 1941 wurden auf dem Gebiet des unabhängigen Staates Kroatien zahlreiche größere und kleinere Konzentrationslager errichtet (Jasenovac, Stara Gradiska, Jadovno, Danica u.a.), in denen Hunderttausende von Serben, Juden und politischen Gegnern untergebracht wurden, von denen ein großer Teil an Hunger und Seuchen umkam oder auf andere Art ermordet wurde.

Es ist sowohl für Kroaten wie Serben festzustellen, daß es in der Geschichte Zeiten gegeben hat, in denen eine Nation die andere unterdrückte oder sogar blutig bekämpfte; der Erinnerung am zugänglichsten dürfte dabei der Terror der kroatischen Ustascha in den Jahren 41 bis 45 sein. Das sich die Nationalismen in direkter Anknüpfung an jene grausigen Massaker heute austoben, verweist auch darauf, wie wenig der Krieg der Nationen untereinander in der Zeit unter Tito einer wirklichen Verarbeitung zugänglich war und wie oberflächlich der Internationalismus blieb.

Serbien: KP als Vorreiter des Nationalismus

Während die KP Sloweniens sich durch eine im politischen und ökonomischen Bereich sozialdemokratische Wandlung und ihre Anbiederung an die EG wenn auch nicht mehr die Macht, so doch aber einen wichtigen Platz in der neuen Regierung sicherte und die vor allem ökonomisch motivierten Sezessionsbestrebungen

mittrug, konnte sich die KP Serbiens durch ein faktisches Bündnis mit den bürgerlichen Rechtsnationalisten an der Regierung halten. Noch bis Herbst 1987, während bereits die ersten, von der KP unterstützten proserbischen Demonstrationen stattgefunden hatten, gab es einen starken Flügel in der KP, der vor dem wachsenden serbischen Nationalismus warnte und sich gegen ein repressives Vorgehen gegenüber den Aufständen der Albaner im Kosovo aussprach.

Dieser Teil wurde nach heftigen Auseinandersetzungen im September 1987 aus dem ZK entfernt. Dem Sieg der Nationalisten (zu denen auch Teile des Staatsbeamtentums, der Armee, des Bürgertums und vor allem der orthodoxen Kirche zu zählen sind) und ihrer Gallionsfigur Milosevic folgte eine Säuberung der Medien und deren Gleichschaltung.

Indem Milosevic die nationalistischen Ziele der serbischen Rechten mitvertrat, erreichte er eine maximale Mobilisierung der Massen und eine Paralysierung gegen die Regierung gerichteter sozialer Forderungen, die in den Armenhäusern Serbiens und in Montenegro bei Massendemonstrationen zunächst eine starke Rolle gespielt hatten. Die Rufe "meine Kinder sind hungrig" und "schaut meine Schuhe an, ich habe kein Geld für den Flickschuster" gingen bei Auftritten von Milosevic unter in "Wir wollen Brot! Wir wollen Slobo!" (Slobodan Milosevic). Es gelang ihm erfolgreich, die Forderungen der Menschen nach ökonomischen Verbesserungen ihrer verzweifelten Lage in den Ruf nach Bekämpfung der Albaner und der Nordrepubliken umzubiegen, die Serbien angeblich demütigten und die Schuld an der Wirtschaftsmisere trügen. An die Stelle von Konzepten zur Überwindung der politischen und ökonomischen Krise traten nationalistische Massenfeiern, die unter der alten serbischen Fahne mit den vier "S" (Nur die Eintracht kann Serbien retten) die Hoffnungen der Menschen auf das Wiedererstehen einstiger serbischer Größe lenkten. Neben den Tschetniks waren die Mitglieder der Kulturgemeinschaft "Sava" in Volkstrachten und mit den Bildern ehemaliger nationaler Größen ständige Teilnehmer der Massendemonstrationen, mit denen die Provinzregierungen im Kosovo und der Voyvodina sowie der Republik Montenegro gestürzt wurden.

Die Programme der verschiedenen rechten Organisationen unterscheiden sich allenfalls in ihrer Radikalität, nicht in den grundsätzlichen Zielen.

Die "Serbische Erneuerungsbewegung" unter Vuk Draskovic will die Angliederung der Krajina und Slawoniens, wo die Serben ca. 20% der Bevölkerung ausmachen, an Serbien erreichen.

Ziel der Cetniks (s. Kasten) unter dem "Vojvoden" (Heerführer) Seselj ist die Errichtung eines Großserbien, zu dem er neben dem heutigen Serbien auch die Provinzen Kosovo und Voyvodina, die Republiken Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro sowie die serbisch besiedelten Gebiete Kroatiens mit den Grenzen Karlobag, Karlovac, Virovitica zählt, was Kroatien auf ein Drittel seines jetzigen Territoriums reduzieren würde. "Wenn den Kroaten das nicht reicht, nehmen wir eben alles." Und jene 200.000 Serben aus Zagreb und 30.000 aus Rijeka "müssen natürlich umgesiedelt werden." (2) Die Moslems in Bosnien, von denen Widerstand gegen dieses Konzept zu erwarten ist, sind für ihn "islamisierte Serben", ein Teil Kroaten katholische Serben. Die Moslems will Seselj vertreiben, sollten sie Widerstand leisten - nach Anatolien. Klar ist bei diesen Konzepten, daß im Falle ihrer Durchsetzung die jetzigen Auseinandersetzungen in Kroatien nur der Anfang eines lang andauernden Krieges sein werden.

Die bei Seselj, Draskovic und Milosevic zu findenden Vorstellungen einer ethnozentristischen Vereinigung knüpfen ideologisch an die Erneuerung des mittelalterlichen serbischen Reiches an. Personifiziert sind sie durch Ilija Garasasin, der 1844 in der Programmschrift "Nacertanije" angesichts des Zerfalls des Osmanischen Reiches eine dominierende Stellung Serbiens auf dem Balkan forderte und die Vereinigung aller von Serben be- und mitbewohnten Regionen proklamierte. Dieses Programm bestimmte auch auf dem Weg zur ersten jugoslawischen Vereinigung die serbische Politik.

Die "Heimholung" aller serbisch besiedelten Gebiete, die sowohl Seselj und Draskovic als auch Milosevic verfolgen, hat einen ökonomischen Kern. Serbiens Wirtschaft steht durch die Abtrennung der jugoslawischen "Devisenbeschaffer" Slowenien und Kroatien vor dem Kollaps, die großen staatlichen Kombinate Serbiens vor dem Ruin. Bereits auf den Demonstrationen der vergangenen drei Jahre forderten die Menschen mehr Lohn, da sie sich lebensnotwendige Dinge wie Schuhe und Kleidung nicht mehr leisten konnten. Mit der Annexion des südlichen Kroatien könnte Serbien auf Devisen aus dem Tourismus hoffen, Slawonien ist die Kornkammer Jugoslawiens. Doch jenseits dieses ökonomischen Kalküls und der wiederauflebenden Erinnerung an die

Ustascha steht hinter den von Milosevic mehr oder weniger offen unterstützten Kämpfen ein völkisch-nationales Konzept der Wiederbelebung des "Serbentums" und serbischer Vormachtstellung. Während für Seselj die Kroaten ein "verdorbenes Volk" sind (dagegen setzt er das "deutsche Volk" als "Kriegervolk"), hat Milosevic mit der Beseitigung jeder Menschenrechte im Kosovo und mit der Abschaffung von Minderheitenrechten wie eigenen Schulen, Zeitungen in der Voyvodina praktisch bewiesen, wie er die nichtserbischen Minderheiten zu behandeln gedenkt. Mit der Idee Titos, der Gleichheit und dem Ausgleich der Völker, hat diese Politik nichts mehr zu tun. Seselj proklamiert offen die Abschaffung Jugoslawiens als Staat, Milosevic hat bislang verbal am Erhalt Jugoslawiens festgehalten - nicht zuletzt, weil ihm dies neben der internationalen Unterstützung das Wohlwollen jener Teile von Staatsbürokratie und Armee einbrachte, die am titoistischen Vielvölkerstaat festhalten wollen. Doch die Rolle des Garanten eines einheitlichen Jugoslawiens ist wenig glaubwürdig vor dem Hintergrund, daß auch Milosevic fordert, daß alle Serben in einem Staat leben müssen. Die im Frühsommer 1990 verabschiedete neue serbische Verfassung verband das Ziel serbischer Selbständigkeit mit einem Revisionismus gegen die territoriale Integrität anderer Republiken, vor allem Bosnien-Herzegowinas. Sollte Jugoslawien zerfallen, wäre die Frage der innerjugoslawischen Grenzen neu zu stellen. In einem Interview Anfang August erklärte Milosevic: "Wir haben nichts gegen einen unabhängigen kroatischen Staat - solange er nicht einen Teil der serbischen Bevölkerung mitnehmen will. Das serbische Volk will Jugoslawien nicht verlassen." (2)

Welches Jugoslawien Milosevic meinte, bzw. welche Rolle er Serbien zu verleihen gedachte, wurde 1988 deutlich, als er unter viel nationalistischem Pomp und mit der Wiederauflage von Büchern, die historische Heldentaten der Serben verklärten, den 70. Gründungstag des jugoslawischen Königreiches feiern ließ. Im Jahr darauf wurden 100.000 Serben auf das Amselfeld im Kosovo gekarrt, wo der Wiederkehr der serbischen Niederlage gegen die Türken in Form einer großserbischen Mobilisierung gedacht wurde. Neben der Provokation und Einschüchterung der Albaner machte die Beschwörung eines anachronistischen Staatsideals den anderen Republiken klar, was von den Bestrebungen Serbiens zu einer Reform der Föderation zu halten war.

Der Konflikt zwischen Föderalisierung und Dezentralität

Nach 1945 war die Macht der bürgerlichen und faschistischen Nationalisten auf serbischer und kroatischer Seite zunächst gebrochen, die ersten zwei Jahrzehnte unter Tito waren nationalitätenpolitisch ruhige Jahre. Doch die Annahme, daß durch die Lösung der Klassenfrage auch die nationale Frage an Bedeutung verliert (so auch im Parteiprogramm von 1958), erwies sich als zu kurz gegriffen. Zunächst erwies sich die Lösung der "Klassenfrage" und damit auch die Schaffung von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit unter den Völkern Jugoslawiens als schwierig. Die sozial und ökonomisch ungleichen Bedingungen, die die Republiken in den sozialistischen Staat einbrachten, konnten trotz wirtschaftlicher Ausgleichsfonds kaum verändert werden (die Gründe hierfür können hier nicht untersucht werden). Der Kosovo blieb das Armenhaus, Slowenien und Kroatien wurden die Hauptzahler des Staatshaushaltes. Die Minderheiten erhielten zwar umfangreiche Rechte und standen sich größtenteils besser als jemals in ihrer Geschichte, doch das Mißtrauen gegenüber den seinerzeit mit den Faschisten verbundenen Kroaten und Albanern blieb bestehen und ihr Einfluß wurde beschränkt. Die Zustände im Kosovo konnte man als Unterdrückung bezeichnen - auch die Freiheit und Gleichheit der Völker blieb Programm. So kam es Mitte der 60er Jahre zu Studentenunruhen im Kosovo mit der Forderung nach mehr Autonomie der serbischen Provinz. Die von Teilen der KP sowie des Universitätslehrkörpers getragene nationale Bewegung in Kroatien 1971, bei der es mehr vordergründig um die Verteilung der Devisen ging, machten deutlich, daß der Nationalismus in Jugoslawien nicht tot war.

Dem nach 1945 eingeführten Zentralismus lag zunächst die Idee der Verschmelzung der Nationen zugrunde, angelehnt an die Politik der Sowjetunion. Doch er schürte gleichzeitig alte Ängste, daß sich Reste des großserbischen Nationalismus unter dem Deckmantel des Jugoslawismus mit den bürokratischen Eliten verbündet. Diese Gefahr bestand nicht zuletzt in der Armee, wo viele serbische Offiziere der alten Königsgarde dienten.

Ab Mitte der sechziger Jahre forderten Slowenien, Kroatien und Mazedonien Wirtschaftsreformen, ideologische Liberalisierung und mehr Kompetenzen für die Republiken. Die Verfassung von 1974, die die Stellung der Republiken stark zu Lasten des Bundes ausbaute, entstand vor dem Hintergrund dieser Auseinandersetzungen um politische und nationale Rechte. Die Kompetenzen des Bundes wurden auf die Zuständigkeit für Außen- und Verteidigungspolitik sowie eine wirtschaftspolitische Richtlinienkompetenz

beschränkt. Mit einer proportionalen Repräsentanz der Republiken in staatlichen und Parteiorganen, einer teilweisen Autonomie für den Kosovo und die Voyvodina mit eigenem Stimmrecht in den Bundesorganen sowie dem Zwang zu konsensualen Entscheidungen wurde der Versuch unternommen, die Nationen politisch möglichst weitgehend gleichzustellen, um Unmut, vor allem gegen serbische Dominanz, zu beseitigen. Doch dieser Versuch einer Nationalitätenpolitik, die auf Balance und gegen einseitige Dominanz gerichtet war, erwies sich letztlich als ein Motor des weiteren Auseinanderstrebens.

Die Dezentralisierung öffnete "dem regionalen Egoismus und der regionalen Verselbständigung ... Tür und Tor ... und auch das Interesse der Parteifunktionäre verlagerte sich auf die Republikebene. So entstand für den Fall einer Systemkrise die Gefahr, daß sich die Republikparteien zur Sicherung der Macht nationali- stischer Stimmungsmache bedienten und damit die zentrifugalen Kräfte verstärkten." (3)

Krisenlösung über Nationalismus

Zwei Ereignisse beschleunigten nach Titos Tod 1980 den Zerfall Jugoslawiens: die Wirtschaftskrise und der Aufstand im Kosovo. Anfang der 80er Jahre brach die latente Wirtschaftskrise voll aus (Schulden von 22 Milliarden wurden vom Ausland zurückverlangt) und verschärfte die ökonomischen Interessengegensätze zwischen den Republiken. Der Lebensstandard sank auf das Niveau der sechziger Jahre. Gesamtjugoslawische Lösungsvorschläge, die auch die Belange der schlechter gestellten Republiken berücksichtigt hätten, erreichten keinen Konsens mehr. Die Partei erblickte mangels Lösungsmöglichkeiten der Krise ihr Heil in der Erhaltung des Status quo, die Bundesorgane verfielen in Handlungsunfähigkeit.

Die in der Verfassung von 1974 angelegten zentrifugalen Tendenzen wurden beschleunigt und steigerten die ökonomische Krise zur politischen. Von diesen auseinanderstrebenden Tendenzen wurde auch die Partei erfaßt, die sich lange vor dem formellen Bruch vom Januar 1990 in Einzelparteien auflöste. Die der ökonomischen Krise auf den Fuß folgende soziale Krise und der politische Legitimationsverlust der KP bereitete den bürgerlichen Regierungen in Slowenien und Kroatien den Weg und schuf den Boden für die nationalistische Mobilisierung.

Die gewaltsame Niederschlagung der nationalen Unruhen im Kosovo 1981 ermutigte die radikalen serbischen Nationalisten und wurde für die anderen Republiken zum exemplarischen Fall für den Umgang Serbiens mit politischen Emanzipationsbestrebungen aufgefaßt. Der Kosovoaufstand wurde in der KP Serbiens als Konterrevolution und als Versuch, Serbien zu schwächen und nicht als ökonomisches und politisches Problem betrachtet. Der Versuch Serbiens 1989, seine eigene Stellung in den Bundesorganen über eine Beseitigung der Autonomie der Provinzen Kosovo und Voyvodina zu stärken (durch Einsetzung proserbischer Vertreter in den Provinzen, in Montenegro sicherte sich Serbien die Mehrheit in den Bundesorganen) setzte die nationale Balance endgültig außer Kraft.

An der Wirtschaftskrise und dem Kosovo-Konflikt bildeten sich zwei Lager mit unterschiedlichen Lösungskonzeptionen zur politischen Gestaltung des Landes heraus, wobei der serbische Weg frontal gegen Kroatien und Slowenien steht.

Sab.

Anmerkungen:

(1) M. Broszat/L.Hory, Der kroatische Ustascha-Staat, Stuttgart 1964

(2) Spiegel Nr. 32/1991

(3) J. Fürkes/K.H. Schlarp, Jugoslawien - Ein Staat zerfällt, Reinbek 1981

Die Cetniks

Die Krajina, heute zwischen Cetniks und kroatischer Nationalgarde heftig umkämpft, war bereits im zweiten Weltkrieg von Cetniks beherrscht. 1944 leisteten dort 4500 Cetniks, unterstützt von der abziehenden deutschen Wehrmacht, 26.000 Partisanen wochenlang Widerstand.

Die Cetniks (Tschetniks) waren um 1900 gegründet worden zur Befreiung der Serben aus dem Osmanischen Reich. Unmittelbar nach der Kapitulation Jugoslawiens im April 1941 sammelten sich unter Draza Mihailovic serbische Veteranen, Reservisten und Domobranen (Ortswehren) zum Kampf gegen die Ustascha. Ihr Ziel war

die Wiederherstellung der Monarchie, wobei sie nicht gesamtjugoslawische, sondern lediglich serbische Interessen vertreten wollten. An der Frage der Kollaboration mit den faschistischen deutschen Besatzern kam es zunächst 1941 zur Spaltung. Der Flügel von Cetnik-Präsident Pecanac traf bereits im August 1941 mit der faschistischen Wehrmacht zusammen. Wenig später erklärte er sich bereit, seine Cetniks aus Dörfern und Wäldern abzuziehen und sie zu regulären Truppen, vor allem zum Kampf gegen Titos Partisanen, umzugliedern. Pecanacs Cetniks wurden von den Deutschen besoldet, was ihm in Südserbien eine Vormachtstellung bei den Cetniks sicherte. 1943 schlossen die deutschen Faschisten, wie vorher schon die 2. italienische Armee, Burgfriedensverträge mit weiteren Tschetnikgruppen, mit dem Ziel, "die nationalen antikommunistischen Kräfte politisch zu organisieren und ihren Einsatz im Kampf gegen die kommunistischen Banden zu lenken." Im Frühjahr 1943 kam es zum gemeinsamen Einsatz von Tschetniks und deutscher Wehrmacht gegen die kommunistischen Partisanen. (zitiert nach 1)

7. Österreichs Jugoslawienpolitik: Rache für Sarajewo

Autor: Hannes Hofbauer · Rubrik: Nationalismus; Österreich; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:41

von Hannes Hofbauer

Es gibt ihn, den ganz spezifisch österreichischen Revanchismus. "Österreich-Ungarn in den Grenzen von 1914" kann man als politische Losung freilich nicht hören - das ist zuweit von der Wirklichkeit entfernt. Aber Bankfilialengründer, Tagesausflügler und vor allem Nachfahren ehemaliger Haus- und Grundstückseigentümer benehmen sich so, als ob ihnen Brünn, Preßburg oder Laibach schon immer gehört hätten. Die führenden österreichischen Banken "Creditanstalt" und "Länderbank" überziehen derzeit die Hauptstädte der ehemaligen Kronländer mit Filialen - wie vor 1914. Die Tagesausflügler wundern sich, daß der Schilling noch immer nicht offizielles Zahlungsmittel in der CSFR, Ungarn und Slowenien ist - wie die Krone vor dem 1. Weltkrieg. Und die Erben längst vergessen geglaubter Besitztümer stürmen die Staatsarchive und Grundbuchämter Ostmitteleuropas. Noch erhalten Ausländer allerdings - und Österreicher gelten nach wie vor in Prag und Laibach als solche - kein Eigentum zurück, das ihren Vätern weggenommen wurde.

Am weitesten vorgedrungen in die ehemaligen Länder der k.u.k.-Monarchie sind die Sprößlinge der damaligen adeligen Herrschaft. Otto Habsburg, CSU- Europaratsabgeordneter und Kaisersohn, genießt in Budapest, Agram (Zagreb) und Laibach höchste Autorität. Die ungarische Kleine Landwirte-Partei, vor der Machtübernahme durch die Kommunisten im Jahre 1948 die stärkste Kraft und seit 1990 in der konservativ-liberalen Koalitionsregierung, wollte Habsburg zum ungarischen Staatspräsidenten küren lassen. Ihm war das Europamandat allerdings lieber.

Karl Schwarzenberg, Nachfahre der allergrößten böhmischen Herrschaft - seit dem 17. Jahrhundert großadelig und kaisertreu -, übernahm 1989 den Posten eines Kanzlers bei Vaclav Havel. Sein Palais in Wien beherbergt die österreichische Industriellenvereinigung, der bronzene Reiter davor ist sein Ururahne. Zusammen mit Fürst Radetzky (steht inklusive Pferd in Bronze gegossen vor dem Wiener Wirtschaftsministerium am Ring) und Jelacic (steht seit 1990 wieder am Hauptplatz von Zagreb) kartätschte der alte Schwarzenberg 1848 die bürgerlich-revolutionären Erhebungen in Wien, Budapest, Prag und Mailand nieder. Der Nachfahre lebt heute auf dem Prager Hradschin und wird allseits mit Fürst angesprochen.

Auch Kroatiens Tudjman berief einen (alt-)österreichischen Adeligen in sein Kabinett. Janko Vranyczany, ehemals Leiter der alpenländischen Fremdenverkehrswerbung in Brüssel, wurde in die erste Regierung Tudjman als Tourismusminister berufen. Im Mai 1990 hielt Vranyczany in jenem Landtagsgebäude seine Antrittsrede, in dem seine Vorfahren als hochadelige kroatische Familie automatisch Sitz- und Stimmrecht innehatten.

Abgesehen von einzelnen Adeligen, die sich nun über republikanische Umwege familientradierte Macht teilweise wieder zurückholen, wird vor allem von der in der großen Koalition mitregierenden ÖVP (Volkspartei, christlich-liberal) versucht, die Weltuhrzeit vor das Jahr 1914 zurückzudrehen. Diese Politik hat jedoch keineswegs monarchistische Schlagseite, eher träumt man von einem republikanischen Mitteleuropa im Kulturkreis der k.u.k.-Länder, mit Wien als Hauptstadt und Drehscheibe. Internationale Instrumente für solche Reminiszenzen sind die Alpen-Adria-Gemeinschaft und die eben durch den Beitritt Polens zur Hexagonale erweiterte Pentagonale. Während die Alpen-Adria-Gemeinschaft ein Kooperationsorgan auf regionaler Grundlage ist, in der die österreichischen Bundesländer sowie jugoslawische Teilrepubliken und norditalienische Provinzen vertreten sind, stellt die Hexagonale einen losen Zusammenschluß von Nationalstaaten dar. Österreich, Italien, Ungarn, die CSFR, Jugoslawien und Polen bilden den Kreis der Teilnehmer, nicht zufällig alles Monarchie-Nachfolgestaaten. Ist die Hexagonale für Österreich ein Instrument zur Stärkung des Mitteleuropagedankens, so stellt sie für Italien vielmehr ein Druckmittel gegenüber der EG dar. Politisch gewichtig ist sie vorderhand nicht. Als Sprungbrett für eine mögliche neugestaltete Zukunft könnte sie aber allemal dienen.

Derweil wird das revanchistische Klima vor allem kulturell über den Mitteleuropa-Diskurs aufbereitet. Mit feiner Klinge wird da ein Begriff verwendet, der bis vor fünfzehn Jahren keinerlei Rolle in der politischen Diskussion

gespielt hat. Heute spricht man davon. Zwar weiß niemand genau, wo Mitteleuropa anfängt und wo es aufhört, aber daß damit die Tradition des k.u.k.-Kulturkreises gemeint ist, steht für alle außer Zweifel.

Polnische, tschechische, ungarische, slowenische und österreichische Intellektuelle beteiligen sich an dem Diskurs. In Österreich gilt der neue ÖVP-Vizekanzler Erhald Busek als "Mitteleuropa"-Politiker. Auch manche Grüne begreifen sich in der Tradition der alten Grenzen, kulturell versteht sich. Seit dem Scheitern der Friedensbewegung Mitte der 80er Jahre gibt es eine seltsame Allianz von österreichischen und italienischen Grünen mit - ehemaligen - Dissidenten aus den Ostblock-Staaten: Solidarnosc-Mitstreiter der ersten Stunde und mittlerweile polnischer Meinungsmacher Adam Michnik, Kämpfer für Wehrdienstverweigerung und mittlerweile slowenischer Verteidigungsminister Janez Jansa, Friedensbewegter und mittlerweile tschechoslowakischer Außenminister Jiri Dienstbier. Eine republikanische Mitteleuropa-Achse, die mit monarchistischem Gedankengut nichts zu tun hat, aber immer wieder den angeblich liberalen Geist der Jahrhundertwende beschwört; völlig daran vorbeidenkend, daß die wenigen liberalen Kaffeehauszirkel vor 1914 in einer gesellschaftlich reaktionären, von Nationalismus und sozialem Elend an den breiten Rändern gebeutelten Doppelmonarchie beheimatet waren. Liberalismus als Luxus einer Klasse, die mit dem 1. Weltkrieg untergegangen schien. Nun melden sich ihre Urenkel wieder zu Wort. Und sie verdrängen vorzüglich, daß es nicht zuletzt ihre - liberalen - Ahnen waren, die das "Völkergefängnis" Monarchie gesprengt hatten.

Österreich und die Südslawen

Am 18. Juni 1914 erschoß der bosnische Student und Mitglied der serbischen Untergrundbewegung "Schwarze Hand", Gavrilo Princip, den Thronfolger der österreichisch-ungarischen Monarchie, Franz-Ferdinand plus Gattin. Franz-Ferdinand bereiste im Sommer 1914 die seit 1879 von der k.u.k.-Armee besetzt gehaltenen Länder Bosnien und Herzegowina. In der Hauptstadt Sarajewo ereilte ihn seine letzte Kugel. Einen Monat später, am 28. Juli 1914 erklärte Österreich-Ungarn Serbien den Krieg. Rußland, dem politischen Protektor und Verbündeten Serbiens, wurde am 1. August 1914 vom Deutschen Reich und fünf Tage später von Österreich-Ungarn der Krieg erklärt.

Bereits 1835 besiegte die k.u.k.-Armee die bosnischen Streitkräfte bei Vacup. Der Berliner Kongreß im Juni/Juli 1878 versuchte, die Einflußsphären der Großmächte auf dem Balkan festzulegen. Neben der Anerkennung Rumäniens, Serbiens und Montenegros als souveräne Staaten wurde Rußland Bessarabien zugesprochen. England erhielt Zypern und Österreich-Ungarn durfte Bosnien und Herzegowina besetzen. Über die Hälfte der dort lebenden Bevölkerung war serbisch, seit Generationen gegen die Politik der Okkupanten aus Wien.

In Wien kursierte der Spruch "Serbien muß sterbien", mit dem sich die Rittmeister der k.u.k.-Armee am Innenstadt-Corso begrüßten. Der Feind war also serbisch, im besetzten Bosnien-Herzegowina ebenso wie im souveränen Serbien beheimatet.

Die Slowenen lebten im österreichischen Teil der Monarchie, und zwar in den Ländern Steiermark, Kärnten, Krain und Küstenland, wozu Istrien und Triest zählten. Die Kroaten unterstanden großteils der ungarischen Krone, ihre Siedlungsgebiete befanden sich in Kroatien und Slawonien sowie in Fiume/Rijeka. Das kroatisch besiedelte Dalmatien mit seinen 600.000 Einwohnern war allerdings österreichisches Kronland. Slowenien als eigene Verwaltungseinheit gab es nicht, das Kernland der Kroaten hieß "Kroatien und Slawonien".

Zusätzlich kompliziert sich die Geschichte der heute territoriale Tradition vorschützenden jugoslawischen Teilrepubliken dadurch, daß bis 1881 am südöstlichen Rand des kroatischen Siedlungsgebietes die "Militärgrenze" (vojna krajina) existierte, die direkt der Habsburger Zentralbehörde - und damit Wien - unterstand. Dieser sich entlang der bosnischen Grenze über Slawonien bis nach Siebenbürgen erstreckende Gebietsstreifen wurde im 16. Jahrhundert gegen die Türken installiert und mit vor diesen flüchtenden Serben besiedelt. Serbische Wehrbauern, deren Nachfahren heute in Slawonien und im Gebiet um Knin gegen die kroatischen Behörden aufstehen, besaßen bis 1881 von Wien garantierte relative Selbständigkeit, z.B. das Recht auf innere Selbstverwaltung und eigene Gerichtsbarkeit. Als im Jahre 1881 nach der endgültigen Besetzung Bosniens die "Militärgrenze" mit Kroatien vereinigt wurde, geschah dies gegen den Willen der serbischen Bevölkerung. Serben lebten nun in drei verschieden verwalteten Territorien: im souveränen Staat

Serbien, im von der k.u.k.- Armee besetzten Bosnien-Herzegowina und im von Budapest aus verwalteten Kroatien und Slawonien.

1918, nach dem Ende des 1. Weltkrieges, brachen alle slawischen Völker aus der als Völkergefängnis empfundenen Monarchie aus. Böhmen, Mährer und Slowaken gründeten die CSR, Galizien wurde polnisch und die Südslawen vereinigten sich zum Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen. Die Gründung der neuen slawischen Nationalstaaten - sowie die Unabhängigkeitserklärung Ungarns - machten den verbliebenen - deutschsprachigen - Rest ratlos. Von den ca. zehn Mio. Deutschsprachigen lebten damals drei Mio. außerhalb der späteren österreichischen Republikgrenzen, in Sprachinseln an den Rändern Böhmens, in den später abgetrennten südlichen Teilen Tirols und der Steiermark ...

In der am 11. November 1918 ausgerufenen "Republik Deutsch-Österreich" hieß es in Artikel 2 der provisorischen Verfassung: "Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik". Damit gaben Konservative und Sozialdemokraten gleichermaßen zu verstehen, daß sie an ein eigenständiges Österreich nicht glaubten. Nun, wo der Traum von der Mitteleuropa-Großmacht ausgeträumt war, wollte man sich Deutschland an den Hals werfen, den nationalistischen Emotionen der Zeit entsprechend. Erst der ein Jahr später abgeschlossene Friedensvertrag von Saint Germain verbot Österreich - auf Druck insbesondere Frankreichs - den Anschluß an Deutschland. Aus "Deutsch-Österreich" wurde "Österreich".

In Budapest rief inzwischen Bela Kun die Räteregierung aus, in Südkärnten standen jugoslawische Truppen österreichischen Freiwilligen gegenüber, in Südböhmen kämpften vereinzelt Deutsch-Österreicher gegen Tschechen. Bis die Grenzen des neuen Österreich feststanden, vergingen Monate, Jahre. Der südliche Teil des Kronlandes Steiermark wurde jugoslawisch. Am 10. Oktober 1920 kam es in Südkärnten zur Volksabstimmung über den Verbleib bei Österreich: 22.000 Deutsche und Slowenen stimmten dafür, 15.000 optierten für Jugoslawien. Damit hatte Österreich ein bis heute ungelöstes Minderheitenproblem: die slowenischsprechende Bevölkerung im südöstlichen Teil Kärntens.

Der Slawenhaß in Kärnten richtete sich immer wieder gegen sie. Ihre Partisanentätigkeit während der Naziherrschaft war sicherlich die effizienteste in der ganzen "Ostmark", mehrere unzugängliche Bergkämme an der jugoslawisch-österreichischen Grenze bildeten den ganzen Krieg hindurch Rückzugsmöglichkeiten für die Partisanen und blieben sogenannte "freie Zonen". Die Sympathie der Slowenen galt Tito, während die deutschsprachige Kärntner Bevölkerung mit großer Mehrheit dem (Alp-)Traum vom Tausendjährigen Reich anhing. Bis heute ist das südlichste österreichische Bundesland eine Hochburg der Nazis, die national-liberale FPÖ (Freiheitliche Partei) mit ihrem Vorsitzenden Haider stellt dort die zweitstärkste politische Kraft.

International garantierte Minderheitenrechte für slowenische BürgerInnen werden immer wieder torpediert. 1972 z.B. stürmten deutsch-Kärntner Jugendliche sämtliche zweisprachigen Ortstafeln Kärntens und warfen sie um; bis heute sind diese kaum wieder aufgestellt. In den 70er Jahren wurden systematisch slowenische Vereinslokale attackiert und Eltern, die ihre Kinder in die wenigen slowenischen Schulen schicken wollten, bedroht. Erst Anfang 1991 kam es bei der alle 10 Jahre stattfindenden Volkszählung wieder zu groben Unregelmäßigkeiten. In Gemeinden mit starker slowenischer Bevölkerung wurden die Zählformulare vom Gemeindesekretär ausgefüllt, der bei der Rubrik "Umgangssprache" deutsch einsetzte. Die zuständigen Bürgermeister bedauerten, wo man dahinter kam, wurden neue Zählformulare ausgegeben.

Auch der Streit um die Schulunterrichtssprache in den gemischtsprachigen Gemeinden ist seit Jahren am Köcheln. Eine komplizierte Quotenregelung verhindert, daß viele slowenischsprachigen Kinder in ihrer Muttersprache erzogen werden können. Politisch steht der "Kärntner Heimatdienst" hinter der slowenenfeindlichen Politik, eine mächtige, überparteiliche Organisation - deutsch und national. Alle drei im Landtag vertretenen Parteien - SPÖ, ÖVP und FPÖ - haben gute Kontakte zum "Kärntner Heimatdienst", der vom "Österreichischen Widerstandsarchiv" immer wieder der Rechtsradikalität bezichtigt wird. "Kärnten ist deutsch" heißt die gegen die Slowenen gerichtete Devise.

Gute Slowenen, böse Serben

Die plötzliche Slowenen-Liebe kam, als in Ljubljana eine christlich-konservative Parteienallianz an die Regierung gewählt wurde. Die österreichischen Politiker verstanden dies nicht nur als Absage an den Kommunismus, sondern auch als Distanzierung von der Tradition des Titoismus als Antifaschismus. Gleichzeitig wittert man mit dem Auseinanderbrechen von Staaten in Osteuropa die Chance, in den

ehemaligen Kronländern wirtschaftlich und vielleicht sogar politisch wieder Fuß fassen zu können. Die Patronanz, die Österreich sofort nach dem Ausscheren Sloweniens aus dem jugoslawischen Staatenverband über die nördlichste Teilrepublik übernommen hat, zeigt deutlich diese politische Absicht.

Am weitesten vorgeprescht ist Felix Ermacora, ÖVP-Abgeordneter des österreichischen Nationalrates und oberster Völkerrechtler der schwarzen Reichshälfte. Lange vor dem Eingreifen der jugoslawischen Armee schlug der auch in UNO-Mission tätige Politiker vor, Slowenien als 10. Bundesland in den österreichischen Bundesstaat aufzunehmen. Die Entrüstung über seinen Vorschlag hielt sich sowohl international als auch in Slowenien und Österreich in Grenzen.

Wie bereits 1878, 1914 bis 1918 und 1939 bis 1945 ist der Feind serbisch. Kroatische und slowenische Politiker gehen am Wiener Ballhausplatz - dem Regierungssitz - und im ORF-Zentrum - der staatlichen TV-Anstalt - ein und aus. Während der Slowenien-Krise betrachtete sich der ORF als Außenstelle von TV-Laibach. Ministerpräsident Peterle, Außenminister Rupel, Präsident Kucan und Parlamentspräsident Bucar waren damals täglich - oft stundenlang - in beiden österreichischen TV-Kanälen zu sehen, während Bundespolitiker wie Ministerpräsident Marcovic oder gar der serbische Präsident Milosevic keine Sekunde Sendezeit erhielten.

Die Kriegsberichterstattung des ORF im slowenisch-jugoslawischen Konflikt glich jener von CNN, ABC und BBC im Golfkrieg. Alles Böse war jugoslawisch, serbisch, alles Gute slowenisch. An jeder österreichisch-jugoslawischen Zollstation waren - meist unerfahrene, jugendliche - Reporter/innen stationiert, aus dem Studio desinformierten die Granden des Informationsdienstes. 7000 seiner 40.000 einberufenen Soldaten postierte der österreichische Verteidigungsminister Fasslabend an der Grenze zu Jugoslawien, am Jahrestag des Sarajevo-Attentates, dem 28. Juni, ließ Fasslabend erstmals in der Geschichte des österreichischen Bundesheeres Abfangjäger zum Einsatz aufsteigen. Verirrte Piloten der jugoslawischen Bundesarmee wurden zwar gesichtet, nicht jedoch beschossen.

Am Höhepunkt der Kampfhandlungen schoß der in der südsteirischen Grenzstadt Radkersburg stationierte ORF-Kameramann eindrucksvolle Kriegsbilder vom anderen, jugoslawischen Ufer der Mur. Sechs oder sieben Soldaten der jugoslawischen Armee wollten sich, zum Teil mit entblößtem Oberkörper, ergeben - vor sich eine weiße Fahne. Als slowenische Territorialstreitkräfte auf die mit erhobenen Händen vor ein Haus Getretenen schossen und zwei oder drei Bundessoldaten vornüber ins Gras fielen, vermerkte der TV-Kommentator knapp, daß dieser Vermittlungsversuch wohl gescheitert sei. In der Abendsendung wiederholte der ORF die Sequenz, wobei nun Täter wie Opfer anonym blieben. Denn im österreichischen Fernsehen hatten die Slowenen die Guten und die Jugoslawen die Schlechten zu sein. Und gute Soldaten beschießen keine Menschen, die die weiße Fahne gehißt haben.

Wie weit sich das offizielle neutrale Österreich auf die Seite Sloweniens und gegen Jugoslawien gestellt hat, zeigen auch die Spuren auf dem glatten diplomatischen Parkett. Da nahm z.B. Außenminister Alois Mock den international von niemanden offiziell anerkannten slowenischen Außenminister Rupel in der österreichischen Delegation zur Berliner KSZE-Konferenz mit, noch vor der Unabhängigkeitserklärung Ljubljanas. An der Unabhängigkeitsfeier nahmen vier der neun österreichischen Landeshauptleute teil, und zwar der steirische Josef Krainer (ÖVP), der Kärntner Zernatto (ÖVP), der Oberösterreicher Ratzenböck (ÖVP) und der Wiener Helmut Zilk (SPÖ). Auch das eine eindeutige Brüskierung Belgrads.

Besonders forsch als Beschützerin Sloweniens spielt sich die ÖVP auf. Ihre letzte parteiinterne Tagung "Steiermark- Wien" hielt sie Mitte August 1991 in Radgona/Oberradkersburg ab, jenseits der Mur im seit 1918 jugoslawischen Teil des ehemaligen Kronlandes Steiermark. Niemand in Österreich hielt es der Mühe wert, diesen klar revanchistischen Akt zu verurteilen. Man erkennt zwar aus Angst vor zuviel Eigenständigkeit in Hinblick auf die EG Slowenien als eigenen Staat nicht an, fährt jedoch dorthin, um österreichische Parteitage abzuhalten. So verhöhnt die ÖVP die Belgrader Bundesorgane, indem sie ihnen zeigt, wer wirklich Herr über Slowenien ist.

Während der Kämpfe in Slowenien wurde in Wien - unter Beteiligung des slowenischen Parlamentspräsidenten Bucar - ostentativ die österreichisch-slowenische Gesellschaft gegründet. Dabei versicherte ÖVP-Klubobmann Heinrich Neisser der slowenischen Regierung ewige Freundschaft und begrüßte den Leiter der slowenischen Vertretung in Wien mit "Herr Botschafter". Dieser "Botschafter" heißt Karel Smolle

und ist österreichischer Staatsbürger slowenischer Herkunft. Als er vor vier Jahren über die grüne Liste ins österreichische Parlament gewählt wurde, empörte sich das Präsidium darüber, daß er seine Antrittsrede auf slowenisch hielt. Aber das waren andere Zeiten, die jetzt vergessen gemacht werden. Der Laibacher Politiker Bucar in seinem Schlußwort bei der Gründungsfeier: "... wissen wir, daß unsere gemeinsame Geschichte nie durch Feindseligkeiten belastet gewesen ist." Die letzten 70 Jahre hat der Mann glatt vergessen.

Nicht in der Vergangenheit herumwühlen durfte auch eine dreiteilige ORF-Serie, die just drei Tage nach den ersten militärischen Konfrontationen ausgestrahlt hätte werden sollen. "Das Dorf an der Grenze" wollte die problembeladenen Kärntner-slowenischen Beziehungen seit 1918 nachzeichnen. Der ORF entschied sich für Zensur und setzte die Serie kurzerhand ab. Sie hätte zuviel Verwirrung gestiftet, Feindbilder wären durcheinander geraten.

Jugoslawische Vorwürfe an Österreich

Österreichs eindeutige Positionierung zugunsten Sloweniens und Kroatiens gegen Serbien und Jugoslawien hat freilich auch heftige Kritik von serbischer und bundesjugoslawischer Seite eingetragen. Nach wie vor gibt es ja offizielle diplomatische Kontakte nur zum Gesamtstaat, wenngleich de facto Slowenien und Kroatien längst anerkannt sind. Die jugoslawischen Behörden werfen nun Österreich Einmischung in innere jugoslawische Angelegenheiten vor. Für sie war der österreichische Truppenaufmarsch an der Grenze eine militärische Provokation. Die unterschiedliche Art, mit der offizielle österreichische Stellen mit "Überläufern" von beiden Kampfparteien umgingen, gibt den Vorwürfen aus Belgrad recht. Während slowenische Zöllner auf der Flucht vor jugoslawischen Bombenangriffen auf österreichischer Seite Schutz fanden und nach dem Fliegereinsatz unbehelligt auf die andere Seite zurückkehren konnten, wurden drei Soldaten der jugoslawischen Bundesarmee, die auf der Flucht vor slowenischen Territorialstreitkräften auf österreichisches Staatsgebiet gelangten, festgenommen und tagelang interniert.

Protest legten die Belgrader Behörden auch gegen österreichische Waffenlieferungen ein, die vor und während der Kämpfe nach Slowenien gegangen sein sollen. So erklärte der Direktor der jugoslawischen Zollbehörde, Radosav Sekulic, daß Ende Juni 1991 drei LKW entdeckt wurden, die Boden-Boden-Raketen über Österreich nach Slowenien gebracht haben. Der slowenische Zollchef soll den Transport begleitet haben. Obwohl die Bundesbehörden die Waffen beschlagnahmt hätten, seien sie bis heute in Slowenien und funktionsfähig.

Daß tatsächlich Waffen via Österreich ins kriegführende Slowenien geliefert wurden, bestätigte der österreichische Militärkommandant Brigadier Straka indirekt, als er sich auf die jugoslawischen Vorwürfe hin damit brüstete, daß seine Jungs immer wieder Nachschublieferungen für die slowenische Territorialverteidigung abfingen. Und am Flughafen Wien-Schwechat wurden nach heftigen Interventionen aus Belgrad Kisten mit zwei Tonnen österreichischen Gewehren beschlagnahmt, die nach Ljubljana geflogen werden sollten. Hauptlieferant für die kroatischen und slowenischen Militärs, die im österreichischen TV Nationalgardisten bzw. Territorialverteidiger genannt werden, sind offensichtlich Ungarn und die außer Gefecht gesetzten christlichen Milizen "forces libanaises" des General Aoun. 36.000 Maschinenpistolen, Marke Kalaschnikow, wurden bereits Anfang des Jahres von Ungarn aus nach Zagreb geliefert. Ende Juli brachte die jugoslawische Küstenwache drei Schiffe auf, die bis oben hin mit Waffen aus dem Libanon gefüllt waren.

Die österreichischen Parteien und die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens

Alle österreichischen Parlamentsparteien unterstützen sie slowenischen und kroatischen Unabhängigkeitsbestrebungen. Während allerdings die SPÖ mit Bundeskanzler Franz Vranitzky an der Spitze immer die Beschlüsse aus Brüssel abwartet, bevor sie selbst handelt, fordern die führenden Politiker der mitregierenden ÖVP die rasche Anerkennung. Den beiden Oppositionsparteien FPÖ und Grünen kann die Anerkennung der separationswilligen Teilrepubliken nicht schnell genug gehen. Sehen die Rechten darin eine Chance, Österreichs Position am Balkan zu stärken, so verwechseln die Grünen den kroatischen und slowenischen Nationalismus mit Selbstbestimmung.

Die regierende SPÖ-ÖVP-Koalition vollführt am Balkan die zweite politische Option der EG. Erste Option ist nach wie vor der Zusammenhalt Jugoslawiens, nicht zuletzt deshalb, weil man Angst davor hat, daß der nationalistische Funke im Osten auch auf Westeuropa überspringen könnte. Auch die Frage der Rückzahlung von 16 Mrd. US-Dollar Auslandsschulden wäre nach dem Zerfall Jugoslawiens nur schwer zu lösen.

Schließlich denkt man in Brüssel wirtschaftlich: ein gesamtjugoslawischer Bittsteller kommt billiger als sechs Republiken, die die Hand aufhalten. Weil aber die jugoslawische Wirklichkeit der ökonomischen Rationalität teilweise entglitten ist, entwickelt auch die EG ein politisches Konzept für die Zeit nach dem Auseinanderbrechen des Staatsganzen. Slowenien und Kroatien soll dann der Anschluß an Westeuropa ermöglicht werden, während man sich des ärmeren Südens entledigen würde. Österreich probt zur Zeit diese zweite EG-Option. Während in Paris, London und Rom noch die Vorsicht regiert, wird am Wiener Ballhausplatz geifernd antiserbische und antijugoslawische Politik betrieben; in der Hoffnung, dereinst als Belohnung Brückenkopffunktionen am Balkan zu erhalten; und in der Gewißheit, damit Rache am Thronfolgermord des Jahres 1914 zu üben.

8. Pulverfaß Osteuropa (Buchbesprechung)

Rubrik: Osteuropa, Osteuropapolitik; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/64.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:64

So wie es ist, bleibt es nicht. Die linke Spruchweisheit hat diesmal die Linke selbst erwischt. Gemocht haben wir das Systems namens "realer Sozialismus" eigentlich nie. Und doch hatten wir unser Weltbild so eingerichtet, als wäre es für die, nun ja, Ewigkeit nicht gerade, aber doch für eine unabsehbar lange Zeit gemacht. Fassungslos stehen wir jetzt vor den Trümmern und vermerken dankbar, wenn den "Erneuerern" Steine und Gebälk aufs Haupt fallen. Hatten wir es nicht gleich gesagt? Ja, die Marktwirtschaft ist eben auch nicht das Gelbe vom Ei. Aber auf uns wollte ja keiner hören.

Sieben "Reportagen vom Rande Europas" hat der Wiener Journalist Hannes Hofbauer - auch AK-LeserInnen seit etlichen Jahren als sachkundiger Autor bekannt - in einem Buch zusammengefaßt, das im Frühjahr dieses Jahres in Wien erschienen ist. Titel: "Der Wilde Osten". Die Texte entstanden in der Umbruchsituation zwischen Herbst 1989 und Frühjahr 1991. Schauplätze sind Ungarn, die Sowjetunion, Bulgarien, Rumänien, die DDR, Polen und die Tschechoslowakei. Themen sind der Zustand der Volkswirtschaft, die Auswirkungen des Systemzusammenbruchs auf das Alltagsleben, die politische Entwicklung seit der "Wende" und die Parteienlandschaft der neuen Demokratien. In der Mischung von direkter Reportage, ökonomischen und politischen Hintergrundinformationen sowie Interviews gelingen dem Autor sehr präzise und anschauliche Zustandsbeschreibungen.

Die Situation ist in allen betrachteten Ländern extrem desolat. Das gilt für ein "bürgerlich" regiertes Land wie Ungarn ebenso wie für Rumänien und Bulgarien, wo bei den ersten freien Wahlen "sozialistische Reformkräfte" an die Regierung kamen. Für viele Menschen haben sich die Lebensverhältnisse durch den Wandel in Richtung Marktwirtschaft spürbar verschlechtert. Massenarbeitslosigkeit und Inflation drohen, oder sie haben bereits voll eingesetzt. Die sozialen Unterschiede erweitern und verschärfen sich. Die politischen Verhältnisse sind durchweg von Instabilität gekennzeichnet.

Hannes Hofbauer kommt zu einer sehr düsteren Prognose über die Zukunft der osteuropäischen Umbruchzone: Die Wirtschaftslage wird weiterhin erbärmlich bleiben. Eine Sanierung unter kapitalistischen Vorzeichen wird es nur punktuell geben, d.h. "sie wird so selektiv durchgeführt, daß sie regionale und soziale Gräben aufreißt und vertieft, die damit den Keim für künftige Konflikte in sich tragen." Eine Konsolidierung mit westlicher Hilfe wird nur für wenige Regionen stattfinden. Die ehememalige DDR, Böhmen (d.h. Teile der westlichen Tschechoslowakei) und Westungarn werden vom Autor in diesem Zusammenhang genannt. Vielleicht wären noch Schlesien und Slowenien zu ergänzen. "Der Rest wird europäisches Randgebiet, wie bereits vor und zwischen den beiden Weltkriegen. Dort wird eine Phase der politischen Instabilität Einzug halten, wie wir sie seit Jahrzehnten aus Lateinamerika kennen. Populisten, Generäle und Nationalisten werden sich die Klinken der Regierungspaläste in die Hand geben." Die parlamentarische Demokratie werde sich letztlich nur dort halten können, wo auch die wirtschaftliche Stabilisierung gelingt. (ehem. DDR, CSFR, Ungarn)

Soziale Unruhen sind nach Einschätzung des Autors in der ganzen osteuropäischen Umbruchzone unvermeidlich. Ihnen sei aber aufgrund der Diskreditierung nicht nur des Sozialismus, sondern sogar der "sozialen Frage" die Basis für eine progressive Richtung entzogen. Dieses Vakuum wird als Chance für nationalistische Parolen und Ideologien gesehen. Diese wiederum würden autoritäre Regimes an die Macht bringen. "Der unvermeidliche Aufstand der unter kapitalistischen Verwertungsbedingungen unbrauchbaren Massen zwischen Warschau, Sofia und Moskau scheint sich in gegenseitigem nationalistischen Haß zu entladen. (...) Ein den ganzen europäischen Kontinent umspannender Krieg wäre an jenem Tag nicht mehr fern, an dem sich ein von seinen Nachbarn diktatorisch unterdrücktes Volk an Westeuropa um Hilfe wendet." - Neigungen, einem solchen Hilferuf nachzukommen, vermutet Hannes Hofbauer mit guten Gründen vor allem beim grösser gewordenen Deutschland.

Dagegen wäre lediglich einschränkend einzuwenden, daß es solche Hilferufe aus Osteuropa bereits etliche gegeben hat. Aus Litauen, Slowenien, Kroatien, demnächst vielleicht aus dem Kosovo. Die Großmächte des Westens haben es bisher vorgezogen, die Rufe zu ignorieren. Soll heißen: Krieg wird es nicht geben, wenn und weil eine der osteuropäischen Nationen um westliche (Militär-)Hilfe bittet, sondern wenn und weil eine oder

mehrere der westlichen Großmächte sich stark genug fühlen, den Krieg wieder Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sein zu lassen. Ansonsten ist dem Pessimismus des Autors leider zuzustimmen.

Kt.

Hannes Hofbauer: "Der wilde Osten. Reportagen vom Rande Europas", ProMedia Druck- und Verlagsgesellschaft, Wien 1991, 183 S., ca. 30 DM

9. Die Außen- und Sicherheitspolitik der EG: Testfall Jugoslawien

Rubrik: Westeuropa / EG allgemein; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:29

Das hatte schon fast symbolischen Charakter. Just während eines Luxemburger EG-Gipfels, wo es um die künftige gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gehen sollte, brach der Krieg um Slowenien offen aus. Urplötzlich stellte sich die Frage der künftigen Rolle der EG als regionales politisches Gravitations- und Ordnungszentrum ganz praktisch. Nicht Absichtsbeteuerungen und Deklarationen waren gefragt, sondern europäisches Krisenmanagement auf dem Balkan.

Die politischen Interventionen der EG lassen sich in fünf Akten nachzeichnen.

1. Akt: Im April und Ende Mai reisten die EG-Troika, bestehend aus den drei Außenministern Luxemburgs, den Niederlanden und Portugals, sowie EG-Kommissionspräsident Jacques Delors nach Belgrad, um der dortigen politischen Führung das EG-Interesse an der "Einheit und territorialen Integrität" zu erläutern. Andernfalls werde die EG ihre Wirtschafts- und Finanzhilfen einstellen, und Jugoslawien könne nicht mit einer Assoziierung an die Zwölfergemeinschaft rechnen.

2. Akt: Während des Luxemburger EG-Gipfels (Ende Juni) platzten die Nachrichten über den Bürgerkrieg in Slowenien hinein und warfen das übliche Prozedere über den Haufen. Der Gipfel forderte umgehend einen sofortigen Waffenstillstand und die Auslösung des KSZE- Krisenmechanismus, der erst auf dem Berliner KSZE-Außenministertreffen Mitte Juni beschlossen worden war. Die in Aussicht gestellte Finanzhilfe in Form eines 1,6 Mrd. DM-Kredits fror der Ministerrat ein. Die erwähnte Troika wurde sofort nach Belgrad beordert.

In Belgrad setzten die drei EG-Emissäre die folgende Vereinbarung durch: Slowenien und Kroatien sollten ihre Unabhängigkeitserklärungen für drei Monate auf Eis legen; die jugoslawische Armee mußte in die Kasernen zurückkehren und der Kroate Mesic zum Präsidenten des Staatspräsidiums der sechs Teilrepubliken gewählt werden.

Parallel dazu wurden die Politischen Beamten der Außenminister aller KSZE-Staaten in Prag aktiv; der Krisenmechanismus trat in Kraft und alle KSZE-Staaten einigten sich auf die Forderung nach einer sofortigen Beendigung der Kämpfe und der Rückkehr der beteiligten militärischen Verbände in ihre Unterkünfte. Die EG erhielt nun auch offiziell von der KSZE ein Mandat für das Krisenmanagement.

Die erste Vereinbarung der EG-Troika mit dem jugoslawischen Staatspräsidium hielt maximal 24 Stunden; Slowenien machte deutlich, daß die dreimonatige Aussetzung der Unabhängigkeitserklärung unannehmbar war. Die militärischen Kämpfe gingen weiter.

3. Akt: In der Nacht zum 8. Juli verständigten sich Slowenien und die jugoslawische Zentralregierung auf das Abkommen von Brioni, das unter Vermittlung der EG-Troika zustande kam. Das 11-Punkte-Abkommen beinhaltet u.a. den "bedingungslosen Rückzug" der slowenischen Bürgerwehr und der Bundesarmee an ihre Ausgangspunkte und die Überlassung der Grenzsicherung Jugoslawiens zu Italien, Österreich und Ungarn an slowenische Polizei- und Zolleinheiten nach jugoslawischem Bundesrecht. Außerdem stimmten alle Beteiligten der Entsendung von 50 EG-Beobachtern in die Krisenregion zu.

4. Akt: Nach dem Rückzug der jugoslawischen Armee aus Slowenien und der damit verbundenen faktischen Anerkennung der slowenischen Unabhängigkeit rückte der serbisch-kroatische Konflikt in den Vordergrund. Die EG-Außenminister forderten den sofortigen Waffenstillstand und beschlossen, weitere 150 Beobachter in die neue Kriegsregion zu entsenden. Das jugoslawische Staatspräsidium stimmte dem zu.

5. Akt: Ende Juli versuchte die EG-Troika erneut, im jugoslawischen Konflikt zu vermitteln; sie schlug u.a. eine gemischte serbisch-kroatische Überwachungskommission zur Einhaltung des von Kroatien am 28. Juli einseitig ausgerufenen Waffenstillstands vor, was jedoch abgelehnt wurde. Kommentar des niederländischen Außenministers Jan van den Broek: "Wir haben hier nichts mehr zu suchen".

Die weiteren Verhandlungen Anfang August führte die Troika bereits ohne die serbischen Vertreter - damit waren die Vermittlungsversuche der EG endgültig gescheitert.

Am 6. August beschloß das jugoslawische Staatspräsidium einen Waffenstillstand, der ca. eine Woche lang auch mit wenigen Ausnahmen eingehalten wurde. Nach dem Scheitern der EG-Interventionen verfolgten die Außenminister auf ihrer Den Haager Sitzung eine neue Taktik; man verurteilte de facto Serbien und machte es für die bewaffneten Auseinandersetzungen in Kroatien verantwortlich, ohne freilich Serbien wörtlich zu erwähnen. Die EG wolle Sanktionen, wiederum faktisch gegen Serbien, ins Auge fassen sowie die "kooperativen Kräfte" in Slowenien und Kroatien unterstützen.

Widersprüche zwischen Einheitsstaat und der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens

Vor Ausbruch der militärischen Auseinandersetzungen in Jugoslawien war es allgemeiner Konsens unter den EG-Staaten, den USA und der Sowjetunion, an der "territorialen Integrität" Jugoslawiens festzuhalten. Die imperialistischen Staaten befürchteten ansonsten den Domino-Effekt: eine "Balkanisierung" des gesamten Osteuropa bis hin zu den Unabhängigkeitsbestrebungen der Slowakei. Die Sowjetunion plädierte schon aus eigenem Interesse für den Erhalt des jugoslawischen Einheitsstaates; ihr sitzt die Angst im Nacken, daß der "jugoslawische Bazillus" die baltischen und andere nach Unabhängigkeit strebenden Sowjetrepubliken nur noch weiter ermuntern könnte.

Interne Analysen und Erwartungen über die Zukunft Jugoslawiens sprechen allerdings eine andere Sprache. Im Dezember 1990 ergab eine Einschätzung des US-Geheimdienstes CIA, daß der jugoslawische Staat in spätestens 18 Monaten vollständig zerfallen würde. Auch eine Studie der bundesdeutschen "Stiftung Wissenschaft und Politik" (SWP) vom März dieses Jahres prognostizierte den "Zerfall der wirtschaftlichen und politischen Ordnung in Jugoslawien und Albanien" und leitete daraus eine längerfristige Neuordnung des Balkan in Form einer "Konföderation" aus Slowenien, Kroatien, Serbien und Albanien ab (1). Bemerkenswert an dieser Studie ist, daß sie ganz bewußt die voraussichtlichen Einheitsbestrebungen Albaniens mit der jugoslawischen Provinz Kosovo bereits vorweg nimmt.

Die gesamte EG-Strategie bestand darin, so lange wie möglich am jugoslawischen Einheitsstaat festzuhalten und zumindest dafür zu sorgen, daß eine Verhandlungslösung nicht völlig verbaut wird. Während Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien und die Niederlande stärker die Einheit Jugoslawiens betonen, bringen die BRD, Österreich, Dänemark und Irland das Selbstbestimmungsrecht Sloweniens und Kroatiens immer wieder ins Spiel. Die Widersprüche innerhalb der EG in dieser Frage sind jedoch nicht überzubewerten, denn selbst Präsident Mitterand erklärte auf dem Luxemburger EG-Gipfel, daß es sehr schwierig sei, an der Einheit festzuhalten, wenn Jugoslawien gewaltsam auseinanderstrebe (Frankfurter Allgemeine, 29.6.91, Anm. 2).

Beim Besuch des kroatischen Präsidenten Tudjman in Bonn bescheidete ihn Kanzler Kohl, eine sofortige völkerrechtliche Anerkennung Kroatiens komme nicht in Frage, da die BRD an gemeinsame Absprachen mit der EG "gebunden" sei. Er fügte hinzu, daß Kroatien in den kommenden Verhandlungen prüfen müsse, ob es konföderative Lösungen gebe. Außenminister Genscher brachte die Anerkennungsfrage als politisches Druckmittel gegen Serbien ins Spiel; nach dem Scheitern der letzten EG-Mission Anfang August erwog er wirtschaftliche Sanktionen gegen Serbien und die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens, falls die serbische Regierung und die Bundesarmee sich nicht mäßigten.

Das Den Haager EG-Außenministertreffen machte sich diese Position zu eigen, wobei die wirtschaftlichen wie politischen Druckmittel weitgehend ausgereizt sein dürften. Wirtschaftssanktionen, die sich nach der derzeitigen Lage gegen Serbien richten würden, blieben ziemlich wirkungslos, da der Waren- und Zahlungsverkehr weitgehend zusammengebrochen ist.

Die Karte der völkerrechtlichen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens, auf EG-Ebene vor allem von Österreich und der BRD immer wieder ins Spiel gebracht, wird gewissermaßen als "Joker" in der Hinterhand behalten. Das bewußte Offenhalten der Frage des Selbstbestimmungsrechts des slowenischen und kroatischen Volkes, das in offiziellen EG-Verlautbarungen auch nie erwähnt wird, hängt mit den eher längerfristigen Überlegungen zusammen, die Österreich am deutlichsten ausgesprochen hat.

Zum einen geht es längst nicht nur um Slowenien und Kroatien, sondern um den gesamten Balkan; seit dem 15. Juli besteht, in den Kriegswirren von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, eine enge, parteienübergreifende Zusammenarbeit Albaniens mit der von Serbien annektierten Provinz Kosovo. Während Sloweniens Unabhängigkeit de facto bereits von Serbien hingenommen wurde, könnte Serbien alsbald in einen Zweifrontenkrieg geraten: gegenüber Kroatien und dem nach "Wiedervereinigung" strebenden Albanien.

Falls sich Mazedonien in einem Referendum am 8. September für die Unabhängigkeit entscheidet und auch noch Bosnien-Herzegowina in seine drei Bestandteile zerfällt, tauchen weitere, zusätzliche Probleme auf.

Einer völkerrechtlichen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens, vor allem von der "Frankfurter Allgemeinen" als Allheilmittel angepriesen, stehen widersprüchliche Aussagen in den KSZE-Vereinbarungen gegenüber. Dort haben sich zwar alle 35 Staaten zum Selbstbestimmungsrecht und der Achtung von Minderheiten bekannt, ebenso aber auch zur Unverletzlichkeit der Grenzen. Mit anderen Worten: jede territoriale Veränderung in Jugoslawien müßte erstens friedlich verlaufen und würde zweitens das Einverständnis aller unmittelbar daran Beteiligten erfordern.

Ein weiteres wichtiges Folgeproblem wird derzeit überhaupt noch nicht erörtert. Selbst beim vollständigen Zerfall Jugoslawiens in verschiedene Völkerrechtssubjekte geht es zum einen um die "Scheidungskosten", zum anderen um die Existenzfähigkeit der einzelnen Staaten. In diesen Folgeproblemen verfügen die EG-Staaten, allen voran die BRD und Italien als Haupthandelsländer Jugoslawiens, über erhebliche politische und wirtschaftliche Druckmittel, denn ohne äußere wirtschaftliche Hilfen sind die einzelnen Staaten, mit Ausnahme vielleicht des entwickelteren Slowenien, kaum überlebensfähig.

Der vergleichsweise noch mit viel härteren Bandagen ausgetragene Wirtschaftskrieg zwischen den jugoslawischen Teilrepubliken, der zum Zusammenbruch des Handels- und Zahlungsverkehrs führte, hat zu einer erheblichen wirtschaftlichen Desintegration zum Schaden aller Republiken geführt und die ökonomische Basis für die nach Unabhängigkeit strebenden Völker bedeutend verschlechtert, was durch die Nationalismen und kriegerischen Ereignisse überdeckt wird.

Von daher fürchtet die EG nicht nur die politischen Folgekosten eines jugoslawischen Zerfalls, sondern auch die immensen wirtschaftlichen Probleme. Daher versucht die EG, die Frage der völkerrechtlichen Anerkennung hinauszuzögern und die beteiligten Kräfte in Jugoslawien dazu zu bewegen, eine völkerrechtliche Lösung auf dem Verhandlungswege zustande zu bringen.

Der "Fundamentalismus" der "Frankfurter Allgemeinen", mit der völkerrechtlichen Ankerkennung Sloweniens und Kroatiens seien die Probleme eher zu lösen, verkennt nicht nur die genannten Folgeprobleme, sondern steuert bewußt auch auf eine militärische Eskalation zu, die zum eigentlichen Anliegen der "FAZ" hinführt: ein militärisches Eingreifen der EG-Staaten in Jugoslawien, möglichst an der Seite Kroatiens und Sloweniens, gegen das "kommunistische" (FAZ) Serbien.

Solange Slowenien und Kroatien die völkerrechtliche Anerkennung verwehrt wird und die gesamte politische Neuordnung des Balkans von den dortigen Auseinandersetzungen abhängt, die mit Sicherheit noch eskalieren werden (Stichworte: Ausweitung des serbisch-kroatischen Konflikts; Albanien), will die EG nichts präjudizieren (3). Offensichtlich sind auch die Bedingungen für eine internationale Friedenskonferenz unter dem Schirm der EG, wie von den EG-Außenministern und dem KSZE-Krisenmechanismus vorgeschlagen, noch nicht herangereift. Das wird erst dann der Fall sein, wenn allen beteiligten Kriegsparteien die Ausweglosigkeit einer militärischen Lösung vor Augen geführt wird.

Die militärischen Gehversuche der EG

Von westeuropäischen Blauhelm-Missionen, von einer EG-Eingreiftruppe, von einer "bewaffneten Friedensmacht" oder einer "Friedenserhaltungstruppe" (so der niederländische Außenminister van den Broek) oder von KSZE-Blauhelmen (Genscher), von militärischen "Puffereinheiten" (so unisono der französische Außenminister Dumas und sein österreichischer Kollege Mock) war in den letzten Wochen ebenso die Rede wie von einer Einschaltung der WEU, deren Verbände als Keimform einer KSZE-Streitmacht zur Verfügung stehen sollten.

Da wurde erwogen, ins Auge gefaßt und nicht ausgeschlossen. In der Substanz ist die EG hinsichtlich ihrer militärischen Ambitionen und einer gemeinsamen Sicherheitspolitik bislang keinen Schritt vorangekommen. Das führte bei Genscher zur Einsicht, diese Fragen an die UN und den Sicherheitsrat zu delegieren. Aus grundgesetzlichen Erwägungen komme ein Einsatz der Bundeswehr ohnehin nicht in Frage, zumal deutsche Streitkräfte in Jugoslawien angesichts der Rolle der faschistischen Wehrmacht nur noch mehr Öl ins Feuer gießen dürften. Auch die Erwägung des österreichischen Außenministers Mock, im Rahmen der zur

"Hexagonale" angewachsenen "Pentagonale" eine Friedenstruppe aus diesen Ländern nach Jugoslawien zu entsenden, blieb ein frommer Wunsch (4).

So blieb es bisher bei der Entsendung von 200 "zivilen" EG-Beobachtern, die die Einhaltung des Waffenstillstandes überwachen sollen, während alle darüber hinaus gehenden militärischen Formierungsversuche in Richtung einer europäi- schen Eingreiftruppe an verschiedene Grenzen stoßen. Zum einen ist der Jugoslawien-Konflikt ein KSZE-Thema, an dem 35 Staaten beteiligt sind. Die dortige klare Mehrheit für die "territoriale Integrität" Jugoslawiens hat bislang ein Krisenmanagement ohne die Einbeziehung des betroffenen Staates abgelehnt. Der derzeitige KSZE-Krisenmechanismus beschränkt sich auf Appelle, den Waffenstillstand einzuhalten, auf die Entsendung von KSZE-Beobachtern und die Ermächtigung an die EG, die Vermittlerrolle im Jugoslawien-Konflikt zu spielen.

Die Frage einer militärischen Intervention der EG-Staaten läßt sich also schon gar nicht vom KSZE-Mechanismus trennen. KSZE-Mitglied Sowjetunion hat bereits mehrmals öffentlich zu verstehen gegeben, daß sie nichts von einer derartigen Eingreiftruppe halten würde. Anders ausgedrückt: Durch die Internationalisierung der Jugoslawienkrise seit Ausrufung des KSZE-Krisenmechanismus nimmt die EG ein Mandat dieses Gremiums wahr, das sich derzeit auf die Entsendung von Beobachtern und Verhandlungen beschränkt; obendrein führt auch die KSZE separate Verhandlungen und stellte ein Ultimatum an alle Konfliktparteien, bis Mitte August ihre Probleme friedlich beizulegen. Dieses Ultimatum ist inzwischen verstrichen.

Das zweite Problem betrifft die EG selbst. Über Erwägungen und Ankündigungen hinaus ist noch nicht einmal eine EG-interne Verständigung darüber hergestellt worden, ob die WEU die institutionelle Basis für eine solche Krisentruppe darstellen soll, oder ob diese Frage nicht "Chefsache", also Thema der EG-Ratstagungen sein müßte.

Bis heute jedenfalls hat die Jugoslawien- Krise noch nicht zu einem "Schub" in Richtung einer EG-Initiative geführt, ihre militärischen Ambitionen voranzubringen. Der Jugoslawien-Konflikt wird so zu einem Testfall auch für die weitere außen- und sicherheitspolitische EG-Integration.

D./Westberlin

Anmerkungen:

1) Danylow, Peter, "Der Zerfall der wirtschaftlichen und politischen Ordnung in Jugoslawien und Albanien", Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-AP 2687, Bonn (März 1991)

2) Auch die US-Administration vollzog Anfang Juli einen außenpolitischen Kurswechsel; es wurde an die Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte sowie das Selbstbestimmungsrecht der Völker ohne den Zusatz der "territorialen Integrität" appelliert. Intern scheinen sich die wichtigen imperialistischen Staaten darin einig zu sein, daß der jugoslawische Staat in seiner bisherigen Form obsolet geworden ist.

3) Die deutsche Außenpolitik wagt sich in der Anerkennungsfrage Sloweniens und Kroatiens weit vor. Ein Zeichen dafür, wie weit die jüngere deutsche Geschichte und die Balkan-Politik des deutschen Faschismus bereits ausgeblendet wird.

4) Die "Hexagonale" besteht aus den Ländern Italien, Österreich, Ungarn, der CSFR, Jugoslawien und Polen. Letzteres Land trat der nach dem Zusammenbruch Osteuropas gebildeten "Pentagonale" erst vor kurzem bei. Über mehr als eine lockere regionale Kooperation ist die "Hexagonale" bislang nicht hinausgekommen; die eindeutige Vormacht in diesem Zusammenschluß ist Italien, das dort hegemoniale Interessen hegt und das Bündnis auch als Gegengewicht zur BRD ansieht. Italien verfügt über gute Beziehungen zu Jugoslawien und ist neben der BRD der bedeutendste Handelspartner, während Österreichs Beziehungen traditionell gegenüber Ungarn, der CSFR und Polen bestehen. Das Vorprodukt der jetzigen "Hexagonale" bestand in Form der "Alpe Adria". Diese eher lose Kooperation umfaßte Ende der siebziger Jahre neben Italien, Ungarn und Österreich auch Slowenien, Kroatien und den Freistaat Bayern. F.J. Strauß gehörte zu den Drahtziehern dieses Projekts.

10. Europas Landkarte wird geändert

Rubrik: Osteuropa, Osteuropapolitik; Sowjetunion und Nachfolgestaaten; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:52

In der UdSSR und in Jugoslawien hat der ganz Osteuropa erfassende Prozeß des Zusammenbruchs der "sozialistischen" Gesellschaften und der Auflösung des "sozialistischen Weltsystems" (auch) die Form der nationalen Desintegration angenommen. Die militärischen Auseinandersetzungen in Jugoslawien und der Putschversuch in der UdSSR scheinen diese Tendenzen zu verstärken. In die Landkarte Europas, die als Bestandteil der Nachkriegsordnung dauerhaft fixiert erschien, ist Bewegung gekommen.

Acht neue Staaten

Zwei Republiken Jugoslawiens - Slowenien und Kroatien - und sechs der UdSSR - Litauen, Lettland, Estland, Georgien, Armenien und Moldowa - beanspruchen, mit unterschiedlicher Dringlichkeit und Konsequenz, einen souveränen Status im vollen Sinn des Wortes, also Eigenstaatlichkeit. In Jugoslawien steht der Zentralstaat selbst auf dem Spiel, weil ohne Slowenien und Kroatien das schon in den letzten Jahren nur mehr schlecht als recht funktionierende Gleichgewicht der Kräfte in der Föderation definitiv zerstört ist. Jugoslawien ohne die beiden nördlichen Republiken wäre nur noch Großserbien mit Anhang. In diese Rolle wollen sich aber weder Bosnien- Herzegowina noch Mazedonien fügen. Beide Republiken haben ihren Austritt aus der Föderation angekündigt, falls eine Rückkehr Sloweniens und Kroatiens in den Staatenbund nicht zustande kommt.

In der UdSSR hatten vor dem Putschversuch acht der fünfzehn Republiken ihre Bereitschaft erklärt, den mühsam ausgehandelten Unionsvertrag zu unterzeichnen. Zu ihnen wäre vermutlich am Ende als Neunte im Bunde auch die Ukraine gekommen, die ihre Entscheidung aber erst im September treffen wollte. Die sechs genannten Republiken, die staatliche Souveränität beanspruchen, hatten sich von vornherein an den Debatten um den Vertrag nicht beteiligt. Möglicherweise wird es nach dem Putschversuch das Begehren geben, den Vertrag wieder in den Verhandlungsprozeß zurückzunehmen, um die Stellung der Zentralmacht noch mehr zu schwächen. Schon für den bisher vorliegenden Vertrag ist aber festzustellen, daß er der Zentralregierung kaum noch Kompetenzen beläßt und den Republiken eine Autonomie zugesteht, die wohl in keinem anderen großen Staat der Welt praktiziert wird. Gerade das war offenbar ein Argument und Motiv der Putschführer.

Föderation als freiwilliger Zusammenschluß

Die "abtrünnigen" Republiken der UdSSR und Jugoslawiens nehmen mit ihrer Entscheidung für Eigenstaatlichkeit das in den Landesverfassungen garantierte "Recht auf Lostrennung" wahr. Dies ist seiner Natur nach ein absolut einseitig ausübbares Recht. Das heißt, es bedarf weder der vorherigen Zustimmung der jeweiligen Zentralregierung noch des Konsenses sämtlicher übrigen Republiken. Allerdings setzt eine Lostrennung selbstverständlich umfangreiche und komplizierte Verhandlungen voraus, um bestehende Zusammenhänge sinnvoll und fair zu entflechten. Das hat aber auch keine der Republiken, die jetzt Staat sein oder werden wollen, in Frage gestellt. Das Problem in der UdSSR war bisher, daß die Zentralregierung, vertreten durch Gorbatschow, der in nationalen Fragen leider keine gute Hand hat, sich auf konkrete Trennungsverhandlungen mit den sechs Republiken überhaupt nicht einlassen wollte. (In Jugoslawien liegen die Dinge anders. Dort geht es schon seit einiger Zeit mehr um das Wie als um das Ob der Auflösung des Bundesstaates.)

Daß die UdSSR und Jugoslawien in ihren Verfassungen den Republiken das "Recht auf Lostrennung" sichern, ist historisch gesehen weder ein Zufall noch ein dummes Mißgeschick. Es hängt damit zusammen, daß sich beide Staaten vor dem Hintergrund negativer Erfahrungen explizit auf die Freiwilligkeit als Basis der Union/Föderation berufen. Daß dies den kapitalistischen Großmächten des Westens eigentlich nicht geheuer ist und daß ihre Sympathien naturgemäß erst einmal auf Seiten der Zentralregierungen sind, liegt auf der Hand. Die BRD beispielsweise ist per Verfassung und Gesetz eine Zwangsgemeinschaft, die auf den Voraussetzungen der preußisch dominierten Reichsgründung von 1871 beruht, die letztlich ein Produkt des Kriegs gegen Frankreich war. Aus diesem Zwangsverband kann niemand austreten wollen. Bereits die Absicht zur Lostrennung eines Bundeslands von der BRD wäre Hochverrat und könnte "rechtmäßig" mit der ganzen polizeilichen und militärischen Gewalt der Zentralmacht niedergeschlagen werden. (Das hindert aber

bundesdeutsche Politiker und Publizisten nicht daran, allmählich ihre Sympathie für die "freiheitsliebenden" Balten, Slowenen und Kroaten zu entwickeln.)

Kroatien und "seine" Serben

Die Trennung Sloweniens vom Bundesstaat kann mittlerweile als weitgehend akzeptiert gelten, nachdem die maßgeblichen Kräfte Serbiens und der Armee sich dafür ausgesprochen haben, niemand gegen seinen Willen in der Föderation halten zu wollen. Eine Änderung dieser Position scheint noch nicht absolut ausgeschlossen, wäre aber wohl nur unter den Voraussetzungen eines Staatsstreichs in Belgrad und mit den Mitteln der Kriegführung zu realisieren. Das außenpolitische und wirtschaftliche Risiko einer solchen Option wäre für Serbien größer als jeder vorstellbare Nutzen.

Komplizierter ist die Situation Kroatiens. Angesichts der Tatsache, daß Teile der Republik eine serbische Bevölkerungsmehrheit haben, ist die offizielle Position der Zagreber Regierung, absolut über keine Änderung der Republikgrenzen mit sich reden zu lassen, politisch unhaltbar. Zagreb wird wahrscheinlich selbst in den prinzipiell mit den "abtrünnigen" Republiken sympathisierenden Kreisen der BRD und Österreichs für eine derart kategorische Haltung nur wenig öffentliche Unterstützung finden. Durch alle Kommentare aus diesem Spektrum zieht sich die Meinung, daß Kroatien - anders als Slowenien - etliche schwere Fehler gemacht habe. Unter diesen Fehlern wird meist die ganz unflexible, kompromißlose Haltung gegenüber dem serbischen Bevölkerungsteil der Republik genannt.

Auf der anderen Seite wird auch Serbien große Probleme haben mit seinem Anspruch, bei Auflösung Jugoslawiens müßten Serbiens Grenzen auf alle Gebiete ausgeweitet werden, wo Serben leben. Oft wechseln die Mehrheiten von Dorf zu Dorf, oder beide Volksgruppen sind annähernd gleich groß. Belgrad wird wohl akzeptieren müssen, daß bei einer Kompromißlösung viele Serben außerhalb ihrer Republik bleiben werden oder auswandern müßten, wenn sie in Serbien leben wollen. Allein in der kroatischen Hauptstadt Zagreb gibt es ungefähr 100.000 Serben.

Das militärische Kräfteverhältnis ist für Kroatien nicht aussichtsreich. Die Republik hat seit Ende Juni bei der beabsichtigten Rückeroberung serbischer Gebiete, die ihre Autonomie erklärt haben, keine Erfolge erreicht, sondern anscheinend eher noch Boden verloren. Daß Einheiten der Bundesarmee an der Seite der serbischen Milizen eingegriffen haben, ist sicher vorgekommen. Das Ausmaß dieser Unterstützung wird aber von Kroatien vermutlich übertrieben. Bei einem systematischen Eingreifen der Bundesarmee und/oder der offiziellen serbischen Streitkräfte hätten die Dinge sicher einen sehr viel rasanteren Verlauf genommen.

Nach Schätzungen in der Presse (Stand Ende Juli) hat Kroatien die Kontrolle über etwa 5% seines Territoriums an die serbischen Autonomisten verloren. Das ist punktuell schmerzlich, wäre aber an sich noch keine "nationale Katastrophe" für die Republik, soweit es sich um Grenzregionen handelt. Sehr ernst ist jedoch das Problem des autonomen serbischen Gebiets um Knin (Krajina). Wenn dieser Bereich konsolidiert, ausgedehnt und aus der Republik herausgelöst werden würde, wäre die ganze Südhälfte der kroatischen Mittelmeerküste (Dalmatien) abgeschnitten. Das Risiko wäre dann, daß auch dieser südliche Landesteil verloren gehen könnte. Aber schon ohne diese extreme Konsequenz wären die Folgen schwerwiegend, besonders für den Wirtschaftsfaktor Tourismus.

Welche Entwicklungsmöglichkeiten sind denkbar?

1. Kroatien könnte durch Integration in einer mehr oder weniger reformierten Föderation - wahrscheinlich in jedem Fall ohne Slowenien - und eine großzügige Autonomie-Regelung vielleicht das Problem seiner Grenzen "entschärfen". Die Frage ist, ob die Propagandisten eines größeren Serbiens, und das sind heute alle relevanten Kräfte dieser Republik, daran überhaupt noch interessiert sind.

2. Es könnte eine Fortsetzung und Eskalation der militärischen Konfliktaustragung bis zu einer definitiven Entscheidung geben. In diesem Fall wäre mit einer sehr verstärkten direkten Unterstützung Serbiens für die serbischen Milizen zu rechnen. Nach militärischen Maßstäben bestünde am Ausgang eines solchen Konflikts kein Zweifel. Die Frage wäre aber, was Serbien außenpolitisch riskieren will und kann.

3. Es könnte zu einer Verhandlungslösung kommen, bei der Kroatien wohl einige Gebiete mit geschlossener serbischer Mehrheit herausgeben müßte, eventuell nach erneuten militärischen Konfrontationen, eventuell verbunden mit einem Referendum, eventuell als international vermittelter und kontrollierter Vorgang.

Der serbisch-kroatische Konflikt berührt unmittelbar auch Bosnien-Herzegowina. Die serbische Bevölkerungsgruppe im Nordwesten dieser Republik (Bosanska Krajina) hat gleichfalls ihre Autonomie erklärt. Serbische Milizen üben dort anscheinend die faktische Kontrolle aus. Das relativ große geschlossene Gebiet dient als Hinterland für die Kriegführung in den kroatischen Grenzregionen. Und mehr noch: Die serbischen Gebiete Kroatiens ziehen sich - abgesehen von Ost- slawonien, das an die serbische Wojwodina grenzt - rund um die Grenzen von Bosnien-Herzegowina. Die Bosanska Krajina ist das logische Mittel- und Verbindungsstück dieses "serbischen Gürtels". Nur unter Einbeziehung des nordwestlichen Bosniens könnte ein geschlossenes serbisches Gebiet aus Kroatien herausgelöst werden, das eine direkte Verbindung mit dem "Mutterland" hat. Das serbische Begehren, die innerjugoslawischen Grenzen neu festzulegen, meint also immer auch Aufteilung der Republik Bosnien-Herzegowina. Für dieses Thema gibt es in Zagreb aufmerksame Gesprächspartner.

Serbischer Chauvinismus

Beim Stand der Dinge erscheint die Trennung Sloweniens und Kroatiens von der Föderation als vorerst unumkehrbar. Diese Trennung ist keine aus "Haß und Unvernunft" geborene "Kurzschlußreaktion", sondern hat eine Vorgeschichte von mehreren Jahren. Die Wurzeln der Konflikte reichen vor die Zusammenbruchswelle zurück, die ganz Osteuropa in der zweiten Jahreshälfte 1989 erfaßte. Die Sonderwege der beiden Republiken wurden durch jene Welle gewiß gefördert, sind aber nicht deren Produkt. Die gängige Erklärung, daß hier wieder einmal zwei Völker die Trennung von ihren ärmeren Landsleuten vollziehen, um sich beim Wettlauf ins "Haus Europa" besser plazieren zu können, trifft zwar zu, greift aber viel zu kurz. Es ist daran zu erinnern, daß den Sonderwegen der beiden Republiken die Welle des großserbischen Chauvinismus voranging, die im Frühjahr 1987 begann. Mit einer nationalistischen "Säuberung" des serbischen Apparats, mit der Aufhebung der in der Bundesverfassung garantierten Autonomie des Kosovo und der Wojwodina, und mit dem inszenierten Sturz der Führung Montenegros unternahm Serbien den Versuch, die auf Gleichberechtigung beruhenden Grundlagen des titoistischen Jugoslawiens wesentlich zu verändern und sich eine klare hegemoniale Stellung zu verschaffen. Außerdem kam aus Serbien der stärkste Widerstand gegen eine politische Liberalisierung. Insbesondere Slowenien war dadurch genötigt, sich schrittweise autonomen Spielraum zu erkämpfen und zu sichern, um seinen Demokratisierungskurs nicht durch massive Eingriffe der Bundesbehörden behindern zu lassen. Hinzu kam, daß in Slowenien (und Kroatien) die serbische Besatzungspolitik im Kosovo mehr und mehr als Skandal und als schwere Belastung für den jugoslawischen Weg "nach Europa" gesehen wurde. Seit dem Zusammenbruch der osteuropäischen Regimes Ende 1989 sind die Zustände im Kosovo tatsächlich einmalig in Europa.

Erschwerend kam hinzu, daß sich in Serbien keine relevante Opposition gegen den Neochauvinismus entwickelte. Selbst "undogmatische Dissidenten" schlossen sich dem allgemeinen Taumel an und bekundeten ihre Zustimmung zur totalen Repression im albanischen Kosovo. Serbiens konservative, antisozialistische Opposition ist in ihrem Nationalismus sogar noch radikaler als die regierende Sozialistische Partei.

Ohne Rückkehr Serbiens zu den "Geschäftsgrundlagen" des jugoslawischen Bundesstaates, wofür es jedoch keinerlei Anzeichen gibt, scheint eine Reintegration Sloweniens und/oder Kroatiens in den Bundesverband ausgeschlossen. Allenfalls könnte sie vielleicht militärisch erzwungen werden, was aber angesichts der Kräfteverhältnisse und zu erwartender internationalen Reaktionen unwahrscheinlich ist.

Weiterer Zerfall Jugoslawiens

Falls sich die Trennung Sloweniens und Kroatiens von der Föderation stabilisiert, ist auch der Bestand des übrigen Jugoslawiens kaum noch zu retten. Beim Stand der Dinge würde es sich um einen serbisch bestimmten Staat handeln, in dem Montenegro sich völlig assimilieren würde und in dem Bosnien-Herzegowina und Makedonien nur eine zweitrangige Existenz führen könnten. Beide Republiken haben schon angekündigt, daß sie bei definitiver Lösung Sloweniens und Kroa- tiens vom Bundesstaat keinen Sinn mehr in einem Verbleiben in der Union mit Serbien/Montenegro sehen würden. Dies würde die Frage der Grenzen von Bos- nien-Herzegowina verschärfen. Nach Ansicht der Regierung in Sarajewo würde der Versuch einer ethnischen Aufteilung die Republik in einen Bürgerkrieg stürzen.

Ein großes Problem- und Gefahrenpotential enthält auch die Zukunft des Kosovo. Die illegale albanische Opposition der Region - Serbien hat alle politischen Organisationen und Strukturen der Albaner verboten - hat

in letzter Zeit erstens ihre Kontakte mit Albanien ausgebaut. Sie hat zweitens angekündigt, daß sie bei einem Auseinanderfallen Jugoslawiens ebenfalls das Recht auf nationale Souveränität beanspruchen wird. Falls Serbien nicht - im Widerspruch zu seiner ganzen bisherigen Praxis und wider alle Wahrscheinlichkeit - einer Demokratisierung des Kosovo, bis hin zumindest zur Wiedereinsetzung der Autonomierechte, wie sie in der jugoslawischen Verfassung von 1974 verbrieft waren, zustimmt, falls Serbien also nicht diesen Weg geht oder gar Kosovo ganz einfach freigibt, sind in diesem Landesteil heftige Konfrontationen zu erwarten. Die Kosovo-Albaner haben bisher große Geduld und Zurückhaltung aufgebracht, die aber nicht als Mangel an tendenzieller Militanz mißverstanden werden sollte. Wenn Serbien am Besatzungsregime festhält und dieses vielleicht sogar verschärft, wäre eine bewaffnete Revolte des Kosovo nicht auszuschließen. Serbien würde dann wahrscheinlich militärisch antworten, einschließlich eines chauvinistischen Massenaufgebots von bewaffneten Serben, die zu Zigtausenden als Helfer der Besatzungsmacht ins Kosovo geschickt werden könnten. Da Albanien sich in einem solchen Konflikt schwerlich absolut neutral und passiv verhalten könnte, wäre dann auch eine zwischenstaatliche kriegerische Auseinandersetzung nicht auszuschließen.

Ein Wendepunkt in der Osteuropa-Politik der BRD

Die Destabilisierung Osteuropas seit 1989 hat sicher dem BRD-Imperialismus weit mehr genutzt als irgendeiner anderen Großmacht. Ebenso nutzt auch die Desintegration der UdSSR und Jugoslawiens dem BRD-Imperialismus am meisten. Die Parzellierung Osteuropas und der UdSSR (früher Rußlands) ist ein klassisches Projekt des deutschen Imperialismus mindestens seit Beginn des 1. Weltkriegs. Diese Seite des Problems macht es besonders schwer und kompliziert, zu Slowenien, Litauen usw. eine prinzipielle linke Position im Sinne des Selbstbestimmungsrechts zu formulieren und zu vertreten.

Die aktuelle jugoslawische Krise stellt vermutlich einen Wendepunkt in der Strategie der herrschenden Kräfte der BRD dar. Bis jetzt haben sie sich im Einklang mit der übrigen EG und den USA jedem Schritt zur Anerkennung der neuproklamierten Republiken verweigert und das Prinzip der territorialen Integrität aller bestehenden Staaten bedingungslos unterstützt. Wenige Tage vor den seit Monaten feststehenden Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens (26. Juni), machte sich US-Außenminister Baker in Belgrad für den Erhalt der Föderation stark, warnte vor "einseitigen Schritten" und lehnte eine Anerkennung der beiden Republiken durch die USA ab. Genau gleichzeitig gewährte die EG der jugoslawischen Zentralregierung neue Kredite von 1,5 Milliarden Mark, die ausdrücklich als "Zeichen der Solidarität und der Unterstützung" für den Erhalt des Bundesstaats angekündigt wurden. Der Westen hatte also, ohne erkennbaren Dissens der BRD, bis zum 26. Juni einen starken Druck auf Slowenien und Kroatien ausgeübt, "es sich noch einmal zu überlegen". Dies war zweifellos eine massive Einmischung und Erpressung, allerdings aus bestimmtem linken Blickwinkel eine durchaus erwünschte und daher nicht zu kritisierende Einmischung.

Wir erleben nun eine Umorientierung unter den Politikern der BRD. Die Tendenz, zumindest Slowenien anzuerkennen bzw. die Anerkennung Sloweniens (und Kroatiens) als Druckmittel gegen eine militärische Intervention der Zentralmacht und Serbiens einzusetzen, wächst in CDU/CSU, FDP und SPD sowie in den Medien rapide.

Dem Fall Sloweniens (und Kroatiens) käme vermutlich auch die Funktion eines allgemeinen Präzedenz zu: die offizielle Haltung der BRD insbesondere zu den baltischen Republiken der UdSSR könnte sich danach ebenfalls ändern. Dieser Umorientierung käme zugute, wenn die jugoslawische Armee nochmals gegen Slowenien vorginge - was allerdings inzwischen eher unwahrscheinlich ist -, oder wenn die Bundesarmee und Serbien in Kroatien massiver intervenieren würden. Das würde als neuerliche Bestätigung für das Scheitern der bisherigen, auf Erhalt bestehender Staatsverbände gerichteten westdeutschen und allgemein westlichen Politik interpretiert werden.

Schon jetzt ist der vorherrschende Tenor in den westdeutschen Medienkommentaren, daß die bisherige Politik des Westens nur die Sturheit der jugoslawischen, insbesondere serbischen "Konservativen" gefördert habe und sie ermutigt habe, sich einem demokratischen Umbau des jugoslawischen Bundesstaates zu widersetzen. In ähnlichem Sinn wird nun auch der Putschversuch in der UdSSR als Argument für die Aufforderung genommen, die Aufwertung der drei baltischen Republiken offensiver zu betreiben.

Ende des westlichen Konsenses?

Die westlichen Großmächte haben bisher im Wesentlichen eine einheitliche Position gegenüber dem revolutionären Wandel in Osteuropa präsentiert. Widersprüche wurden nur beim Anschluß der DDR deutlich - und schnell wieder beiseite gelegt, als die Regierenden in London, Paris usw. sahen, daß sich an der Sache so oder so nichts mehr ändern lassen würde. Im Fall Jugoslawiens erfolgte selbst nach der militärischen Zuspitzung der Auseinandersetzungen eine bewußte Unterordnung der speziellen Vorstellungen der BRD unter den Erhalt des EG-Konsenses (Vermeidung von "Alleingängen").

Indessen war schon seit den Umstürzen von 1989 absehbar, daß die totale Destabilisierung Osteuropas mittelfristig eine Verschärfung der Widersprüche zwischen den kapitalistischen Großmächten begünstigen würde (Kampf um Einflußgebiete, Märkte, kulturelle Dominanz usw.). Die BRD hat in den kommenden Verteilungskämpfen die besten Chancen, nicht nur die stärkste ökonomische Position, sondern auch eine politische Hegemonie in Osteuropa zu erreichen. Das setzt aber voraus, daß sie zunehmend aus dem "Schatten" der EG heraustritt und eigene Positionen auch regierungsoffiziell deutlicher akzentuiert formuliert.

Im Fall Sloweniens und Kroatiens deutet sich diese Ausdifferenzierung im westlichen Spektrum bereits an. Künftig wird sich die Bundesregierung wahrscheinlich deutlicher "positionieren", und dies wohl unter Umständen auch recht scharf in Abgrenzung zu Frankreich und Großbritannien. Die jetzt offiziell verfügte wirtschaftliche Vorzugsbehandlung Sloweniens und Kroatiens stellt schon einen großen Schritt in diese Richtung dar.

Künftig wird es mit einer gewissen "Unvermeidlichkeit" dahin kommen, daß die EG-Staaten, die USA und Japan in Sachen Osteuropa/UdSSR nicht mehr nach außen als monolithischer Block agieren, sondern reale Sonderinteressen deutlicher zum Ausdruck bringen, unter Umständen auch in offener Konkurrenz und Polemik gegeneinander. Die Osteuropa-Politik der westlichen Großmächte könnte dann wieder Züge internationaler diplomatischer Konflikte annehmen. Sogar militärische Interventionen und Konfrontationen wären langfristig nicht auszuschließen.

Ein linkes Ja zum Recht auf Lostrennung

Die Linke wird nicht umhin können, zur staatlichen Souveränität der neu proklamierten Republiken, soweit sie von einer großen Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wird, eine grundsätzlich und praktisch akzeptierende Haltung einzunehmen, zumindest aber keine Politik mitzutragen, die den Erhalt des territorialen Status quo per se als Wert verteidigt.

Die Linke hat sich bisher um die Nationalprobleme in Osteuropa so gut wie überhaupt nicht gekümmert. Kosovo war kein Thema, die Unterdrückung der türkischen Minderheit in Bulgarien war kein Thema. Nationalismus wurde - zurecht - als reaktionär wahrgenommen, wobei aber zwischen dem unterdrückenden Nationalismus und dem Nationalismus der Unterdrückten kaum ein Unterschied gemacht wurde.

Andererseits gibt es eine traditionelle linke Position zum nationalen Selbstbestimmungsrecht, die es eigentlich a priori ausschließt, eine negative Haltung zum "Recht auf Lostrennung" einzunehmen. (Das schließt eine kritische Position entsprechend den Umständen des konkreten Falls überhaupt nicht aus.)

Es müßte von Linken akzeptiert werden, daß keine Nation in einem Staatsverband gehalten werden sollte, in dem sie nicht freiwillig bleiben will. Freiwillig werden Nationen in einem Staatsverband bleiben, solange sie sich davon Nutzen versprechen. Wenn dieser entfällt oder nicht mehr gesehen wird, kann der Staatsverband nur noch durch inneren und/oder äußeren Druck und Gewalt aufrecht erhalten werden. Je mehr die Gewalt gesteigert wird, umso weniger wird den Unterworfenen noch ein freiwillig zu akzeptierender Nutzen der Föderation vor Augen stehen.

Den neuen Republiken die Anerkennung zu versagen, macht nur Sinn, wenn man den Zentralmächten (Moskau und Belgrad) die Fähigkeit zutraut, die Republiken in absehbarer Zeit irgendwie wieder zu integrieren. Wobei "irgendwie" nach Lage der Dinge die Anwendung massiver militärischer und repressiver Gewalt einschließt, wovor nach Lage der Dinge ehrlicherweise niemand mehr die Augen verschließen kann. Das Fehlen ökonomischer Reserven in beiden Staatsverbänden macht es unwahrscheinlich, die "abtrünnigen" Republiken zum Verbleib in der Union gewissermaßen zu bestechen. Die desolate Wirtschaftslage erhöht zusätzlich den Stellenwert der Anwendung direkter Gewalt für eine "Konfliktlösung".

Die Weigerung der sowjetischen Zentralmacht, den Staatsverband mit allen praktischen Konsequenzen als freiwilligen und gleichberechtigten Zusammenschluß zu konzipieren, hat die Tendenz zur Loslösung vorangetrieben - zumal wenn diese Weigerung, wie in den baltischen Republiken, mit provokatorischen militärischen Aktionen einherging. Umgekehrt wäre eine prinzipielle Akzeptanz der "Sonderwege" einzelner Republiken und Nationen die beste Ausgangsbasis, um künftig noch eine sinnvolle Kooperation zu realisieren. Von diesem Grundsatz läßt sich anscheinend bisher die Politik Jelzins leiten. Die Russische Föderation hat inzwischen bilaterale Verträge mit wohl allen "abtrünnigen" Republiken abgeschlossen, die deren selbstgewählte Unabhängigkeit respektieren.

Kt.

11. Aktion "Besen". Türkische Großoffensive in Irakisch-Kurdistan

Rubrik: Türkei; Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/67.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:67

Am 5.8. startet die türkische Luftwaffe Angriffe auf irakisches Gebiet nahe der türkischen Grenze, um Stützpunkte der PKK zu vernichten. Die Bombardierungen werden an den darauffolgenden Tagen von den Luftwaffenstützpunkte Diyarbakir, Batman und Malatya fortgesetzt. Sie dienen dazu, eine Bodenoffensive vorzubereiten und zu begleiten. Ab 6.8. dringt eine insgesamt gut 20.000 Mann starke Streitmacht aus Panzer- und Infanterieeinheiten, geführt von 1.000 kurdischen Dorfschützern bis zu 40 Kilometer in den Irak vor. Offiziellen türkischen Angaben zufolge ist die Operation am 12.8. "im wesentlichen beendet". Nach "Milliyet" vom 15.8. sollten allerdings noch einzelne "Säuberungen" vorgenommen werden. Jetzt (24.8.) scheinen sich immer noch nicht alle türkischen Einheiten aus dem Irak zurückgezogen haben.

Anlässe und Gründe

Der türkische Außenminister nannte zur Begründung des Einmarsches einen Überfall der PKK auf eine Gendarmeriestation in Samanli, bei der am 2.8. neun Soldaten und ein Dorfwächter ums Leben gekommen sind. Das ist unwahrscheinlich, weil ein Angriff dieses Ausmaßes nicht in knapp drei Tagen vorbereitet werden kann. Eher wahrscheinlich ist, daß der Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die PKK, der 15.8., bevorstand und das Militär Stärke demonstrieren wollte. Dazu kommen die demnächst anstehenden Wahlen, Zeiten, in denen durch kriegerische Aktionen die nationale Einheit geschmiedet werden kann und die Opposition ins allgemeine patriotische Hurrageschrei traditionell miteinstimmt. Schon 1974 wollte der damalige sozialdemokratische Ministerpräsident Ecevit die Zyperninvasion zu Wahlkampfzwecken nutzen. Für eine Vorbereitung des Angriffs von langer Hand spricht eine Fernsehansprache vom 24.7., in der Staatspräsident Özal eine Offensive so gut wie angekündet hatte. "Wer die Einheit des Landes zerstören will", so Özal, "wird zermalmt werden. Niemand soll daran zweifeln. Wer es mit Terror versucht, dessen Kopf wird zehnmal zermalmt werden ... Es ist kein Problem für die Türkei, diese Terrororganisation auszumerzen. Ganz einfach, wir schlagen im Herzen des Libanon, mitten im Irak zu" (zit. nach taz, 8.8.).

Die Libanonanalogie diente später bevorzugt als Legitimation der Grenzverletzung. Denn anders als noch bei den "grenzübergreifenden Feldzügen" gegen die PKK vom August 1986 und März 1987 sind Grenzüberschreitungen türkischer Militäreinheiten auf irakisches Territorium seit dem Auslaufen des "hot pursuit"- Abkommens 1988 nicht mehr durch Verträge gedeckt. Für die Türkei gilt der irakische Staat auf dem Gebiet nördlich des 36. Breitengrades schlicht für nicht existent. Deswegen war es nach Ansicht des türkischen Außenministers Safa Giray normal, daß der Irak, im Unterschied zu den Nachbarstaaten Iran und Syrien, von dem Einmarsch erst gar nicht informiert wurde ("Milliyet", 9.8.). Für Ministerpräsident Yilmaz gibt es im Irak überhaupt keine Autorität mehr. ("Milliyet", 8.8.) Der Vorsitzende der DSP, Bülent Ecevit, sieht die Notwendigkeit zum Einmarsch in den Irak darin begründet, daß die Allierten eine Schutzzone für die irakischen Kurden nördlich des 36. Breitengrades eingerichtet haben. Die Einrichtung eines "willkürlichen Kunststaates" sei unter den Augen der Allierten zu einem Stützpunkt der PKK geworden. Da die Türkei in dieser Region sehr einflußreich sei, müsse sie ihr Gewicht einsetzen, um diesen Zustand im Nordirak zu beenden ("Hürriyet", 8.8.). Die 150 Kilometer lange und 40 Kilometer breite Schutzzone, die die Alliierten unter dem Druck der Öffentlichkeit längs der türkischen Grenze auf irakischem Gebiet eingerichtet haben und durch die Eingreifgruppe "Schwebender Hammer" schützen, die im türkisch- kurdischen Silopi nahe der irakischen Grenze stationiert ist, stellt jenes Machtvakuum dar, das nach türkischer Ansicht mit legitimer Macht gefüllt werden muß. Denn ein autonomes kurdisches Gebiet an der Landesgrenze bietet sich ja nicht nur als Operationsbasis für die Kämpferinnen und Kämpfer der PKK an, sondern könnte sich unter Umständen, ganz im Sinne von Ecevits Befürchtungen, zur Vorstufe eines unabhängigen Kurdenstaates entwickeln, einer illegitimen Macht also. Daß es soweit nicht kommen darf und daß man sich türkischerseits um Schutzzonen nicht zu kümmern gedenkt, soweit sie eigene Interessen beeinträchtigen, brachte Ministerpräsident Yilmaz am 7.8. klar zum Ausdruck: "Wir als Regierung haben eine solche ... Aktion als notwendig angesehen, um das Gebiet von Terroristen zu säubern. ... Wann immer es in Zukunft von uns als nötig erachtet wird, etwas zu unternehmen, um diese Region sauber zu halten, werden wir es auch tun" ("Milliyet", 9.8.)

Daß es um mehr ging, als um die "Zermalmung von Terroristen", zeigt schon die zu Anfang der Operation erklärte Absicht, sich nicht nach kurzer Zeit wieder aus dem Irak zurückziehen zu wollen, sondern sich dort festzusetzen. Gedacht war an die Einrichtung von Militärstützpunkten, von denen aus die Grenzregion bis zu fünfzehn Kilometer tief in irakisches Gebiet zu kontrollieren sein sollte. Am 9.8. zitiert die regierungsnahe "Milliyet" einen "Militärsprecher der höchsten Ebene": "Diese Stützpunkte ... werden wir nicht aufgeben, bis im Irak wieder eine staatliche Autorität existiert." Außenminister Giray bringt das Interesse der Türkei kurz vor dem offiziellen Abschluß der militärischen Operation auf den Punkt: "Aber wir können doch jetzt, nachdem wir alles zerstört haben (!), uns nicht einfach zurückziehen, damit die wiederkommen und sich bewaffnen. Bis der Irak die Herrschaft über sein eigenes Gebiet wieder ausübt und dort eine tatsächliche Autorität einrichtet ... sind wir gezwungen, in dem Gebiet zu bleiben. Das kann ein oder zwei Monate dauern, das werden die Umstände zeigen. Aber das heißt nicht, daß wir die Absicht hätten, uns einen Teil des Irak einzuverleiben" ("Hürriyet", 12.8.).

Erfolge

Girays Aussagen verraten viel vom Charakter und vom militärischen "Erfolg" des Angriffs. Durch intensive Bombardierungen von dem, was als Stützpunkte der PKK ausgegeben wurde, hatte man, wenn schon nicht "alles zerstört", so doch eine ganze Reihe Dörfer und Flüchtlingslager zum Teil völlig vernichtet, eine unbekannte Zahl Zivilsten bzw. Peschmergas (also kurdische Kämpfer, die nur auf irakischem Gebiet aktiv sind) getötet und Angst und Schrecken in der Region verbreitet. So wurde beispielsweise das von irakischen Kurden bewohnte Dorf Cherasok von türkischen Bomben fast völlig zerstört, zwölf Dorfbewohner getötet und 13 schwer verletzt (Spiegel, 12.8.). Die Angriffe auf Zivilbevölkerung und Peschmergas waren so heftig, daß die sich gegenüber der Türkei stets neutral verhaltenden irakisch-kurdischen Peschmergas zeitweise ernsthaft die Aufnahme des bewaffneten Widerstands gegen die Invasoren erwogen haben. Laut taz vom 14.8. hat in mindestens einem Fall eine Gruppe Peschmergas, deren Camp von der türkischen Luftwaffe bombardiert worden war, sich an eine türkische Militärkommandatur gewandt und für den Fall der Fortsetzung der Bombardierungen Widerstand angekündigt.

Die türkische Erfolgsbilanz gegenüber der PKK sieht selbst dann mager aus, wenn den offiziellen Angaben (zit. nach taz, 14.8.) geglaubt wird. Da ist von 35 getöteten PKK-Guerrillos, die man gefunden habe, die Rede. Für einen "Ausrottungsfeldzug" - so war der Einmarsch angekündigt worden - ein wenig überzeugendes Ergebnis. Den Angaben über die eigenen Toten, ein Soldat und ein Dorfwächter, wird nicht nur von der PKK widersprochen, allein die Tatsache, daß türkische Einheiten im Gebiet von Xaxurke in tagelange Kämpfe verwickelt wurden (Günes am 13.8. unter Berufung auf kurdische Dorfschützer), spricht für wesentlich größere militärische Schwierigkeiten der türkischen Truppen als offiziell zugegeben und macht eine entsprechend größere Anzahl getöteter Soldaten wahrscheinlich.

Die PKK

Für die PKK stellt sich die Bilanz des türkischen Feldzugs anders dar. Schon am 13.8., also am gleichen Tag, als der türkische Generalstab den erfolgreichen Abschluß der militärischen Operationen bekanntgab, demonstrierte die PKK Stärke: Osman Öczalan, Bruder von PKK-Chef Abdullah Öczalan und einer der Führer der bewaffneten Einheiten der PKK, empfing an diesem Tag Journalisten vom BBC und drei türkischen Tageszeitungen in einem nordirakischen Lager, um ihnen sieben am 4.8. gefangene türkische Soldaten vorzuführen, die der UNO übergeben werden sollen (taz, 16.8.). Am 23.8. veröffentlicht "Milliyet" Auszüge aus einem Interview mit Osman Öczalan, in dem er die Bilanz des Überfalls aus PKK-Sicht bekannt gibt. Nach Öczalans Angaben hatte die PKK bzw. ihr bewaffneter Arm ARGK deshalb vergleichsweise geringe Verluste, weil sie über die bevorstehende Operation informiert waren und sich deshalb nicht in den Irak, sondern auf türkisch-kurdisches Gebiet zurückgezogen hatten. Außerdem arbeite die PKK/ARGK nach wie vor als Guerrilla, also in kleinen Einheiten, die ihre Lager nie auf Dauer einrichte, sondern je nach den Umständen mal für drei Tage, mal für drei Monate. Öczalan gab die Gesamtverluste der PKK durch die türkische Aktion mit neun Toten an, von denen vier vermutlich getötet wurden, nachdem sie in die Gewalt der türkischen Armee geraten waren. Kämpfe seien ihnen nicht aufgezwungen worden, auf einige Kämpfe hätte man sich jedoch zu "Trainingszwecken" eingelassen. Nach solchen Proben habe man sich wieder zurückgezogen und sei zur "normalen" Guerillataktik zurückgekehrt.

Die PKK hat während der türkischen Operation eindrucksvoll bewiesen, daß Nordkurdistan (also der türkische Teil) nicht nur ihr wichtigstes Aktionsgebiet ist, sondern daß sie sich auch zunehmend auf breite Solidarisierung der dort ansässigen kurdischen Bevölkerung verlassen kann. So unternahmen Kämpfer der PKK am 6.8., zeitgleich mit der Eröffnung der türkischen Bodenoffensive, Angriffe auf eine Gendarmeriestation in Mus und besetzten am Abend die 20.000 Einwohner zählende Stadt Idil, wo das Polizeiquartier und die Gendarmeriekommandantur angegriffen wurde. In zwölfstündigen Kämpfen sollen dort nach Angaben der türkischen Presse vier Soldaten und vier PKKler getötet worden sein. Nach Angaben der linken türkischen Zeitung "Yeni- ülke" ist es während des türkischen Angriffs zum ersten Mal zu Massenprotesten der Bevölkerung gekommen, die sich nicht gegen Repression und Folter wandten, sondern offen mit dem bewaffneten Kampf sympathisierten. Es sollen während der Ladenstreiks und ähnlichen Aktionen vermehrt Transparente mit der Aufschrift "Es lebe der nationale Befreiungskampf des kurdischen Volkes ERNK" aufgetaucht sein. In über 100 Dörfern und Kleinstädten blieben die Läden und Werkstätten geschlossen. Seitens des türkischen Staates wurde nichts unversucht gelassen, den Widerstand zu brechen, so wurde z.B. in Kurtalan ständig über Lautsprecher dazu aufgerufen, die Läden wieder zu öffnen und schließlich die Ladenbesitzer aus den Häusern zu ihren Läden geschleift, die von Sicherheitskräften mit Vorschlagshämmern geöffnet wurden.

Den einzigen "Erfolg" konnte die Türkei mit ihrer Operation "Besen" gegenüber dem Führer der einflußreichen irakischen Patriotischen Union Kurdistans, Dschalal Talabani, verbuchen. Talabani, der die Verhandlungen mit der irakischen Regierung über mehr Rechte für die dort ansässigen Kurden führt, möchte sich anscheinend gegenüber der Türkei den Rücken frei halten. Bereits im Juli hatte Talabani erklärt, die Türkei befände sich auf dem besten Weg zur Demokratie. Am 6.8. wird er von "Milliyet" mit den Worten zitiert: "Die Rechte der Kurden in der Türkei nehmen von Tag zu Tag zu...". Einen Tag nach dem Angriff protestiert er gegen den Überfall, der internationales Recht breche und kündigt an, in die Türkei zu reisen, um darüber zu sprechen. Dort dementiert er am 12.8. zeitgleich mit dem offiziellen Ende der Militäraktion seinen Protest, der falsch wiedergegeben sei und bittet türkische Unternehmen, beim Aufbau im Nordirak zu helfen. Mit Blick auf die PKK kündigt er an, er werde eine Gefährdung der Sicherheit der Türkei von Irakisch-Kurdistan aus nicht zulassen (taz, 16.8.). Ob Talabani für diesen Anbiederungskurs an die Türkei die nötige Unterstützung bei den vom türkischen Angriff hart getroffenen irakischen Kurden finden wird, ist eher zweifelhaft.

Der Westen

Die Reaktionen der westlichen Staaten gegenüber der Aktion "Besen" war äußerst zurückhaltend. Sowohl die USA als auch Großbritannien erklärten den Einmarsch in den Irak zur inneren Angelegenheit der Türkei, eine Haltung, der sich zunächst auch die BRD anschloß. Außenminister Genscher korrigierte in einer Erklärung vom 9.8. den deutschen Kurs überraschend und bezeichnete die türkischen Angriffe auf kurdische Lager im Irak als schweren Verstoß gegen das Völkerrecht und die Menschlichkeit (taz, 12.8.). Auf türkischer Seite wurde diese Erklärung mit Unmut und dem Verdacht quittiert, die Bundesregierung hätte zur Freilassung der zehn von der PKK entführten Touristen ein Geheimabkommen mit der PKK geschlossen. Die türkische Presse brachte die Bundesregierung in die Nähe von Unterstützern der "PKK-Terroristen". Aussagen des Bonner Türkei-Botschafters Eickhoff nach der Freilassung der deutschen Touristen, wonach die Türkei auch weiterhin beim Kampf gegen den Terrorismus von der BRD unterstützt werde (taz, 14.8.), deuten auf eine mindestens unentschieden Haltung der BRD in der Frage, wo der Terrorismus aufhört und das von "niemandem zu bestreitende Recht auf nationale Selbstbestimmung aller Völker" (Kohl) beginnt.

Das Ende einer großen Säuberung

Inzwischen (24.8.) scheinen sich die türkischen Streitkräfte weitgehend aus dem Irak zurückgezogen zu haben. Seit Mitte August ist auch von der großspurig angekündigten Pufferzone auf irakischem Gebiet keine Rede mehr. Dieses recht klägliche Ende einer Großaktion allein auf unerwartet starken Widerstand in Irakisch-Kurdistan zurückführen zu wollen, hieße die militärischen Möglichkeiten der PKK gegenüber der hochgerüsteten türkischen Armee zu überschätzen. Die überraschend schlechte Presse, die die türkische Operation im Ausland erfahren hat, dürfte vielmehr, wie schon im Frühjahr anläßlichen der irakischen Kurdenverfolgung geschehen, zu öffentlichem Druck auf die westlichen Verbündeten der Türkei geführt haben, der wohl weitergegeben wurde. Wenn zum Beispiel Lambsdorff am 12.8. erklärte, der Angriff auf die Kurden sei mit dem Geist des NATO-Bündnisses nicht vereinbar und bevor über einen möglichen EG-Beitritt der Türkei verhandelt werden könne, müsse über die türkischen Menschenrechtsverletzungen "ernsthaft

gesprochen werden" (taz, 13.8.), wird das in türkischen Regierungkreisen mehr Nachdenken ausgelöst haben, als der Tod von ein paar Soldaten. Die aufständischen Kurden im Irak und in der Türkei profitieren zur Zeit aber nicht nur von der ziemlich großen internationalen Beachtung ihres Kampfes, sondern auch von der offensichtlichen Orientierungslosigkeit jener Staaten, die einmal verkündet haben, sie würden die Probleme der ganzen Region lösen und dabei Staaten und staatenlose ethnische Minderheiten gleichermaßen berücksichtigen.

jw. (Gruppe K), unter Benutzung von Material und Übersetzungen von nm.

12. Kommunismus - erster Versuch - tot. Überlegungen nach dem gescheiterten Staatsstreich in der Sowjetunion

Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/68.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:68

I. Den Menschen in der Sowjetunion ist Schlimmeres erspart geblieben

Erspart wurde ihnen ein mögliches Blutbad und weitere Jahre der Unterdrückung demokratischer Rechte, die den anscheinend nicht mehr aufhaltbaren Weg des Niedergangs einer überholten staatlichen Formation bei weiteren Opfern für ein vergangenes Ziel nur noch verzögern, ihm aber keine andere Richtung hätten geben können. Das seiner zentralen Inhalte beraubte Ideal einer kommunistischen Gesellschaft war in der gesellschaftlichen Realität nicht mehr wiederzufinden, sondern nur noch in der Anknüpfung an die Ziele der Oktoberrevolution als verzerrtes und mit dem historischen Scheitern behaftetes Ritual in Formeln und Symbolen der Vergangenheit. Die Sowjetunion scheint tot und mit ihr der erste Versuch, den Kommunismus zu verwirklichen. Das Verbot und die mögliche Auflösung der KPdSU im Mutterland der Oktoberrevolution markiert diesen Niedergang am augenfälligsten. Es scheint absehbar keine reale Hoffnung mehr auf eine andere Entwicklung zu geben. Verloren scheint auch die Rolle der Sowjetunion als Widerpart zum Imperialismus.

Ein Staatsstreich, kein Militärputsch

Über die Anteile, die Boris Jelzin, die Massenmobilisierung, die nach anfänglichem Zögern harte Haltung des Westens am Scheitern des Staatsstreichs gehabt haben, muß auf Grundlage weiterer Informationen gestritten werden. Daß er an seinen Akteuren selber gescheitert ist, die ihn konsequenter und durchorganisierter hätten ausführen können, scheint mir unbestreitbar. Sie haben die Machtmittel, die ihnen in Armee, Partei und Staatsapparat zur Verfügung standen, nicht genutzt. Weder haben sie von Anfang an alle Schaltstellen besetzt, noch der Zersetzung in der Armee und den zentralen Institutionen vorgebeugt. Immerhin fällt auf, daß zentrale Entscheidungsträger in Armee und Verwaltung zunächst einmal abwarteten und sich erst dann (die meisten am Mittwoch, dem dritten Tag) gegen das "Komitee gegen den Ausnahmezustand" gewandt haben, als sie gewahr wurden, daß dieses nur zögerlich agierte, die Gegenmobilisierung gewähren ließ und dabei sogar krampfhaft bemüht war, den Anschein eines "demokratischen Staatsstreichs" zu wahren. Angesichts der Organisierung von Gegenwehr einen Tag später wäre die gewaltsame Durchsetzung des Ausnahmezustands nur noch mit erheblichem militärischen Einsatz und entsprechenden Opfern durchzusetzen gewesen. Aber selbst zu diesem Zeitpunkt (am Dienstag, dem 20. August) haben diese Mittel dem Komitee noch zur Verfügung gestanden, es hat sie aber nicht angewandt. Das eher zögerliche (1) Agieren einer Panzereinheit in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch ist kein Gegenbeweis, weder für militärische Stärke noch Schwäche der Putschisten, da nach allen bislang vorliegenden Angaben diese Einheit nicht zum Sturm auf das russische Parlament abkommandiert war. Ob allerdings eine militärische Angriffsaktion erfolgreich gewesen wäre, bleibt Spekulation.

Alle (zum Teil hämischen) Anmerkungen über das Dilettantische der Aktion scheinen mir ebenso verfehlt, wie die Mutmaßungen über verschwörerische Drahtzieherei (die man selbstverständlich nicht ausschließen kann (2)), die ihre spekulativen Wurzeln im realen Nutzen haben, den der Westen aus dem Verlauf ziehen kann, und nicht in Belegen. Der bühnenreife Ablauf (zunächst Nachrufe auf Gorbi, erstes Arrangement mit dem Komitee - dann Jelzin als unbewaffneter Volksheld der Massen - kläglicher Abgang des Komitees) dieser drei sowjetischen Tage vom 19. bis 21. August scheint nicht inszeniert zu sein. Ihr Hintergrund dürfte die politische und ökonomische Problemlage sein, in der sich die Union befindet.

Vermutlich hatte das "Komitee für den Ausnahmezustand" eher den Sturz Chruschtschows 1964, der aus der Logik innerparteilicher Machtkämpfe erfolgte, als einen Militärputsch vor Augen gehabt. Das begrenzte Aufwarten mit militärischen und polizeilichen Mitteln 1991 wäre demnach äußere Begleitmusik für den versuchten Machtwechsel in der Partei gewesen. Der Sturz Chruschtschows wurde im ZK der KPdSU während seines Urlaubs vorbereitet, zu einem Zeitpunkt, als er keine Popularität mehr in der Bevölkerung besaß. Das ZK-Plenum beschloß seine Absetzung mit der lapidaren Erklärung: "N.S. Chruschtschow wird wegen seines

vorgerückten Alters und seines Gesundheitszustands aller Ämter enthoben." Damit wurde er gegangen. Aus Gorbatschows Darstellung geht hervor, daß das Komitee Ähnliches versucht hat: ihn freiwillig für den Rücktritt oder die Duldung seiner Aktion zu gewinnen. 1991 aber war die Partei nicht mehr allmächtig, mußte bereits Gorbatschow nicht nur in der Partei die Kräftebalance halten, sondern auch mit den gesellschaftlichen Gegenmächten außerhalb, den sich abtrennenden Republiken und dem neuen Machtzentrum der "Reformer" um Jelzin. Der Versuch, den Staatsstreich vorwiegend durch Machtwechsel in der Partei durchzuführen, hat deren Machtverlust zu Lasten anderer gesellschaftlicher Bereiche ebenso unterschätzt, wie die Macht der sowjetischen Zentrale überschätzt. Offensichtlich haben die Männer des Komitees auf die Teilnahmslosigkeit der sowjetischen Menschen gesetzt. Ihre Notstandserklärung ist ein Appell an die "schweigende Mehrheit". Daß die Mitglieder des Komitees dieses dennoch begreifen mußten und nicht einfach Militärputschisten waren, hat Schlimmeres verhütet.

Der Westen als Hauptstütze

Ob Boris Jelzin wirklich der Volksheld ist, als der er jetzt gefeiert wird? Auf jeden Fall scheint er einiges riskiert zu haben; denn egal worauf er sich im weiteren stützte: wären die Putschisten die gewesen, als die man sie bezeichnet hat, war sein Leben nicht nur bedroht, als man ihn angeblich um eine halbe Stunde verpaßt hat, um ihn zu verhaften, sondern auch die nachfolgenden 30 Stunden bis zu den ersten großen Mobilisierungen. Zu dem Zeitpunkt hatte er aber bereits eine noch mächtigere Kraft als die Mobilisierungen hinter sich: die geschlossene Phalanx der westlichen Industrie- und NATO-Staaten. Diese hatten neben verbaler Distanzierung zunächst dem Komitee signalisiert, daß bei sonstiger Botmäßigkeit Zusammenarbeit nicht ausgeschlossen sei. Nach offenkundig besserer Lagekenntnis ist man zur Einsicht gekommen, daß nicht viel hinter der Aktion des Komitees stehen kann. Bushs klarer Kursschwenk pro Jelzin und zur Isolierung des Komitees, mit dem die US-Regierung bereits wenige Stunden nach Putschbeginn regelmäßig Kontakt hielt, soll am Montag abend erfolgt sein und ist am Dienstagmorgen öffentlich verkündet worden. Zu dieser Zeit war der Mobilisierungsprotest gegen den Ausnahmezustand erst gering entwickelt. Über die Bedeutung des Kontaktes Bush-Jelzin schreibt Leo Wieland in einem Bericht aus Washington in der FAZ vom 23.8.91: "Die Informationen der amerikanischen Geheimdienste und der ‚Satellitenohren' des Pentagon fügten sich zwar in den ersten 24 Stunden noch nicht zu einem einheitlichen Bild. Sie brachten aber Anzeichen für interne Uneinigkeit im Kreml und mangelnde Gefolgschaft im Land. Die richtungsweisenden Anstöße kamen unterdessen abermals von Jelzin. Er rief zunächst wenige Stunden nach dem Putsch den amerikanischen Geschäftsträger in Moskau an und bat um öffentliche Unterstützung aus Washington. Dann wiederholte Jelzin das später in einem direkten Telefongespräch mit Bush... Schritt um Schritt bis zu seiner letzten Pressekonferenz am Mittwoch entsprach Bush den in mehreren weiteren Gesprächen geäußerten Wünschen und Anregungen seines Telefonpartners Jelzin."

Der Mythos der siegreichen Volksrevolution ist jetzt schon verbreitet. Der Einwand, daß das Zögern des Komitees am Scheitern ebenso beteiligt war, wie auch, daß die Mobilisierung ihre größten Ausmaße (am Mittwoch) annahm, als der Staatsstreich schon als gescheitert galt (seit Mittwochvormittag um neun Uhr, nachdem die Generäle sich nicht hinter das Komitee stellten), ebenso wie der Einwand, daß (soweit Fakten darüber bekannt sind) der Generalstreikaufruf Jelzins keineswegs machtvoll befolgt wurde - solche Einwände werden nicht den Mythos beseitigen, sind aber für die Beurteilung der gesellschaftlichen Triebkräfte von Veränderungen bedeutsam. Viel ist spekuliert worden, ob die Staatsstreichler das "chinesische Modell" anstreben wollten. Zumindest militärisch lohnt der Vergleich: Hätte die chinesische Führung im Juni 1989 ähnlich zurückhaltend agiert, wie das Komitee, gäbe es möglicherweise heute ein ähnliches Auseinanderbrechen der Partei. Die Gefahr einer sich unmittelbar im Lande ausbreitenden Demokratiebewegung weit über die Studenten hinaus schien den Machthabern in China 1989 nicht zu drohen, wohl aber die der beginnenden Schwächung der Partei- und Staatsführung als möglicher Auftakt für eine chinesische Perestroika. Diese wurde durch die blutige Unterdrückung verhindert. Umgekehrt in der SU: hier war die Perestroika eher an einem Tiefpunkt angelangt. Einiges spricht dafür, daß außer in den "abtrünnigen" Republiken auch in Rußland eine Volksmobilisierung hätte im Keim erstickt werden können, wäre ein Militärputsch vorbereitet worden.

Mythos Volksrevolution

Der Mythos der Volksrevolution hat in der Sowjetunion Geschichte: die Oktoberrevolution war in den gängigen sowjetischen Darstellungen eine Volks-, Arbeiter- und Bauernrevolution und nicht in erster Linie das

Zusammentreffen zahlreicher Faktoren, die es der relativ kleinen Gruppe der bolschewistischen Revolutionäre ermöglichte, die Staatsmacht zu stürzen: der rapide Vertrauensverlust in die bürgerliche Regierung Kerenski, die nach der Februarrevolution den Zerfall des Zarenreichs nicht aufhalten konnte; der Zusammenbruch der Armee im ersten Weltkrieg; die Radikalisierung der Revolutionsakteure auf der Straße in der Übergangszeit; die große Apathie und Passivität der Masse der Völker des Zarenreiches nach Krieg und Hunger; und die außenpolitische Situation ein Jahr vor Ende des Ersten Weltkriegs, die die Gefahren äußerer Intervention reduzierte. Zum Zeitpunkt der größten Schwäche der Gegenseite gelang den Bolschewiki der revolutionäre Umsturz im Handstreich. Gerade die Schwäche des Landes und die mangelnde Verankerung der Revolution sowie die äußere Bedrohung begründeten aber den anschließenden diktatorischen Versuch der Einführung des Sozialismus, von dessen gesellschaftlich geprägter und, darauf basierend, theoretisch fixierter Ausformung als Kommandosozialismus er sich nie wieder erholen sollte.

Den Anführern des Staatsstreichs vom 19. August 1991 kommt das zweifelhafte Verdienst zu, mit dem Scheitern ihrer Aktion ihrerseits den politisch und ökonomisch bevorstehenden Zerfall des Sowjetreichs so rapide beschleunigt zu haben, daß derzeit auch die chinesische Variante nicht mehr denkbar erscheint. Auf diesem Boden verblassender Revolutionsmythen der Vergangenheit hat innerhalb kurzer Zeit die Legenden- und Märtyrerbildung begonnen, die sich um die Gegenrevolution zu ranken beginnt, die zuvor schon in Osteuropa freigesetzt worden ist. Sie kann alles, was irgendwie mit den mittlerweile verhaßten Symbolen des Kommunismus identifiziert wird, hinwegfegen. Die Sieger sind dabei, Rache zu nehmen. Wie wenig zivilisiert und rechtsstaatlich es dabei zugeht, wurde via TV sichtbar, als Jelzin den Erlaß zur Einstellung der KPdSU-Tätigkeit per Akklamation bestätigen ließ und vor internationalen Fernsehkameras zelebrierte. Die Rächer räumen mit allen Entwicklungen der Oktoberrevolution auf: Lenin ist gleich Stalin ist gleich Breshnew ist gleich Janajew & Co; Dshershinski ist gleich GPU ist gleich KGB. Zumindest in der Momentaufnahme der Situation in der Sowjetunion scheint es so, daß selbst im Mutterland des realen Sozialismus dieser so weit verbraucht ist, daß er trotz der im Unterschied zu Osteuropa anderen Revolutionstradition keine Gegenkräfte gegen diese Entwicklung mehr mobilisieren kann, so reibungslos scheint derzeit die Entmachtung des Staats- und Parteiapparats der KPdSU vonstatten zu gehen. Die ob der Entfernung jeglicher kommunistischer Symbole entsetzte Linke wird nur noch in der historischen Fehlersuche getrennt bekommen, was für die Mehrheit der Bevölkerung eins geworden ist: Anfang und Ende.

II. Den Menschen in der Sowjetunion steht das Schlimmste noch bevor

Ein gängiges - vor allem von Sozialdemokraten, Grünen und der PDS kommendes - Ritual linker Stellungnahmen zum Staatsstreich in der SU lautete, man verurteile ihn zwar, kritisiere aber gleichzeitig, daß der Westen Mitschuld an dieser Entwicklung getragen habe, da er Gorbatschow nicht genügend finanziell unterstützt habe. Der linke Trend zur Harmonisierung künftiger Widerspruchsentwicklung nach dem Zusammenbruch des RGW bringt dann solche Blüten hervor wie die der PDS (Baden-Württemberg): "Gorbatschow war auf dem Weg zum demokratischen Sozialismus. Leider hat er dabei von den westlichen Staaten über den Weltwirtschaftsgipfel nicht die nötige ökonomische Unterstützung erhalten, um diesen Kurs erfolgreich bestehen zu können." Die Monetaristen dafür zu kritisieren, daß sie einen wie auch immer gearteten demokratischen Sozialismus nicht befördert hätten, läßt schmunzeln.

Dahinter verbirgt sich allerdings eine Denkentwicklung, die mit der Übernahme des Begriffs der meist sozialistisch betitelten Marktwirtschaft ins linke Vokabular die sowjetischen und osteuropäischen Realitäten gründlich negiert. Außer in den Anfangsjahren der Perestroika ist die Theoriediskussion um Marktwirtschaft und Sozialismus (der Markt als wirtschaftliches Steuerungsinstrument) schon länger nicht mehr Gegenstand der sowjetischen Politik. Dies liegt u.a. am Niedergang der Wirtschaft infolge der Zerschlagung bisheriger zentraler Planelemente, ohne daß es Äquivalente gibt (3). Die Abschaffung des Plans, die Auflösung des RGW als zwischenstaatlicher Markt, die Freigabe der Sozialpolitik und die Aufgabe der Preisbindung hat zu Einbrüchen geführt. Die mit Einführung marktwirtschaftlicher Elemente Außerkraftsetzung des (bürokratisch-)planwirtschaftlichen Systems hat in der Haupttendenz eine Abwälzung der sogenannten "Anpassungskosten" (Arbeitslosigkeit, Reallohnverluste, Zusammenbruch der sozialen und gesundheitlichen Systeme, Entwicklung eines Wohnungsmarktes) auf den größeren Teil der Bevölkerung zur Folge, ohne daß eine den Marktwirtschaften des Westens vergleichbare Ökonomie erkennbar wird. Im besseren Fall sind einzelne Regionen - wie in der CSFR - in der Lage, Randanschluß an die EG zu finden. Für die meisten osteuropäischen Länder - und beim Auseinanderfallen der UdSSR auch für zahlreiche ihrer Republiken -

bedeutet dies das Zurückfallen auf einen Dritte-Welt-Status an den Grenzen zu Westeuropa. Dies ist neben den tiefer und viel weiter in der Vergangenheit wurzelnden nationalen und rassistischen Gründen ein zentraler ökonomischer Auslöser für die zunehmenden Nationalitätenkonflikte in Osteuropa und der Sowjetunion. Neben den Rassismen von Staaten und Republiken untereinander wird dabei der Umriß einer Ostausdehnung der EG deutlich, die ökonomisch und rassisch begründet ist: Die baltischen Staaten, Böhmen und Mähren in der Tschechoslowakei und Slowenien und Kroatien zählen historisch und kulturell eher zum europäischen Kulturkreis in Abgrenzung zu Slawen und Asiaten (4). Auch hier liegt historisch begründet eine besondere Aufgabe, die Deutschland bei der osteuropäischen Entwicklung haben wird. In den neunziger Jahren wird der Ostgang ökonomisch und nicht mit Volk ohne Raum oder rassischer Vernichtung begründet, wobei das ökonomisch starke Deutschland sich von diesen Staaten rufen lassen kann. Dies erklärt, warum in deutsch-polnischen und deutsch- tschechoslowakischen Verhandlungen Besitztitel aus der Zeit vor 1945 so bedeutsam geworden sind. Wieweit Deutschland bei der Förderung der Lostrennung trotz offiziell gemäßigter Außenpolitik bereits gegangen ist, zeigen die Hermes- Bürgschaften für Slowenien und Kroatien, die Sondergeschäfte, die deutsche Firmen an der sowjetischen Zentralregierung vorbei mit der Ukraine führen sowie die privilegiert aufgebauten Beziehungen zu den baltischen Republiken.

So wenig der Stalinismus und der reale Sozialismus diese Konflikte befrieden konnten oder wollten, bzw. sie einfach unterdrückte, so einfach machen es sich heute viele Linke, wenn sie die Ursachen überwiegend im Stalinismus suchen.

Welcher Weg zur Marktwirtschaft?

In der Sowjetunion haben führende Ökonomen offenkundig geglaubt, die Marktwirtschaft, die andernorts eine in Jahrzehnten gewachsene Ordnung ist, ähnlich wie ein Kommandosystem einführen zu können, was zuletzt in der Diskussion um den "500-Tageplan" Schatalins abgelehnt wurde. Der Versuch allerdings, in gleicher Weise marktwirtschaftliche Elemente zu verordnen, hat das an Entwicklung produziert, was heute als Chaos und Wildwuchs bezeichnet wird (5). Der ökonomische Einbruch der letzten Jahre hat gravierende Folgen gehabt. Der Handel zwischen den RGW-Ländern ist nach dessen Auflösung 1990 von 52% im Vorjahr auf 20% zurückgegangen, während gleichzeitig der Welthandel nur um 5% expandierte. Da nach Wegfall des staatlichen Außenhandelsmonopols der Zentrale in diesem Jahr der Außenhandel auf Basis der Weltmarktpreise erfolgt und in konvertiblen Währungen abgerechnet wird (also nicht in Rubel), wird sich dieser Einbruch noch verschärfen. Sinkende Produktion (-12%) und sinkende Investitionen sorgen zum einen für ein verknapptes Angebot, andererseits sind nach der Teilfreigabe der Groß- und Einzelhandelsprodukte die Preise um 50% gestiegen, für das Jahresende wird eine Inflation von 100% erwartet.

Die Folgen des "chaotischen und spontanen Rutsch(es) in die Marktwirtschaft" beklagte denn auch das "Komitee für den Ausnahmezustand" in seiner Notstandserklärung und versprach, die daraus resultierenden "scharfen Einschnitte im Lebensstandard der großen Mehrheit der sowjetischen Menschen" zu bekämpfen. Verbunden mit dem Versprechen, die Preise für Konsumgüter einzufrieren, bzw. zu senken, Löhne und Renten zu erhöhen sowie mit einigen auf den Markt geworfenen Waren hoffte es auf Popularität. Während das Komitee den Sowjetbürgern den Antagonismus versprach, "die Entwicklung des Landes nicht auf dem sinkenden Lebensstandard des Volkes" aufzubauen, sondern dessen "beständige Hebung" zur gesellschaftlichen Norm erklärte, gleichzeitig dem "privaten Unternehmertum die erforderlichen Möglichkeiten zur Entwicklung von Produktion und Dienstleistungen" versprach, verkündete Janajew in seiner "Botschaft an die Welt", daß die "zeitlich begrenzte Maßnahme" des Ausnahmezustands in keiner Weise eine Zurückweisung des "Kurses der tiefgreifenden Reformen" in der SU bedeute (6).

Das Programm ist demagogisch. Es ist u.a. deswegen wenig glaubwürdig gewesen, weil die Staatsstreichriege bislang sowohl für Marktwirtschaft als auch deren brutale Einführungsvariante stand. Erst wenige Monate zuvor hatte einer von ihnen, Ministerpräsident Pawlow, im Handstreich durch Rubeltausch die Spargroschen der kleinen Leute geschröpft. Gegenüber den patriotischen (und reaktionären) Tönen der Notstandserklärung, die aus der Zeit des Großen Vaterländischen Krieges entlehnt sind und sowjetischen Stolz und Ablehnung jeder Demütigung beschwören, wie sie der Londoner G7-Gipfel dargestellt hat, erwiesen sich die innenpolitischen Gegner als zeitgemäßer. Den sowjetischen Patriotismus untergrub Jelzin durch noch tieferen Rückgriff in die Vergangenheit, indem er auf den wiederentfachten russischen Nationalismus und dessen Bündnis mit den Republiken-Nationalismen baute. Die Einführung der Zarenfahne und -Hymne, von der die nichtrussischen Völker in der Vergangenheit wenig Gutes zu erwarten hatten, sind Symbole hierfür. Außerdem

hat niemand in der Sowjetunion noch das Vertrauen in irgendwelche wirtschaftlichen Versprechungen, egal von wem. Viel wichtiger ist das Kriterium - auch das eine Parallele zur osteuropäischen Entwicklung -, wer holt den Westen und sein Kapital ins Land. Natürlich hat Jelzin dabei die besseren Karten.

Gorbatschow: Es bleibt nur noch Marktwirtschaft pur

Wie wenig mittlerweile die Marktwirtschaftsdiskussion mit einem wie auch immer realistischen "Dritten Weg" zu tun hat, zeigte der jüngste Kurs Gorbatschows an. Sein Auftreten in London war ein einziges Herbeiflehen westlichen Kapitals mit der Bereitschaftserklärung, dem Westen ein Mitspracherecht in der sowjetischen Reformpolitik zu geben. Zwar ging Gorbatschow in London noch einen Kompromiß ein, indem er das Antikrisenprogramm der Regierung Pawlow (das noch stärker auf die Rolle der Zentralregierung bei der Wirtschaftsentwicklung orientiert) mit dem Jawlinski-Allison-Plan der Harvard-Universität (vergleiche den Abdruck in diesem AK) verknüpfte. Doch war bereits vor dem Gipfel deutlich, daß Gorbatschow das Harvard-Papier favorisierte, als er sich mit dessen Verfassern beriet. Der Jawlinski-Allison-Stufenplan kombiniert politische Reformen mit wirtschaftlichen Einschnitten. Er ist ein weitreichendes Deregulierungsprogramm, das durch Privatisierung, Streichung von Subventionen, Entstaatlichung des Sozialbereichs und Schaffung von Märkten für Wohnung und Arbeitskräfte tief einschneiden wird. Insofern stimmen die westlichen Prognosen eines langen Weges von Blut, Schweiß und Tränen für die Sowjetbürger sicherlich. (Jürgen Jeske in der FAZ am Tag nach dem Staatsstreich: "Dabei hat die eigentliche Bewährungsprobe erst noch bevorgestanden; denn Fachleute haben die Dauer der Reformen in der Sowjetunion auf Jahrzehnte veranschlagt und das soziale Konfliktpotential mit dem Hinweis auf zehn bis zwanzig Millionen mögliche Arbeitslose drastisch beschrieben.") Zugleich fordert das Harvard-Papier drastische Beschneidung aller Beschränkungen für westliche Firmen und legt die Finanzierung dieses Plans völlig in die Hände von IWF, Weltbank und Europäischer Wiederaufbaubank. Damit wäre jede Form staatlicher Wirtschaftspolitik in die Kontrolle des Westens gelegt und jede Änderung erzwingbar. Der einen Tag nach dem Staatsstreich zur Unterschrift anstehende Unionsvertrag macht bereits politische Vorleistungen: Er sieht die wirtschaftliche Entmachtung der sowjetischen Zentrale vor, indem er den Republiken die Verfügung über die Industriebetriebe und Rohstoffe gewährt sowie eigenen Außenhandel gestattet (was zudem deren ungleiche Entwicklung noch weiter befördern wird).

"Chinesischer Weg"?

Die Führer des Staatsstreichs haben, wenn sie überhaupt Planungen hatten, offenkundig nicht mit einer geschlossenen ökonomische Reaktion des Westens gerechnet. Immerhin hatten alle westlichen Kommentatoren unmittelbar nach dem Ausnahmezustand beruhigend erklärt, daß Rußland noch nicht verloren sei und man auch mit dem Komitee zusammenarbeiten müsse und könne, solange die eigenen wirtschaftlichen Interessen gesichert seien. (Der Deutsche-Bank-Rent- ner Christians: "Auf Dauer kommt die Sowjetunion nicht ohne westliche Hilfe aus"; Graf Lambsdorff: "Auch ein Mann wie Herr Janajew, oder wer immer kommen wird mit einer Begleitung, die ja wirklich sehr konservativ und antireformmäßig geprägt ist, braucht wirtschaftliche Hilfe aus dem Westen", FAZ und FR vom 20.8.91). Doch erklärten alle zugleich ihre Besorgnis über zentralistische Maßnahmen wie den Lohn-Preis-Stopp als Rückschlag. Zwar hat Regierungschef Pawlow recht, wenn er im "Neuen Deutschland" (19.8.) die Finanzierungsvorschläge des Harvard-Papiers für einen Marshallplan (1% des Verteidigungsetats der westlichen Industriestaaten) als unrealistisch bezeichnet, da Wirtschaftshilfe nicht mit Wohltätigkeit verwechselt werden dürfte, und die Sowjetunion nicht mit Nachkriegsdeutschland zu vergleichen sei. US-Außenminister Baker hat dies seinerseits nach dem Putsch bestätigt: "Die Sowjetunion könne nicht dadurch auf den wirtschaftlichen Erfolgsweg gebracht werden, daß andere großzügig Wechsel unterschreiben" (FAZ, 23.8.91).

Ein Zurück zur Unterdrückung demokratischer Rechte könnte den Westen nicht aus hehren moralischen Gründen und der "Unverzichtbarkeit von Freiheit" stören, sondern aus machtpolitischen Beweggründen. Entscheidende politische Bedingungen im Harvard-Papier sind die Schwächung der Zentralmacht und der drastische Abbau militärischer Ausgaben. Es geht ihm also nicht nur um Marktwirtschaft, sondern um die Demontage der Militär- und Supermacht Sowjetunion. Der Stopp der sogenannten Reformbewegung wäre hierfür ein Rückschlag gewesen. (Aktuell ist das Gegenteil der Fall: im neuen Unionsvertrag dürfte die Alleinverantwortung der Zentrale für die Armee aufgehoben, bzw. zugunsten der Republiken modifiziert werden. Insofern ist nicht sicher, ob ein vielbeschworener "chinesischer Weg", d.h. diktatorisches Regime und gespaltener Markt, der SU nach einer demokratischen Anstandspause in gleicher Weise zur Wiederaufnahme

der ökonomischen Beziehungen geführt hätte, wie zwischen China und dem Westen.) Mit einigem Recht wurde zudem bezweifelt, wieweit der Zentralstaat SU nach Wegfall des RGW, dem Machtverfall der Zentrale und der Auflösung zentraler Lenkungsinstanzen des Staatsapparats überhaupt noch zu einem China vergleichbaren Weg in der Lage gewesen wäre (auch diese Zweifel könnten im übrigen das Vorgehen beim Staatsstreich beeinflußt haben). Anders kann sich der Griff zu einem autoritären Weg (diktatorische Einführung der Marktwirtschaft) allerdings unter den neuen Bedingungen des Zerfallsprozesses der SU für einzelne Republiken stellen. (siehe dazu auch Anmerkung 5)

Perestroika als Übergang zum Kapitalismus

Nach dem gescheiterten Staatsstreich steht einiges anders:

- Eher blamiert haben sich die Anklagen gegen den Westen, er habe Gorbatschow hängen lassen und die daraus geschlußfolgert haben, es gebe einen Rückschlag für den Westen. Stattdessen geht der Westen mit einer gestärkten Position und einem engeren Bündnis mit den sogenannten Reformkräften in künftige Verhandlungen mit der SU. Allen voran die Europäische Gemeinschaft (an deren Spitze BR Deutschland), die "so attraktiv (ist) wie nie zuvor" (FAZ, 22.8.). Offenkundig ist der ökonomische Crash-Kurs, der schon gegenüber den osteuropäischen Staaten und der DDR angewandt wurde, mittlerweile einziges Programm des Westens geworden.

- Von der Perestroika als Alternative zu Stalinismus und westlichem Kapitalismus ist nur noch der Name geblieben und ein an westlichen Normen orientierter Demokratisierungsprozeß, dessen Grenzen und autoritäre oder diktatorische Alternativen dort absehbar sind, wo Staaten ins Elend absinken. Intelligente Gorbi-Fans wie beispielsweise Wolfgang Fritz Haug können es dennoch nicht lassen, auch jetzt noch den Zivilisationsgehalt der "Glorious revolution" (Haug im ND vom 24.8.91) zu bejubeln ohne das gewachsene ökonomische Konfliktpotential und das bedrohliche, völkisch-nationale Aufeinanderprallen von Völkerhaß in Rechnung zu stellen, der mit einem wachsenden europäisch-asiatischen Rassismus zusammenstößt. De facto scheint sich die Perestroika nach dem Staatsstreich zu einer Politik der beschleunigten Auflösung der Sowjetunion und ihres Übergangs zum Kapitalismus zu entwickeln.

- Der Machtkampf Gorbatschow:Jelzin ist entschieden. "Der sowjetische Reformer (Gorbatschow) ist von ganz anderen Voraussetzungen her an einem Punkt gescheitert, an dem auch der chinesische Reformer Deng Xiao-ping seinen kühnen Versuch vorerst abbrechen mußte: am Schnittpunkt der abfallenden Kurve der Macht der Zentralgewalt mit der steigenden Linie der ökonomischen Entbehrungen", schrieb Jürgen Jeske sehr einfühlsam in der FAZ (20.8.91). Das Dilemma ist richtig beschrieben. Nach dem gescheiterten Staatsstreich liegt die Initiative jetzt bei Jelzin, der seinen Konkurrenten an der Leine hat und dies auch öffentlich demonstriert. Derzeit hat Gorbatschow noch die Niederlage des alten Apparats soweit abzuwickeln, daß mit Teilen der Partei möglichst ein neuer gesellschaftlicher und Republik-Konsens hergestellt wird. Jelzins gestiegene Bedeutung wird ihm künftig aber nicht mehr die objektive Arbeitsteilung als Opposition zu Gorbatschow ermöglichen. Auch sein Ruhm kann schnell verblassen. Der Platz einer gesellschaftlichen Opposition wäre frei. Frei für die KPdSU. Hat diese im Mutterland der sozialistischen Revolution noch eine Chance? Oder wird sie illegalisiert? Oder droht ihr das Schicksal der überwiegend sozialdemokratisierten und größtenteils bedeutungslos gewordenen Bruderparteien in einigen Ländern Osteuropa und der DDR? Dann würde auch Gregor Gysi, der ein einziges Mal Weltpolitik machen wollte, mit seiner kuriosen Ankündigung am Tag nach dem Staatsstreich, Krankenbesuch von gleich zu gleich beim Chef der Bruderpartei Gorbatschow zu machen, mit dem neuen KP-Vorsitzenden tatsächlich von gleich zu gleich verkehren können.

hr.

Anmerkungen:

1) Um mir nicht den Vorwurf des Zynismus einzuhandeln: zögerlich meint in dem Zusammenhang nur gemessen an der offensiven Einsatzmöglichkeit. Die Zerstörungskraft auch "zögerlich" eingesetzter Panzer zur Barrikadenräumung soll damit nicht bestritten werden.

2) Reizvoll ist die folgende Notiz des Börsenkommentators der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung": "Auffällig war, daß schon am letzten Wochenende die Nachfrage nach Dollar plötzlich anstieg. Manch einem mag das

Anlaß zur Phantasie sein: Gab es vielleicht auch beim Sturz Gorbatschows Insider, die gewarnt waren und Dollar ‚vorkauften'? Es ist unwahrscheinlich, aber reizvoll, darüber nachzudenken." (FAZ, 20.8.91)

3) Vergleiche: Horst Brezinski, Marktwirtschaft ist keine Traumlösung, in Blätter des iz3w, August 1991

4) An unverfänglicher, "unpolitischer" Stelle in der FAZ - auf der Seite "Deutschland und die Welt" liest man schon mal unter einem Bild vom Wochenmarkt als Antwort auf die Frage, "Wo fängt der Balkan an?": "Das Land (Slowenien) will nicht zum Balkan zählen. Und es gehört auch nicht dorthin. Die Grenze zum Balkan liegt jenseits von Slowenien und dem nach Süden hin benachbarten Kroatien, dort wo einmal die Herrschaft der Türken endete und an den Herrschaftsbereich der Habsburger stieß. Wer aus Österreich Richtung Süden fährt, der merkt es kaum, daß er in Slowenien angekommen ist." (FAZ, 20.8.91)

5) Vergleiche hierzu Kunibert Schwarz, Ist eine Diktatur das größte anzunehmende Unglück? Taz, 22.8.91

6) Beide Texte dokumentiert in FAZ, 20.8.91)

13. Dokumentation: Das "Harvard-Papier" für den sowjetischen Übergang in die Marktwirtschaft

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:39

In Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels lagen den Vorschlägen Michail Gorbatschows zwei Papiere zugrunde: das "Antikrisenprogramm" der Regierung Pawlow und ein von einer sowjetisch-amerikanischen Ökonomengruppe an der New Yorker Harvard-Universität erarbeitetes Stufenprogramm für den beschleunigten Übergang zur Marktwirtschaft. Eine Woche vor dem Gipfel traf sich Gorbatschow mit den beiden Hauptverfassern, dem US-Ökonomen G. Allison und dem ehemaligen stellvertretenden russischen Ministerpräsidenten Grigori Jawlinski zu einem "Gedankenaustausch". Die Finanzierungsvorschläge des Papiers orientieren sich am Marshallplan. Für Regierungschef Pawlow, einem der Putschisten vom "

Staatskomitee für den Ausnahmezustand", ein durchsichtiger Grund, warum Gorbatschow in London scheitern mußte. In einem Interview, das am Tag des Putsches im "Neuen Deutschland" erschien, stellte er fest, der Westen habe dazu "einen festen Standpunkt. Und der hat sich weder vor dem Londoner Treffen noch während des Treffens verändert. Kein ernstzunehmender Staatsmann oder Unternehmer kann sich nach Emotionen oder Wünschen richten ... Mit großen Spritzen für die sowjetische Wirtschaft, mit großen Anleihen auf staatlicher Ebene war nicht zu rechnen... Ich meine, daß der Steuerzahler im Westen keinen Grund hat, uns mit ‚Wohltätigkeit' zu beglücken ... Man kann die heutige Situation einfach nicht mit der zu Zeiten des Marshallplans vergleichen. Dieser Plan hatte erstens auch militärische Aspekte und zweitens gehörten viele Unternehmen in Deutschland direkt oder indirekt ausländischen Gesellschaften, darunter auch amerikanischen ... Die westlichen Länder, die Eigentum in Deutschland besaßen, halfen in hohem Maße sich selbst, arbeiteten daran, ihr Kapital wiederherzustellen. Damals lautete die Frage nicht: ‚Wofür?' Die Antwort war klar: Für die eigenen Interessen." (ND, 19.8.91)

Die nachstehende Fassung des "Harvard-Papiers" ist eine Zusammenfassung der sowjetischen Agentur Nowosti (nach: Marxistische Blätter 4/91)

Die Autoren des Programms "Einig über die Chance" sind der Auffassung, daß, um den Erfolg zu sichern, mindestens drei Bedingungen eingehalten werden müssen. Erstens: den beiderseitigen Nutzen der Seiten zu sichern, damit keiner der am Prozeß Beteiligten sich von Wohltätigkeitsvorstellungen leiten oder sich gar von jemandem unter Druck setzen läßt.

Die zweite Bedingung: Die Strategie des Zusammenwirkens der Seiten muß etappenweise, Schritt für Schritt, realisiert werden. Die Initiativen müssen präzise synchronisiert sein, damit die westliche Unterstützung jener Wirtschaftssphäre zu der Zeit zugute kommt, wo im gegebenen Moment die Reformen verwirklicht werden. Nur dann können die Mittel mit maximalem Nutzen eingesetzt werden.

Die dritte Bedingung ist schließlich wechselseitiges Vertrauen. Die UdSSR und der Westen haben bereits einen großen Weg von der gegenseitigen Skepsis zum immer stärkeren gegenseitigen Vertrauen zurückgelegt. Die in diese Richtung zielenden Handlungen der Führer beider Seiten haben unsere Welt verändert.

Niemand ist in der Lage, für die Sowjetunion zu tun, was sie für sich selbst tun muß. Wählt aber die UdSSR, ausgehend von ihren ureigenen Interessen, den Weg zur ökonomischen und politischen Demokratie, so liegt es im Interesse des Westens, diese Wahl nicht nur mit Worten, sondern auch mit praktischen Handlungen, ernsthafte Finanzhilfe eingeschlossen, zu begrüßen. Die Hindernisse, die es zu überwinden gilt, das Tempo der Reformen, das Ausmaß der Erschwernisse, die auf das sowjetische Volk zukommen, und das Risiko des Mißlingens, das in einer Katastrophe für die ganze Welt enden kann, hängen von den Handlungen beider Seiten ab.

Welche finanziellen Mittel sind für die Unterstützung eines solchen Programms nötig? Der konkrete Finanzbedarf wird während der Ausarbeitung des Programms und seiner Verwirklichung deutlich werden. Deshalb fehlen in den Varianten, die den Präsidenten G. Bush und M. Gorbatschow überreicht wurden, diese Zahlen. Die Mittel werden nicht für Hilfe "überhaupt", sondern für spezifische Zwecke verwendet - für die

Stützung der Zahlungsbilanz in der Periode der Preisliberalisierung, für die Bildung eines Fonds zur Stabilisierung des Rubels während des Übergangs zu seiner Konvertierbarkeit sowie für die Investitionsfonds zur technischen Erneuerung der Zweige, die die Versorgung der Bevölkerung sichern.

Die wahrscheinlichen Teilnehmer an einem solchen Programm werden die industriell am weitesten entwickelten demokratischen Länder und möglicherweise einige andere sowie der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sein. Die Hilfe seitens der Regierungen könnte im wesentlichen unentgeltlich - wie im Marshallplan - erfolgen, was der Sowjetunion ermöglichen würde, aus der Umgestaltungsperiode ohne die Wirtschaft schwächende Schulden hervorzugehen. Dabei würden die Haushaltsausgaben der Länder, die sich an der Unterstützung der sowjetischen Reformen beteiligen, wohl kaum ein Prozent der jährlichen Verteidigungsausgaben übersteigen.

Außerordentlich wichtig ist die moralische, intellektuelle und technische Hilfe. Sie ist sogar wichtiger und in gewissem Sinn teurer als die Hilfe durch Dollars oder "Naturalien" in Form von Lebensmitteln, Medikamenten und so weiter.

Es ist offensichtlich, daß es ohne eine politische auch keine Wirtschaftsreform gibt und umgekehrt. Diese beiden Reformen müssen in der Sowjetunion gleichzeitig realisiert werden.

Der politische Prozeß

Eine qualitativ neue Etappe der politischen Reformen wurde mit der Erklärung des Präsidenten der UdSSR und der führenden Politiker von neun Unionsrepubliken vom 23. April 1991 eröffnet. Die Erklärung "9 plus 1" gestattet es, von der Gründung einer neuen Union nach den Prinzipien der Freiwilligkeit, Gleichheit und des Schutzes der Menschenrechte zu sprechen.

Anhand dieser Erklärung kann man sich ungefähr vorstellen, wie die praktische Realisierung der darin vorgesehenen Schritte abläuft.

Zum Sommerende 1991 wird der Unionsvertrag unterzeichnet, der die Umverteilung der Macht zugunsten der Republiken verankert sowie die Befugnisse der verschiedenen staatlichen Leitungsebenen und die Bestimmungen für die Bildung der neuen Machtorgane der Union festgelegt. Im Herbst 1991 wäre es zweckmäßig, die Wirtschaftsunion zu beschließen. Sie vereint sowohl die Republiken, welche den Unionsvertrag unterzeichneten, als auch diejenigen, die ihn nicht unterzeichneten. Mit den Republiken, die keinem der beiden Verträge beitreten möchten, werden Abkommen getroffen, welche regeln:

- Die Garantien für die Rechte aller Menschen, die auf ihren Territorien leben - unabhängig von der Dauer des Aufenthalts, der Nationalität und so weiter;

- den Modus des Währungsverkehrs und des Handels (Zölle);

- Die Beteiligung an der Verrechnung der äußeren und inneren Staatsschulden der UdSSR;

- dem Status der unionsgeleiteten Betriebe, der Verteidigungsobjekte und Militärstützpunkte auf ihren Territorien.

Im Sommer 1991 eröffnen die Machtorgane der Union und der Republiken mit allen interessierten Seiten Verhandlungen zur Regelung der nationalen Konflikte. Mit den Organisationen der Beschäftigten in den Industriezweigen beginnen, damit Streiks vermieden werden, Verhandlungen, um Vereinbarungen über Löhne, Beschäftigung, Arbeitsbedingungen und so weiter zu erzielen.

Im Frühjahr 1992 finden freie Mehrparteienwahlen zu den gesetzgebenden Gremien der Union statt. Danach werden die neuen Exekutivorgane der Union gebildet.

Die Wirtschaftsreform

Die Wirtschaftsreform soll Ende 1997 zum Abschluß kommen. Zu diesem Zeitpunkt ist die Integration des Landes in das Weltwirtschafts- und Welthandelssystem vorgesehen.

Den Reformprozeß kann man in zwei Etappen einteilen:

Erste Etappe: Vorbereitungsstadium (1991 - Anfang 1992)

- Abschluß des Unionsvertrages und des Abkommens über die Wirtschaftsunion, Herausbildung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes, in dessen Rahmen sich die Zusammenarbeit mit dem Westen vollzieht. Für diesen Raum gelten eine einheitliche Währung und eine einheitliche Geldpolitik einer unabhängigen Zentralbank; koordinierte Haushaltspolitik und abgestimmte Sozialpolitik; einheitliche Zollpolitik sowie gemeinsame Handelspolitik gegenüber den Republiken, die sich nicht an der Wirtschaftsunion beteiligen.

Als Exekutivorgan der Wirtschaftsunion wird ein interrepublikanisches Wirtschaftskomitee gebildet. Ihm obliegen: Realisierung der einheitlichen Wirtschaftspolitik; Ausarbeitung eines detaillierten Reformprogramms unter Beteiligung von Vertretern der Republiken und internationaler Wirtschaftsorganisationen; Gewährleistung der Bedingungen für die Durchführung der Reformen.

- Fortsetzung der kleinen Privatisierung und der Preisliberalisierung in der UdSSR; Schritte zu einem einheitlichen Wechselkurs des Rubels. Dazu sind vonnöten ökonomische und technische Unterstützung durch die Weltgemeinschaft einschließlich der Milderung und schließlich des Abbaus der Handelsbarrieren sowohl seitens der Sowjetunion als auch des Westens sowie Lieferung von Lebensmitteln, medizinischen Gütern und so weiter in die UdSSR.

- Notwendige Veränderung der geltenden Wirtschaftsgesetze und Verabschiedung von neuen Gesetzen.

- Beitritt der UdSSR als assoziiertes Mitglied zu internationalen Finanzorganisationen, Erörterung der Programme der Reformen und der Zusammenarbeit mit internationalen Partnern.

Stabilisierung und Herausbildung der Marktbeziehungen (1992)

- Die UdSSR wird vollberechtigtes Mitglied der internationalen Finanzorganisationen. Gemäß dem Reformprogramm, ausgearbeitet vom Interrepublikanischen Komitee, abgestimmt mit internationalen Wirtschaftsorganisationen und ratifiziert vom Unionsparlament sowie von den Parlamenten der Republiken, die der Wirtschaftsunion angehören, setzt eine großangelegte finanzielle und technische Hilfe ein.

- Es beginnt die Realisierung des Programms zur Stabilisierung und Liberalisierung der sowjetischen Wirtschaft:

Der Staatshaushalt wird mittels krasser Kürzung der Subventionen, der sowjetischen Hilfe für andere Staaten, der militärischen Ausgaben und anderer Maßnahmen bilanziert.

Die Preiskontrolle wird mit Ausnahme der Preise für lebensnotwendige Waren aufgehoben. Der zu erwartende Preissprung zum Zeitpunkt ihrer Liberalisierung wird durch Warenlieferungen aus den Staatsreserven gemildert, die mit Lieferungen aus den Industrieländern wieder aufgefüllt werden können;

die Zentralbank erhält die Unabhängigkeit. Sie wird nach der Art eines föderativen Reservesystems reorganisiert;

die innere Konvertierbarkeit des Rubels für laufende Aktivitäten wird gesichert. Für Verträge, die im Inland abgeschlossen werden, wird die Verwendung von ausländischen Währungen untersagt. Der Anteil der Deviseneingänge, die in den Unternehmen verbleiben, wird erhöht, die Möglichkeit der Betriebe, zum Marktkurs Devisen zu erwerben, werden erweitert. Die Beschränkungen für den persönlichen Besitz von Devisen werden aufgehoben;

die amtlichen Beschränkungen im Außenhandel werden beseitigt, die Export- und Importlizenzen und -quoten für die meisten Waren gestrichen. Das System der Export- und Importsteuern wird überprüft und vereinfacht. Einheitliche und niedrige Importtarife werden eingeführt;

die Begrenzungen der individuellen Wirtschaftstätigkeit werden aufgehoben. Die Privatisierung der kleinen und mittleren Unternehmen setzt sich fort. Die industriellen Großbetriebe wandeln sich zu Aktien- oder Kapitalgesellschaften. Prozesse der teilweisen technischen Umrüstung in den entscheidenden Wirtschaftssektoren und des Übergangs der Rüstungsindustrie zur Produktion von zivilen Erzeugnissen setzen ein, dafür werden ausländische Investitionen genutzt;

es vollzieht sich die Liberalisierung des Agrarmarktes, die administrative Kontrolle der Lebensmittellieferungen wird aufgehoben. Ein regionales Netz von Agrarbörsen entsteht;

soziale Maßnahmen werden eingeleitet. Lebensmitteltalons, die zum Erwerb von lebenswichtigen Gütern zu subventionierten Preisen berechtigen, werden ausgegeben. Die Reform des Lohnsystems beginnt. Sie ist auf die freie Gestaltung der Löhne auf der Grundlage von Kollektivverträgen orientiert. Die staatliche Regelung der Löhne beschränkt sich auf die Festlegung eines Mindestlohnes und die Nutzung von Methoden der Besteuerung zur Kontrolle des Lohnanstiegs in den Betrieben. Der Staat ergreift Maßnahmen, um das Ausmaß und die Lasten der Arbeitslosigkeit zu verringern.

- Die Privatisierung der kleinen Unternehmen kommt in Gang, die Privatisierung der Großbetriebe wird auf der Grundlage des Verkaufs von Aktien zu günstigen Bedingungen an die Beschäftigten dieser Unternehmen, der Kreditbeschaffung und eines Systems der Ratenzahlung vorangetrieben. Der Staat betreibt eine aktive Antimonopolpolitik.

- Die Konversion der Rüstungsindustrie setzt sich fort.

- Die Agrarreform wird weitergeführt. Es beschleunigt sich der Prozeß der Umverteilung des Bodens zugunsten der effektiven Wirtschaften. Anfang 1993 werden umfangreiche Investitionsprojekte zur Entwicklung der Infrastruktur des Marktes eingeleitet, des Bankensystems, des Verkehrs, des Fernmeldewesens und der Telekommunikation. An diesen Vorhaben beteiligen sich ausländische Firmen gemäß den Ausschreibungsbedingungen, zu denen die Absicherung mit Kapital, Technologie und Know how gehört. Für die Erneuerung der Technologien und der Grundfonds in den Schlüsselindustrien und anderen Zweigen wird aktiv Auslandskapital beschafft. In Verträgen und Gesetzesakten verankerte Garantien sollen Anreize für ausländische Investitionen, darunter auch private, schaffen.

Zweite Etappe: Intensivierung der strukturellen Umgestaltung der Wirtschaft (1994-1997)

- Aktiv verläuft die Privatisierung der Großunternehmen. Mit Hilfe ausländischer Investoren werden Projekte der technischen Umrüstung der Industrie realisiert, was den Betrieben ermöglicht, das Sortiment ihrer Erzeugnisse zu verändern. Der Prozeß des Übergangs der Rüstungsindustrie zur Produktion von zivilen Erzeugnissen beschleunigt sich.

- Der Prozeß der Privatisierung des Wohnraums setzt sich intensiv fort - das steigert die Mobilität der Arbeitskräfte im Lande. Ein Mietwohnungsmarkt bildet sich heraus.

- Die Steuerreform wird verwirklicht. Zugleich entfaltet sich die komplexe Reform der Distributionsverhältnisse. Dabei werden einige Arten von Sozialausgaben (medizinische Betreuung, Bildung, Wohnung) teilweise in Eigenfinanzierung überführt.

- Ein Arbeitskräftemarkt entsteht. Um die Folgen der Arbeitslosigkeit zu mildern, werden für die Beschäftigten spezielle Umschulungsprogramme realisiert. Die Beschäftigungspolitik im gesellschaftlichen Sektor verändert sich.

In dieser Periode geht die ausländische Hilfe zurück. Der Zustrom von Privatkapital aus dem Ausland verstärkt sich.

Am Ende dieser Periode, 1997, vollzieht sich die enge Integration der sowjetischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft. Die Realeinkünfte und der Lebensstandard der Bevölkerung steigen.

14. Kräftiger Boris

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/65.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:65

Zum ersten Mal schien seine Karriere schon während seiner Taufe ein jähes Ende zu finden: "Wie es auf dem Land so üblich ist, brachten die Eltern dem Popen ein Glas schwarz gebrannten Schnaps oder Wodka mit. Da ich erst in der zweiten Tageshälfte an die Reihe kam, hielt sich der Pope nur noch mit Mühe auf den Beinen." - So vergaß der Gottesdiener, den Täufling rechtzeitig wieder aus dem Weihwasserbottich zu ziehen. Wäre nicht Mutter Jelzin herbeigestürzt, hätte die Geschichte der UdSSR einen völlig anderen Verlauf genommen. "Der Pope verlor übrigens nicht die Ruhe und meinte nur: 'Na, wenn der das ausgehalten hat, dann muß er ja äußerst kräftig sein. Er soll Boris heißen.'" - In Rußland wurden eben starke Charaktere schon immer frühzeitig erkannt.

Zum zweiten Mal schien es im Oktober 1987 um den Politiker Boris Jelzin geschehen zu sein: nachdem er im Plenum des ZK den seiner Ansicht nach allzu langsamen Gang der Perestroika kritisiert und gar vor "zunehmender Lobhudelei" gegenüber Gorbatschow gewarnt hatte, verlor er seine Posten als Parteichef von Moskau und Mitglied des Politbüros der KPdSU.

Doch auch diesmal erwies sich Jelzin als äußerst kräftig. Heute ist er Präsident der Russischen Föderation und nach dem gescheiterten Putschversuch des "konservativen" KP-Flügels der mächtigste und populärste Politiker der UdSSR. Auch die BILD-Zeitung liebt ihn schon lange: "Klug ist er, kämpferisch, lebensfroh, mutig, demokratisch, aber auch trinkfest - ein ganzer Mann also für Mütterchen Rußland." Damit wäre Jelzin wahrscheinlich einverstanden; nur das Kompliment "trinkfest" würde er wohl in aller Bescheidenheit zurückweisen, denn diese Neigung hat ihm schon eine Menge Ärger und Verlegenheiten eingebracht.

Wie Boris Jelzin sich selbst sieht und wie er gesehen werden möchte, hat er in seiner 1990 erschienenen Autobiographie "Aufzeichnungen eines Unbequemen" dargestellt. Leicht hat es der 1931 Geborene schon als Kind nicht gehabt. "Es gab nichts zu essen, denn wir hatten furchtbare Mißernten. Alle wurden in die Kolchose getrieben, die Kollektivierung war in vollem Gange. Außerdem zogen Banden umher, und fast täglich gab es Schießereien, Mord und Diebstahl. Wir lebten sehr ärmlich, hatten nur ein kleines Häuschen und eine Kuh."

Nachdem die Kuh eingegangen war, verließ die Familie Jelzin das Land, und der Vater verdingte sich auf einer Baustelle. "Wir wurden in einer Baracke einquartiert, die typisch für die damalige Zeit war und sich hier und da bis heute erhalten hat: eine Bretterbaracke, in der es überall zog. Ein gemeinsamer Gang und zwanzig kleine Zimmer, natürlich ohne jeden Komfort, und das Klo im Freien; auch das Wasser mußte man draußen vom Brunnen holen." - Im Winter war es bitterkalt, und selbstverständlich mußten schon die Kinder für den Lebensunterhalt schwer arbeiten. Unter solchen Verhältnissen, mit sechs Menschen und einer Ziege in einem kleinen Raum, verbrachte Boris Jelzin zehn Jahre seiner Kindheit und Jugend.

Viele Jahre später, als Erster Sekretär des Gebietskomitees von Swerdlowsk, erinnerte sich Jelzin an seine eigene Baracken-Zeit. Damals lebten in Swerdlowsk noch einige zehntausend Familien in solchen primitiven Unterkünften. Nach Plan hätten sie erst innerhalb von zehn Jahren solidere Wohnungen erhalten sollen. Der kräftige Boris jedoch schaffte es in nur einem Jahr. Wie das? Ganz einfach: indem ein Jahr lang für das Heer der übrigen Wohnungssuchenden auf der Warteliste absolut nichts zur Verfügung gestellt wurde. Eine Lösung, die bezeichnend für Mentalität und Arbeitsweise von Jelzin zu sein scheint. Als Parteichef in Moskau sorgte er beispielsweise dafür, daß einige umweltschädigende Firmen, deren Produkte vorwiegend in andere Landesteile gingen, aus der Stadt verlegt wurden. Daß anderswo Fabriken unter gleichermaßen unerträglichen Verhältnissen Güter für Moskau produzieren mußten, interessierte ihn offenbar weniger. Jeder ist sich selbst der Nächste, helfe sich wer kann.

Doch zurück in den Lebenslauf unseres Helden. Nach der Schule studierte Boris Jelzin Bauwesen und schaffte sein Diplom mit der Bestnote. Obwohl ihm die Stelle eines Meisters im Industriebau angeboten wurde, zog er es vor, "ein Jahr zu opfern, um mir die handwerklichen Fertigkeiten in zwölf Arbeitsbereichen auf dem Bau anzueignen, jeweils einen in einem Monat." - So lernte der spätere Bauminister erst einmal mauern, zimmern, glasern, malen, kranfahren.

In den folgenden vierzehn Jahren stieg Jelzin auf bis zum Direktor eines Wohnungsbaukombinats. Dann nahm er das Angebot an, die Abteilung Bauwesen im Gebietskomitee von Swerdlowsk zu übernehmen. Acht Jahre

später wurde er, noch unter Breschnew, Erster Sekretär des Gebietskomitees. Im April 1985, kurz nach Einleitung der Perestroika, wurde Jelzin als Leiter der Abteilung Bauwesen ins ZK geholt, im Juni zum ZK-Sekretär für den Bausektor gewählt. Wenig später, im Dezember 1985, hielt man schon wieder völlig neue Aufgaben für ihn bereit: Erster Sekretär der Partei in Moskau, verbunden mit der Mitgliedschaft im Politbüro.

Nur zwei Jahre später, im Oktober 1987, verlor Jelzin diese Ämter wieder. Mit einer gewissen Weinerlichkeit, die nicht gut ins Bild seiner ansonsten kräftigen Statur paßt, gefiel er sich in der Rolle des geschaßten Unbequemen. Genau besehen hatte er allerdings selbst um seine Entlassung gebeten, um gegen Schwierigkeiten und bürokratische Hemmnisse zu protestieren. Gorbatschow trug Jelzin den Posten eines Ministers für Bauwesen an, warnte allerdings zugleich: "Aber denk daran, in die Politik laß ich dich nicht rein!"

Als Delegierter zur 19. Allunionskonferenz Anfang Juli 1988 kehrte Jelzin dennoch durch die Hintertür in die Politik zurück - als Vertreter Kareliens, nachdem der Parteiapparat erfolgreich die Nominierung Jelzins in Moskau und Swerdlowsk blockiert hatte. Es folgte im März 1989 die Wahl in den Kongreß der Volksdeputierten, dann auch in den Obersten Sowjet und, als Vorsitzender des Bau-und Architekturkomitees, in dessen Präsidium.

Ende Mai 1990 wählte der Oberste Sowjet der Russischen Föderation Jelzin zu seinem Vorsitzenden, was dem Rang eines Präsidenten entsprach. Dieses Amt hat Jelzin inzwischen auch durch Volkswahl inne, die ihm 60 % der Stimmen brachte. 1990 im Obersten Sowjet Rußlands hatte es noch dreier Wahlgänge und der Zusicherung Jelzins bedurft, er wolle mit allen im Parlament vertretenen Strömungen, also auch mit dem "konservativen" KP-Flügel, konstruktiv zusammenarbeiten. Vergeblich war zuvor Gorbatschow ans Mikrophon gegangen, um die Abgeordneten vor dem Kandidaten Jelzin zu warnen: der wolle Rußland vom Sozialismus abkoppeln, die Sowjetunion zerstören.

Womit wir bei der Frage wären, was Jelzin will. Über Gorbatschows Perestroika-Buch urteilt Jelzin in seiner Autobiographie sehr hart: "Ich hatte nicht den Eindruck, daß dieses Buch theoretisch in sich stimmig ist. Es wird nicht klar, wie er sich den Umbau unseres Hauses vorstellt, mit welchem Material und nach welchen Plänen das geschehen soll. Gorbatschows Unglück besteht vor allem darin, daß er bis jetzt noch keinen theoretisch und strategisch gründlich durchdachten Schritt vorweisen kann, sondern nur Parolen." - Eben dies läßt sich auch von Jelzins Buch und seinem bisherigen Agieren sagen.

Jelzin ist scharf in seiner Kritik am Mißerfolg der Perestroika, soweit es die materiellen Nöte und Probleme der Menschen angeht. Aber sein Gegenmodell bleibt, abgesehen von einer vernichtenden, sehr sympathischen Kritik an den halbfeudalen Sonderrechten der Bürokratie, verschwommen. Jelzin hat einen radikalen, schnellen Weg in die Marktwirtschaft angekündigt. Und er hat versprochen, daß sein Programm auch kurzfristig keine Preiserhöhungen und andere Belastungen der Bevölkerung bringen werde. Das klingt, nach allen bisherigen Erfahrungen, phantastisch, märchenhaft, um nicht zu sagen: demagogisch.

Jelzins Popularität hat sich bisher, so scheint es, aus den Fehlern und dem Scheitern der von ihm Angegriffenen gespeist, nicht aber aus praktischen Erfolgen vor allem bei der Bewältigung der riesigen Wirtschaftsprobleme. Er könnte, wie Gorbatschow, einer jener populistischen Helden werden, von denen die Massen sich wieder enttäuscht abwenden.

Kt.

15. Weltwirtschaftsgipfel in London: Gorbatschow am Katzentisch der Reichen

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:45

Das G7-Treffen der Staats- und Regierungschefs der sieben reichsten Länder der Welt (USA, Kanada, Japan, Frankreich, Großbritannien, Italien und die BRD) im Juli hatte den Wunsch Gorbatschows, am offiziellen Treffen der G7 teilnehmen zu können, abgelehnt. Einig waren sie sich: Solange es in der Sowjetunion keine Demokratie nach westlichem Muster und keine freie Marktwirtschaft gibt, bekommt die Sowjetunion kein Geld. Erst müßten die marktwirtschaftlichen Reformen energisch durchgeführt werden, denn "man wolle kein Geld in ein Faß ohne Boden werfen" (FAZ 16.7.91).

Der Streit unter den G7-Staaten ging um die Art des Umgangs mit der Sowjetunion. Die bundesdeutsche Politik zielt darauf ab, die Sowjetunion von vornherein fester einzubinden, in Abhängigkeit zu bringen, Erwartungen zu wecken, aber auch keine festen Zusagen zu machen, sondern knallharte Bedingungen zu stellen. Die Bundesregierung hat dabei natürlich in erster Linie ihre eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen im Kopf.

Die anderen G7-Staaten vertreten dagegen die Meinung, solange in der Sowjetunion keine Demokratie herrsche, die sowjetische Rüstungsproduktion floriere, Moskau das kommunistische Kuba subventioniere, die Kurilen-Inseln besetzt halte und den Baltischen Staaten die Selbstbestimmung verweigere, solange gebe es keinerlei Unterstützung. Gorbatschow müsse dem Kommunismus abschwören und sich eindeutig zum Kapitalismus bekennen. Ein Mittelweg wird nicht toleriert.

Die sieben Staaten einigten sich nach Interventionen von Kohl darauf, Gorbatschow nach Abschluß des offiziellen G7-Treffens die Gelegenheit zu einer Audienz zu geben.

Gorbatschow vor dem Gipfel schon abgeblitzt

Vor Beginn des Gipfels bekamen die sieben Chefs Post von Gorbatschow. In einem umfangreichen Brief schilderte er noch einmal die Situation der sowjetischen Wirtschaft und seine Vorstellungen der Umgestaltung: "Ich rutsche nicht auf Knien nach London um die Führer der führenden Staaten um Hilfe zu bitten" (FR 13.7.91) verkündete Gorbatschow selbstbewußt, um gleich, im Sinne der G7-Staaten, zu versichern, daß er keine Geldforderungen an den Westen stellen werde. Er werde dagegen die Voraussetzungen schaffen, damit weitreichende ausländische Investitionen ohne Beschränkungen in der Sowjetunion möglich sein werden. Außerdem kündigte Gorbatschow die Umstellung der Rüstungsindustrie seines Landes auf zivile Produktion und eine radikale Kürzung des Rüstungsetats an. Diese Punkte hatten die westlichen Staaten in den letzten Wochen unter anderem als eine Voraussetzung für die Gewährung wirtschaftlicher Hilfen genannt.

Der Westen aber legt weiter nach. Gorbatschows Reformvorschläge seien "nicht radikal genug um marktwirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen." (FAZ 16.7.91) Bush "äußerte Zweifel an der Bereitschaft der Sowjetunion zu einer Marktwirtschaft westlicher Prägung." (FAZ 13.7.91) Und Finanzminister Waigel begrüßte zwar "die Pläne der sowjetischen Regierung zur Rüstungskonversion und zur hundertprozentigen Beteiligung von Ausländern an sowjetischen Unternehmen. Aber es bleiben Bedenken gegenüber der sowjetischen Zurückhaltung bei der Verpachtung von Land oder Stärkung des Eigentumsgedankens im eigenen Staate." (FAZ 17.7.91) Diese Bedenken nahm Gorbatschow auf und kündigte bei seinem Auftritt vor dem G7-Club an diese Punkte auch schnellstens zu ändern.

Der Westen teilte dem sowjetischen Präsidenten über die Medien mit, daß er nicht mit großen Erwartungen zum Gipfel nach London zu kommen brauche.

Der Gipfel

Einhellig bekundeten die G7-Staaten ihre Ablehnung wirtschaftlicher Hilfen für die Sowjetunion. In der Frage der Vollmitgliedschaft in IWF und Weltbank kam man der Sowjetunion "entgegen". Dem sowjetischen Wunsch nach Vollmitgliedschaft, der von der Bundesregierung unterstützt wurde, wurde zwar nicht entsprochen, aber man gestand der Sowjetunion den bisher unbekannten Status der Assoziierung zu. "Mehr ein PR-Manöver für

die internationale und die sowjetische Öffentlichkeit. Man könne Gorbatschow nicht mit ganz leeren Händen gehen lassen." (FR 13.7.91)

Dieser Status bringt der Sowjetunion weder Stimmrechte in den IWF-Gremien, noch hat sie Anspruch auf Weltbankkredite. Im Gegenteil, die Sowjetunion muß jetzt zur Ausgestaltung dieses Sonderstatus alle ihre Wirtschaftsdaten dem IWF offenlegen und jährlich wirtschaftspolitische Konsultationen zulassen.

Die Deutschen haben auf dem Gipfel darüber hinaus die Einrichtung einer sogenannten "Steuerungsgruppe bei der unverdächtigen OECD" vorgeschlagen. (FR 17.7.91) Diese "Steuerungsgruppe" soll die wirtschaftlichen Reformen "begleiten" und die Oberaufsicht auf dem Weg zur Marktwirtschaft haben. Sollte sich die Sowjetunion darauf einlassen, tritt sie ihre Souveränität im ökonomischen Bereich ganz an den Westen ab. Bei der bisherigen sowjetischen Politik ist dies zu befürchten.

In der Zwischenzeit hat die Sowjetunion offiziell Antrag auf Vollmitgliedschaft beim IWF und der Weltbank gestellt. Dieser Schritt wurde von den westlichen Staaten mit Überraschung aufgenommen, hatte man ihr doch gerade den Sonderstatus eingeräumt. Die USA "lehnen eine sowjetische Mitgliedschaft im IWF und der Weltbank ab, weil sie das politische und wirtschaftliche Koordinatensystem in der Welt ändern würde." (Zeit 2.8.91) Zudem fürchten die USA den Zugriff der Sowjetunion auf die Finanzhilfe, die der IWF seinen Mitgliedern gibt. Als Begründung muß wieder das Argument mangelnder marktwirtschaftlicher Reformen herhalten.

Der Grund dürfte aber woanders liegen. Mit der Aufnahme der Sowjetunion bröckelt die Vormachtstellung der USA in IWF und Weltbank, da die nationalen Quoten, nach denen sich die Stimmrechte in den Gremien beziffern, neu ausgehandelt werden müssen. Der US-Stimmenanteil würde unter zwanzig Prozent rutschen. "Die Folge: Sie würden auch die Sperrminorität für Änderungen der Statuten von IWF und Weltbank verlieren." (Zeit 2.8.91) Damit bahne sich ein "Quotenkampf" im IWF an, der bisher vermieden wurde, obwohl andere Mitgliedsländer schon öfter ihre Ansprüche "auf eine Revision der Quotenstruktur angemeldet" haben, wie Südkorea, Japan oder auch Deutschland. (FAZ 25.7.91)

Die Deutschen sollen endlich entsprechend ihrer gewachsenen wirtschaftlichen und politischen Stärke mehr beteiligt werden, heißt es dazu fordernd aus Bonn. Eine stärkere Einflußnahme und damit verbunden eine stärkere Repräsentanz in den Leitungsfunktionen wurde von "den deutschen Regierungen während der vergangenen 20 Jahre immer wieder" eingeklagt. Es gebe ein Mißverhältnis zwischen finanzieller Leistung und Führungspositionen (FAZ 8.8.91). Durch den sowjetischen Antrag bietet sich jetzt die Gelegenheit, dies zu ändern. Dies ist denn auch der Hauptgrund für die bundesdeutsche Unterstützung der sowjetischen Initiative.

Was bleibt für die Sowjetunion?

Auf diesem Weltwirtschaftsgipfel wurde einmal mehr deutlich, daß der Westen kein Interesse an einer Sanierung der gesamten sowjetischen Wirtschaft hat. Es geht ihm hauptsächlich um die Sahnestücke der sowjetischen Wirtschaft in den zu schaffenden Wirtschaftssonderzonen (besondere steuerliche, Sozial- und Lohnkostenvorteile für gemischte Unternehmen) und um die riesigen Rohstoffquellen. In der Sowjetunion liegen große Erdöl- und Erdgasreserven. In diese Richtung gehen denn auch die projektbezogenen Unterstützungsangebote der Bundesrepublik an die sowjetische Regierung. "Sie beträfen die Förderung und Vermarktung von Erdöl, Erdgas und anderen Rohstoffen sowie die Umgestaltung der Rüstungsindustrie." (FAZ 19.7.91)

Ausbeutung der Rohstoffquellen und die Ausschaltung der militärischen Macht Sowjetunion ist das Ziel des Westens. Schon jetzt streiten sich US-Ölmultis mit europäischen Konzernen um die Aufteilung der noch nicht ganz erlegten Beute. Das Schicksal der Sowjetunion als drittgrößte Volkswirtschaft wird auf längere Sicht das eines Schwellenlandes sein, billiger Rohstofflieferant und Billiglohnland.

hg, Hamburg

16. Torschlußpanik?

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/62.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:62

Nicht die des Sozialismus, sondern die "Rettung des Vaterlandes" war das erklärte Ziel des Putsches gegen Gorbatschow. Die Apparatschiks wollten und konnten die voranschreitende Auflösung der Union und die Desavouierung ihrer traditionellen Ideale nicht länger ertragen. Gleichsam fünf Minuten vor Torschluß sollte das sichtbare Zeichen für das Ende der alten Ära - die Unterzeichnung eines neuen Unionsvertrages - verhindert werden. Er ist in den Augen der Putschisten der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Seit dem letzten Herbst haben sie - trotz der Aufnahme von Politikern aus ihrem Lager in die Regierung - die Angriffe auf Gorbatschow und die Politik der Perestroika ganz allgemein verstärkt. Teils als Drohung, teils als Befürchtung kursierten immer wieder Putschgerüchte, die sich nun am 19. August realisierten. Doch die Umstürzler mußten erkennen, daß sich in der UdSSR in den zurückliegenden Jahren mehr geändert hat als sie wahrhaben wollten.

"Wir wenden uns in einer für das Schicksal des Vaterlandes und unserer Völker ernsten und kritischen Stunde an euch. Eine tödliche Gefahr hängt schwer über unserem Vaterland. Die Politik der Reformen, eingeleitet auf Initiative Gorbatschows als Mittel zur Sicherung der dynamischen Entwicklung und der Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens, steckt aus unterschiedlichen Gründen in einer Sackgasse. Mangelnder Glaube, Gleichgültigkeit und Verzweiflung sind an die Stelle der ursprünglichen Begeisterung und Hoffnungen getreten. Die Behörden auf allen Ebenen haben das Vertrauen des Volkes verloren. Politisieren hat im öffentlichen Leben die Sorge um das Schicksal des Vaterlandes und der Bürger ersetzt." Mit diesem dramatischen Appell hat das Staatskomitee für den Ausnahmezustand versucht, die BürgerInnen der Sowjetunion auf seine Seite zu ziehen. Auch der weitere Text der Notstandserklärung stellt eine Mischung aus Angriffen auf Boris Jelzin, Michail Gorbatschow und alle übrigen Politiker dar, die den neuen Unionsvertrag unterschreiben wollten. So werden in dieser Erklärung auf der einen Seite bestehende Mängel und Unzulänglichkeiten der politischen Entwicklung der letzten Jahre aufgezeigt, um sie auf der anderen Seite dem Versuch, die Gesellschaft der UdSSR zu öffnen, anzulasten.

Die Männer des Staatskomitees haben in ihrer Erklärung die bestehenden Gefahren und Risiken genannt: Das bei dem Versuch, die Wirtschaft der UdSSR auf marktwirtschaftliche Prinzipien umzustellen, das soziale Gefüge auseinanderbricht und der Einfluß der Zentralregierung auf diesen Prozeß abnimmt; das die offen zu Tage getretenen Nationalitätenkonflikte zu einem unkalkulierbaren Risiko für die staatliche Einheit der Union geworden sind; das durch die Auflösung des Warschauer Paktes und die gesamten Außenpolitik von Schewardnadse die UdSSR ihre traditionelle Rolle als großmächtiger Widersacher der USA verloren hat und daß die SU aufgrund ihrer immensen ökonomischen Probleme zu einem Bittsteller der kapitalistischen Staaten geworden ist. Und diese Probleme scheint es für sie erst seit dem Beginn von Glasnost und Perestroika zu geben.

Der Traum von Ruhe und Ordnung

Aus Sicht des Komitees regierten seit den Tagen Gorbatschows in der UdSSR Chaos und Anarchie. Die Wirtschaft richtet sich nicht mehr nach den Direktiven der Planungsbehörde, die Republiken erheben sich gegen die Zentrale und alles dies soll auch noch durch einen neuen Unionsvertrag staatlich legitimiert werden. Diese Sicht der Dinge einmal dahingestellt, aber die Alternativen, die das Komitee zu bieten schien, waren auch nicht gerade attraktiv.

In seinen Erklärungen war viel von der Wiedererrichtung von Gesetz und Ordnung die Rede, ausgesprochen von Männern, die für die politischen Vorstellungen und Ideale der Ära Breschnew stehen. Männer, die aufgrund ihres beruflichen Werdegangs als lupenreine Apparatschiks, als Vertreter des Status quo anzusehen sind, wollten den Menschen eine Ordnung als Rettung präsentieren, die vor bürokratischer Verkrustung nur so strotzt. Die Jahre unter Breschnew haben - bei allem vermeintlichen oder tatsächlichem Verlust von sozialistischen Idealen - auf große Teile der Bevölkerung keine Ausstrahlung mehr.

Sicherlich, in den Jahren unter Leonid B. war nur sehr wenig von den inneren Widersprüchen und Problemen der sowjetischen Gesellschaft zu erkennen. Kaum jemand sprach von Nationalitätenproblemen, diese Frage galt als gelöst, ökonomische Probleme schien allein der Kapitalismus mit seiner Krisenanfälligkeit zu haben.

Diese scheinbare Ruhe und Ordnung sollte wiederhergestellt werden. Doch die unter der Perestroika offen ausgebrochenen Konflikte der sowjetischen Gesellschaft waren und sind das Produkt jahrzehntelangen zentralistisch-bürokratischen Regierens nebst einer brutalen stalinistischen Nationalitätenpolitik. Durch eine Restauration autoritärer Machtstrukturen sollten die Mittel, mit denen ein großer Teil der aktuellen Probleme erzeugt wurde, zu ihrer Lösung eingesetzt werden. Dieses Angebot wurde noch durch einen Appell an die patriotische Gesinnung der SowjetbürgerInnen abgerundet: "Wir appellieren an alle wahren Patrioten und Menschen guten Willens, der gegenwärtigen Zeit der Unsicherheit ein Ende zu bereiten. Wir rufen alle Bürger der Sowjetunion auf, sich ihrer Pflicht gegenüber dem Land bewußt zu werden und das Staatskomitee für den Ausnahmezustand in der UdSSR und seine Bemühungen, das Land aus der Krise zu führen, zu unterstützen. Konstruktive Vorschläge gesellschaftspolitischer Organisationen, Arbeitskollektive und Einzelpersonen werden als Zeichen ihrer Bereitschaft gewertet werden, an der Wiederherstellung der jahrhundertealten Freundschaft der einen Familie brüderlicher Völker und der Wiedergeburt des Vaterlandes mitzuwirken." Doch diese Identifikation mit der Sowjetunion als Ganzem gibt es schon lange nicht mehr. Die Menschen verstehen sich als Russen, Ukrainer, Letten, Esten usw., nur die wenigsten sehen sich als SowjetbürgerIn. Der Traum von den gelösten Nationalitätenproblemen, von der Völkerfamilie UdSSR hat nie seine Realisierung erfahren.

Der Versuch einer neuen Ordnung

Mit der am 21.8. anvisierten Unterzeichnung eines neuen Unionsvertrages durch drei Republiken - Rußland, Kasachstan und Usbekistan - sollte eine Neuverteilung der Befugnisse zwischen der Moskauer Zentralgewalt und den Republiken erreicht werden. Die Republiken der Union werden als souveräne Staaten betrachtet, sie haben das Recht auf eigene Außenvertretung, eigene Wirtschaftspolitik, die Ressourcen gehören der jeweiligen Republik nebst alleiniger Verfügungsgewalt, sie bestimmen über die Steuereinnahmen und haben das Recht eigenständigen Außenhandel zu betreiben. Der Zentrale verbleiben die Verteidigung des Landes, wobei die Truppen des Verteidigungsministeriums nicht mehr im Innern des Landes eingesetzt werden dürfen, Koordination der außenwirtschaftlichen Tätigkeit und ähnliche Dinge. Der Vertrag als Ganzes läßt sicherlich noch viele Fragen offen, manche Kompetenz ist nicht eindeutig geregelt, aber er stellt einen Versuch dar, die Kompetenzen innerhalb der Union auf eine für die Republiken verbesserte Grundlage zu stellen.

Neun von fünfzehn Republiken wollten diesen Vertrag unterzeichnen: Litauen, Lettland, Estland, Georgien, Moldowa und Armenien streben die direkten staatliche Unabhängigkeit an; die übrigen waren bereit, diesen Versuch einzugehen. Doch nach diesem Putschversuch ist es derzeit unklar, ob seitens der Republiken, insbesondere der russischen, der Vertrag so noch akzeptiert wird. Denn nach dem Putsch machte Boris Jelzin als russischer Präsident klar, daß in dem neuen Unionsvertrag die Position Rußlands angemessen, d.h. nach seiner Wichtigkeit bei der Niederschlagung des Aufstandes, berücksichtigt werden müßte. Auch die übrigen Republiken werden wohl auf klarere Begrenzungen der Unionskompetenzen drängen als in dem vorliegenden Text.

Doch allein diese Punkte haben ausgereicht, um die Putschisten davon reden zu lassen, daß durch diesen Vertrag die UdSSR als einheitlicher Staat aufhören werde zu existieren. Da ist durchaus etwas Wahres dran, nur mit dem Unterschied, daß der Vertrag nicht der Anfang ist, sondern der verspätete Ausdruck der realen Verhältnisse in der Sowjetunion. Dieser neue Unionsvertrag war aus Sicht von Gorbatschow, Jelzin und den übrigen Republikspräsidenten der Anfang, um die inneren Verhältnisse in der SU, die Beziehungen der Republiken untereinander und mit der Zentrale gerechter zu gestalten. Aber angesichts des fortgeschrittenen Stadiums und des zumeist auch brutalen Charakters des Nationalitätenkonfliktes ist jedoch Skepsis angesagt, ob dieser Vertrag das Auseinanderdriften der UdSSR hätte verhindern oder verlangsamen können.

Kein zurück, aber was kommt vorne?

Die Alternativlosigkeit und die mangelnde Attraktivität der Putschisten waren auch ein Grund für ihr Scheitern. Die Menschen in den Zentren der UdSSR haben deutlich gemacht, daß sie diese Art der politischen Konzeption ihres Landes nicht teilen. Dennoch ist der Putsch der krasseste Ausdruck für die innere Zerrissenheit eines Landes: Den Lösungsideen der Vergangenheit wurde eine Absage erteilt, ohne positiv einen zukunftsträchtigen Ansatz bieten zu können. Weder die Politik Gorbatschows genießt das Vertrauen, noch ist klar zu sagen, was sich hinter den Vorstellungen Boris Jelzins verbirgt. Außer Einzelpersonen sind keine politischen Gruppierungen zu erkennen, die mit ihren Vorschlägen die entstandene Bewegung und Dynamik in eine politisch wirksame Kraft umwandeln und bündeln können.

Die KPdSU ist nach den Ereignissen der letzten Tage für die wenigsten Menschen noch ein Hoffnungsträger. Im Gegenteil, der Putschversuch ist der willkommene Anlaß, mit dieser Partei und für ihre Politik der zurückliegenden Jahre abzurechnen. Angesichts der Zusammensetzung der Putschistengruppe steht für die meisten Menschen in der SU fest, daß die Partei mindestens diesen Putsch begrüßt hat, wenn nicht sogar aktiv mitbetrieben hat. Angesichts des Verhaltens der Parteiführung - sie hat offiziell in keiner Weise Stellung bezogen - und den Verlautbarungen ihrer Medien, die sich alle auf Seiten der Putschisten gestellt haben, ist diese Einschätzung nicht weiter verwunderlich.

Auch in den zurückliegenden Monaten hat die Partei ihr Image als Betonfraktion ausgebaut. Denn in ihren Organen, insbesondere der "Sowjetskajs Rossija", wurden die schärfsten Angriffe gegen die Politik von Gorbatschow gefahren und immer wieder Aufrufe zum Umsturz und Forderungen nach dem Eingreifen der Militärs publiziert. Trotz der in aller Welt berühmt gewordenen XXVIII. Allunionskonferenz der Partei hat sie sich immer gegen jegliche Reformierung gewehrt. Nach dieser Konferenz hatte viele die Hoffnung, daß sich die unterschiedlichen politischen Kräfte innerhalb der Partei entfalten könnten. Plattformen und Fraktionen wurden anvisiert, aber seitens der Parteiführung einschließlich Gorbatschows bestand immer der Anspruch, daß sich die Partei als Ganzes verändern, reformieren müsse. Alle Versuche, innerhalb der Partei eine Debatte über unterschiedliche Ansätze zur Veränderung der Gesellschaft zu führen und Zusammenschlüsse zu organisieren, wurden immer wieder von oben unterbunden; die Menschen, die dies betrieben, aus der Partei gedrängt, ausgeschlossen. Veränderungen innerhalb der KPdSU scheinen nur durch brachiales Vorgehen à la Jelzin möglich. Denn der Anspruch, die Partei geschlossen zu reformieren ist ein Widerspruch in sich, zu divergend, zu verschieden sind die Vorstellungen innerhalb und mittlerweile auch außerhalb der Partei. Der Versuch des Generalsekretärs, konservative Apparatschiks, radikale Reformer, SozialdemokratInnen und KommunistInnen auf einen Reformkurs zu vereinigen, war und ist zum Scheitern verurteilt. Neben dem galoppierenden Verlust an Attraktivität erscheint die Partei aufgrund dieses Unterfangens nach wie vor als der monolithische Block, zu dem sie seit den Tagen Stalins erstarrt ist.

Gorbatschow hat nach seiner Rückkehr an die Macht erklärt, daß er die Partei nun von den reaktionären Kräften befreien wolle, um die Partei auf einen demokratisch sozialistischen Kurs zu bringen. Seine Beweggründe für diese Absicht dahingestellt, sie trägt nicht dazu bei, daß die Menschen in der SU wieder mehr Vertrauen zu seinen Vorstellungen bekommen, im Gegenteil. Weder durch dieses Vorhaben Gorbatschows noch durch irgendeine andere Aktivität wird der Niedergang dieser Partei aufzuhalten sein. Problematisch ist daran nur, daß zusammen mit dieser Partei der Staat UdSSR langsam aber sicher aufhören wird zu existieren und die Zukunft der dort lebenden Menschen immer ungewisser und bedrohlicher zu werden scheint. Daran werden auch nicht Kredite oder sonstige Hilfen aus dem Westen grundlegend etwas ändern.

Der Putschversuch der Apparatschiks hat die Dynamik des Prozesses, den er stoppen sollte, beschleunigt. Die nach voller staatlicher Souveränität strebenden Republiken werden dies noch härter einfordern, die Menschen werden von den Radikalreformern um Jelzin, Schewardnadse und Jakowlew noch schneller und konsequenter die Einführung der Marktwirtschaft und bürgerlich demokratischer Rechte erwarten - egal wie positiv oder negativ dies objektiv für sie sein mag. Ein Zurück in die alte Welt des real existierenden Sozialismus wird es auch in der UdSSR nicht geben, die Zukunft liegt irgendwo zwischen Eboli und Lima: im Elend.

as

17. Kommentar: Das Ende dieses Weltkommunismus

Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/63.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:63

Im Mutterland der kommunistischen Bewegung wurde die Tätigkeit der KPdSU verboten. Allein dies macht schon den epochalen Einschnitt dieser Tage deutlich. Und noch deutlicher: Sie hat nicht mehr die Kraft, ihre Mitglieder dagegen zu mobilisieren, geschweige denn die Fähigkeit, die Menschen in der Sowjetunion zu erreichen. Was bleibt sind tausend neue Putschgedanken, um dem drohenden Untergang zu entgehen und die Macht noch für ein paar Tage, Wochen oder Monate zu halten. Gerade ist einer dieser Versuche gescheitert, sicher auch deshalb, weil es den Putschisten nicht einmal mehr gelang, die Partei und die Armee geschlossen hinter ihre Pläne zu vereinigen. Es ist eine Spekulation, aber alles deutet darauf hin, daß die KPdSU am Ende angelangt ist wie vorher schon die kommunistischen Parteien in den übrigen Staaten des Realsozialismus.

Für die neue sozialistische und kommunistische Linke, die sich in den vergangenen 20 Jahren in Abgrenzung von den traditionellen KPs entwickelte, haben diese Entwicklungen einen ganz zwiespältigen Charakter. Wir haben die diktatorische Herrschaft der KPdSU nach innen und die der SU nach außen immer scharf kritisiert. Deshalb haben wir jeden Schritt tatsächlicher Demokratie seit 1985 in der SU begrüßt. Die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen der Ökonomie war offensichtlich. Wir standen jedoch den Methoden und Zielen kritisch gegenüber: In der ersten Phase wurden vor allem die arbeitenden Menschen zu härterer und disziplinierterer Arbeit aufgerufen. In der nächsten Phase wurde die Marktwirtschaft als Allheilmittel gefunden, wobei auch dabei klar war, daß sie nur mit ungeheuren Lasten für die Masse der Menschen zu verwirklichen ist. Ablehnend standen wir immer dem dritten Element der Veränderung gegenüber, der Veränderung in der Außenpolitik. Zwar hat die SU wesentliche Schritte auf dem Gebiet der Abrüstung geleistet, gleichzeitig veränderte sie ihre Außenpolitik gegenüber den USA von der Konfrontation zur Kooperation auf Kosten anderer Staaten. Der Golfkrieg gegen den Irak wäre ohne das Einverständnis der SU nicht als Krieg der UNO möglich gewesen.

Es gibt in der traditionellen kommunistischen Bewegung hierzulande eine offen ausgesprochene Sympathie mit dem Putsch, eine klammheimliche in manchen Teilen der radikalen Linken. Die einen beklagen den Untergang ihres sozialistischen Vaterlands in Chaos und Anarchie, die anderen den Verlust des antiimperialistischen Bollwerks. Beide wären bereit, für den Erhalt einer SU nach ihren Vorstellungen die diktatorische Unterdrückung der Menschen in der Sowjetunion hinzunehmen. Neben der Zynik und der Gleichgültigkeit gegenüber Millionen Menschen drückt sich hierin aus, daß immer noch nicht begriffen wurde, daß die Sowjetunion der letzten 70 Jahre nicht mehr zu erhalten ist. Mit dem Hinweis, daß die neuen Macher und die neuen Machthaber der SU Kapitalismus und Marktwirtschaft einführen wollen, die sozialistischen Errungenschaften abschaffen wollen usw., kann zwar in den nächsten Monaten noch so mancher Putschversuch (das Land ist weit und hat viele Republiken) begründet werden, aber ebenso wie der jetzt gescheiterte wird dieser allenfalls von Teilen des Staatsapparats, der Partei und der Armee getragen werden. Das schließt nicht aus, daß solche Versuche partiell erfolgreich sein können - im Sinne zeitweiser Machtausübung -, aber eine Umkehr des Prozesses ist nach dem offenkundigem Zerfall der KPdSU nicht mehr denkbar.

Abschied genommen werden muß auch von der Vorstellung, die Menschen auf den Straßen von Moskau und Leningrad hätten für einen demokratischen Sozialismus auf den Barrikaden gestanden. Nicht für Gorbatschow, sondern für Jelzin, nicht für die SU, sondern für Rußland, nicht für die Perestroika, sondern (allenfalls) für ein demokratisches Rußland. Deshalb wirken Grußbotschaften beispielsweise aus der PDS an die demokratischen SozialistInnen in der SU, die tapfer die Perestroika verteidigt hätten, so skurril und weltfremd. Andererseits sind diese Menschen aber auch noch lange keine Reaktionäre und Rechtsradikale, nur weil sie vielleicht für Marktwirtschaft und Kapitalismus sind, wie dies an manchem linksradikalen Stammtisch geurteilt wird. In diesem konkreten Fall standen sie für den Rückfall der Gesellschaft auf den Stand von 1980 - nicht mehr, nicht weniger.

In Jelzins Rußland wird zu diktatorischen Mitteln zur Durchsetzung einer neuen Ordnung gegriffen. Schon vor dem Putsch wurde die Tätigkeit der KPdSU in den Betrieben verboten. Der Putsch liefert nun die Begründung, die Partei unter Verfolgung zu stellen. Und es muß befürchtet werden, daß es zu einer Welle von

antikommunistischen Verfolgungen kommt. Wer soll die Partei und ihre Mitglieder davor noch schützen? Auf Solidarität aus der Gesellschaft kann sie nach diesem Putschversuch nicht hoffen, hat sie doch damit deutlich gemacht, daß sie, soweit sie denn noch glaubt, die Macht dazu zu haben, demokratische Spielregeln nicht einhalten wird. Insofern haben die Putschisten in allem das Gegenteil von dem erreicht, was ihr Ziel war: Die SU wird in ihre Einzelrepubliken zerfallen, die Zentralmacht wird enorm geschwächt, die Partei verliert ihre Machtstellung.

Gefragt, auf welcher Seite denn man selbst in dieser Auseinandersetzung steht, kann ich nur sagen: auf keiner. Es ist ein Fortschritt für die Menschen, daß sie mit der Politik der Perestroika eine gesellschaftliche Situation erreicht haben, wo verhältnismäßig frei diskutiert werden kann, wo man sich ohne Verfolgung organisieren kann; notwendige Voraussetzungen, um überhaupt über die politische Zukunft diskutieren zu können. Auch dies sollte von den Putschisten unterbunden werden, die selbst nur ein Zurück anzubieten hatten. Allein deshalb mußte man schon gegen den Putsch sein, aber man muß es deshalb nicht mit den Siegern halten. Und man muß auch nicht zum eintausenddreihundertsiebenundneunzigsten Mal den Massen andere Motive unterjubeln als sie bewegt haben.

he., Hamburg

18. "Zwei Beine unterschiedlicher Länge ..." Zur Entwicklung Vietnams

Rubrik: Vietnam · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:06

Mitte Juni dieses Jahres tagte der 7. Parteikongreß der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) unter dem Motto "Der Aufbau des Sozialismus in der Übergangszeit". Neben einigen gravierenden personellen Veränderungen in der Nomenklatura - 7 der 13 Politbüromitglieder wurden ausgewechselt - gab sich die KPV ein neues Statut. Damit waren die Gemeinsamkeiten auch schon beendet, denn keines der fünf grundsätzlichen Dokumente über die weiteren politischen und wirtschaftlichen Perspektiven des Landes wurde auf dem Kongreß angenommen, sondern nach ausführlichen Diskussionen weiteren Veränderungen unterzogen.

Die deutliche Mehrheit der Kongreßteilnehmer sprach sich für den sozialistischen Weg aus, für das bestehende Einparteiensystem, aber ebenso für die Stärkung des privaten wie staatlichen Sektors in der Industrie und der Landwirtschaft. Markt sei nicht mit Privateigentum gleichzusetzen, heißt es in einem der verabschiedeten Dokumente. Man werde Vietnam "nicht jenen Kräften überlassen, die unser Land auf den kapitalistischen Weg bringen wollen", sondern der Staat müsse seine führende Rolle behalten. Die KPV sei weiterhin dem Marxismus-Leninismus und den Gedanken Ho-Chi-Minh's verpflichtet, die sozialistische Demokratie sei weiterzuentwickeln. Die überhastete Einführung des Sozialismus in einer rückständigen, durch den langwierigen Befreiungskampf gegen den französischen bzw. US-amerikanischen Imperialismus gezeichnete Gesellschaft sei ein großer Fehler gewesen, wird selbstkritisch bilanziert.

Im Grundsatz hielt der 7. Parteikongreß der KPV an dem "chinesischen Weg" fest, der bereits auf dem 6. Parteitag der KPV (Dezember 1986) konzipiert wurde: wirtschaftliche Liberalisierung und Dezentralisierung bei Tabuisierung des politischen Systems.

Die Wahl von vier sogenannten Reformern aus dem Süden des Landes sowie von vier Wirtschaftstechnokraten ins Politbüro, das Ausscheiden des Parteichefs Van Linh, des Präsidenten Vo Chi Gong, des eher liberalen Außenministers Co Thach und des Innenministers Mai Chi Tho, den letzten Kampfgefährten des legendären Le Duc Tho, kennzeichnet einen Kompromiß in der Führung der KPV, der nunmehr der "Konservative" Do Muoi vorsteht, jedoch schon bald von Vo Van Kiet abgelöst werden soll.

Das vietnamesische Experiment aus einem Spagat wirtschaftlicher Liberalisierung und angestrebter Öffnung zum Westen ohne eine politische Liberalisierung, das nunmehr auch im neuen 13-köpfigen Politbüro zum Ausdruck kommt, bedarf einer näheren Erläuterung.

Vietnam nach der Befreiung (1975)

Der neue KP-Vorsitzende und damalige Ministerpräsident Do Muoi bilanzierte im Oktober 1987, 12 Jahre nach der Befreiung, die vietnamesische Nachkriegsentwicklung so: "Man kann sagen, daß die Verluste, die wir in den vergangenen Jahren erlitten haben, weit größer sind als diejenigen, die wir während unseres Widerstandskrieges gegen feindliche Aggressoren hinnehmen mußten" (1).

Die Demokratische Republik Vietnam, also das damalige Nordvietnam, orientierte sich in den fünfziger Jahren zunächst am chinesischen Modell, kopierte die Bodenreform, die jedoch am Widerstand der vietnamesischen Bauern weitgehend scheiterte. Vor dem Hintergrund der sowjetisch-chinesischen Auseinandersetzungen, die schließlich zum Bruch führten, lehnte sich die DR Vietnam zu Beginn der sechziger Jahre stärker an das sowjetische Modell an. Zu dieser Zeit wurde der erste 5-Jahres-Plan (1961-1965) aufgestellt, ein zentraler Planwirtschaftsapparat aufgebaut und der Entwicklung der Schwerindustrie eine eindeutige Priorität eingeräumt. Mit der Eskalation des Krieges und den 1965 einsetzenden massiven Bombenangriffen der USA gegen die DR Vietnam mußten diese ehrgeizigen Ziele zugunsten eines "kriegskommunistischen" Systems aufgegeben werden. Nachdem die USA seit Mitte der sechziger Jahre auch mit eigenen Truppen in den Krieg eingriffen, nahm auch die militärische und logistische Unterstützung der südvietnamesischen Befreiungsbewegung (FNL) seitens des Nordens zu. Der Eskalation des Befreiungskampfes folgte in der DR Vietnam die Militarisierung des Lebens; sowohl die politische Führung als auch die gesamte Bevölkerung

waren gezwungen, unter den Bedingungen des Krieges zu leben, was selbstredend alle Pläne einer sozialistischen Entwicklung konterkarierte.

Während die DR Vietnam im Rahmen des Krieges eine außenpolitische Balance zur Sowjetunion und zur VR China herzustellen versuchte und beide Staaten das vietnamesische Volk im antiimperialistischen Befreiungskampf unterstützten, kam es bald nach dem Pariser Friedensabkommen zwischen Kissinger und Le Duc Tho zum Bruch mit der VR China. Die chinesische Führung lehnte das vietnamesische Konzept der "besonderen Beziehungen" mit Laos und Kambodscha ab. Nach der Intervention vietnamesischer Truppen gegen das kambodschanische Pol-Pot-Regime (1978/79) stellte die VR China alle Hilfeleistungen an Vietnam ein und unterstützte stattdessen die Khmer Rouge. Zu dieser Zeit hatte die VR China durch den militärischen Überfall auf einige nordvietnamesische Provinzen "eine Lektion erteilen" wollen.

Vor der Kambodscha-Intervention hatte die vietnamesische Führung durchaus erfolgreich versucht, die einseitige Abhängigkeit von der Sowjetunion, die nunmehr der wichtigste politische und wirtschaftliche Partner war, zu lösen. IWF, Weltbank und einige westeuropäische Staaten überwiesen Vietnam noch 1978, kurz vor der Intervention, insgesamt 370 Mio. Dollar Hilfsgelder. Unmittelbar nach dem Kambodscha-Engagement brach jedoch der gesamte Westen seine Beziehungen zu Vietnam ab. Selbstredend erhielt Vietnam bis heute nicht einen US-Cent jener 3,7 Mrd. Dollar, die der US-Präsident Nixon Vietnam während der Pariser Friedensverhandlungen als Aufbauhilfe zusicherte. Die Sowjetunion soll nach westlichen Quellen Vietnam mit jährlich rund 3 Mrd. Dollar unterstützt haben, vor allem mit der Lieferung von Öl, Maschinen, Fabrikanlagen, Dünger für die Landwirtschaft. Vietnam hatte sich während dieser Zeit immer wieder der Gegenleistung widersetzt, der Sowjetunion einen Militärstützpunkt einzuräumen, um seine Unabhängigkeit zu wahren.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau des Landes folgte überwiegend dem sowjetischen Modell und stand im Zeichen der "Überwindung der Kleinproduktion", dem schwerpunktmäßigen Aufbau der Schwerindustrie, der landwirtschaftlichen Kollektivierung im Norden sowie der Durchsetzung landwirtschaftlicher Genossenschaften im Süden. Die gesamte Industrie sowie der Handel wurden verstaatlicht. Im Frühjahr 1978 untersagte die KPV jede Art privatwirtschaftlicher Tätigkeiten und verbot auch das noch erhaltene private Kleingewerbe. Betroffen davon waren die traditionell vor allem im privaten Handel arbeitenden Chinesen und andere private Produzenten und Händler. Vor diesem Hintergrund ist die damals einsetzende Fluchtbewegung ("Boat People") zu sehen.

Ende 1977 kam es infolge schlechter Witterungsbedingungen zu einer Mißernte. Diese und die forcierte landwirtschaftliche Kollektivierung führten zu einer schweren Krise, die staatlichen Reiszuteilungen an die Bevölkerung sanken um 22% unter das Kriegsniveau.

Zum wirtschaftlichen Verfall kam das Nord-Süd-Gefälle und die Folgen des Krieges hinzu. Alles in allem hatten sich kapitalistische Strukturen und Lebensweisen in Südvietnam nach wie vor festgesetzt; insgesamt war der Lebensstandard im Süden höher als im Norden. Im Süden konnten auch eine Reihe westlicher Waren erheischt werden. Schwarzmarkt und Korruption bis in die Führung der KPV blühten und gehörten zum normalen Alltag.

Bereits auf dem 6. ZK-Plenum (September 1979) gestand die KPV das Scheitern des Wiederaufbaus Vietnams ein und verlangte Reformen, die jedoch von einer Mehrheit blockiert wurden. Bis 1986 dauerten die zum Teil harten politischen Kontroversen über notwendige Reformen an, die sich auch als ein Nord-Süd-Konflikt darstellten. Vor allem die Kommunisten des Südens erwiesen sich als reformfreudiger als der Norden. Personifiziert machte sich das an Nguyen Van Linh fest, der 1982 aus dem Politbüro ausgeschlossen, im Juni 1985 wieder aufgenommen und ein Jahr später sogar zum Generalsekretär gewählt wurde.

Die Reformen von 1986

Beeinflußt durch die sowjetische Perestroika konnten sich die reformorientierten Kräfte in der Partei erst auf dem 6. Parteitag im Dezember 1986 durchsetzen. Unter der Parole "Doi Moi" (neuer Wechsel) wurden die Schwerindustrie-Projekte, die auch nahezu alle staatlichen Ressourcen verschlangen, zugunsten der Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion und des privaten Konsums fallengelassen und gezielt der Export gefördert. Privatbetriebe wurden wieder zugelassen und bald auch jeder Größenbegrenzung enthoben. Staats- und Privatbetriebe waren auf dem Papier gleichgestellt. Ehemalige Kleinkapitalisten und private

Gewerbetreibende, die zum Teil in Haft waren, wurden ebenso rehabilitiert. Die vietnamesische Führung unternahm auch Anstrengungen, geflüchtete Vietnamesen zur Rückkehr ins Land zu bewegen.

Die staatliche Planbürokratie mußte sich auf das Setzen von Rahmenbedingungen beschränken, die Generaldirektoren der staatlichen Betriebe hatten nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu arbeiten. Die einst mächtigen Parteisekretäre und -organisationen in den Betrieben wurden weitgehend entmachtet. Die staatlichen Subventionen wurden drastisch gekürzt, die Preise nach und nach vollständig freigegeben und damit die innere Konvertibilität des Dong hergestellt.

Die Landwirtschaft, in der vier Fünftel der vietnamesischen Bevölkerung tätig sind, wurde im Süden reprivatisiert, im Norden durch ein Produktionsvertragssystem (PVS) ersetzt. Danach mußten die Kollektivbauern eine bestimmte Menge, die mit den staatlichen Instanzen vereinbart wurden, zu einem festgelegten Preis abführen. Das erzeugte Mehrprodukt konnten die Bauern auf freien Märkten verkaufen und ihre Einnahmen einbehalten. Mit der Entkollektivierung der Landwirtschaft war ein bemerkenswerter Aufschwung verbunden: Herrschten in Vietnam 1988 noch Hungersnöte, so stieg das Land zwei Jahre später bereits zum drittgrößten Reisexporteur (hinter den USA und Thailand) auf.

Trotz dieser Erfolge im Bereich der Landwirtschaft blieben vor allem zwei Mängel bestehen, die völlig veraltete Industrie- und Infrastruktur und ein erheblicher Kapitalmangel. Letzterem sollte durch "Mo Cua" ("offene Türen") abgeholfen werden. Seit 1988 wirbt Vietnam um ausländisches Kapital, Investitionen und Joint ventures im Westen. Seit 1987 sind in Vietnam lupenreine Westunternehmen möglich, deren Gewinne zwischen 15 und 20%, in Ausnahmefällen auch nur mit 10% besteuert werden.

Die vietnamesische Perestroika, die "Doi Moi", trug die Handschrift von Nguyen Xuan Oanh, seines Zeichens Harvard-Ökonom, Mitarbeiter des IWF und vor 1975 Gouverneur der südvietnamesischen Zentralbank. Nguyen Xuan Oanh verteidigt dabei die Vereinbarkeit von Wirtschaftsliberalisierung und Einparteiensystem. Schließlich herrschten auch in Südkorea oder Taiwan keine Formen bürgerlicher Demokratie westlichen Musters. Nur das jetzige politische System garantiere auch die notwendige politische Stabilität, um die Reformen auch durchsetzen zu können.

Zwar propagierte die Parteizeitung "Nhan Dan" wortwörtlich auch ein vietnamesisches "Glasnost", das aber strikt auf die Enthüllungen von Mißwirtschaft und Korruption begrenzt ist. Meinungspluralismus, der soweit geht, das bestehende politische System zu kritisieren und in Frage zu stellen, wird nach wie vor nicht zugelassen. Es ist in diesem Zusammenhang auch alles andere als ein Zufall, daß führende vietnamesische Politiker wie Nguyen Van Linh das Massaker auf dem Pekinger Tiananmen-Platz ausdrücklich guthießen. Wie begrenzt Glasnost in Vietnam praktiziert wird, ergibt sich aus der Tatsache, daß im August 1988 die Demokratische und die Sozialistische Partei, ehemals Mitglieder der 1946 geschaffenen Viet-Minh-Volksfront, aufgelöst wurden. Glasnost hat dazu geführt, daß einige oppositionelle und regimekritische Gruppen und Zeitungen vom Staat geduldet werden, andererseits aber auch immer wieder Kampagnen gegen Künstler und Intellektuelle inklusive zahlreicher Verhaftungen, Inhaftierungen und Hausarresten initiiert werden (2).

"Doi Moi", das ist bemerkenswert, war die bislang weitreichendste marktwirtschaftliche Transformation vor dem Zusammenbruch der realsozialistischen Regimes Osteuropas und nahm die Entwicklungen dort praktisch vorweg. In Vietnam kann überdies analysiert werden, welche Erfolge bzw. Mißerfolge mit "Doi Moi" verbunden sind.

Die Ausrichtung der staatlichen Betriebe auf wirtschaftliche Rechnungsführung und marktwirtschaftlich rationalen Kriterien führte zu Massenentlassungen großen Stils. Ca. 30% der Arbeiter in Staatsbetrieben, das sind immerhin 88% aller Betriebe in Vietnam, wurden von ihren Generaldirektoren entlassen und sind somit arbeitslos. Die Preisfreigabe führte zu einer immensen Inflation, die im letzten Jahr bei 300% lag. Die hohe Staatsverschuldung konnte trotz Subventionsabbaus und neu eingeführten Einkommenssteuern nicht eingedämmt werden. Die Lohnentwicklung hielt mit den Inflationsraten keinesfalls Schritt, so daß vor allem die Arbeiter, aber ebenso die staatlichen Angestellten erhebliche Einkommenseinbußen hinnehmen mußten.

So bekommt ein Staatsangestellter im Monat etwa 60.000 Dong (1 DM entsprechen 5.000 Dong), wovon er die Hälfte für Energiekosten aufwenden muß. Umgerechnet ganze 6 DM bleiben ihm für die Ernährung. Eine Facharbeiterin kann es auf immerhin 90.000 Dong (18 DM) bringen. Zum Vergleich: ein Kilo Reis kostet 1.500 Dong. Demgegenüber verdient ein durchschnittlicher Händler 3 Mio. Dong (600 DM) im Monat.

Es liegt auf der Hand, daß der Schwarzmarkt blüht. Offiziell beträgt der Kurs eines Dollars 300 Dong, illegal wird er für 4.000 Dong gehandelt. Hinzu kommt die alltägliche Korruption, ohne die in Vietnam nichts laufen würde. Mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von unter 175 Dollar im Jahr zählt Vietnam nach wie vor zu den ärmsten Ländern der Welt. Das dortige Lohnniveau liegt bei einem Drittel der bekannt niedrigen Löhne Südkoreas oder Taiwans.

Nach wie vor werden die staatlichen Betriebe gegenüber ihren privaten Konkurrenten durch Subventionen bevorzugt; Hanoi beispielsweise bestreitet 30% der Steuereinnahmen aus den privaten Betrieben und nur 17% aus den staatlichen Unternehmen. Ca. 50% aller Einnahmen kommen aus der Besteuerung der allerorten anzutreffenden Glücksspiele. Nicht beseitigt, sondern eher noch vertieft wurde das Nord-Süd-Gefälle; in Ho-Chi- Minh-Stadt, der ehemaligen Hauptstadt Südvietnams, namens Saigon, sind praktisch alle Waren erhältlich, westliche Investoren und Banken haben sich dort inzwischen niedergelassen.

Die außenpolitische Öffnung

Der politischen Nomenklatura in Vietnam ist klar, daß eine Weiterentwicklung der Industrie und eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion ohne die Inanspruchnahme äußerer finanzieller Quellen nicht möglich ist.

Der Zusammenbruch des RGW, dessen assoziiertes Mitglied Vietnam war und die Umstellung des sowjetischen Außenhandels auf harte Devisen hat die vietnamesische Ökonomie hart getroffen. Der Anteil des vietnamesischen Außenhandels mit der Sowjetunion lag bei 40% und sank im Zuge der außenwirtschaftlichen Perestroika der Sowjetunion rapide. Während die Sowjetunion Vietnam reichlich "brüderliche Hilfe" zukommen ließ, sieht das neue Handels- und Kooperationsabkommen technische Hilfen in einer Höhe von jährlich 100 Mio. Dollar vor. Das Ausbleiben sowjetischer Lieferungen von Düngemitteln und Pestiziden im bisherigen Umfang führte beispielsweise zu einer Verschlechterung der Ernteerträge. Insgesamt muß Vietnam durch die Kündigung bestehender Lieferverträge Ausfälle bis zu 60% des bisherigen Handels verkraften. Die Sowjetunion verlangt im Handel nicht nur die Bezahlung ihrer Lieferungen in harten Devisen, sondern auch eine Begleichung der Altschulden in Höhe von 4,5 Mrd. Dollar. Die Umstellung der Importe aus der Sowjetunion auf Devisenbasis kostet Vietnam jährlich mindestens 300 Mio. Dollar zusätzlich (Handelsblatt, 14.6.91).

Spätestens seit dem 6. Parteitag und der Politik des "Mo Cua" versuchte die vietnamesische Führung, ihre außenpolitische und wirtschaftliche Isolierung zu überwinden. In diese war sie insbesondere infolge des Kambodscha-Konflikts geraten. Hinzu kam die US-amerikanische Embargo-Politik.

Erst durch die außenpolitische Öffnung Vietnams und ihrer Kompromißbereitschaft zu einer friedlichen Lösung des Kambodscha-Problems im Rahmen seiner Internationalisierung, die in einen vollständigen Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha mündete, zeichnete sich eine Wende ab. Dies betraf zum einen die Beziehungen zur VR China. Hier kam es inzwischen zu einer ideologischen Annäherung, denn beide Länder halten an einer sozialistischen Entwicklungsperspektive, die sich auf das bisherige politische System gründet, fest. Beide Länder operieren auch mit marktwirtschaftlichen Experimenten, wobei in dieser Hinsicht Vietnam der VR China schon um einiges voraus ist.

Die Handelsbeziehungen haben sich im Zuge einer Annäherung in der Kambodscha-Frage bereits wesentlich verbessert. Im Oktober dieses Jahres will der Vorsitzende der vietnamesischen KP, Do Muoi, die VR China besuchen, um auch die politischen Beziehungen zu normalisieren.

Seit Ende der achtziger Jahre und im Zusammenhang mit der Kambodscha-Problematik haben sich die Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten verbessert. Inzwischen bestehen 217 Joint ventures mit kapitalistischen Firmen vor allem im Bereich der Erdöl-Exploration im Süden und im Tourismus. Alle namhaften Ölkonzerne mit Ausnahme der US-Firmen wie Shell und BP haben sich in Vietnam engagiert. In der Liste der wichtigsten westlichen Handelspartner rangiert Frankreich an erster Stelle vor Großbritannien, Hongkong, Australien, Holland und Kanada. Die Beziehungen zu den ASEAN-Staaten haben sich ebenfalls normalisiert, und der Handel wurde in den letzten Jahren forciert.

Im Juni dieses Jahres besuchte der japanische Außenminister Vietnam; Japan hat sich für die Aufnahme Vietnams in die ASEAN-Gemeinschaft, in den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank

ausgesprochen und befürwortet eine Aufhebung des US-Embargos gegen Vietnam. Japan verfolgt strategische Interessen gegenüber Vietnam vor allem hinsichtlich der Erschließung von mineralischen Rohstoffen und Erdöl gewissermaßen vor der Haustür. Mit etwas Verzögerung haben nun auch die japanischen Investoren den vietnamesischen Markt für sich entdeckt, und es liegt auf der Hand, daß sie in den Handelsbeziehungen ganz nach vorne sprinten werden.

Das zunehmende Engagement westlicher Investoren in Vietnam konzentriert sich zu 80% auf den Süden des Landes; die "Frankfurter Allgemeine" hat bereits eine "Goldgräberstimmung" in Ho-Chi- Minh-Stadt ausgemacht. Damit wird sich das ohnehin bestehende Nord-Süd-Gefälle weiter verschärfen.

Ein Problem bleibt das Verhältnis zu den USA, die nach wie vor keine diplomatischen Beziehungen zu Vietnam unterhalten und an der Embargo-Politik festhalten. Die USA sind es auch, die Vietnam den Zugang zum IWF und zur Weltbank blockieren. Aber auch hier ist bereits ein gewisses "Tauwetter" eingetreten; bereits im August 1987 besuchte der US-General Vessey als US-Sonderbotschafter das Land, erkannte erstmals vietnamesische Ansprüche aus den schweren Kriegsfolgen an, während die vietnamesische Regierung sich im Gegenzug bereiterklärte, bei der Auffindung und Rückführung amerikanischer Soldaten behilflich zu sein (2).

Im April dieses Jahres eröffneten die USA ihr erstes Büro in Vietnam und gewährten dem Land erstmals eine bescheidene Hilfe von einer Million Dollar für die Lieferungen von Prothesen für vietnamesische Kriegsverletzte. An die Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen denken die USA vorerst noch nicht, um ein gewisses Druckmittel wegen der Kambodscha-Frage in der Hand zu behalten. Andererseits drängen insbesondere die US-Ölkonzerne auf die Normalisierung der Beziehungen, denn sie sind von der Erschließung der reichen Ölvorkommen derzeit ausgeschlossen.

D./Westberlin

Anmerkungen:

1) Zitiert nach: Gerhard Will, "Sieg ohne Frieden", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bonn (1989).

2) Siehe dazu ausführlicher: "Das Land stirbt den langsamen Tod seiner herrschenden Klasse", in: Dokumentation Frankfurter Rundschau, 26.6.91.

3) Nach US-Angaben werden noch rund 1.700 US-Soldaten vermißt und gelten als verschollen.

Weitere Literatur:

- K. Fritsche, Verlorene Träume? Sozialistische Entwicklungsstrategien in der Dritten Welt, Stuttgart (1989)

- Südostasien-Informationen, Heft 2-91 (Bochum).

19. Ostdeutschland: Wirtschaftszusammenbruch und Gewerkschaften

Rubrik: Wiedervereinigung; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:02

Mit der erwarteten Hochgeschwindigkeit bricht die ostdeutsche Wirtschaft zusammen. Aktueller Einschnitt Anfang Juli war das Ende der sog. Warteschleifen-Regelung im öffentlichen Dienst und das Auslaufen des Kündigungsschutz-Abkommens in der Metallindustrie.

Nachdem die DGB-Gewerkschaften trotz des moralischen Abwirtschaftens ihrer ostdeutschen Vorgänger Mitglieder in großer Zahl rekrutieren konnten, stehen sie jetzt vor dem Problem, soziale Mindeststandards zu sichern und die Arbeitslosigkeit nicht ins Uferlose steigen zu lassen.

Die Arbeitslosenzahlen für den Monat Juli haben den erwarteten negativen Einschnitt gebracht: In den fünf neuen Bundesländern stieg die Zahl der Arbeitslosen um 226.100 auf 1,1 Millionen, was einer Quote von 12,1 Prozent entspricht. Da die Zahl der KurzarbeiterInnen um 283.000 auf 1,6 Millionen sank, muß angenommen werden, daß ein Großteil von ihnen in die Arbeitslosigkeit entlassen wurde. Begleitet wird diese Entwicklung von einem neuerlichen Anstieg der Erwerbslosigkeit in den alten Bundesländern um 101.100 Menschen auf insgesamt 1,7 Millionen (5,7 Prozent) und Prognosen der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute und einem Bericht der Organisation der 25 größten Industrieländer, OECD, die übereinstimmend von einem weiter nachlassenden Wachstum und einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen ausgehen.

Es bedarf aber keiner düsteren Gemälde über die Zukunft, um die verheerende Lage in Ostdeutschland zu bebildern. Der Rückgang der industriellen Warenproduktion in Ostdeutschland erstreckt sich auf alle Bereiche (Tabelle 1). Wie unter diesen Bedingungen ein sich selbst tragender wirtschaftlicher Aufschwung zustande kommen soll, kann niemand sagen.

Tarifabschlüsse in den fünf neuen Bundesländern

Die Situation der Gewerkschaften ist angesichts dieser Entwicklung recht kompliziert. Obgleich sie sich aus übergeordneten politischen Erwägungen nicht offensiv gegen die schnelle Einführung der DM in die damalige DDR sträubten, prognostizierten sie die Folgen dieses Schrittes zutreffend. Sie begnügten sich jedoch mit dem Einklagen einiger kosmetischer Veränderungen am ursprünglichen Entwurf des Abkommens zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Es ist auch kaum erstaunlich, daß die Gewerkschaften, die in den vergangenen zehn Jahren eine Verschiebung der Lohnquote zugunsten der Unternehmergewinne und die hohe Zahl der Arbeitslosen nicht verhindern konnten, in diesem nationalen Ausnahmezustand ihre politischen Bahnen nicht plötzlich verließen.

In den Gewerkschaftszentralen standen Überlegungen im Vordergrund, die staatliche Einheit sozial abzufedern und zu vermeiden, daß durch den Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft die Spielräume gewerkschaftlicher Politik im neuen Deutschland verkleinert würden. Denn ungeachtet ihrer sonstigen politischen Unterschiede ist allen Gewerkschaftsspitzen klar, daß sie ihre im europäischen Vergleich erfolgreiche Tarifpolitik nur weiterbetreiben können, wenn es in Ostdeutschland Betriebe und Beschäftigung gibt. Anderenfalls werden soziale Standards innerhalb und außerhalb der Betriebe auch im alten Bundesgebiet zunehmend unter Druck geraten.

Löhne und Gehälter sowie Arbeitszeiten in Ostdeutschland, so das erste Ziel gewerkschaftlicher Tarifpolitik, sollen möglichst schnell an das westdeutsche Niveau angeglichen werden. Das ist ein langwieriger Prozeß, der von einigen Gewerkschaften mit Stufenvereinbarungen bestritten werden konnte, während andere Gewerkschaften sich mit teilweise sehr mageren Abschlüssen zufrieden geben mußten.

Daß neben den unmittelbaren Lohn- und Gehaltsfragen auch die Tarifstruktur (Übernahmezeiten, Eingruppierung etc.) erhebliche Auswirkungen haben, wurde im Juli deutlich, als die Massenabwanderung ostdeutscher Krankenschwestern nach Westdeutschland für Unruhen in den fünf neuen Bundesländern sorgte.

Neben den Löhnen und Gehältern standen Abmachungen über die wöchentliche Arbeitszeit im Mittelpunkt der Tarifvertragspolitik. Während im Bankgewerbe und bei den Versicherungen noch die alte DDR-Arbeitszeit von

43,75 Stunden gilt, wurde in vielen anderen Branchen eine Arbeitszeitverkürzung auf derzeit 42 Stunden (Baugewerbe, Druckindustrie) oder von 40 Stunden (Elektro- und Metallindustrie, öffentlicher Dienst, Chemische Industrie) durchgesetzt. Für weitere Arbeitszeitverkürzungen konnten bisher erst in sehr wenigen Branchen langfristige Stufenpläne durchgesetzt werden: So soll im Bereich der Metallindustrie die 38-Stunden-Woche zum 1.10.1996 in Kraft treten.

Obgleich darüber hinaus in einigen Branchen die weitgehende Übernahme der Tarifstrukturen, beispielsweise die Anzahl und Differenzierung der Lohn- und Gehaltsgruppen und die Verfahren der Arbeits- und Leistungsbewertung, erreicht worden ist, werden hier von gewerkschaftlicher Seite einige Probleme gesehen, weil auch die "Fehlentwicklungen und Defizite der bundesdeutschen Tarifstrukturen übertragen werden. (...) In diesem Zusammenhang ist zu befürchten, daß der Prozeß der Reform ... des westdeutschen Tarifsystems durch die zeit- und kraftraubende Integration der ehemaligen DDR in dieses System gebremst wird" (Bispinck 1991, S. 120).

Bei der Bewertung der bisherigen Tarifergebnisse sind mindestens zwei Dinge zu berücksichtigen. Erstens gibt es bei der Mehrzahl der Gewerkschaftsführungen und beim DGB die Tendenz, die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung und den Unternehmerverbänden möglichst weit zu treiben: dazu gehört die Zustimmung zum Programm "Aufschwung Ost". Obgleich die Politik der Bundesregierung deutlich gegen die Interessen der Beschäftigten und Arbeitslosen in Ost und West gerichtet ist, findet eine wirkliche Politisierung, von Mobilisierung gar nicht zu sprechen, der Gewerkschaftsmitglieder nicht statt.

Andererseits haben 40 Jahre administrativ-bürokratischer Gesellschaftsordnung nun mal nicht die Subjektwerdung der Menschen und solidarische Interessenvertretung gefördert, sondern behindert: "Wir haben verlernt, einander wahrzunehmen, sich für das Durchfechten gemeinsamer Interessen zusammenzuschließen. (...) Das Selbstbewußtsein ist schwach, der Stolz fehlt" (Reich 1991, S. 12). Der FDGB nahm im Rahmen des Systems fast ausschließlich halbstaatliche Aufgaben wahr, während die Interessenvertretung eher auf informellen Ebenen ablief (Leistungszurückhaltung, Normenhandel in den Abteilungen). Nachdem sie sich die Marktwirtschaft erstritten haben, agieren Betriebsräte vielfach mit erheblichem "Vertrauen in westdeutsche Managementkünste", tragen selbst zum Unterlaufen des tariflichen Kündigungsschutzes und zur Herstellung sogenannter olympiareifer Restbelegschaften bei und koppeln sich von den Gewerkschaften ab (vgl. Meyer-Fries/Rehberg 1991). Anders als inzwischen im Westen der BRD erstrecken sich die Erwartungen der Beschäftigten gegenwärtig auf die Lohn- und Arbeitsplatzsicherung, während alle anderen gesellschaftlichen Richtungsentscheidungen der Bundes- und den Landesregierungen zugewiesen werden (so eine Umfrage des Instituts für empirische Psychologie im Auftrag des DGB). Mit diesen sozialpsychologischen Faktoren werden auch die vertretungsbereiteren Gewerkschaften in den kommenden Jahren zusätzlich zu kämpfen haben.

h.b.

Literatur:

Bispinck, R. 1991: Tarifpolitik und Arbeitskämpfe 1990, in: M. Kittner (Hg.), Gewerkschaftsjahrbuch 1991, Köln.

Gewerkschaftliche Monatshefte, Chaos im Osten?, Nr. 7/1991.

Meyer-Fries, Th. und F. Rehberg 1991: Vom Sinkflug zum freien Fall, in: Sozialismus, Nr. 4, S. 55- 58.

Reich, J. 1991: "Wir haben verlernt, einander wahrzunehmen", in: Metall, Nr. 13/1991.

WSI Mitteilungen, Schwerpunktheft DDR, BRD - neue Bundesrepublik, Nr. 5/1991.

Industrielle Warenproduktion in der DDR/Ostdeutschland

(Veränderung in Prozent gegenüber Vorjahr)

Industrie insgesamt

darunter:

Energiewirtschaft

Chemie

Metallurgie

Baumaterialien

Wasserwirtschaft

Maschinen-/Fahrzeugbau

Elektrotechnik

Leichtindustrie

Textilindustrie

Lebensmittelindustrie 1990

-28,0

-24,3

-30,0

-38,0

-32,2

-0,6

-18,9

-24,1

-31,0

-33,5

-34,6 4. Quartal 1990

-51

-39

-51

-71

-68

-5

-36

-49

-53

-61

-57

Quelle: DIW-Wochenbericht, 12/1991, S. 124

Tarifniveau Ost im Verhältnis zum Tarifniveau West in ausgewählten Tarifbereichen in vH

- bei Stufenvereinbarungen letzte Stufe -

Tarifbereich

Metall- und Elektrohandwerk Sachsen

Eisen- und Stahlindustrie

Einzelhandel

Baugewerbe (ohne O-Berlin)

Öffentlicher Dienst

Chemische Industrie

Arbeitnehmer

300.000

80.000

600.000

500.000

1,600.000

300.000 Ost/West in vH

100

100

75

65

60

55 in Kraft ab:

1.4.94

1.4.94

1.1.92

1.4.91

1.7.91

1.4.91

Quelle: WSI Mitteilungen, 5/1991, S. 332

20. Rettungsanker Beschäftigungsgesellschaften?

Rubrik: Wiedervereinigung; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:03

Am 17. Juli 1991 wurde in Berlin die "Rahmenvereinbarung zur Bildung von Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung (ABS)" zwischen den Gewerkschaften, den Arbeitgebern, der Treuhandanstalt und den Landesregierungen der fünf neuen Bundesländer abgeschlossen. Diesem Abkommen gingen ein wochenlanges Tauziehen zwischen der IG Metall und den Arbeitgebern voraus. Bei der Gegensätzlichkeit der Standpunkte konnte keine Seite sich voll durchsetzen, doch müssen wohl die Zugeständnisse der IG Metall als die gewichtigeren eingeschätzt werden.

Die ABS sollen die Beschäftigten aus aufgelösten oder durchrationalisierten Treuhandbetrieben aufnehmen, wo sie mit Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit nach dem AFG (Arbeitsförderungsgesetz) weiterbeschäftigt, umgeschult und qualifiziert werden. Auf diese Weise werden Belegschafts- und Qualifikationszusammenhänge noch für einen Zeitraum von ein bis zwei Jahren zusammengehalten und weniger schnell vereinzelt.

Die Vorstellungen der IG Metall gingen zusätzlich dahin, die alten Beschäftigungsverhältnisse in dieser Zeit noch nicht aufzulösen, sondern die Beschäftigten sozusagen an die ABS auszuleihen. Die IGM begründete das mit dem Ziel, bestehende Standorte zu erhalten und umzustrukturieren und zu diesem Zweck die Kooperation von Menschen und die Organisation der materiellen Voraussetzungen nicht auseinanderzureißen. In den Verhandlungen konnte sich die IGM gegen die gemeinsame Verweigerungshaltung der Arbeitgeberverbände und der Treuhand damit jedoch nicht durchsetzen. Die Stellung der IGM wurde zusätzlich untergraben, weil andere Gewerkschaften von vorneherein auf betriebsnahe Lösungen verzichteten. Ein bescheidener Pluspunkt ist die Aufrechterhaltung der Tarifbindung in den ABS und damit die Sicherung gewerkschaftlicher Einflußnahme.

Die regionalen ABS als Bausteine einer sozialverträglichen Umstrukturierung der Wirtschaft und der Entfaltung regionaler Strukturpolitik sind ein weiterer, der IGM wichtiger Gesichtspunkt, der wenigstens formell in die Vereinbarung aufgenommen wurde. Da in der Präambel aber zugleich die Formulierung der Unvermeidbarkeit eines "erheblichen Arbeitsplatzabbaus" aufgenommen wurde, bleibt die Bestimmung dessen, was als sozialverträglich angesehen wird, weiteren Auseinandersetzungen überlassen.

Besondere Brisanz hatte der Konflikt um die ABS erhalten, weil die Treuhand ihre Zustimmung zu lokalen Beschäftigungsabkommen erst hinauszögerte und am 7. Juni offiziell jegliche Beteiligung verweigerte. Davon waren nach Schätzungen 200 geplante und bereits laufende Beschäftigungsgesellschaften betroffen. Schon vor dem Auslaufen des tariflichen Kündigungsschutzes in der Metallindustrie zum 30.6.91 kam es deshalb immer wieder zu Protesten, Straßenblockaden und zeitweiligen Betriebsbesetzungen. Mindestens ebenso bedeutsam dürfte gewesen sein, daß auch die Arbeitgeber, so Stumpfe (Gesamtmetall) und Murmann (Bundesvereinigung der Arbeitgeber), und SPD und FDP für "Arbeitsförderungsgesellschaften" eintraten, um eine Radikalisierung ostdeutscher Lohnabhängiger zu verhindern und den sozialen Frieden zu sichern.

Während DGB-Chef Meyer und die IGM-Vertreter von "zähneknirschender" Zustimmung und "großen Abstrichen" sprachen, äußerten sich Breuel (Treuhand) und die Arbeitgeber zufrieden, weil die weitere Sanierung, Privatisierung und notwendige Entlassungen nicht behindert werden. Tatsächlich ist die jetzt geltende ABS-Vereinbarung keine Bremse bei der marktwirtschaftlichen Umstrukturierung und soll ausgewiesenermaßen auch keine sein. Einem wie großen Teil von Lohnabhängigen die ABS die Überbrückung vor einem sofortigen Wiedereinstieg in ein Lohnarbeitsverhältnis bieten werden, wieviele am Ende doch arbeitslos werden oder in den Vorruhestand gehen, ist ziemlich schwer zu prognostizieren. Diese für die Betroffenen wichtigste Frage ist für die Vertragspartner unbedeutend. Für sie zählt die politische Befriedungsfunktion der ABS.

h.b.

21. Stop EG 92: Beitritt Österreichs verhindern (Dokumentation)

Rubrik: Westeuropa / EG allgemein; Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:34

Seit 1988 drängt das österreichische Großkapital gemeinsam mit der Regierung auf einen EG-Beitritt Österreichs. Galt dieser bis zu diesem Zeitpunkt wegen der Neutralität Österreichs als ausgeschlossen, so konnte spätestens seit 89 behauptet werden, der Zusammenbruch der sozialistischen Länder habe auch dieses "Relikt des Kalten Krieges" überflüssig gemacht.

Das Großkapital, allen voran seine Vertretung, die Vereinigung österreichischer Industrieller (VÖI, kurz: Industriellenvereinigung) fürchtet um die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft, sollte Österreich nicht am Binnenmarkt (ab 1.1.93) teilnehmen. Um der Bevölkerung den Beitritt schmackhaft zu machen, werden Horrorszenarien zusammengereimt, die aufzeigen sollen, was alles bei einer Nichtmitgliedschaft passieren könnte.

Diese "Aufklärungskampagne" wurde erst notwendig, weil Umfragen der letzten Monate beweisen, daß große Teile der Bevölkerung mit dem Binnenmarkt bzw. einer österreichischen Teilnahme daran nichts anfangen können bzw. diesem skeptisch gegenüberstehen. So lehnen beispielsweise 63% der ÖsterreicherInnen einen EG-Beitritt ab, wenn damit gleichzeitig die Neutralität aufgegeben werden müßte.

Die Regierung wird sich jedoch hüten, bei einer Volksabstimmung diese Gegenüberstellung zur Abstimmung zu bringen. Immer wieder wird betont, daß in der EG auch für Neutrale Platz sei, daß trotz der Entwicklung der EG hin zu einer politischen und militärischen Union es daneben einen neutralen Block, bestehend aus Österreich, Schweden, Irland etc. geben könnte.

Die Stellungnahmen der EG-Kommission in Brüssel zum Problem Neutralität sind widersprüchlich, laufen aber alle auf einen Beitritt Österreichs hinaus - ist doch Österreich aufgrund seiner geographischen Lage (Nord-Süd-Verbindung) für den EG-Transitverkehr von außerordentlicher Bedeutung. Gerade in diesem Bereich ist auch der Widerstand am größten. In Tirol (vom EG-Transit am stärksten betroffen) führte dies zur Bildung von zahllosen BürgerInneninitiativen und Interessensgemeinschaften. Dieser innenpolitische Zündstoff war auch der Grund dafür, daß die Transitverhandlungen (bei den derzeit in Gang befindlichen Verhandlungen zwischen der EG und der EFTA über die Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes, EWR) zwischen Österreich und der EG bilateral geführt werden, wodurch sich die Regierung Vorteile erhofft.

Der EWR, der gleichzeitig mit dem Binnenmarkt am 1.1.93 beginnen und am 24. Juni in Salzburg von den 19 Teilnehmerstaaten (12 EG-, 6 EFTA-Länder und Liechtenstein) paraphiert werden sollte, stellt ein weiteres Problem dar. 60% der EG-Normen würden auch im EWR zur Geltung kommen, den EWR könnte man/frau sich somit als einen Warteraum für die EG vorstellen. Formal ist eine Teilnahme Österreichs daran mit der geltenden Verfassung nicht vereinbar und daher einer Volksabstimmung zu unterziehen. Deswegen leiteten die grünen ParlamentarierInnen im Juni ein EWR-Volksbegehren, eine Vorstufe zur Volksabstimmung ein. In der ersten Novemberwoche soll somit über eine Teilnahme Österreichs am EWR mittels Abgabe einer Unterschrift abgestimmt werden. Die österreichische Regierung würde dieses Ergebnis allerdings nur dann beachten, wenn eine außerordentlich große Anzahl von Personen die Teilnahme am EWR ablehnen würde.

Der österreichische Widerstand gegen einen EG-Beitritt hat sich erst spät formiert und ist überdies äußerst zersplittert. Während sich die Grünen auf die Demokratiefrage (Volksbegehren) und die KPÖ auf die Erhaltung der Neutralität konzentrieren, gibt es einige selbständig agierende Gruppen (Kritisches EG-Infobüro, Kirchweger-Haus, tatblatt, Infoladen, IGARA und Einzelpersonen), die die inhaltliche Auseinandersetzung forcieren und auf den imperialistischen und rassistischen Charakter des Projekts EG 92 hinweisen wollen.

Eine Möglichkeit zur Zusammenarbeit ergab sich nun durch die "Anti-EG-Karawane", die in den Niederlanden ihren Ausgangspunkt hat und in sieben europäischen Ländern halt machen wird. In der ersten Septemberwoche soll es in Wien eine große Anti-EG-Kampagne geben. Repression, Asyl- und Sicherheitspolitik werden die zentralen Themen der Aktionswoche sein, bewußt wurden dabei die Diskussion über die Neutralität und auch die Frage des Volxbegehrens/Volxabstimmung ausgespart, wird dabei doch

Demokratie auf die Wahlurne beschränkt und einem diffusen Neutralitätsverständnis, welches nur schwer inhaltlich besetzt werden kann, Rechnung getragen.

Zur Finanzierung des ganzen soll es Benefizkonzerte u.ä. geben, auf alle Fälle brauchen wir noch eine Menge Öffentlichkeit. Wer Bock hat auf eine Aktionswoche (2. - 8.9.91) gegen eine EG der Konzerne, meldet sich bei untenstehender Adresse für einen Pennplatz an!

Kritisches EG-Infobüro, Schottengasse 3a/1/4/59, 1010 Wien

Telefon (aus der BRD und Schweiz): 0043-222-5351106, (Ex-DDR): 0643-222-5351106

22. Die Terror-Connections des MfS

Rubrik: Stasi-Debatte; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:51

Als Anfang Juni letzten Jahres die ersten RAF-RuheständlerInnen in der DDR aufflogen, herrschte bei vielen Linken ungläubiges Erstaunen. Wer hätte das von der DDR gedacht, die stets so kategorisch alles Linksextreme als Werk des Klassenfeinds und der imperialistischen Geheimdienste verteufelt hatte? Ausgerechnet dieser spießige Ordnungsstaat, dem man solche Eskapaden jenseits der außenpolitischen Respektabilität wahrlich nicht zugetraut hätte. Linksradikale konnten sich eine verspätete Anerkennung angesichts dieser unbürokratischen humanitären Aktion nicht versagen. Auf der anderen Seite bekundete die Volkskammerfraktion der PDS ihre "einhellige Empörung". "Daß diese unter dem dringenden Verdacht schwerster Verbrechen stehenden Personen sich hierzulande der gerechten Verurteilung und Bestrafung entziehen konnten, widerspricht jeglichem Empfinden von Moral und Rechtsstaatlichkeit und ist auf das Schärfste zu verurteilen." Alle "an dem ungeheuerlichen Vorgang Beteiligten" müßten "zur Verantwortung gezogen werden". (Presseerklärung vom 17. Juni 1990)

Sieben Haftbefehle

Das war einer der wenigen Fälle, in denen die PDS mit ihren Forderungen nicht völlig erfolglos blieb. Unmittelbar nach einer Sendung des WDR-Magazins "Monitor" Ende März dieses Jahres, in der eine Reihe neuer Fakten oder Behauptungen über die Stasi-RAF-Connection bekanntgemacht wurden, gab es sieben Haftbefehle wegen Beihilfe zum Mordversuch und zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion. Fünf Stasi-Funktionäre wurden in Untersuchungshaft genommen, einer hatte sich mit angeblich unbekanntem Aufenthaltsort abgesetzt, und der siebente Haftbefehl richtete sich gegen den ohnehin schon aus anderen Gründen inhaftierten MfS-Chef Erich Mielke.

Neben Mielke handelte es sich um folgende Personen:

Generalleutnant Neiber, einer der vier Stellvertreter des Ministers Mielke. Ihm soll die Hauptabteilung XXII (Terrorabwehr) bzw. deren Vorläuferin direkt unterstellt gewesen sein, die als federführend für die Verbindung zur RAF gilt.

Oberst Dahl, Leiter der Abt. XXII.

Oberst Jäckel, sog. "Stellvertreter operativ" des Abteilungsleiters, als solcher direkt verantwortlich für die "operativen Einsätze".

Hauptmann Zaumseil und Oberstleutnant Ploman, Funktionäre in der Abteilung.

Oberstleutnant Voigt, der unmittelbar mit den Kontakten zur RAF befaßt war. Er konnte sich der Vollstreckung des Haftbefehls entziehen. Sein "unbekannter Aufenthalt" war allerdings für den "Spiegel" und andere Medien kein Geheimnis. Sie fanden in Voigt einen entgegenkommenden Plauderer. Die sonst von niemandem vertretene These, das MfS habe die RAF-Leute auch zur Spionage benutzt, stammt von Voigt.

Gesprächs- und auskunftsfreudig gegenüber Journalisten und Amtspersonen ist auch Oberst Franz. Gegen ihn erging kein Haftbefehl, obwohl er seit 1980 Stellvertreter des Abteilungsleiters Dahl gewesen war und mit "operativen Vorgängen" anscheinend direkt befaßt war.

Die sieben Haftbefehle vom März waren mit dem Vorwurf begründet, unter Verantwortung dieser Funktionäre seien Mitglieder der RAF in der DDR an Waffen und Sprengstoff ausgebildet worden. Was zunächst wie eines der unglaubwürdigen alten Propagandamärchen vom "Hort des Terrorismus" klang, muß nach den sehr ausführlichen Angaben des Gefangenen Helmut Pohl wohl als wahr unterstellt werden. (Interview in der "Frankfurter Rundschau" vom 2. Juli)

Demnach hat das MfS die Gespräche, die sich ab 1978/1979 im Zusammenhang mit der Übersiedlung von AussteigerInnen in die DDR ergaben, für die Entwicklung regelmäßiger Kontakte benutzt. Politischer Meinungsaustausch über gegenseitig interessierende Fragen, wie man das in der DDR nannte. Teils wohl mit dem Zweck, die RAF-Leute "abzumelken", also mit ihrer Hilfe zu einer genaueren Einschätzung dieser speziellen Szene zu kommen. Teils wohl auch aus einer spielerischen Freude am intellektuellen Diskurs, wie er in Stasi-Reihen anscheinend durchaus vorhanden und im Rahmen der DDR nicht vollauf zu befriedigen war.

Teils wahrscheinlich auch mit dem Vorsatz, die "jungen Leute" vom falschen Weg abzubringen. Wie Pohl berichtet, wurden die Gespräche durch das platte Agitieren der Gegenseite schließlich immer unerfreulicher. Die RAF habe deshalb die Kontakte im Frühjahr 1984 abgebrochen.

Pohl bestätigt, daß im Rahmen dieser Gespräche auch Waffenübungen stattgefunden hätten. Entscheidend scheint aber die Frage nach deren Zeitpunkt zu werden. Die Haftbefehle vom März beruhten auf der Behauptung, die Übungen hätten im Frühjahr 1981 stattgefunden. Sie wären dann als Vorbereitung und Beihilfe zum Sprengstoffanschlag von Ramstein (31. August 1981) und zum Anschlag gegen den US-General Kroesen bei Heidelberg (15. September 1981) interpretierbar. Pohl hat sich im Interview mit der FR aber ganz klar darauf festgelegt, daß die Übungen erst im Frühjahr 1982 stattfanden. Das gleiche sagen die MfS-Funktionäre aus.

Im August hat daraufhin der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs die sieben Haftbefehle vom März aufgehoben. Es sei bisher nicht nachgewiesen, daß die Übungen vor den beiden Anschlägen stattgefunden hätten. Fünf Beschuldigte wurden aus der U-Haft entlassen, Voigt befand sich ohnehin auf freiem Fuß, und gegen Mielke bestehen noch zwei andere Haftbefehle. Die Stasi-Funktionäre könnten nun, was die RAF-Connection angeht, allenfalls noch wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung angeklagt werden. Dies Delikt wäre an sich verjährt; es wird aber darüber diskutiert, die Verjährungsfrist für Taten von DDR-BürgerInnen erst mit der "Wende" beginnen zu lassen, also ab dem Zeitpunkt, wo sie für westdeutsche Justizorgane greifbar wurden. In jedem Fall paßten die sieben Haftbefehle sehr gut in die Strategie des BRD-Apparats, beispielhaft hochrangige MfS-Funktionäre in die Zange zu nehmen und zugleich die Masse ehemaliger Stasi-Bediensteter unter permanentem Angstdruck zu halten, um sie aussagebereit zu machen.

Erstaunlich bleibt die Liaison des MfS mit der RAF allemal. Daß man politische Debatten führte und die Gegenseite ein bißchen auszuhorchen versuchte, mag immerhin erklärbar sein. Rätselhaft bleibt, daß ein so sorgsam und verbissen auf internationale Reputierlichkeit bedachter Staat seinen Sicherheitsbeamten Freiraum für Waffenspielereien gab, die sehr viel Ärger hätten machen können, falls sie aufgeflogen wären. Voigt hat das dem "Spiegel" gegenüber damit erklärt, daß man aus diesen Übungen Erkenntnisse gewinnen wollte, um terroristische Anschläge gegen führende Repräsentanten der DDR besser abwehren zu können.

Theorie und Praxis

"Der Hauptstoß des Terrorismus richtet sich gegen den Sozialismus und dessen internationale Beziehungen, die Arbeiterbewegung und andere progressive Bewegungen in den imperialistischen Ländern selbst, nationale Befreiungsbewegungen und national befreite Staaten vor allem sozialistischer Orientierung - kurz gesagt gegen die DDR und deren Verbündete.(...)

Der Terrorismus versucht, seine Handlungen auf das Territorium der sozialistischen Staaten auszudehnen. Dazu gehören Versuche zur Inspirierung von Terror-und anderen operativ bedeutsamen Gewaltakten ebenso wie Versuche zur Schaffung logistischer Basen. Auch in diesem Bemühen zeigt sich die objektive Übereinstimmung mit jenen imperialistischen Kreisen, die den Terrorismus gerne in den Sozialismus hineintragen möchten, bzw. die unverändert nach Möglichkeiten suchen, den Sozialismus der Urheberschaft des Terrorismus zu bezichtigen. Darauf sind erhebliche Machtpotenzen der imperialistischen Staaten gerichtet. Auf diese Versuche muß deshalb mit der ganzen Kraft der sozialistischen Gesellschaft reagiert werden."

So wurde es Stasi-Leuten vor einigen Jahren von der Hochschule des MfS eingepaukt. Das Zitat entstammt einem Schulungsmaterial zum Thema "Wesentliche Aspekte einer sicherheitspolitischen Einschätzung des Terrorismus als Grundlage für dessen konsequente Bekämpfung". Trotz ihres völlig allgemein gehaltenen Inhalts wurde die auf Januar 1987 datierte Ausarbeitung als "Vertrauliche Verschlußsache" deklariert.

Auf 39 Seiten wurde damals den MfS-Kadern die Schädlichkeit "aller Spielarten" des Terrorismus für die Sicherheitsinteressen der DDR vor Augen geführt. Auch wenn man den Terrorismus differenziert betrachten müsse, sei er doch ganz generell "Ausdruck und Resultat imperialistischer Verhältnisse" und habe seine "grundsätzliche Funktion innerhalb der imperialistischen Politik".

Besonderer Wert wurde darauf gelegt, die Gefährlichkeit jeder Zusammenarbeit mit terroristischen Gruppen zu betonen. Auch Terroristen aus dem linksradikalen Spektrum seien, trotz partieller ideologischer

Übereinstimmungen, "keineswegs als Verbündete des Sozialismus zu betrachten". Daß solche Kräfte eventuell "gefühlsmäßig mit Sympathie gesehen werden", dürfe dennoch "zu keinen Illusionen führen".

Hauptargument für diese Warnung: "Wie der Terrorismus insgesamt, ist auch dessen ‚linke' Spielart in hohem Maße durch Unberechenbarkeit gekennzeichnet." Das ergebe sich erstens "aus den ideologischen Positionen und der sozialen Herkunft" linker Terroristen. Zweitens aber auch aus der "geheimdienstlichen Unterwanderung": "Terroristische Aktionen sind auf vielfältige Weise mit der subversiven Tätigkeit imperialistischer Geheimdienste verknüpft. (...) Wie kaum ein anderer gesellschaftlicher Bereich ist der Terrorismus mit Agenten, V-Leuten und Geheimdienstmitarbeitern durchsetzt."

"Außerordentliche sicherheitspolitische Gefahren" für die DDR seien damit verbunden, "daß aus dem Verständnis vom Sozialismus als vermeintlichem Verbündeten gegen die USA das Territorium sozialistischer Staaten, deren Einrichtungen oder Bürger als logistische Basis mißbraucht werden könnten." Das würde der "antisozialistischen Massenmanipulation gut ins Konzept passen", würde die DDR als "Hort des Terrorismus" angreifbar machen, und könnte von reaktionären Kreisen im Westen benutzt werden, um "Anlässe zum Abbruch der Dialogpolitik zu schaffen".

Praktische Schlußfolgerungen? An diesem Punkt blieb das Papier auffallend allgemein und scheinbar banal: Der Terrorismus muß ständig im Blickfeld bleiben. Alle Faktoren, die den Terrorismus verursachen und begünstigen, müssen ständig analysiert werden. Der Terrorismus als Mittel im Klassenkampf muß eindeutig und massenwirksam abgelehnt werden. Die politisch-ideologische Einflußnahme ist ein sehr wichtiger Weg zur Bekämpfung des Terrorismus. Die DDR muß sich an internationalen Aktivitäten zur Verhinderung bzw. Eindämmung terroristischer Aktionen aktiv beteiligen. Gewaltbereite Personen in der DDR, insbesondere Ausländer, müssen zuverlässig kontrolliert werden. Die gesetzlichen Bestimmungen der DDR müssen konsequent eingehalten werden.

"Neues Denken" auch im MfS?

Auf den ersten Blick unterscheidet sich diese Ausarbeitung kaum von den bekannten Standards der vehementen Polemik, die in Leitartikeln und Broschüren der SED gegen Linksradikalismus und (linken) Terrorismus geübt wurde. Auf den zweiten Blick drängt sich die Frage auf, wozu in einem Schulungspapier der MfS-Hochschule scheinbare Selbstverständlichkeiten betont werden mußten. Inzwischen kann als erwiesen gelten, daß im Bereich der DDR-"Staatssicherheit" zumindest mehrere Jahre lang erstaunliche Dinge gelaufen sind, die mit den öffentlich bekundeten Positionen der SED eigentlich unvereinbar waren. Insofern könnte das eben zitierte MfS-Schulungsmaterial auch als Ausdruck einer Umorientierung aufgefaßt werden, die etwa zu dieser Zeit erfolgt sein dürfte.

Es fällt auf, daß an zentraler Stelle des Schulungspapiers ein Zitat von Gorbatschow plaziert ist. Es stammt aus seiner Rede auf dem 27. Parteitag der KPdSU (Februar 1986) und lautet: "Die UdSSR lehnt den Terrorismus grundsätzlich ab und ist bereit, aktiv mit anderen Staaten zusammenzuarbeiten, um ihn auszumerzen." - Diesem kurzen Satz haben die Autoren des MfS eine Liste mit Argumenten nachgestellt, aus denen die Notwendigkeit hervorgehen soll, den Terrorismus "kompromißlos" zu bekämpfen. Hauptpunkt: Terroristische Aktionen könnten dazu führen, "den Kampf der sozialistischen Staatengemeinschaft und aller progressiven Kräfte um Frieden, Entspannung und Abrüstung zu stören", sowie "die Politik der friedlichen Koexistenz zu behindern".

Anders formuliert: Einige sehr unkonventionelle, nach offiziellem Verständnis "abenteuerliche" Elemente der MfS-Praxis gefährdeten die von der Sowjetunion ausgehende Neuorientierung in der Außenpolitik. Deshalb waren politische und kommerzielle Verbindungen ins internationale terroristische Spektrum zu kappen, die das MfS in früheren Jahren unterhalten hatte.

Im gleichen zeitlichen Zusammenhang könnte ein diplomatischer Vorstoß der USA gesehen werden: Am 22. Mai 1987 sprach der US-Botschafter Meehan beim DDR-Außenministerium vor. Er trug einen Text vor, in dem detailreich die Zusammenarbeit zwischen Stellen der DDR und der Terror-Organisation Abu Nidals - im amerikanischen Sprachgebrauch ANO - dargelegt wurde. In der Hauptsache ging es um Geschäfte mit der zur ANO gehörenden Zibado Company, die Büros in Ostberlin und Warschau unterhielt. Hauptpartner der ANO war offenbar die zum KoKo-Bereich gehörende IMES, über die illegale Waffenkäufe und -verkäufe der DDR

abgewickelt wurden. Beanstandet wurde in dem US-Protest außerdem, daß die DDR im April 1985 die militärische Ausbildung von ANO-Mitgliedern übernommen habe.

Unter Hinweis auf die dargelegten Fakten forderte die US-Regierung die DDR auf, alle Kontakte zur ANO abzubrechen und zu gewährleisten, "daß künftig keine kommerziellen Unternehmen dieser Gruppe in der DDR tätig sein dürfen." Die DDR sollte ferner dafür sorgen, "daß ihr Territorium durch die ANO nicht zur Durchreise, als Zufluchtsort oder für irgendeine andere Tätigkeit mißbraucht wird." - Falls die DDR diesen Forderungen nicht umgehend nachkommen sollte, wurde angedroht, den Sachverhalt öffentlich bekannt zu machen. Darüber hinaus könnten sich "negative Folgen für unser bilaterales Verhältnis ergeben".

In einer Zeit, wo sich die DDR gerade mit Erfolgsaussichten um internationale Respektabilität bemühte, waren das sehr ernste Drohungen. Besonders brisant war, daß sich diese Auseinandersetzung im Vorfeld des Staatsbesuchs von Honecker in der BRD (September 1987) abspielte. Die DDR hatte den ersten geplanten Besuchstermin aufgrund bundesdeutscher Provokationen platzen lassen. Noch einmal sollte das große Ereignis besser nicht gefährdet werden.

Aus einer internen, "streng geheimen" Stellungnahme der Abteilung XXII (Terrorabwehr) des MfS zu den amerikanischen Vorwürfen geht hervor, daß Meehans Vorsprache im Mai 1987 schon der vierte derartige Versuch war. (Das amerikanische Papier und die Stasi-Erwiderung sind in der Juli- und August-Ausgabe des Bonner Informationsdienstes "Terrorismus" dokumentiert.) - Im April, Mai und September 1986 waren die USA ebenfalls an die DDR herangetreten, vor allem in Zusammenhang mit dem Bombenanschlag auf die Westberliner Diskothek "La Belle" (April 1986). Die von amerikanischer Seite der Tat Bezichtigten hatten sich angeblich mit Wissen amtlicher Stellen in der DDR aufgehalten und von dort aus "operiert". Die DDR hatte die drei US-Initiativen 1986 lediglich als böse Verleumdungen zurückgewiesen, aber die Anfragen nicht konkret beantwortet.

Wie auf die Vorsprache Meehans im Mai 1987 reagiert wurde, geht aus den bisher bekanntgemachten Akten nicht hervor. Der Verzicht der US-Regierung auf die angedrohte öffentliche Anprangerung der DDR läßt aber die Vermutung zu, daß eine zufriedenstellende Antwort gegeben wurde.

Die interne Stellungnahme der Abteilung XXII bestätigt sehr weitgehend die amerikanischen Vorwürfe in Sachen Abu Nidal, für dessen Organisation die Stasi deren selbstgewählten Namen "Fatah-RC" benutzte. Die Zibado hatte tatsächlich von 1984 bis 1986 in Ostberlin ein Handelsbüro unterhalten. Dessen Eröffnung sei im Februar 1984 erfolgt "auf der Grundlage einer zwischen MfS und Führungsmitgliedern der ‚Fatah-RC' getroffenen Vereinbarung"

. Geschäfte habe die Zibado nahezu ausschließlich mit der IMES getätigt. "Aufgrund des geringen Handelsvolumens" sei der finanzielle Gewinn für beide Seiten gering gewesen. Über Zibado habe die DDR 4770 Maschinenpistolen "Scorpion" plus 1 Mio. Schuß Munition geliefert. Zibado revanchierte sich, indem sie der DDR 115 britische Polizeiwaffen "Arwen" lieferte, die diese offenbar nicht direkt beziehen konnte. Das Ostberliner Büro wurde im Dezember 1986 aufgelöst, da mittlerweile die IMES-Geschäfte mit der ANO überwiegend über deren Warschauer Filiale abgewickelt wurden.

Zum amerikanischen Vorwurf, ANO-Mitglieder seien in der DDR militärisch ausgebildet worden, gab die Stellungnahme der Abteilung XXII ebenfalls präzise Auskunft: Zwischen Januar 1984 und April 1985 hatten für mindestens zwanzig Kader der ANO in einem MfS-Objekt Lehrgänge in Marxismus-Leninismus stattgefunden. In der Zeit vom 15. April bis 23. Juli 1985 wurde für elf ANO-Leute "eine spezielle Ausbildungsmaßnahme durchgeführt, in der sie zu militärischen Führungskadern entwickelt werden sollten". Neben allerlei praktischen Fähigkeiten (beispielsweise Raketen- und Geschoßwerfer-Einsatz) standen auch theoretische Themen wie "Grundsätze der Truppenführung" und "Operativ-Taktiv" auf dem Lehrplan. Der Kurs war aufgrund von Vereinbarungen zustande gekommen, für die Abu Nidal persönlich in die DDR gekommen war. Schauplatz war "vorwiegend" das sogenannte Objekt 74, wo auch Schießübungen der Stasi mit der RAF stattgefunden haben sollen.

Daß die Stasi nebenbei mit falschen Karten spielte, ergibt sich aus dem Schlußabsatz des Berichts: "Alle Lehrgänge wurden genutzt, um umfangreiche Angaben zur Identifizierung der Teilnehmer, wie Fotografien, Handschriftenproben, Fingerabdrücke, sowie Persönlichkeitseinschätzungen zu erarbeiten. Alle Personen wurden in der Abt. XII erfaßt und Fahndungsmaßnahmen eingeleitet." - Die Abteilung XII umfaßte

"Zentralregistratur und Archiv" des MfS. Was mit den "Fahndungsmaßnahmen" gemeint war, bleibt vorerst unklar. Möglich wäre, daß die Stasi die personenbezogenen Daten der Lehrgangsteilnehmer beispielsweise dem Sicherheitsdienst der PLO zur Verfügung stellte, vielleicht aber auch anderen Geheimdiensten.

Die mehrjährige enge Kooperation mit der Organisation Abu Nidals stellte eine der seltsamsten Episoden in der Arbeit der Abteilung XXII dar. Jeder Verweis auf Erfordernisse der internationalen Solidarität geht an diesem Punkt ins Leere. Die Aktionen der ANO hatten rein provokatorischen Charakter. Neben antijüdischen Anschlägen bestand die Haupttätigkeit der ANO in der Ermordung von PLO-Funktionären. Die PLO hat immer wieder die These vertreten, daß die ANO das Werkzeug imperialistischer Geheimdienste sei. Die Stasi selbst unterstellte - was wohl nicht von der Hand zu weisen ist - daß alle terroristischen Gruppen von Geheimdiensten infiltriert seien. Die sehr präzisen Angaben im Vortrag des US-Botschafters Meehan deuten ebenfalls auf spezielle Informationskanäle der CIA hin. Inzwischen weiß man auch, daß die Abu-Nidal-Gruppe über die gleiche obskure Bank BCCI finanziert wurde, über die auch die CIA dunkle Geschäfte abwickelte und die von der CIA stark infiltriert war.

Alles das wirft wiederum die Frage auf, warum das MfS sich auf eine derartige nicht nur außenpolitisch riskante, sondern zudem auch politisch skandalöse Liaison einließ. Eine Kooperation mit Leuten, deren Praxis erkennbar provokatorisch war und bei denen man auch ohne das Grundwissen der MfS-Hochschule mit feindlichen V-Leuten rechnen mußte. Die gleiche Frage wird sich in Bezug auf das "La Belle"-Attentat, auf das Attentat im Westberliner "Maison de France", auf den liberal gehandhabten Status internationaler Terroristen in der DDR (ebenso auch beispielsweise in der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn) stellen. Mindestens ebenso erstaunlich und diskussionsbedürftig ist die Zusammenarbeit der MfS-Abteilung XXII mit Terroristen aus dem rechtsradikalen Spektrum, wofür bisher nachweislich die Namen Albrecht und Hepp stehen. Schade, daß die dafür Verantwortlichen diese Diskussion bisher nur gegenüber Ermittlungsrichtern, BND-Vernehmern und bürgerlichen Journalisten führen.

Kt.

23. Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung. Der leise Putsch

Autor: Ulla Jelpke, Albrecht Maurer und Helmut Schröder · Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Geheimdienste · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:42

von Ulla Jelpke, Albrecht Maurer und Helmut Schröder

Eine dürftige Mitteilung an die Presse, keine Information und schon gar keine Beteiligung irgendwelcher parlamentarischer Gremien ließen bereits bei der offiziellen Geburt des jüngsten Kindes westdeutscher Sicherheitsphilosophie Böses ahnen. Mehr als bestätigt wurden die Ahnungen, als etwas mehr Informationen über Konzeption und Zielsetzung der "Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung beim BKA" bekannt wurden.

Unter einem Dach zusammengefaßt sind nach offizieller Lesart BKA, Generalbundesanwaltschaft (GBA), Bundesamt für Verfassungsschutz sowie Vertreter der Bundesländer. Die "Koordinierungsgruppe ..." (KGT) ist ausgestattet mit allen Befugnissen und Vollmachten zur Auswertung, Zusammenfassung und Bewertung sämtlicher Dateien und Erkenntnisse bundesdeutscher Sicherheitsbehörden; laufend soll sie Öffentlichkeit und Medien beeinflussen, unter Hinzuziehung der Justizorgane die Haftsituation reflektieren und beeinflussen, sowie Grundsätze einheitlicher operativer Arbeit aller Sicherheitsorgane entwickeln und umsetzen.

Im Windschatten des Zusammenschlusses der beiden deutschen Sicherheitsapparate und der offensichtlich selbst mediengerecht hochgekochten aktuellen Terroristengefahr, haben sich die Manager der Inneren Sicherheit einen lange gehegten und windungsreich verfolgten Traum realisiert: den institutionellen Zusammenschluß von Geheimdiensten und Polizei zum Zwecke einer Sicherheitspolitik, d.h. auch Sicherheitspraxis, aus einem Guß.

Opfer dieses leisen Putsches sind die Reste der Verfassungsgebote zur Trennung von Polizei und Geheimdiensten und die föderalistische Organisation und Verantwortung der Polizeien. Neben dem Ausbau des Bundeskanzleramtes - Koordination der Nachrichtendienste und diverse Expertenrunden - und dem Führungs- und Lagezentrum im Bundesinnenministerium zu einer Art ständiger Krisenstäbe, bedeutet die KGT die Installation der Krisenpolitik für den Alltag. Die von diversen Krisenstäben rechtswidrig angemaßten Vollmachten der Sicherheitsorgane für Notfälle, die im "Deutschen Herbst" 1977 zur zeitweisen Ausschaltung oder zum Mißbrauch sämtlicher parlamentarischer und demokratischer Kontroll- und Entscheidungsgremien benutzt worden sind, sind jetzt wesentliche Grundlage der KGT-Konzeption als Dauereinrichtung.

Wir stellen im folgenden die Konzeption ausführlicher dar, berichten über erste Früchte der Arbeit; nicht berichten können wir über entsetzte Aufschreie aus der linksliberalen Ecke - es gibt sie nicht.

Daß die Einrichtung der KGT eine spontane Reaktion auf den Rohwedder-Anschlag sei, geschuldet der Empörung, Angst und Hektik, muß jedoch schon vorweg in den Bereich der von interessierter Seite gerne kolportierten Legenden verwiesen werden.

Die Machtzusammenballung

Unmittelbar nach dem Anschlag auf Rohwedder forderte der Innenminister von Baden-Württemberg, Dietmar Schlee (CDU), die "Einrichtung einer bundesweiten Datei zur Erfassung überregionaler Vorfelderfassungen" (Welt, 6.4.1991). Nach Schlees Vorstellungen sollten "Erkenntnisse über Personen oder Kraftfahrzeuge, die in der Umgebung von gefährdeten Persönlichkeiten oder Einrichtungen wiederholt auftauchen, bundesweit erfaßt und ausgewertet werden." Um über den Kern der RAF an das "Umfeld" heranzukommen, sollten die Ergebnisse "verdeckter Ermittlungen zentral aufbereitet und zusammengeführt" werden. Schlee sprach sich damals für ein "gemeinsames konzeptionelles Handeln" des Bundes und aller Länder, sowie für den "verstärkten Einsatz von verdeckten Ermittlern", eine "strengere Handhabung" der Häftlingsüberwachung bei den Inhaftierten aus der RAF und der "Optimierung" des Personenschutzes aus (ebenda).

Schlee, zur Zeit Sprecher der Unionspolitiker in der IMK , wußte offensichtlich schon, wohin die Reise gehen sollte. Vermutlich gehen seine Überlegungen zurück auf ein "VS-Vertraulich"-Papier der AG-Terrorismus des Verfassungsschutzes und der AG-Kripo der Innenminister. Von diesem Papier sagen die Autoren selbst, daß

die Vorschläge "gegebenenfalls eine veränderte oder neue Interpretation des geltenden Rechts" erforderten (Spiegel 20/91). Darin wird auch eine "wöchentlich tagende Koordinierungsgruppe mit umfangreichen Kompetenzen gefordert" (ebda.). In den IMK-Beschlüssen vom 3.5.1991 wurde das dann - mit Zustimmung der SPD-regierten Bundesländer und den rot-grünen Niedersachsen und Hessen sowie der "Ampelkoalition" in Brandenburg, an der das Bündnis 90 beteiligt ist - umgesetzt.

Der unbedingte Wille, unter dem Vorwand der effizienteren Terrorismusbekämpfung die letzten geltenden rechtsstaatlichen Barrieren niederzureißen, zeigt sich in aller Klarheit.

Die Aufgaben der KGT

Nach den Vorstellungen der IMK soll die KGT folgende Aufgaben erfüllen und mit den entsprechenden Befugnissen versehen werden:

1. "Koordinierung, Konzentration und Bündelung der Bekämpfungsmaßnahmen in Gemeinsamkeit von Bund und Ländern sowie die konsequente bundesweite Durchführung aller Maßnahmen."

2. Die "Bekämpfungsmaßnahmen" soll u.a. an folgenden tragenden Grundsätzen ausgerichtet sein:

- "Einbeziehung aller Sicherheitsbehörden sowie der Justiz" von Bund und Ländern.

- "Intensivierung des Informationsaustausches zwischen Polizei und Verfassungsschutz auf Bundes- und Landesebene unter voller Ausschöpfung des rechtlich Zulässigen."

- Erstellung "fortlaufend zu aktualisierender" und vereinheitlichter "Landes-und Bundeslagebilder unter möglichst umfassender Verwertung der Erkenntnisse sämtlicher Sicherheitsbehörden sowie des Justizbereichs." Aus diesen Lagebildern sollen "zielgerichtete", aber auch "taktische Maßnahmen" erfolgen.

- "Vollständige Erfassung, zügige - ggf. koordinierte - Auswertung und schnelle Weiterleitung an alle zuständigen Sicherheitsbehörden sämtlicher in Verbindung mit den inhaftierten terroristischen Häftlingen anfallenden zur Bekämpfung des Terrorismus relevanter Informationen."

- "Volle Ausschöpfung des rechtlichen Rahmens (...) bei der Durchführung verdeckter und systematischer Fahndungsmaßnahmen, des Konzeptes 106 sowie bei Maßnahmen zur Aufklärung des weiteren terroristischen Umfeldes, auch unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel durch den Verfassungsschutz."

- Im Zusammenhang mit dem Fahndungskonzept finden Gespräche und Beratungen mit Vertretern der Wirtschaft statt.

Um dies alles optimal umzusetzen zu können,

- soll "zur Gewinnung von Erkenntnissen" über die Aktivitäten des Umfeldes der Einsatz von verdeckten Ermittlern erfolgen. "Die Aufklärung und Informationsgewinnung" soll "in allen terrorismusrelevanten Bereichen, besonders in den Rekrutierungsfeldern durchgeführt werden. Angesetzt werden muß insbesondere bei den Personen mit Nahtstellenfunktion";

- sollen "die Möglichkeiten der Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung (...) bundesweit nach einem einheitlichen Mindeststandard konsequent genutzt werden";

- soll das Fahndungskonzept K 106 "bundesweit konsequent umgesetzt und laufend aktualisiert werden". Der Verfassungsschutz kann dabei "in Abstimmung mit der Polizei beteiligt werden";

- sollen alle "gefährdungsrelevanten Erkenntnisse, insbesondere aus dem POS und den Maßnahmen nach K 106 (...) in einer bundesweiten Datei verarbeitet werden." Dafür sei "die Einrichtung einer Spurendokumentationsdatei POS/K 106 erforderlich";

- soll die Häftlingsüberwachung verschärft werden. "Dabei ist der Justiz, insbesondere den Leserichtern bei der Überwachung der Häftlingspost die sachkundige Unterstützung der Polizei und des Verfassungsschutzes anzubieten. Die Justiz wird gebeten, sicherzustellen, daß sachdienliche Erkenntnisse sofort an die Polizei und Verfassungsschutzbehörden übermittelt werden";

- soll eine "ständige und anlaßbezogene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung der Bevölkerung" erfolgen;

- soll die "internationale Zusammenarbeit" weiter entwickelt und ausgebaut werden.

Weiter hält es die IMK "für erforderlich, in der Strafprozeßordnung gesetzliche Grundlagen für moderne Ermittlungsmethoden zu schaffen." Fehlen darf natürlich nicht die Forderung der IMK, daß den Sicherheitsbehörden für diese Tätigkeit "ein Zugangsrecht zu denjenigen Stasi-Unterlagen und Archivmaterialien der ehemaligen DDR, insbesondere der SED" eröffnet wird, "die sie benötigen, um Verbindungen zwischen terroristischen Aktivitäten und dem ehemaligen MfS/AfNS zu erforschen".

Den bayrischen Vertretern blieb es vorbehalten, ein Licht auf andere (Gesetzes-)Vorhaben zu werfen und damit der historischen Wahrheit der Gesetzesdebatten und noch weitergehenden Ansprüchen gleichermaßen zu dienen. Sie wiesen nämlich darauf hin, daß Terrorismus nach herrschender Meinung doch sehr viel Ähnlichkeit habe mit anderen Formen der sogenannten organisierten Kriminalität. Logischerweise müßten deshalb alle die für diesen Bereich diskutierten Forderungen und - als Gesetzesvorlage "zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Kriminalität (OrgKG)" - griffbereiten Befugniserweiterungen für den Bereich Terrorismus übernommen werden.

Und das ist noch einmal ein gewichtiger Batzen im Bereich der Ausdehnung und Dauer der polizeilichen Beobachtung, Ausdehnung der Observation, Einsatz technischer Mittel zum Abhören und zur Aufzeichnung in Privatwohnungen, Häftlingsverkehr bzw. -überwachung und Melderecht.

Terrorismus und organisierte Kriminalität sind die beiden Banner, unter denen - mal unter dem einen, mal unter dem anderen - seit Jahren Sicherheitsexperten aller Ebenen und Couleur auf ein Ziel los marschieren und schleichen: Überwindung gesetzlicher und institutioneller Barrieren zur Vervollkommnung ihrer Macht.

Normen im Wandel der Zeit

"Das wird Normen setzen" - mit diesen Worten verließ Kanzler Schmidt den Krisenstab nach der Aktion der GSG 9 in Mogadischu. Gemeint war die Arbeit der Krisenstäbe, gemeint war die moderne Form der Notstandsdiktatur ohne ausgerufenen Notstand, gemeint war der Verzicht der deutschen und eines großen Teils der internationalen Medien auf eigenständige Berichterstattung und die Nachrichtensperre, gemeint war die konzertierte Aktion aller Sicherheitsbehörden und Parteien unter zentraler Leitung, gemeint war der erste militärische Auslandseinsatz deutscher Polizeitruppen, gemeint waren eine Fülle von im Eiltempo durchgepeitschten, aber länger anvisierten Gesetzen und Strafrechtsänderungen ...

Die Normen wurden gesetzt, gültig bis heute; geändert haben sich politische Situation und Durchsetzungstrategien. Die KGT wird auf ein juristisches, institutionelles und politisches Fundament gesetzt, das ihre Einrichtung in den Augen der Öffentlichkeit fast nebensächlich macht, weil sie der ganzen Logik der Beeinflussung der öffentlichen Meinung folgt.

Um zu begreifen, was es konkret heißt, wenn davon gesprochen wird, daß die KGT "noch stärker als bisher alle sich bietenden Ansatzpunkte zur Terrorismusbekämpfung bundesweit mit gleicher hoher Intensität aufgreifen und unter Ausschöpfung des rechtlichen Rahmens" verfolgen wird (Kinkel/Schäuble in "Innere Sicherheit", 3/91), muß mensch sich den veränderten rechtlichen Rahmen anschauen. Ausnahmegesetze werden nicht mehr in aller Hektik verabschiedet - das hat in den siebziger Jahren (allerdings im nachhinein erst) viel Kritik provoziert. Lange, z.T. heftige öffentliche Auseinandersetzungen werden geführt, Kompromißbereitschaft wird gezeigt, im wesentlichen jedoch ist Härte angesagt. Und so wird die KGT jetzt auf einen Berg gesetzt aus:

- einem Zusammenarbeitsgesetz für Nachrichtendienste und Polizei, das unter dem irreführenden Titel "Gesetz zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes" läuft;

- einer Fülle von Strafrechtsänderungen, von denen gerade eine neue Welle im sog. Beschleunigungsgesetz folgen soll. Das Gesetz heißt harmlos: "Gesetz zur Entlastung der Rechtspflege";

- Modernisierung, Umstrukturierung und Befugniserweiterungen für die Polizeien - auch hier ist durch die aktuell laufende Neufassung diverser Länderpolizeigesetze und Länderverfassungsschutzgesetze noch einiges zu erwarten;

- das schon genannte Gesetz zur Organisierten Kriminalität;

- die Kronzeugenregelung;

- neue Aufgaben und Befugnisse für den BGS u.v.a.m.

Mit der KGT ist auf zentraler Ebene der Rahmen geschaffen, in dem die wesentlichen Elemente dieser Gesetze Wirkung entfalten können und sollen. Und zwar wird in ausdrücklicher Abgrenzung von bisherigen Formen der Koordination Verbindlichkeit für alle Sicherheitsorgane und Justizorgane beansprucht. Und alle haben mitgemacht! Parteien, Behörden und Medien.

Was ist schon Zensur gegen Informationssteuerung?!

Erfolgen soll eine "ständige und anlaßbezogene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung der Bevölkerung", verpflichten sich die KGT-Experten.

Mensch kann, nein: muß davon ausgehen, daß sich die KGT in den letzten Wochen und Monaten damit beschäftigt hat, die Öffentlichkeitsarbeit der Sicherheitsbehörden zu vereinheitlichen, einschließlich des Zeitpunkts der Bekanntgabe der KGT-Gründung, und zwar in den zentralen Bereichen. Das sind, liest mensch sich die Presse der letzten Zeit unter diesem Aspekt noch einmal durch, die Themen "Zellensteuerung" terroristischer Aktionen und die Kurierdienste der Rechtsanwälte ("Personen mit Nahtstellenfunktionen"), die unvermindert anhaltende Gefährdung durch den Terrorismus, sowie der ganze Komplex der sog. organisierten Kriminalität.

Ein kurzer Rückblick in Stichworten zur Verdeutlichung des Problems:

- Nach dem Anschlag auf die US-Botschaft in Bonn im Februar 91 und dem Rohwedder-Anschlag, wird die Gefahr aus den Zellen reaktiviert; nach kürzester Zeit sind Rechtsanwälte und Verteidigerrechte, sowie Haftsituation Hauptziele der Kampagne.

- Mit völlig haltlosen Behauptungen werden Zellendurchsuchungen und Verlegungen vorgenommen und Durchsuchungen bei den Anwälten durchgezogen.

- Eine Debatte um Auseinanderlegung wird losgetreten, als habe es jemals eine ernsthafte Zusammenlegung gegeben.

- Diskutiert wird in aller Ausführlichkeit die Erfolglosigkeit der Terrorismusfahndung in Sachen RAF; natürlich werden im gleichen Atemzug neue Befugnisse für Polizei und Geheimdienste gefordert (Stichwort: verdeckte Ermittlungen, präventive und Vorfeldarbeit). In diesem Zusammenhang wird dann am 1.6.91 die KGT-Gründung bekanntgegeben. Suggeriert wird, sie sei eine unmittelbare Reaktion auf die aktuelle Debatte.

- Weitere Anschläge und Hungerstreiks werden geradezu herbeigeredet, 7.000 Blatt Papier werden als Beweis für ein Infosystem, damit natürlich auch als Beweis für die Fortdauer der "Zellensteuerung" und die andauernde enorme Gefahr durch die RAF präsentiert. Die Medien werden gezielt mit Material und Interpretationshilfen gefüttert.

- Lochte, oberster Hamburger Verfassungsschützer und v.a. bei der TAZ sehr beliebter Gesprächspartner in Sachen "Flexibilität im Umgang mit Terroristen" schaltet sich ein und erklärt alle bisherigen Darstellungen von vorne bis hinten für Unsinn: "Dann wird noch mal schnell irgendwo durchsucht ... Da wird eine Skizze gefunden, die angeblich belegt, daß eine Befreiungsaktion kurz bevorsteht. Man muß sich schon in großer Aufregung befinden, um zu einer solchen Interpretation dieser Skizze zu kommen ... All diese Aufbauschungen und Verdrehungen führen im Ergebnis schlicht dazu, daß die RAF künstlich hochgeredet wird." (Lochte, TAZ. 25.7.91).

Geschafft haben es die Experten für Sensiblisierung der Bevölkerung, daß wochenlang kein Blatt in der BRD darauf verzichten konnte und wollte, den jeweils neuesten Stand der Zellensteuerung und der Anwaltsverfolgung etc. zu kolportieren, Scheingefechte über die Anzahl der Ermittlungsverfahren und drohende Anschläge bestimmten die Kommentar- und Nachrichtenspalten. Und dann? Nichts. "Unsinn!" (Lochte), die "Welt" beispielsweise schrieb mit, um dann plötzlich festzustellen (15.7.91): "In der Tat lagen keine konkreten Beweise gegen bestimmte Personen vor ...".

Parallel dazu wurde viel berichtet über organisierte Kriminalität, neue Polizei-und Verfassungsschutzgesetze in den Ländern und ganz nebenbei: die Einrichtung der KGT.

(Nur der Vollständigkeit halber sei hier darauf hingewiesen, daß alle Vorbereitungen getroffen sind und noch werden, um diesen Teil des Modell Deutschlands zu exportieren. Abmachungen mit verschiedenen ehem. Ostblockstaaten - Ungarn z.B. - in Sachen "organisierter Kriminalität" sind getroffen; im Rahmen TREVI wird auf neuer Ebene konzeptionelle, operative und institutionelle Vereinheitlichung diskutiert zur Sicherung der Festung Europa.)

Kein Aufschrei: Die liberale Rechtfertigung

Mit der Konzeption der KGT sind die linksliberalen Kritiker der bundesdeutschen Sicherheitspolitik kaum in Schwierigkeit geraten. Die FR schreibt "An der Grenze der Legalität" und die TAZ profiliert sich links und schlagzeilt "Terrorismusbekämpfung hart an der Grenze der Legalität" (Herv. d. A.).

Zugegeben: Die Grenzen der Legalität sind seit langem nicht mehr so genau zu bestimmen - insofern ist es immer auch die Frage, wo mensch sie denn bei der Analyse ansetzen will, vermutlich aus allgemeineren politischen Überlegungen. Ganz ohne Widersprüche kann das bei einem Brocken wie der KGT allerdings nicht durchgehen. So schreibt die FR: "Daß hier ein ‚Organ der Willkür, der Machtzusammenballung und des totalitären Polizeistaates' entstehen könnte, wie die PDS behauptet, halten aber auch die kritischen Beamten (die im übrigen nicht näher genannt werden, d. A.) für ‚Quatsch'. Die KGT habe, wie auch Krisenstäbe zu früheren Zeiten, nur zwei Handlungsmöglichkeiten: Erstens Erkenntnisse auszutauschen und mittels einer stärkeren Koordination die Aufklärung und Fahndung zu verbessern; zweitens neue Fahndungs- und Aufklärungsmethoden zu entwickeln. Wenn die Gefahr einer partiellen Verschmelzung von Polizei und Geheimdienst besteht, dann liegt sie vor allem in diesem zweiten Bereich ..." (FR 24.7.91).

Abgesehen von der Verharmlosung der Folgen früherer Krisenstäbe (siehe Kasten), werden gegen die PDS-Kritik folgende Punkte angeführt: "Die Beteiligten müßten eben genau darauf achten, im Einklang mit den Gesetzen zu handeln" - sagen die schon zitierten "kritischen Beamten" und das Innenministerium beruhigt damit, daß die KGT, sollte sie sich zur "Denkfabrik" für neue Strategien gegen Terrorismus entwickeln, sich "selbst ständig überprüfen müsse. Außerdem müsse permanent von außen überprüft werden, ob nicht die von Gesetz und Verfassung gezogenen Grenzen überschritten werden." (ebda.)

Kontrolle von außen? Sollte parlamentarische Kontrolle damit gemeint sein, so ist festzustellen, daß in den entsprechenden Gremien die Opposition nicht vertreten ist, und daß in diesen Gremien die Frage der Legalität nach dem Mehrheitsprinzip festgestellt wird. Im Falle der KGT stünde es einem Journalisten gut an, Qualität und Zeitpunkt der Information von Abgeordneten zu prüfen, bevor er von tatsächlicher Kontrollmöglichkeit spricht: Fast zwei Monate nach offizieller Einrichtung und einen Monat nach weitgehendem Abschluß der konzeptionellen Arbeiten (so die offizielle Version) wurde der Innenausschuß des Bundestages oberflächlich informiert. Wesentliche Aufgabenfelder der KGT wurden nicht genannt, über die bisherige Praxis wurde kein Wörtchen verloren.

Kontrolle von außen könnte zudem auch die Presse ausüben, wenn sie denn ihre Funktion ansatzweise wahrnehmen würde. Aber wen zitiert die Presse? Das Innenministerium, anonyme kritische Beamte. Und wer sitzt doch gleich in der KGT?

Es bleibt also dabei: Die erste Stufe des "Polizei-Totalitarismus" ist, daß die Apparate der Inneren Sicherheit die Legalität ihrer Arbeit im wesentlichen selbst kontrollieren.

Die FR geht dann aber gedanklich, und doch sehr praxisorientiert, schon den zweiten Schritt, wenn sie zugesteht, daß die Versuchung immer sehr groß sein könnte, neue "Methoden einfach einmal auszuprobieren". Und "da kaum anzunehmen ist, daß die Sicherheitsorgane die rechtlichen Möglichkeiten bislang nicht genutzt haben, kann das nur heißen, den rechtlichen Rahmen durch Neuinterpretationen auszudehnen" (ebda.).

Die dritte Etappe zum modernen Polizeistaat und zur Überwindung der Nachkriegshindernisse bei der Wiedervereinigung von Polizei und Geheimdiensten, besteht schließlich in der Selbsteinschätzung der KGT in ausdrücklicher Abgrenzung von bisherigen Formen der Koordination. Die einstimmige und einmalige Zustimmung der Länder- und Bundesinnenminister wird interpretiert als Garantie einer gewissen Verbindlichkeit bei der Umsetzung der KGT-Beschlüsse unabhängig von bestehenden Zuständigkeitsregelungen!

Die angestrebte Verbindlichkeit von Beschlüssen eines weitestgehend unkontrollierten zentralen Gremiums für alle Sicherheitsorgane und die Justiz läßt vom Föderalismus in Sicherheitsfragen so wenig übrig wie von der Trennung zwischen Polizei und Nachrichtendiensten und der Unabhängigkeit der Justiz in diesem Bereich. Verlauf und Inhalt der Presse- und Medienkampagne der letzten Monate haben gezeigt, daß im Unterschied zum Deutschen Herbst eine vom Presserat durch sanften Druck erreichte Selbstverpflichtung und Nachrichtensperre der Krisenstäbe nicht mehr nötig sind, solange eine KGT die Informationen steuert und ihr das auch zugestanden wird.

Drohten nicht Beleidigungsklagen, müßte mensch konsequenterweise von einer partiell ähnlichen Tendenz zur Verschmelzung, wie sie seinerzeit zwischen Reichssicherheitshauptamt und dem Propagandaministerium bestand, sprechen. Sofern diese Behauptung heute überhaupt noch aufrüttelnde Wirkung hätte ...

Krisenstäbe früher: Harmlos?

Frankfurter Rundschau 24.7.1991:

"Die KGT habe, wie auch Krisenstäbe zu früheren Zeiten nur zwei Handlungsmöglichkeiten: Erstens Erkenntnisse austauschen und mittels einer stärkeren Koordination die Aufklärung und Fahndung zu verbessern; zweitens neue Fahndungs-und Aufklärungsmethoden zu entwickeln ..."

Nur! Nur?

Stern 51/77:

"... fortan ist die Bundesrepublik ein anderer Staat ... Der ‚übergesetzliche Notstand' ist fortan die Legitimation für gerechtfertigte und ungerechtfertigte Eingriffe in von der Verfassung garantierte Freiheiten. Wer Kritik übt, gilt zumindest als wirklichkeitsfremd ... Der große Krisenstab - das ist ein Gremium, das in keinem Artikel des Grundgesetzes oder Paragraphen irgendeines Bundesgesetzes oder einer Geschäftsordnung vorgesehen ist. Und dennoch, seit der Entführung des Berliner CDU-Politikers Lorenz im Februar 75(!) ist der große Krisenstab eine feste Institution in Bonn geworden ... er entzieht Entscheidungen über Leben und Tod einem möglichen Gezänk der Parteien ..."

Schmidt 1977:

"Das wird Normen setzen"

Lochte und die "Fehlschlüsse der Bundesanwaltschaft" (TAZ, 25.7.91)

"Das war sicherlich ein Spektakel mit viel Gedröhne und Getöne. Aber in ihrer Erklärung haben die Gefangenen nichts weiter gesagt, als daß sie demnächst eine Erklärung abgeben werden. Das Resultat in allen Medien, gleich welcher Couleur, lautete aber: ‚Häftlinge kündigen neue Anschläge an.' Was bei den Journalisten schief gelaufen ist, weiß ich nicht. Jedenfalls hat das eine unheimliche Hysterie ausgelöst."

"... Der Anschlag auf Rohwedder hat eine sehr große Aufregung ausgelöst. Die Folge waren ein paar unglückselige Reaktionen. Zu der ganzen Aufregung paßt, daß öffentliche Fehlinterpretationen nicht als solche erkannt werden."

"Von einer Strategie kann überhaupt nicht die Rede sein. Die Situation, die wir jetzt vorfinden, ist in erster Linie von Unwissenheit und Fehlinterpretationen geprägt ..."

Was Lochte sagt und was er nicht sagt:

Er sagt,

- daß es keine Strategie gibt,

- daß es unglückselige Reaktionen gibt,

- daß die "die Bundesanwaltschaft (...) ja nicht bewußt Politik gemacht" hat (TAZ, 25.7.)

- daß "die Dinge nicht bewußt aufgebauscht" werden, sondern "man bewertet das so, wie man sich äußert" (ebda.).

Er sagt nicht,

- was bei den Journalisten schiefgelaufen ist. Dabei weiß er gerade das genau. Er kennt doch seine Pappenheimer aus langen Jahren Differenzen in Sachen öffentlicher Anti-Terrorismus-Propaganda. Er weiß, daß die "

unglückseligen Reaktionen" durch die KGT programmiert waren. Er ist mit der Linie nicht einverstanden, wohl aber mit dem Prinzip der gesteuerten Öffentlichkeit.

Er fordert doch seit langem eine bessere Koordination von Polizei und Verfassungsschutz. Seit langem kritisiert er die "mangelnde Kooperation von Polizei und Verfassungsschutz" und die Vernachlässigung der verdeckten Aufklärung beim Objekt- und Personenschutz (zuletzt in Welt, 13.4.91).

"Sein" Verfassungsschutz hat doch zusammen mit der AG-Kripo ein Papier erarbeitet, in dem eine wöchentlich tagende Koordinierungsgruppe gefordert worden ist, nachdem bezahlte Laien - Nachbarn, Rentner usw. - die Fahndung unterstützen sollen, nachdem umfassende und neue Kompetenzen für eine "

lenkende Koordination" (Spiegel 20/91) gefordert werden.

Die KGT verwirklicht ihm auch diesen Wunsch; Lochte sieht die Realisierung allerdings gefährdet durch eine ausschließlich auf Fälschungen, Falschinterpretationen und leeren Behauptungen aufgebaute Kampagne.

Lochte kann durchaus Kronzeuge gegen eine Kampagne sein, die aus der Ankündigung einer schriftlichen Stellungnahme einen drohenden Terroranschlag machen will oder 7.000 Blatt legales und zigmal zensiertes Papier zu Kassibern erklären will.

- Kein Kronzeuge ist er gegen die Verschmelzung von Verfassungsschutz und Polizei im Rahmen der KGT.

TAZ, FR u.a. ist anzulasten, daß sie das gelegentlich velwechsern.

Alles legal und völlig harmlos

Ergebnis einer Kleinen Anfrage der PDS/LL im Bundestag

In einer Kleinen Anfrage wollte die PDS/LL Genaueres zum institutionellen und juristischen Hintergrund der KGT wissen.

Sechs Fragebereiche wurden abgefragt - das Ergebnis ist niederschmetternd, aber typisch.

Fazit: "Die Anfrage geht offenkundig von unzutreffenden Annahmen aus ..."

Schlag auf Schlag geht es etwa so: "Für die Einrichtung der KGT ist eine spezielle gesetzliche Grundlage nicht erforderlich." Erledigt sind damit Fragen nach den gesetzlichen Grundlagen und danach, in welchen parlamentarischen Gremien vor der Einrichtung der KGT dieses Projekt beraten worden sei.

Eher grundsolide antwortet die Regierung auf politische Fragen. Z.B. "Was versteht die Bundesregierung heute unter terrorismusrelevanten Bereichen, wo sieht sie Rekrutierungsfelder ... und was sind für die Bundesregierung Personen mit Nahtstellenfunktion?" - so lautete die Frage, und mit pingeliger Präzision kommt die Antwort: "Die terrorismusrelevanten Bereiche sind u.a. im jährlichen ... Verfassungsschutzbericht beschrieben ... wobei das Rekrutierungsfeld dieser Gruppe (der RAF) regelmäßig die gewaltbereite Anhängerschaft bildet und unter Personen mit Nahtstellenfunktion solche verstanden werden, denen nach dem Gesamtgefüge der RAF besondere Bedeutung zukommt."

Ja, aber was fragt Ihr denn auch ...?!

Geradezu pfiffig ist die Antwort auf die Frage, wie die Regierung gewährleisten könne, daß die KGT die verfassungsmäßigen Grundsätze für Polizei und Nachrichtendienste, Gewaltenteilung und Föderalismus nicht weiter aufhebe: "Die Einrichtung der KGT verstößt weder gegen Bestimmungen des Grundgesetzes noch gegen Vorschriften des einfachen Rechts."

Na gut, das tat das Ermächtigungsgesetz auch nicht!

Eine Bilanz der Antworten ergibt zweierlei:

1. Die KGT kommt den selbstgestellten Aufgaben überhaupt nicht nach, sie führt keine Datei, tut nichts, was bisher nicht schon irgendjemand gemacht hat, sie sensibilisiert nicht einmal die Bevölkerung durch gezielte Pressearbeit, und

2. um die parlamentarische Kontrolle zu umgehen, ist die Regierung bereit, allen Ernstes eine derart kompetenzlose Luschentruppe als Inkarnation eines neuen Konzepts der Terrorismusbekämpfung zu präsentieren.

24. Freiheit für Mielke

- und alle anderen politischen Gefangenen aus der DDR

Rubrik: Stasi-Debatte; Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:40

Den Anfang machte die SED zum Jahreswechsel 1989/90 kurz vor ihrer Umbenennung in PDS: Sie reinigte ihre Mitgliederlisten um die Mehrheit der führenden Funktionäre und unterstellte ihnen fast jede antisozialistische, volksfeindliche und betrügerische Gemeinheit; noch unter der Regierung Modrow werden die ersten Ermittlungsverfahren wegen Schädigung von Staatseigentum eröffnet.

Unter der Regierung de Maiziere werden immer neue Leute in die Ermittlungen einbezogen, die im wesentlichen auf Eigentumsdelikte beschränkt bleiben. Vorübergehende Festnahmen waren schon während der Regierung Modrow erfolgt, unter De Maiziere wird diese Praxis ausgeweitet und verliert in einigen Fällen (H. Tisch, E. Mielke) ihren vorübergehenden Charakter.

Im einen Deutschland, das außer Ermittlungsverfahren auch einige Gefangene übernimmt, wird die Strafverfolgung ausgedehnt. Ein großer Komplex betrifft die geheimdienstliche Tätigkeit der DDR zum Nachteil der BRD, im Zuge der Ermittlungen werden mehrere DDR-Spione verhaftet. Schwerpunkt der Kriminalisierungswelle ist jedoch eindeutig der sogenannte Schießbefehl. Die strafrechtliche Würdigung der Grenzsicherung in der DDR wird von entscheidender Bedeutung für den gesamten Komplex "Regierungskriminalität" sein und damit nicht nur das weitere Schicksal der Angeklagten betreffen, sondern auch das offizielle deutsche Geschichtsbild. Ende Juni wird gegen den längst inhaftierten Erich Mielke und vier weitere Regierungsmitglieder der DDR Anklage wegen Anstiftung zum Totschlag erhoben, die wenig später in Totschlag durch Unterlassen abgewandelt wird. Die vier bis dahin noch auf freiem Fuß Lebenden (darunter Ministerpräsident Stoph und Verteidigungsminister Keßler) werden mit Anklageerhebung in Untersuchungshaft genommen. Gleichzeitig werden die Ermittlungen auf Angehörige der Grenztruppen ausgedehnt. Betroffen sind derzeit mindestens 38 Männer, von denen zwei vorübergehend festgenommen wurden.

Vorbereitet wird eine ganze Flut von Verfahren gegen Staatsbedienstete der verschiedensten Bereiche. Die Vorwürfe reichen von Amtsmißbrauch, illegalen Bespitzelungen, unmenschlicher Behandlung Gefangener bis hin zu sogenannten Unrechts-Urteilen (gemeint sind Richter, die Haftstrafen gegen gescheiterte Republikflüchtlinge verhängt haben).

Auf unterster Stufe wird ohne Strafverfahren bestraft. Darunter fallen Entlassungen z.B. von Müllmännern, die bis 1989 für die Staatssicherheit gearbeitet hatten und Tausende von Berufsverboten gegen Lehrer, Erzieherinnen, Polizei- und Militärangehörige, denen Stasi-Mitarbeit zur Last gelegt wird. Alle Betroffenen werden ganz offen wegen der Funktionen verfolgt, die sie in einem Staat innegehabt hatten, der je nach Laune als zynisches System, Unrechtsstaat, Unterdrückerregime, größtes KZ der Welt tituliert wird. Bezeichnungen, die fast immer so gewählt sind, daß auch dem unbedarftesten Leser oder Zuhörer die direkte Analogie zum nationalsozialistischen Staat nicht entgehen kann. In der demokratischen Öffentlichkeit und ihren Medien werden die Bemühungen der Justiz, das staatliche Handeln der DDR als individuelle Strafdelikte zu ahnden, als identitätsstiftendes Spektakel aufgenommen, das den verworrenen Weg der Deutschen zu sich selbst und ihrem geschichtlich notwendigen Staatswesen in einem rechtsstaatlichen Reinigungsbad des Volkskörpers vom Totalitarismus beenden soll. Das schlechte Gewissen, daß die Grundsätze der eigenen Justiz Verurteilungen auf Grundlage der Erkenntnisse der Gauck-Behörde oder der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität bei der Staatsanwaltschaft in Berlin nicht oder nur in sehr bescheidenem Maße zulassen, schlägt in den Dauerverdacht gegen die Justiz um, sie lasse aufgrund formaler Kriterien zu viele "ungeschoren davonkommen" und vertue so die historische Chance, "Vergangenheitsbewältigung durch Aufklärung" (Zeit, 7.6.91) zu leisten. In den letzten Monaten werden besonders im bürgerlichen Leitartikel und von Vertretern sogenannter Bürgerrechtsbewegungen regelmäßig Mißtrauensbekundungen gegen das Prinzip, die Gerichte ans allgemeine Gesetz zu binden laut, also gegen jenes Verfahren des bürgerlichen Staats, das unter dem Markennamen Rechtsstaatlichkeit die Freiheit erst richtig verbürgen soll. In einem Leitartikel vom 28.7. faßt der Westberliner "Tagesspiegel" die herrschende Meinung treffend zusammen. "Berechtigter Volkszorn", heißt es da "ist nun einmal kein Strafgrund der ersatzweise zur Anwendung gelangen könnte, wo es an gesetzlicher Handhabe gebricht." Die liberal verklausulierte Verbeugung vor der verbreiteten Lynchstimmung des Pöbels (nicht nur im Osten) ist nur zu deutlich mit einer Aufforderung an die Justiz

verbunden, dem gesunden Volksempfinden bei der Rechtsfindung Rechnung zu tragen. Die beim ersten Hinsehen harmlose Formulierung verbindet zwei einander streng entgegengesetzte Prinzipien, allgemein abstrakte Gesetzlichkeit und "Volkszorn". Während Rechtsstaatlichkeit als abstrakt-formales Verfahren gedacht ist, das völlig unabhängig von Stimmungen und politischen Opportunitäten funktionieren soll, führt die Berücksichtigung von Leidenschaften im Volk notwendig zur Unkalkulierbarkeit staatlicher Sanktionen durch den Einzelnen und damit zur Willkürherrschaft. Wer also Volkszorn als "berechtigt" tituliert, wenn von Strafverfahren die Rede ist, vermittelt scheinbar nur zwischen unvereinbaren Grundsätzen, hat sich aber längst fürs "berechtigte" entschieden und leistet einer Willkürjustiz Vorschub.

Der Verdacht, daß das eigene Rechtssystem aus sich selbst nicht hervorzubringen vermag, was die historische Stunde gebietet, legt nahe, nach "höherrangigem Recht" als dem geltenden zu suchen und dieses Abheben vom positiven Recht durch historische Analogien zu legitimieren. Nur so läßt sich erklären, warum liberal-konservative Leitartikler, in den Sprachduktus um ihre Hoffnungen und materiellen Erwartungen betrogener Opfer/Gegner des Faschismus verfallen: "Da wurde allzuviel falsch gemacht im Umgang mit dem was an Lehren und Folgerungen aus der Zeit des Nationalsozialismus aufgegeben war. Leichtfertig ließ man Kontinuitäten zu, wo der harte Bruch gefordert gewesen wäre", stellt der Antifaschist vom Tagesspiegel fest. "Die bundesdeutsche Gesellschaft hat nicht die Kraft gefunden, sich beizeiten den notwendigen Konsequenzen zu stellen." Doch die Fehler der Vergangenheit dürfen "nicht ein Grund sein, nunmehr mit gleichsam relativiertem Engagement die Aufgabe der Salvierung des vom SED-Regime angerichteten Unrechts anzugehen." Diese Salvierung darf sich nicht auf Entschädigungszahlungen beschränken, sondern "schließt natürlich das fortbestehende Anrecht der Geschädigten ein, nicht mitansehen zu müssen, wie die Peiniger ungeschoren davonkommen". Daß die gesamte Argumentation auf eine Gleichsetzung staatlicher Praktiken der DDR mit denen des Deutschen Faschismus hinausläuft, ist ihren Propagandisten bewußt; was den wenigen einschlägig verurteilten Nazi-Schergen widerfahren ist, muß für DDR-Funktionäre allemal gelten. "Die Erkenntnis der historischen Unvergleichbarkeit des millionenfach menschenverachtenden Nazi-Terrors und des repressiven DDR-Systems wird dadurch nicht beeinträchtigt." Gerade die ständige Betonung der Unvergleichbarkeit des Nazi-Terrors macht es möglich, das "Dritte Reich" vom hervorstechendsten Merkmal seiner staatlichen Praxis, dem Massenmord abzulösen, weil das Unvergleichbare auch unaussprechlich und zunehmend wohl auch undenkbar ist. Nach Abzug dieser Leerstelle bleibt, die abstrakte Definition des totalitären Staates, einer Spezies, die auch anderswo und besonders im Realsozialismus ausgemacht wird. Unter Anwendung der Totalitarismustheorie gelingt, wogegen rein deskriptive Betrachtung sich sträubt: das Unvergleichliche wird vergleichbar. Was das Bundesverfassungsgericht in seinen Parallelurteilen gegen die faschistische "Deutsche Reichspartei" (1952) und die KPD (1956) mit den Weihen des Verfassungsrangs versehen hat, die Gleichsetzung von rot und braun als totalitäre Bedrohung der freiheitlichen Demokratie, soll nun durch Abstrafung der DDR-Oberen auch das Ende der Irrwege der jüngeren deutschen Geschichte besiegeln. Das höherrangige Recht, von dem oben die Rede war wird bei diesem Verfahren der historischen Gleichsetzung wie zufällig mitgeliefert. Wurde doch zur Aburteilung von Nazi-Staatsmännern eine Erweiterung des bestehenden Völkerrechts vorgenommen, die Rechtsgrundlage der Nürnberger Prozessen wurde und auch von der BRD-Justiz wenigstens teilweise anerkannt werden mußte. Was also spricht dagegen, das Recht, das die Verurteilung der Repräsentanten eines totalitären Regimes legitimierte auch auf die Verantwortlichen eines anderen anzuwenden?

Von der Stellung des Rechts in Zeiten der Umwälzung

Die DDR war keine innerhalb der BRD operierende bewaffnete Gruppe wie die RAF, sondern ein souveräner Staat, dem nach allgemeiner völkerrechtlicher Übereinkunft das Recht auf Konzentrierung der Gewalt und Ausübung derselben zur Durchsetzung der Staatszwecke niemand bestreiten kann. Der seltsame und wohl einzigartige Untergang nicht nur eines bestimmten Regimes, sondern mit ihm des gesamten Staates ist geeignet, einfache Gepflogenheiten zwischen Staaten einerseits und im Umgang mit Repräsentanten eines gestürzten Regimes andererseits zu verwischen, was jene Verwirrung zur Folge hat, die der BRD-Justiz ihr völkerrechtswidriges Geschäft der Rache und des Rechtsbruchs so sehr erleichtert.

Es soll hier zunächst unter Zugrundelegung international anerkannter formaler Grundanforderungen an Recht abstrakt modellhaft versucht werden, rechtsstaatliche Umgangsweisen mit entmachteten Staatsfunktionären von lediglich einen Rechtsschein wahrenden, im Grunde illegalen Praktiken zu unterscheiden. Auf dieser Grundlage wird im nächsten Zug das konkrete Vorgehen der BRD-Justiz untersucht.

Wenn in einem Staat eine Revolution siegreich ist und das verhaßte Regime abgelöst wird, dann sind die alten Chefs formalrechtlich Objekte der Willkür der neuen Machthaber, weil es eine rechtliche Grundlage zur Beurteilung ihrer Taten nicht geben kann. Das alte Recht wird die Revolution genausowenig legitimieren können wie die Verurteilung der alten Herren. Das neue Recht, das sich das revolutionäre Regime als formalen Rahmen der Gewaltausübung zulegen wird, existiert zum Zeitpunkt des Umsturzes nicht und kann, wenn es dann verkündet ist, nicht rückwirkend zur Kriminalisierung von Taten, die vorher straflos waren angewendet werden. Positives Recht kann, soweit es Handlungen mit Sanktionen belegt, nach international unbestrittener Auffassung nur ex nunc angewendet werden, wenn es nicht als pseudojuristischer Rahmen für Willkürherrschaft herhalten soll.

Wenn ein Land von anderen Ländern erobert wird, dann kann auf seine besiegten Herren nicht das Recht der Eroberer angewandt werden, wenn staatliche Souveränität und der oben ausgeführte Rechtsgrundsatz des Rückwirkungsverbots Bestand haben sollen. Versuche, diesen Grundsatz zu durchbrechen, gibt es immer wieder (zum Beispiel der Umgang der USA mit den besiegten Machthabern von Grenada und Panama), die einzige wirklich beachtliche Bemühung, die Besiegten von Gerichten der Sieger abzuurteilen ist das Nürnberger Tribunal. In diesem Prozeß kamen jedoch nicht einfach die Gesetze der Siegermächte zur Anwendung. Es wurde vielmehr unter Zugrundelegung von Völkerrecht und einer Art internationalem Minimalkonsens über die Grenzen staatlicher Betätigung Sonderrecht geprägt, an dem die Praktiken des Faschismus abgeglichen wurden und wegen ihres vollständig abweichenden Charakters zum Beispiel als Verbrechen gegen die Menschlichkeit gekennzeichnet. Die beispiellose Abnormität des angeklagten Regimes verhalf dem angewandten Verfahren zu internationaler Anerkennung. Die Zurückhaltung, mit der die Vorschläge, ein entsprechendes Verfahren auf Saddam Hussein anzuwenden, aufgenommen wurden, spricht nicht nur für völlig andere politische Interessen der Allierten im Irak-Krieg, sondern zeigt auch die Unmöglichkeit eines Völker-Strafrechts auf, vor dem so viele Staaten schuldig dastehen würden, daß zu seiner Durchsetzung ein Weltkrieg nötig wäre. Wenn, wie im Fall DDR geschehen, ein staatliches System abwirtschaftet und seine Repräsentanten einfach aufgeben, das Staatsvolk aber keine neue Herrschaft bestimmt, sondern beschließt, sich und das von ihnen bewohnte Territorium einem anderen Staat zur Beherrschung zu übergeben, dann treten mit vollzogener Übergabe die Gesetze der Übernehmer in Kraft. Ihre Rückwirkung ist insoweit unproblematisch, als sie mit denen des erloschenen Staates identisch sind, beziehungsweise ein rechtliches Mehr gewähren. Für den Bereich der Strafjustiz, insbesondere was die Behandlung der Funktionäre des untergegangenen Regimes betrifft, können sie keinen Anspruch auf Gültigkeit erheben, weil sie in den angeschlossenen Gebieten wie revolutionär geschaffenes neues Recht anzusehen sind, also erst ex nunc gelten dürfen, wenn sie nicht für diesen Ausschnitt ihrer Wirksamkeit Willkürrecht sein sollen. Der einzige Weg, ohne grundsätzliche Verletzung internationaler oder innerstaatlicher Rechtsgepflogenheiten die alten Herren unter Umständen doch noch abzuurteilen, ist der Kunstgriff, die Strafgesetze des alten Regimes auf sie anzuwenden (soweit sie nicht denen des Übernehmer-Staates widersprechen), als ob sie unter Fortbestand des Systems einfach abgesetzt worden wären.

Strategien der BRD-Justiz

Die Justiz der BRD scheint sich zumindest teilweise ihrer prekären Lage bewußt zu sein. Die mit den Ermittlungen gegen DDR-Funktionäre betrauten Juristen stehen, soweit sie sich nicht bereitwillig dem enormen öffentlichen Druck beugen vor dem Problem, BRD-Recht auf Leute anwenden zu müssen, deren Leben und Handlungen nie vom Geltungsbereich dieses Rechts erfaßt wurden.

Derzeit werden im wesentlichen drei Strategien verfolgt, um DDR-Funktionäre zu kriminalisieren und wegzusperren. Es werden Ermittlungsverfahren, die noch in der DDR eröffnet worden waren, weiterverfolgt. Ermittelt und zum Teil auch verurteilt (Tisch, Götting) wird dabei vorwiegend wegen Straftaten im Amt wie Untreue oder Amtsmißbrauch. Eine zweite Gruppe sind die Verfahren wegen geheimdienstlicher Tätigkeit, z.B. das kürzlich vom Berliner Kammergericht ausgesetzte Verfahren gegen den Wolf-Nachfolger Großmann. In diesen Bereich fällt auch die "RAF-Connection" und damit der Versuch, DDR-Staatsschützer und Geheimdienstler wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu verurteilen. Der dritte große Komplex umfaßt die Ermittlungen in Sachen "Schießbefehl".

Am ehesten plausibel und rein rechtlich nachvollziehbar erscheinen Verurteilungen wegen Untreuedelikten im Amt. Wendet man auf die Politiker das Recht ihres eigenen Staates an (soweit es dem Recht des einen, neuen Staates entspricht) und kann ihnen illegale Verwendung von Staatseigentum nachweisen, dann ließe sich

auch eine Verurteilung rechtfertigen. Wie weit man damit kommt, hat der Fall Tisch exemplarisch vor Augen geführt. Anfang Juni wird Harry Tisch nach 14-monatiger U-Haft zu einer 18-monatigen Haftstrafe verurteilt und auf freien Fuß gesetzt. Die Strafe wurde gerade hoch genug angesetzt, um als Alibi für die skandalös lange U-Haft herhalten zu können. Die Anklage war im Lauf des Prozesses fast völlig zusammengebrochen. Tisch hatte im Prinzip im rechtsfreien Raum operiert, also Gelder auf einer nicht-rechtlichen Grundlage hin und hergeschoben. Dazu war er durch Gesetze nicht ausdrücklich legitimiert, verstieß aber genausowenig eindeutig gegen bestehende Gesetze. Sein Teilschuldgeständnis, das letztlich Grundlage für seine Verurteilung wurde, dürfte auf der Erkenntnis beruht haben, daß andernfalls sich die zermürbende U-Haft noch um viele Monate verlängert haben würde. Den bescheidenen Umfang der "veruntreuten" Geldsummen berücksichtigt, kann der eigentliche Grund für eine derartig lange Haftstrafe nur im Bemühen des Gerichts bestanden haben, sich selbst und die Propagandisten der öffentlichen Vorverurteilung nicht völlig zu blamieren. Man kann davon ausgehen, daß der Erfolg in ähnlich gelagerten Fällen genauso kläglich ausfallen wird.

Die anderen beiden Tatgruppen (also geheimdienstliche Tätigkeit und die bewaffnete Grenzsicherung) lassen sich durch Rückgriffe auf DDR-Recht nicht in den Griff bekommen, waren sie doch als typischer Ausdruck staatlichen Handelns durch Gesetze ausdrücklich legitimiert. Die Anwendung von BRD-Recht verbietet sich, wenn die oben skizzierten Grundsätze über den Umgang zwischen souveränen Staaten bzw. zwischen Siegern und Besiegten nicht einfach über Bord geworfen werden sollen. Die einfachste und von der BRD lange Zeit gepflegte Methode, zwischenstaatliche Probleme mit der DDR zu umgehen, nämlich dem "zweiten" Deutschen Staat schlicht die Existenz abzusprechen, wurde bis jetzt nicht in die Diskussion geworfen. Spätestens seit dem Honecker-Besuch 1987 und dem zwischenstaatlichen Einigungsvertrag von 1990 ist die DDR auch aus BRD- Sicht das geworden, worum sie sich jahrzehntelang vergeblich bemüht hatte, ein souveräner Staat. Die Folgen für den strafrechtlichen Umgang mit sogenannter Regierungskriminalität haben kürzlich im Verfahren gegen Spionage-Chef Großmann zur Krise geführt. Das Berliner Kammergericht setzte das Verfahren aus und will erst eine Grundsatzentscheidung des Verfassungsgerichts abwarten. Nach Ansicht des Kammergerichts verstößt die einseitige Kriminalisierung von DDR-Spionen gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes und der - wenn auch wolkigen - Formulierungen im Einigungsvertrag. Dieser Grundsatz, konsequent angewendet, hätte die rechtliche Gleichstellung der Geheimdienste der BRD mit denen der DDR zur Folge, mit den entsprechenden juristischen Konsequenzen für BND, MAD etc. Den Erwägungen des Kammergerichts steht allerdings in ähnlicher Sache ein Urteil des Bundesgerichtshofs entgegen, der die Einstellung eines Verfahrens gegen DDR-Geheimdienstler mit dem Verweis auf die besonders rechtsstaatsfeindliche und friedensgefährdende Qualität der DDR-Spionage zurückgewiesen hatte. Dem Verfassungsgerichts wird, wenn es die einseitige Aburteilung von DDR-Spionen für rechtens erklären will, nichts anderes übrigbleiben, als in Anlehnung an die BGH-Argumentation der DDR und ihren Geheimdiensten eine verbrecherische Energie zuzuschreiben, die eine Sonderbehandlung legitimiert. Eine Praxis, die nur in direkter Analogie zum Nürnberger Sonderrecht denkbar wäre, also ohne die Gleichsetzung von DDR und Nazi-Deutschland nicht auskommen kann.

Der Schießbefehl

Herzstück der deutschen Aufarbeitung der Vergangenheit sind die "Mauermorde", der "Schießbefehl". Um diesem Teil staatlichen Handelns mit dem Strafgesetzbuch der BRD beikommen zu können (und sei es in analoger Anwendung von DDR-Strafrecht, das Tötungsdelikte natürlich auch sanktioniert) muß individualisiert werden, was öffentlich praktiziert wurde. Schon die Bezeichnung "Schießbefehl" impliziert die Umdeutung einer staatlichen Handlung (Ausfertigung und Verkündung eines Gesetzes) in eine individuelle, kriminelle. Entsprechend diesem Vorsatz wurde auch die Anklage gegen Mielke, Stoph u.a. Ende Juni von Anstiftung zum Totschlag in Totschlag durch Unterlassen abgewandelt. Um einen Menschen wegen Anstiftung zum Totschlag verurteilen zu können, muß nachgewiesen werden, daß er einen anderen direkt zur Tatausführung bestimmt hat, etwa durch ein Geldversprechen oder durch Zwang. Im Falle von Mielke und anderen müßte demnach eine entsprechende individuelle Anweisung an die Grenzsoldaten, eben ein Schießbefehl nachgewiesen werden. Doch genau das, was sich in den Köpfen von Geschichtsaufarbeitern vorgestellt wird, irgendein Papier mit dem Wortlaut, "alle Republikflüchtlinge müssen erschossen werden. gez. Mielke" existiert nicht. Die DDR war wirklich das, wofür sie sich ausgegeben hat, "sozialistischer Rechtsstaat", das heißt, die Exekutive war grundsätzlich nicht an individuelle Befehle gebunden, sondern handelte auf Grundlage ordentlicher Gesetze. Daß ein Gesetz keine individuelle Handlung der Gesetzgeber sein kann wie ein Befehl, ist auch

bundesdeutschen Staatsanwälten klar. Die Totschlagshandlung kann gleichwohl trotzdem nur in Verbindung mit dem Gesetz konstruiert werden. Als Mauermörder gilt deshalb seit Ende Juni, wer nicht unterlassen hat, die möglicherweise tödlichen Folgen der Gesetze, die er mitzuverantworten hat zu verhindern. Die Herren Mielke, Stoph u.a., so die Argumentation der Anklage hatten durch "vorangegangenes gefährliches Tun" (die Gesetzgebung) eine Kausalkette ausgelöst, die mit den tödlichen Schüssen an der Mauer enden mußte. Weil ihr Tun gefährlich und rechtsmißbräuchlich war und ihnen das bewußt gewesen sein muß, wäre es ihre Pflicht gewesen, durch Widerruf oder Abwandlung des Gesetzes den Schußwaffengebrauch an der Grenze zu verhindern. Das nicht getan zu haben, ist der Unterlassenstatbestand mit der Folge, daß die Mauertoten auf ihr individuelles Konto gehen, als ob sie selbst geschossen hätten.

Dabei ist der Vorgang in seiner staatlichen Alltäglichkeit restlos banal, wenn auch häufig in der Konsequenz tödlich. Die DDR hat ein Gesetz über den Schutz der Landesgrenze verabschiedet, das im Falle des illegalen Grenzübertritts die Festnahme des Grenzgängers durch die bewaffneten Grenzschutzeinheiten vorsieht. Sollte ein Grenzgänger versuchen, sich durch Widerstand oder Flucht der Festnahme zu entziehen, werden die Grenztruppen ermächtigt, das unter Einsatz der Schußwaffe zu verhindern. Von Tötung keine Rede, wohl aber als worst case mitgedacht. Derartige Gesetze über den Schutz der Grenze verbunden mit der Ermächtigung zum Schußwaffengebrauch in bestimmten Fällen sind international üblich und finden sich zum Beispiel im Gesetz über die Anwendung des unmittelbaren Zwangs des Bundes auch in der BRD. Es ist hinlänglich bekannt, daß die BRD wie jeder Staat bewaffnete Grenztruppen unterhält, die - wenn auch seltener als in der DDR geschehen - im Zweifelsfall schießen. Tödliche Ausgänge hat es zum Beispiel im Zuge der verschärften Beobachtung der Westgrenze während der Terroristenjagd in den 70er Jahren gegeben, aber auch an der bayerisch-österreichischen Grenze. Auf den Gedanken, die für die Gesetzgebung Verantwortlichen wegen Totschlag durch Unterlassen anzuklagen ist freilich niemand gekommen.

Von Menschenrechten und Staatsterroristen

Es wäre nun formalistischer Unsinn, die DDR-Regierenden mit dem bloßen Hinweis auf die ordentlich ausgefertigten Gesetze, die die Mauerschüsse legitimiert hatten und sich von ihrem abstrakten Wortlaut her in nichts von Grenzgesetzen anderer Länder unterscheiden, reinzuwaschen. Schließlich wäre jede staatsterroristische Praxis auch auf Grundlage formaljuristisch einwandfreier Maßnahmekataloge vollziehbar. Einziger Weg, die tödlichen Schüsse an der Mauer aus dem international üblichen Bereich staatlichen Handelns herauszunehmen und die Gesetzgeber nicht mehr als Teil der souveränen öffentlichen Gewalt ihres Staates zu betrachten, sondern als individuelle Rechtsbrecher zur Verantwortung zu ziehen, wäre der gelungene Nachweis, daß durch das Recht der DDR international beachtete Rechtsstandards in eklatanter Weise mißachtet wurden. Das Zauberwort, das die kriminelle Potenz der DDR-Oberen so recht offenlegen soll ist das Menschenrecht von der Freizügigkeit, das in völkerrechtlichen Vereinbarungen, die auch von der DDR unterschrieben wurden festgeschrieben steht (UNO-Menschenrechtscharta, KSZE-Akte). Und doch hinderte die DDR ihre Bürger an der freien Ausreise in den Westen bzw. gestaltete sie zu einem jahrelangen, zermürbenden Spießrutenlauf. Wäre es so, daß Freizügigkeit nicht nur international anerkannt ist, sondern die Mehrheit der sich zu diesem Prinzip bekennenden Länder sowohl den eigenen Bürgern als auch den Bürgern aller anderer Länden Freizügigkeit gewähren würden, dann ließe sich die Praxis der DDR als völkerrechtswidrige, staatsterroristische, barbarische bezeichnen und Handhabe (für einen noch zu gründenden internationalen Strafgerichtshof) wäre gegebenen, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Nun meint aber Freizügigkeit ursprünglich nicht nur das Recht auf Auslandsurlaub (bei hinreichender finanzieller Ausstattung der Reisenden), sondern das unumschränkte Recht aller Erdenbürger, sich niederzulassen wo es ihnen gefällt. Diese Freizügigkeit gewährt nur eine kleine Handvoll von Staaten ihren Bürgern gegenseitig, der Rest der Welt bleibt ausgeschlossen und wird bei Zuwiderhandlung rausgeworfen. Einen entscheidenden Unterschied zwischen einem Staat aufmachen zu wollen, der seine Bürger nicht ausreisen lassen will und einem Staat, der die Bürger der meisten Staaten der Welt nicht einreisen lassen will, ist offensichtlich verrückt, Freizügigkeit funktioniert nur auf Gegenseitigkeit. Am Rande sei noch vermerkt, daß sich nach dem Verständnis der meisten Staaten der Welt Freizügigkeit nur auf das eigene Territorium bezieht und nicht die Ausreise aus dem Staatsgebiet meint, Massenabwanderungen zu unterbinden behält man sich lieber vor.

Mit der Freizügigkeit verhält es sich genauso wie mit den meisten unveräußerlichen Menschenrechten, die sowohl verfassungsmäßige Grundlage der meisten Staaten der Welt sind wie Gegenstand zwischenstaatlicher

Übereinkünfte: ihre vollständige Einhaltung würde kein Staat sich bei Strafe des Untergangs leisten können. Grundlage für die Unterscheidung von Staatstätigkeit in international übliche und barbarische ist also nicht so sehr die Einhaltung von Menschenrechten, als vielmehr die Praxis der Eingriffe in Menschenrechte. Einen Rechtsstaat macht demnach aus (egal ob bürgerlich oder sozialistisch), daß er die Eingriffe in die von ihm hochgehaltenen und gegen ihn einklagbaren Menschenrechte so gestaltet, daß nicht ein Teil der Bevölkerung gegenüber anderen offensichtlich benachteiligt wird und daß diese Beschränkungen in einer gesetzlich festgelegten Art vorliegen, die für den Einzelnen die Grenzen staatlicher Repression kenntlich machen. Nur die erhebliche und offen terroristische Abweichung von diesem Prinzip bzw. der vollständige Verzicht auf die Einräumung individueller Rechtsgarantien läßt es denkbar erscheinen, Gewaltmonopolisten gleich individuellen Rechtsbrechern abzuurteilen. Über die mögliche Bestrafung der Führung der DDR kann also nur auf Grundlage zwischenstaatlicher Vereinbarungen und Praktiken nachgedacht werden, wenn nicht alles, was Rechtsstaatlichkeit und damit ja auch Völkerrecht sein soll, zur Manövriermasse für verlogene Moralisiererei oder paranoider Rachsucht der Sieger im Kampf zweier Staatsmodelle verkommen soll.

Für die BRD-Justiz bleibt also auch in Sachen "Schießbefehl" kein Rechtsmittel, weder nationaler noch internationaler Herkunft, das geeignet wäre, Mielke und andere wegen ihrer Tätigkeit als Staatsmänner zu verurteilen.

Aussichten

Über den Ausgang der Prozesse zu spekulieren ist müßig. Öffentlicher Druck und justizinterne Bemühungen, doch noch einen Weg zu finden, wenigstens die einflußreichsten der Inhaftierten zu verurteilen, wird auf absehbare Zeit verhindern, daß die Verfahren eingestellt werden. Die Erweiterung der Anklage gegen Mielke um den doppelten Polizistenmord aus dem Jahr 1931 spricht von der Bemühung, wenigstens ein echtes individuelles Strafdelikt zum Gegenstand der Verhandlung zu machen, wenn es mit den anderen Punkten schon nichts wird. Daß es aber ausgerechnet die Nazi-Staatsanwaltschaft war, die 1934 die Anklage erhob die jetzt von der BRD-Justiz übernommen wurde und nicht die Weimarer Justiz, die in eineinhalb Jahren Ermittlungen offensichtlich kein ausreichendes Material beieinander hatte, treibt den Zynismus bundesdeutscher Geschichtsaufarbeitung auf die Spitze. Die Erkenntnisse der Staatsanwaltschaft eines Unrechtsstaates (braun) sollen nun Grundlage für die Verurteilung eines Repräsentanten des zweiten deutschen Unrechtsstaats (rot) durch den einzigen Deutschen Rechtsstaat sein.

Was auch immer an Urteilen oder Freisprüchen oder noch wahrscheinlicher Verfahrenseinstellungen herauskommen wird, unbestreitbar ist, daß Verfahren aus politischen Gründen gegen politische Gegner der BRD mit rechtsstaatswidrigen Methoden angestrengt werden und daß einige der Betroffenen im Knast sitzen, also politische Gefangene sind.

Freiheit für Erich Mielke!

Die Linke verhält sich zur Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit durch die bundesdeutsche Strafjustiz überhaupt nicht. Zwar ist es offenes Geheimnis, daß aus politischen Gründen kriminalisiert wird und daß die Gesetze Verurteilungen nicht zulassen (wenn sie nicht gebeugt werden), doch die logische linke Forderung nach Freilassung der Gefangenen und Einstellung der Verfahren wird nicht erhoben. Daß einer Kampagne gegen die Kriminalisierung von Funktionären der DDR der Wind heftig ins Gesicht blasen würde ist unbestreitbar, wäre aber auch nichts neues. Die Unterstützung von Forderungen hungerstreikender Gefangener aus RAF und Widerstand wurde ja auch von linken Kreisen, die sich nicht zum unmittelbaren politischen Umfeld der Gefangenen zählen, öffentlich betrieben und brachte mehr als genug Scherereien mit der Staatsmacht und Diffamierungen durch die demokratische Öffentlichkeit ein. Das Problem der Restlinken mit einer so unpopulären Kampagne wie es eine für Mielke und andere wäre, besteht offenbar in der mangelnden Solidaritätsfähigkeit der Kriminalisierten. Wozu hat man sich denn ein ganzes politisches Leben lang von den Praktiken der DDR an ihrer Grenze und im Umgang mit Kritikern distanziert und meistens ja zurecht? Kann man dann ausgerechnet für solche Leute wie den Minister für Staatssicherheit eine Kampagne anzetteln? Solche Verwirrungen entstehen, wenn nicht unterschieden wird zwischen offensichtlicher politischer Verfolgung durch den Staat und seine Justiz und der Identifizierung oder Nicht-Identifizierung mit den politischen Zielen der Betroffenen. In den Diskussionen über die Solidarisierung mit humanitären Forderungen von RAF-Gefangenen zeichnete sich das Problem bereits ab. Ausschlag für die Unterstützung solcher Kampagnen war nicht allein die offensichtlich rechtsstaatswidrige oder völkerrechtswidrige Behandlung dieser

Leute durch die Staatsorgane, sondern immer auch eine stark moralische Selbstverpflichtung, indem zum Beispiel auf die gleiche politische Kinderstube in der APO verwiesen wurde oder darauf, daß die Ziele auch bei unterschiedlichen Wegen irgendwie doch die gleichen seien. In dieser Beziehung haben die Mielkes schlechte Karten, ihr politisches Ziel war die Verteidigung ihres autoritären Wohlfahrtsstaats (darüber hinausgehende Utopien wird man ihnen schwer unterstellen können) und sich mit diesem Staat zu identifizieren fällt schwer (obwohl es auch das gibt und zwar in Form eines "Komitees Erich Mielke", das laut taz vom 15.8. es dem Gestürzten zugute hält, daß er es mit der antiimperialistischen Sache ernst gemeint hätte). Der vernünftige Weg, die unheilvolle Verknüpfung zweier Komplexe, Kampf gegen die politische Justiz und Verhältnis zu den politischen Zielen der Betroffenen zu trennen, hat sich nicht durchsetzen können. Die Linke reproduziert das Prinzip der Herrschenden, Kampagnen für die Freilassung politischer Gefangener mit Solidaritätsbekundungen für die Ziele der Gefangenen in einen Topf zu werfen. Dabei sollte klar sein, daß über revolutionäre Strategien nur unter Revolutionären gestritten werden kann, während die Verletzung von individuellen Rechten Einzelner durch rechtswidrige Praktiken von Staat und Justiz prinzipiell jeden Demokraten interessieren müßten.

Wer nicht seiner Verärgerung über den geplatzten Traum vom demokratisch-sozialistischen Staat auf deutschem Boden dadurch Luft machen will, daß er von der BRD-Justiz quasi stellvertretend die gerechte Bestrafung jener Versager vornehmen läßt, die die Idee vom sozialistischen Nationalstaat so nachhaltig diskreditiert haben, muß also beides tun: Öffentlich gegen das rechtswidrige Geschäft der Rache an den Besiegten protestieren und mit ihnen zusammen (soweit sie bereit und in der Lage sind) über Möglichkeit oder Unmöglichkeit sozialistischer Staatsprojekte in einer kapitalistischen Welt diskutieren.

jw./westberlin, Gruppe K

25. Das Stadion des Sieges (aus "il manifesto")

Die Logik des Stadions

Autor: Rossana Rossanda (aus · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:05

Bettino Craxi, der Sekretär der sozialistischen Partei Italiens, ist ein vorausschauender Politiker. Nach der ersten Einwanderungswelle von Albanern, bei der im März 15.000 Menschen in Brindisi landeten, präsentierte er seine Hochrechnung ganz ohne Computer: "An den Grenzen der ‚Festung Europa' ist ein Druck entstanden, der aus dem Osten kommt und sich zu dem Druck addiert, der aus dem Süden kommt. Die verzweifelten Albaner, die, angezogen durch die Lichter der Städte, das Meer überquert haben, sind nur die Vorhut eines Heeres, das sich in Marsch setzen könnte", verkündete er in aller Öffentlichkeit dem PSI-Parteitag, der im Juni in Bari (!) abgehalten wurde. Keine Rede also davon, die Behörden seien von der erneut großen Zahl der ImmigrantInnen überrumpelt worden, der Mangel an Vorbereitung habe - verbunden mit der normalen süditalienischen Desorganisation - zwangsläufig zur Katastrophe führen müssen. Hier wurde im Gegenteil so kühl mit Leben und Gesundheit von Menschen kalkuliert, daß Politiker vor Ort, die sich so etwas wie menschlichen Anstand bewahrt haben, in Konflikt mit ihren Auftraggebern gerieten. "Die Strategie, durch Hilfsboykotts den Flüchtlingsstrom zu bremsen, kann nur verfolgen, wer nicht vor Ort ist", wird ein enger Mitarbeiter des Bürgermeisters von Bari zitiert.

Zu den wenigen oppositionellen Stimmen, die unmißverständlich, wenn auch ohnmächtig gegen die menschenverachtende Politik der italienischen Regierung protestiert haben, gehört die kommunistische Tageszeitung "Il manifesto", aus deren Ausgabe vom 11. August wir zwei Beiträge dokumentieren.

Rossana Rossanda:

Die Logik des Stadions

Wieviel Ärger bereitet uns doch der Rest der Welt. Wir mußten zur Sicherung des Öls die Waffen in die Hand nehmen, und jetzt müssen wir Flottenkontingente losschicken an die voraussichtlichen albanischen Abfahrtshäfen Richtung Italien. Gesetze, Verordnungen und Charterflugzeuge operieren seit einiger Zeit in Europa, um Nordafrikaner, Türken und Senegalesen zurückzuschicken. Wir waren gezwungen, Konzentrationsstadien für die Albaner zu erfinden, aus denen sie nicht zur Exekution geführt, sondern in ein Land zurückgeschickt werden, wo sie immerhin ein Dach über dem Kopf hatten, eine bescheidene medizinische Versorgung, eine im Durchschnitt bessere Ausbildung als bei uns, die dennoch den Anforderungen des Marktes nicht gewachsen ist.

Warum haben sie dieses Land verlassen? Weil sie vom Westen das erhalten wollen, was der Westen ihnen in allen Sprachen der Welt über Radio Free Europe seit 40 Jahren verspricht. Sie bitten nicht um Almosen, sie sind nicht demütig und fromm; sie sind wütend, weil sie das Versprochene nicht bekommen.

Aber der Westen kann es ihnen nicht geben. Unsere Regierung ist einzigartig kriminell, in den Ferien angesichts dessen, was man wegen seiner Dimension und Grausamkeit wohl eine Katastrophe nennen kann. Auch die Opposition versteckt sich. Trotzdem, nicht zu ihrer Entschuldigung, muß gesagt werden, daß das Schlimmste nicht das Fehlen einer Politik ist, sondern die Unmöglichkeit einer Politik, die, vor allem in Europa, diese folgenden Einwanderungswellen aufnehmen könnte. Wenn wir in Italien wegen 700.000 Immigranten durchdrehen, geschieht das nicht nur, weil wir uns als Rassisten erweisen, sondern weil unser Modell des Fortschritts und des Konsums nicht für alle ist: es gilt nur in einer Welt für wenige.

Eugenio Scalfari (1) schrieb vor ein paar Tagen, daß der Kapitalismus sich noch erheblich ausdehnen würde, es aber nicht schafft, weil die rückständigen Völker zu schlapp sind, ohne Arbeitskultur und Profit - kurz und gut, rückständig weil faul und faul weil rückständig. Wenn eine so kultivierte Stimme schlagartig anfängt wie ein Bossi (2) auf Weltniveau zu reden, geschieht das, weil das Szenario alle verwirrt, die Kompetenten eingeschlossen. Scalfari weiß sicherlich - und besser als wir - daß der Kapitalismus bereits weltweit ausgedehnt ist (was, bitte, gibt es sonst?). Es kommt ihm kein Zweifel, daß die Unterentwicklung der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts nicht mehr seinem Fehlen, sondern der Art und Weise seiner Anwesenheit zugeschrieben werden kann. Die Weltbank sagt das öffentlich einmal pro Jahr. Eine kleine Überprüfung der Afrikapolitik Europas nach der Gewährung der staatlichen Unabhängigkeiten zeigt nur allzu klar: wo wäre

jemals Kapital in die eigenständige Entwicklung dieser Länder investiert worden? Man hat ihre billige, wenig qualifizierte Handarbeit benutzt und ihnen den Ramsch wiederverkauft, um unter den führenden Ländern wettbewerbsfähig zu bleiben, wobei die Regierungen leicht zu korrumpieren waren. Eine grobe Überprüfung, auf Basis der Meldungen beispielsweise von Le Monde, der Politik des westdeutschen Kapitals ab 1989, zeigt, daß auf die selbe Weise nach Osten geblickt wurde: um Ramsch zu verkaufen und dabei Fabriken zu schließen und ihr Produktionspotential zu vernichten. Letzteres bei Gütern und Menschenmaterial: was bleibt den diplomierten Ossis als im Westen die Maurer oder die Streikbrecher zu machen?

So geht es eben. Aber wenn ein Scalfari vergißt, daß unser Wachstumsmodell auf einer dünnen Schicht Hochtechnologie und Konsum beruht, die von einer ungeheuren Menge billiger Arbeit und Rohstoffe genährt wird, wie soll das ein Albaner wissen? Vielleicht liefern ihm unsere saublöden Fernsehprogramme Information über den Italian way of life? (...)

Nie hatte der Westen eine so kompakte Botschaft über die Notwendigkeit und Güte des Kapitalismus ausgesandt: er allein löst alles, nur der Konsum zählt, jede Kritik wird zum Schweigen gebracht, als extremistisch und tödlich für die Freiheit denunziert.

Seit ein paar Tagen malt unsere nationale Presse düster aus, wie die Horden der Armen aus dem Süden und der Ex-Kommunisten mit der blanken Waffe zum Angriff auf unsere glückliche Insel kommen. Vielleicht haben sie nicht unrecht: man kann darauf wetten, daß die Albaner zum ersten Mal eine Nacht in einem Stadtion verbracht haben, in das sie unter Knüppelschlägen hineingetrieben und aus dem sie unter Knüppelschlägen hinausbefördert wurden. Sie werden daraus folgern, daß sie uns geschickter oder bedrohlicher gegenübertreten müssen. Wie viele von ihnen wissen, daß jenes Stadion die Wahrheit darüber ist, was ihnen Europa zu bieten hat, falls sie nicht zu sehr wenigen kommen, die vorher angefordert wurden und einen Vertrag haben, um unsere Straßen und Bedürfnisanstalten betreten zu dürfen, solange die Förderung unseres Wohlergehens ihnen erlaubt, auf das Niveau eines Hilfsarbeiters aufzusteigen?

Wenn sie nicht akzeptieren, an der Peripherie des Imperiums und unter den durch das Imperium festgelegten Bedingungen zu leben, wird die Angst Europas der Politik der Absperrung die vorausschauendere Politik der Prävention folgen lassen. Sind wir nicht deshalb der amerikanischen Herrschaft im Nahen Osten dankbar, weil sie uns vor den Ansprüchen der Araber auf ihre Ressourcen bewahrt? Wäre nicht eine NATO nützlich, die statt dem Vordringen des Kommunismus der Invasion - wir nennen sie schon so - derer entgegenwirkt, die nicht außerhalb der Welt der Reichen bleiben wollen, und den Rückstößen der lange Zeit von uns gehätschelten Nationalismen? Schon haben sich Truppen gebildet, die euphemistisch Eugeniker genannt werden und die in Brasilien Frauen ohne deren Wissen sterilisieren; anderen kinderreichen Völkern wird - nennen wir es so - mit Nachdruck abgeraten werden, sich zu reproduzieren. Die Welt ist zu klein geworden, nicht für sie, aber für unsere Art zu leben und zu konsumieren. Das ist die Wahrheit. Nicht nur wer selig Ferien macht, sondern wer beschlossen hat, sich mit diesem System abzufinden, steht an der Seite der Soldaten, die jene Unglücklichen in das Stadion stießen. Das sollte man besser wissen und nicht die Last des eigenen Gewissens durch Abwälzen auf die Unfähigkeit der Frau Boniver (3) erleichtern.

(aus "Il manifesto", 11.8.1991; Übersetzung: Js.)

Anmerkungen:

1) Herausgeber der Tageszeitung "La Repubblica"

2) Anführer der regionalrassistischen Lega Lombarda

3) Immigrationsministerin

Das Stadion des Sieges

Hat es Sinn, den Rücktritt von Innenminister Vincenzo Scotti zu fordern, wegen Unfähigkeit, Verletzung der Menschenrechte, fortgesetzter und verschärfter Gewalttätigkeit? Ja, es hätte Sinn in einem Lande, in dem wegen der Vorgänge in Bari, für die das alte Stadio della Vittoria das Symbol ist, eine Welle der Entrüstung über die Regierung, über die öffentliche Ordnung und den Schutz des Individuums Verantwortlichen hereinbräche. In einem Lande, in dem die Opposition opponierte; in dem die Volontäre sich nicht Handschellen anlegen ließen oder die Kirche sich nicht für ein heuchlerisches Stillschweigen entscheiden würde; in dem die

Presse so anständig wäre, nicht den Einsatz der Kriegsmarine zur Deportation der Flüchtlinge zu fordern, um die Ferien der Griechenland-Touristen nicht zu stören; und das Fernsehen nicht so idiotisch wäre, im Interview die armen Teufel zu der Aussagen zu bringen: ja, zu Zehntausenden sind wir zu viele für Italien.

Ist das unser Land? Das einen Seufzer der Erleichterung ausstößt (bis zur nächsten Flüchtlingswelle), weil der Dreck weggewaschen ist und die Viehtransportschiffe abgefahren sind? Oder ist es das Land, für das es nicht nur einen Sinn hat, sondern eine Verpflichtung ist zu fordern, das zumindest einer der Verantwortlichen für diese Schande, allerdings, weggewaschen wird?

(aus "Il manifesto", 11.8.1991; Übersetzung: Js.)

26. Europa schließt die Pforten. Die zwei Seiten der Freizügigkeit

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:28

Neben der wieder einmal entbrannten Debatte um eine Modifizierung oder Abschaffung des Grundrechts auf Asyl gibt es die ständige de-facto-Einschränkung seiner Nutzung für Flüchtlinge. Auch auf EG-Ebene schreitet dieser Prozeß ständig voran. Wie weit dabei die Verschlechterungen unter dem Stichwort "Harmonisierung" vereinheitlicht werden, beschreibt der folgende Artikel. Interessant sind dabei u.a. die sprachlichen und ideologischen Parallelen zum neuen bundesdeutschen AusländerInnengesetz vom 1.Januar dieses Jahres. Red.

Aus bundesdeutscher Sicht ist alles in Butter: die Personenkontrollen in (West-?) Europa fallen weg und, was die Hauptsache ist, im Auto kann man in Zukunft schneller die Grenzen passieren. Ähnliches gilt für den Waren- und Güterverkehr. Als "Sicherheits-Ausgleich", so der offizielle Sprachgebrauch, sieht das Abkommen den Aufbau eines gemeinsamen Daten- und Informationssystems der Polizei vor. Schließlich soll ja bei der Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes (1992) auf die polizeiliche Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs zur Bekämpfung der internationalen Kriminalität nicht verzichtet werden.

So oder ähnlich euphorisch stand und steht es in bundesdeutschen Zeitungen seit Unterzeichnung des Schengener Vertragswerkes vom 19.6.1990 zu lesen. Was aber hat es damit auf sich? Vor allem: Was verbirgt sich hinter den diplomatisch und harmlos klingenden Formulierungen wie Sicherheits-Ausgleich, Sicherheits-Kontrollsystem, Datenschutz, keine Personenkontrollen, Daten- und Informationssystem der Polizei ...? Für wen fallen die Kontrollen weg, für wen werden polizeiliche Informationssysteme aufgebaut? Wer wird damit kontrolliert?

Von der Weinbauidylle zur hohen EG-Politik

Schengen, knapp 500 Einwohner, wenige Kilometer von dem französischen AKW Cattenom entfernt, liegt vollkommen unverdächtig im Weinbaugebiet an der Mosel im Dreiländereck BRD, Luxemburg, Frankreich. Dieses luxemburgische Grenzdörflein stand 1985 mit seinem Namen Pate für das Schengener Vertragswerk bzw. die Schengen-Gruppe.

Zusammen mit den Benelux-Staaten haben Frankreich und die BRD bereits 1985 das Schengener Übereinkommen unterzeichnet (im Dezember 1990 trat Italien dem Abkommen bei). Ziel war es, die Hindernisse, die einer vollständigen Freizügigkeit zwischen den Staaten der europäischen Gemeinschaft entgegenstanden zu beseitigen. Im Hinblick auf die Öffnung der Binnengrenzen bildeten die unterschiedlichen nationalen Regelungen für Flüchtlinge und ImmigrantInnen ein Hindernis. Es boten sich zwei Möglichkeiten an: Die eine bestand darin, die verschiedenen Rechtssysteme in den EG- Ländern einander anzugleichen oder, und dafür hat man sich entschieden, ein de facto übergeordnetes Rechtssystem zu schaffen, das formal die nationalen Regelungen nicht außer Kraft setzt. So heißt es in Artikel 32 des Vertrages: "Die Behandlung des Asylbegehrens richtet sich nach dem nationalen Recht des zuständigen Vertragspartners". Damit hatte man sich eine jahrelange juristische Feinabstimmung der nationalen Gesetzestexte im Detail erspart. Stattdessen versucht man von Seiten der Regierungen das sog. Flüchtlings- und ImmigrantInnenproblem politisch-dirigistisch in den Griff zu bekommen.

Abschottung ist Trumpf

Getragen von dem Grundsatz - je weniger Flüchtlinge und ImmigrantInnen, um so weniger Probleme hat ich mit ihnen - werden Vereinbarungen über Außenkontrollen und eine koordinierte Visapolitik getroffen. Fluggesellschaften, die gegen diese Auflagen verstoßen und Flüchtlinge ohne Visa transportieren, werden empfindliche Geldstrafen bis hin zur Verweigerung der Landeerlaubnis angedroht. Während die Binnengrenzen "an jeder Stelle ohne Personenkontrollen überschritten werden dürfen" (Art. 2 (1)), verpflichten sich die Vertragsparteien "das unbefugte Überschreiten der Außengrenzen ... mit Sanktionen zu belegen". (Art. 2)

"Drittausländer", so heißen in diesem Vertragswerk Menschen aus Ländern außerhalb der EG, dürfen nur in Besitz eines gültigen Sichtvermerks und sofern sie keine Gefahr für die öffentliche Ordnung und die nationale

Sicherheit darstellen, einreisen. (Art. 5 b, c) Ist es nun Zufall oder, was naheliegender scheint, die gleiche Gesinnung, wenn im "neuen" AusländerInnengesetz der BRD für alle AusländerInnen die Sichtvermerkspflicht festgeschrieben wird und eine Zurückweisung bereits an der Grenze erlaubt ist, wenn die Interessen der BRD beeinträchtigt sind (§ 6 dieses Gesetzes). Und ob nun die jemand die Interessen der BRD gefährdet, erfährt die betreffende Person gleich bei der bundesdeutschen Auslandsvertretung. Sie stellt die Visa aus. Wenn sie ablehnt, ist der Beschluß unanfechtbar. Sie braucht eine Ablehnung nicht einmal zu begründen (§ 66). Es scheint bestenfalls eine Randnotiz wert zu sein, daß der Visumszwang gegen die Genfer Flüchtlingskonvention (Art. 31) verstößt. Dort wird eine Benachteiligung von Flüchtlingen, wenn sie ohne Erlaubnis des Zufluchtsstaat einreisen, untersagt. Auf Transportgesellschaften haben die Vertragsparteien der Schengen-Gruppe ein besonderes Auge geworfen. Sie verpflichten sich "Sanktionen gegen Beförderungsunternehmer einzuführen, die Drittausländer, welche nicht über die erforderlichen Reisedokumente verfügen, ... aus einem Drittstaat in ihr Hoheitsgebiet verbringen" auszusprechen (Art. 16 (2)). Hier werden Fluggesellschaften zum polizeilichen Erfüllungsgehilfen degradiert. Sie müssen selber Paß- und Visakontrolle bei "Drittausländern" vornehmen. In der BRD sind bei Nichtbeachtung 2.000 DM/Person fällig.

Big Brother is watching you

Wer es trotz aller Schikanen dennoch schafft, europäisches Hoheitsgebiet zu betreten, für den haben die Ausländer- und Polizeibehörden einiges vorbereitet. "Unabhängig davon, an welche Vertragspartei der Drittausländer sein Asyl- oder Einwanderungsbegehren richtet, ist nur eine einzige Vertragspartei für die Behandlung des Asylbegehrens zuständig." (Art. 29) Lehnt ein EG-Land das Asylgesuch ab, so ist dieser Beschluß für alle anderen Vertragsparteien bindend. Es kann kein neuer Asylantrag in einem anderen Schengen-Land gestellt werden. Entscheidend dafür, welches Schengen-Land für einen Flüchtling zuständig ist, ist die Tatsache, wer das Visum erteilt hat und, wenn - was Seltenheitswert hat - ein Flüchtling im Besitz mehrerer Visa ist, das Land, welches das längste Visum erteilt hat (Art. 30 (1 a, b)).

Ein Kernstück des Schengener Vertragswerkes ist das sog. "Schengener Informationssystem". Es setzt sich aus nationalen Datenbanken und einer "technischen Unterstützungseinheit" in Straßburg zusammen. In unverblümter ideologischer Deutlichkeit werden in Artikel 94 die Ziele dieser Datensammlung genannt. Turnusgemäß geht es auch hier darum, "die öffentliche Sicherheit und Ordnung einschließlich der Staatssicherheit ... zu gewährleisten". Mindestens monatlich, bei Bedarf auch in kürzeren Intervallen werden dabei Daten aller Art über Flüchtlinge und ihre Bewegungen zusammengetragen, ausgetauscht und kombiniert. Der gläserne Flüchtling wird Realität.

In der BRD finden diese Regelungen über die Erfassung, Weitergabe und Abspeicherung personenbezogener Daten zum einen im "neuen" AusländerInnengesetz und in der nach wie vor BRD-weit größten Datenbank, dem Ausländerzentralregister (AZR), ihre Entsprechung. "An Behörden anderer Staaten sowie an über- und zwischenstaatliche Organisationen können Auskünfte über Daten aus dem Register erteilt werden." (§ 19) Die gleichen ideologischen Parallelen zwischen dem Schengener Vertrag, dem AusländerInnengesetz und dem AZR offenbaren sich auch im Bereich der politischen Betätigung. Erwartungsgemäß wird diese unterbunden, wenn Anhaltspunkte für die Gefährdung der inneren und äußeren Sicherheit vorliegen (Art. 100 des AusländerInnengesetzes).

Abschiebung aus Europa

Auch hier bleiben die Formulierungen ungenau und werden nicht näher bestimmt. Da dies durchgängig der Fall ist, kann wohl kaum von Zufall gesprochen werden. Somit können die Regierenden vollkommen legal immer wieder von neuem festlegen, wer zur unerwünschten Person erklärt und damit zur Abschiebung freigegeben wird. Jemand, der nach Ablehnung seines Asylantrages oder wegen Gefährdung der ominösen öffentlichen Sicherheit abgeschoben worden ist, wird beliebig lange in einer "Ausschreibungsliste" geführt. Wer einmal in dieser schwarzen Liste für Flüchtlinge auftaucht, braucht auf längere Sicht keine Reise mehr in die europäische Gemeinschaft zu buchen.

Fazit

Es konnten hier nur einige besonder prägnante Aspekte genannt werden. Es fällt auf, daß Flüchtlinge und ImmigrantInnen sowohl sprachlich als auch politisch ständig in Zusammenhang mit Begriffen wie Innere

Sicherheit, Öffentliche Ordnung, Terrorismus, Kriminalität etc. genannt werden. Prägend für den Schengener Vertrag ist der Gedanke der Abschottung und, wenn denn Menschen doch einmal durch das engmaschige Netz an den Außengrenzen geschlüpft sind, ihre vollkommene datenmäßige Erfassung und Kontrolle.

Allerdings sollten wir uns hüten, von einer generellen Abschottung zu sprechen. In der BRD - als dem dominanten Staat in der EG - unterliegt auch der Asylbereich dem Primat der Ökonomie. Es geht um eine selektive Zulassung zum Arbeitsmarkt. Das Bonner Innenministerium selber bestätigte dies, als es bereits im Herbst 1989 eine Aufhebung des fünfjährigen Arbeitsverbotes in die Diskussion brachte. Gedacht war nicht an eine generelle Aufhebung dieser Abschreckungsmaßnahme, sondern an die Zulassung von Flüchtlingen zu den typischen Saisonarbeitsbereichen im Weinbau, Hotel-, Gaststätten- und Baugewerbe, sowie in der Landwirtschaft. Dieser ökonomisch- ideologischen Zielvorgabe trug man auch im neuen AusländerInnengesetz Rechnung. Zwar kann Flüchtlingen nach einjährigem Aufenthalt in der BRD die Arbeitserlaubnis erteilt werden; da die Vermittlung jedoch ausschließlich über das Arbeitsamt zu erfolgen hat und dort weiterhin die Vorrangregelung für Bundesdeutsche und EG-AusländerInnen gilt, ändert sich an der realen Situation für die meisten Flüchtlinge nichts. Geändert hat sich lediglich ihre arbeitsmarktgemäße Steuerung.

Bereits heute sorgen sich Teile der Kapitalvertreter darum, daß die europäischen Außengrenzen zu dicht geschlossen würden. "Nicht zuviele Zuzügler werden das Problem der nächsten Jahrzehnte sein, sondern die Frage ob und wie die BRD ihren Einwanderungsbedarf befriedigen kann ... Damit aber wird es in den nächsten Jahren europaweit zum Wettbewerb um junge, leistungsfähige Arbeitnehmer kommen", hieß es bereits am 10.2.89 in der "Wirtschaftswoche" in dem Artikel "Arbeiter gesucht". Wer aber derart Flüchtlinge nur nach ihrer ökonomischen Verwertbarkeit betrachtet, der benötigt Daten über diese Menschen, um sie jederzeit verfüg- und einplanbar zu haben. Vor diesem politisch-ökonomischen Hintergrund macht denn auch die zentrale datenmäßige Erfassung durch das Schengener Informationssystem einen Sinn.

Was tun?

Skizzenhaft möchte ich an dieser Stelle einige Momente und Eckpunkte einer möglichen Gegenstrategie vorstellen:

1. Ziel und Orientierungspunkt muß eine Politik sein, die AusländerInnengesetze, so liberal sie auch sein mögen, abschafft. Auch das liberalste AusländerInnenrecht ist schon ein Selektionsmechanismus. Es ist ein Sondergesetz für eine andere Sorte Menschen und damit eine Art staatlich institutionalisierter Rassismus bzw. Diskriminierungs- und Ausgrenzungspolitik.

Mit dem Argument der sofortigen Machbarkeit und der Verbesserung der Situation von Flüchtlingen wird über Kontingentierung diskutiert. Dieser liberal klingende Vorschlag bedeutet aber in der Konsequenz nichts anderes als die Festschreibung der bestehenden Verhältnisse: es wird weiterhin zwischen Menschen deutscher und nichtdeutscher Herkunft unterschieden; es wird weiterhin abgeschoben; es wird weiterhin nach ökonomischen Kriterien entschieden; der Reichtum dieser Erde wird weiterhin einseitig in der 1. Welt verpraßt. Kontingentierung, so gut sie von einigen auch gemeint sein mag, wird es Rassisten aller Couleur erlauben, ihre Abschottungs- und Abschiebepolitik unter einem humanistischen Deckmantel zu betreiben. Kontingentierung heißt nichts anderes als die Fortschreibung dieser Politik mit intelligenteren Mitteln.

2. Über das reine Diskutieren in akademischen Studierzimmern hinaus muß es darum gehen, einen massenhaften Widerstand zu entwickeln, der sich eher durch Lebendigkeit als durch Institutionalisierung à la "Amt für multikulturelle Angelegenheiten" auszeichnet: Eine Bewegung, die die Straße erobert und den öffentlichen, politischen und kulturellen Raum besetzt. Die mittlerweile beliebig zwischen Lafontaine, Genscher, Kohl, Geissler und Weizsäcker herumgeisternde Parole "Multikulturelle Gesellschaft" versandet dabei zunehmend im Wirrwarr altstaatlicher Integrationskunst und neustaatlicher Ämterbildung. Döner Kebab um die Ecke und Folklore am Abend, das verträgt auch dieser Staat.

3. Ein Lernprozeß, der insbesondere von den Einheimischen gefordert ist, bedeutet, sämtliche Hindernisse für die Selbstorganisation von Flüchtlingen und ImmigrantInnen aus dem Weg zu räumen.

4. Eine intelligentere Form des Rassismus bekommen wir seit einige Zeit, mit der Tarnkappe Ökologie versehen, präsentiert. Dabei dient die angebliche Überbevölkerung als Grundlage für die Behauptung, Flüchtlinge und ArbeitsimmigrantInnen seien ökologisch nicht verträglich. In der Konsequenz davon werden je

nach politischem Standpunkt mit unterschiedlicher Gewichtung Abschiebungs- und Abschottunsmaßnahmen gegen weltweite Flüchtlingsbewegungen begrüßt. Früher, als der Begriff Ökologie noch nicht zum Sprachschatz gehörte, wurde dies auf die einfache Formel "Volk ohne Raum" gebracht. Ganz offensichtlich ist dieses völkisch-nationale Gedankengut weit über REP und NPD hinaus gesellschaftsfähig.

5. Schlußendlich bleibt noch übrig, unsere (deutsche) Staatsgläubigkeit zu hinterfragen. Sind solche Gesetzeswerke eigentlich bedauerliche Unglücksfälle und Ausrutscher wider besseres Wissen, oder steckt da System dahinter? Wie oft vollziehen wir die darin konstruierten juristischen Rassismen in unseren Köpfen nach? Wie oft werden Flüchtlinge und EinwanderInnen zu Objekten unseres sozialarbeiterischen Handelns?

Roland Röder arbeitet u.a. für die 3. Welt Läden Merzig und Losheim im Arbeitsschwerpunkt Rassismus des "Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen", BUKO, mit.

Im Rahmen unserer Möglichkeiten sind wir gerne bereit, unsere Positionen auf Veranstaltungen und Diskussionen zu vertreten. Kontakt: Aktion 3. Welt e.V., Merzig- Wadern c/o AG Asyl-Rassismus, Weiskircherstr. 24, 6646 Losheim, Tel. 06872/6982

27. Von Rechts bis Grün: "Ausländer raus!"

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:26

Einen passenderen Hintergrund für die diesjährige Asylrechtsdebatte hätten sich Gauweiler und Konsorten kaum wünschen können: Fast wie ein Menetekel werden dem deutschen Volk in täglichen Fernsehbildern die zu Tausenden flüchtenden Albaner vorgeführt, die im italienischen Stadion nur noch durch Militär und Polizei daran zu hindern sind, sich an Freiheit und Wohlstand der westeuropäischen Staaten zu laben.

Und so galt die größte Sorge der Kommentatoren auch weniger den zusammengepferchten und zum Teil hungernden Menschen in Bari und Brindisi, sondern vielmehr der Frage, was passiert, wenn sich schon bald ein derart unkontrollierter Flüchtlingsstrom über unser Land ergießt. Und es wundert auch kaum, daß es Kritik von offizieller deutscher Seite am brutalen Vorgehen der italienischen Regierung und ihrer Sicherheitskräfte nicht gab. Innenminister Schäuble stellte lediglich fest, man dürfe in Zukunft "ein Land wie Italien bei der Bewältigung einer solchen Sondersituation nicht allein lassen." Offen blieb, ob er dabei an Hilfsleistungen für die albanischen Flüchtlinge gedacht hat oder an die Entsendung deutschen Know hows in Sicherheits- und Ordnungsfragen.

Bei der immer wieder beschworenen Harmonisierung des Asylrechts auf europäischer Ebene kann man denn auch schlecht Maßnahmen kritisieren, die hierzulande einen Teil der Diskussion um die weitere Abschaffung des Asylrechts ausmacht. So schlug etwa der Fraktionsvorsitzende im baden-württembergischen Landtag der FDP, Walter Döring, vor, Asylbewerber zu internieren und in großen zentralen Lagern zu bewachen, um sie so schneller wieder abschieben zu können.

Daß es bei dieser Diskussion nicht "nur" um die sogenannten Wirtschafts-oder Armutsflüchtlinge geht, zeigt anschaulich die Durchsetzung des neuen Ausländergesetzes seit dem 1. Juli 1991. Danach werden demnächst im großen Stil Flüchtlinge in ihre Heimatländer abgeschoben, die aus Kriegs- und Krisengebieten zu uns geflohen sind. Diesen Menschen war zwar häufig auch in der Vergangenheit kein politisches Asyl gewährt worden, auf Grund von Kriegs- oder Bürgerkriegssituationen in ihren Ländern wurden sie jedoch nicht abgeschoben. Wenn dies nach dem neuen Ausländergesetz jetzt doch passiert, dann ausdrücklich nicht wegen einer verbesserten Situation in den Herkunftsländern, sondern mit dem Verweis auf steigende Flüchtlingszahlen in der Bundesrepublik.

"Das Boot ist voll"

200.000 sollen es in diesem Jahr werden; und diese Zahl scheint so zu erschrecken, daß kaum ein Tag vergeht, an dem es keine Sondersendung zum Thema in den Medien gibt. Die Titel der Sendungen klingen meist so phantasievoll wie "Das Boot ist voll" oder kritischer: "Ist das Boot voll?"

Zwar ist die Zahl der deutschen Aussiedler, die in die Bundesrepublik kommen, immer noch höher als die der Flüchtlinge, erstere stellen aber in der augenblicklichen Diskussion kaum ein Problem dar. Schließlich sind die einen deutsch und die anderen treiben Mißbrauch. Mit dem Asylrecht nämlich. Und dieses muß geändert werden. Damit es vor denen, die es in Anspruch nehmen könnten, geschützt ist.

Nationaler Konsens

Einig ist man sich dabei weitestgehend, daß etwas passieren muß zur weiteren Verschärfung der staatlichen Asylpolitik, umstritten ist noch, welcher Vorschlag dabei der effektivere ist. Während alle Parteien betonen, das eigentliche Asylrecht für politisch Verfolgte nicht antasten zu wollen, drängt v.a. die CDU/CSU auf eine Änderung des Artikels 16 im Grundgesetz. Dabei will sie u.a. durchsetzen, daß Flüchtlinge, die aus einem für sie sicheren Drittland einreisen wollen, zurückgewiesen werden können. Außerdem sollen die Flüchtlinge an der Grenze zurückgewiesen werden können, die aus einem Land kommen, in dem nach Bonner Ansicht keine politische Verfolgungssituation besteht. Letzteres deckt sich mit dem Vorschlag des ehemaligen SPD-Kanzlerkandidaten Lafontaine, den dieser schon vor einem Jahr vorbrachte. Um über eine mögliche Asylrechtsverschärfung zu einem parteiübergreifenden Konsens zu kommen, richtete Bayerns Innenminister Stoiber (CSU) ein direktes Gesprächsangebot an die Sozialdemokraten.

Der allgemein in der Asylpolitik als liberal geltende Innenminister Nordrhein-Westfalens, Herbert Schnoor, wies dieses Angebot Stoibers zwar zurück (jedoch nicht ohne gleichzeitig mit praktischen Vorschlägen zur

Asylrechtsverschärfung aufzuwarten), doch gerade die "Enkelgeneration" in der SPD sah in diesem Angebot die Möglichkeit, zu beweisen, daß die SPD bei der Bewältigung deutscher Probleme nicht hintanstehen wird.

Vorrangig zielen die Vorschläge der SPD auf eine weitere Verkürzung der Asylverfahren sowie eine weitere Entrechtung der Flüchtlinge. Gedacht ist etwa an einen Wegfall der Rechtsweggarantie nach Artikel 19,4 des Grundgesetzes. Statt, daß wie bisher zwei Klageinstanzen dem Flüchtling offenstehen (Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht), soll dann eine "nationale Beschwerdeinstanz" über Einsprüche gegen abgelehnte Asylanträge entscheiden. Gleichzeitig sollen Flüchtlinge generell in zentralen Aufnahmelagern untergebracht werden, wo innerhalb von 6-12 Wochen über eine mögliche Ablehnung des Asylantrages und Abschiebung entschieden werden kann.

Hamburgs Innensenator Hackmann fordert darüber hinaus weiterhin eine Grundgesetzänderung ähnlich der, die von Lafontaine vorgeschlagen wurde und von der CDU/CSU favorisiert wird. Sein Parteifreund, Bremens Bürgermeister Wedemeier, wollte das Ende der Diskussion gar nicht erst abwarten. Er vollzog quasi im Vorfeld die Verfassungsänderung und verfügte, daß Polen und Rumänen in Bremen keinen Asylantrag mehr stellen können. Begründung: "Ich bin der Meinung, daß es in Polen und Rumänien keine politische Verfolgung mehr gibt." Und fügt sinnigerweise einige Zeilen später hinzu, er vermisse politischen Druck auf Rumänien, "das Arbeitsverbot für die dort lebenden Roma aufzuheben!"

Die FDP will ihrem Fraktionsvorsitzenden Solms zufolge nun doch über eine Verfassungsänderung "ernsthaft" mit sich reden lassen, nachdem Lambsdorff und auch Justizminister Kinkel den immer wieder abgelehnt hatten. Sie sahen in der Verfassungsänderung bisher kein taugliches Mittel, eine weitere Zuwanderung in die BRD zu stoppen. Ansonsten sind auch sie für eine Verkürzung des Verfahrens und eine "Lösung des Problems durch schnellere Abschiebung". Genscher will auch heute schon festlegen, daß Polen, Ungarn, Tschechen, Bulgaren und Rumänen die Möglichkeit verbaut wird, einen Asylantrag zu stellen.

Dabei wird es für diese Menschen eh immer schwieriger, in die BRD zu gelangen. So forderte Innenminister Schäuble erst kürzlich eine "umfassende Abwehrstrategie" gegen "illegale Masseneinwanderung" und verstärkte die deutsche Ostgrenze durch zusätzliche Truppen des Bundesgrenzschutzes. Weitere Einheiten sollten mit Aufklärungs- und Transporthubschraubern ausgerüstet und Flüchtlinge auf dem Luftwege abgeschoben werden. Gleichzeitig strebt Schäuble eine internationale Kooperation gegen die illegale Einreise an und will hierzu zu einer Konferenz einladen, an der Polen, die CSFR, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, die UdSSR, sowie der aus den Staaten Frankreich, Italien, Österreich, der Schweiz sowie Deutschland bestehende "Wiener Club" teilnehmen sollten.

Bei einer solch ungleichen Verteilung der Machtproportionen dürfte klar sein, wer welche Rolle in diesem Spiel übernimmt. So steht zu erwarten, daß von den europäischen Ländern Druck auf die Fluchtländer ausgeübt wird, ebenfalls durch entsprechende Verstärkung der Grenzen dafür zu sorgen, daß die Abwanderung in den Westen verhindert wird.

Daneben könnten durch finanzielle Anreize Drittstaaten, in diesem Fall des ehemaligen "Ostblock", dazu bewogen werden, Flüchtlinge in ihrem Land aufzunehmen: "Das Interesse eines Landes an der Aufnahme von Flüchtlingen könnte erforderlichenfalls dadurch geweckt werden, daß Strukturhilfen und Unterstützung bei der Eingliederung angeboten werden." So steht es in der Flüchtlingskonzeption der Bundesregierung und nicht zufällig erhielt Innenminister Schnoor aus NRW ein dickes Lob von Schäuble, weil er mit seinem "Rückkehrprogramm" für jugoslawische Roma genau dieses Konzept vertrat. Was auch nicht wundert, denn Schnoor war an der Erarbeitung dieser Flüchtlingskonzeption beteiligt. Ob letzten Endes die Roma freiwillig nach Jugoslawien zurückkehren (was sich nicht andeutet), ist dann nur noch von marginaler Bedeutung. Die versprochenen Strukturhilfen für Jugoslawien in Höhe von etwa 7 Millionen DM dürften Legitimation genug sein für mögliche Abschiebungen. Und um sich in die Asylpraktiken nicht länger reinreden zu lassen, hatten bereits im Juni Vertreter von 16 westlichen Staaten, darunter 13 westeuropäischen, eine eigene Koordinierungsstelle gegründet und dem UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (HCR) das Mandat über die sogenannten Wirtschafts- und Umweltflüchtlinge entzogen. Ziel war es, zu einer Kooperation "gleichgesinnter Staaten" zu kommen.

Vor diesem Hintergrund muß auch die derzeit geführte Asyldiskussion gesehen werden. Es geht darum, einen unkontrollierten Zugang von Flüchtlingen zu verhindern, Fluchtbewegungen frühzeitig zu erkennen und

möglichst zu kanalisieren. Der Großteil der Flüchtlinge soll dabei in den Herkunftsländern oder aber in Drittstaaten der Region bleiben.

Auch die von der SPD vorgeschlagene Quotierung der Einwanderung auf europäischer Ebene wäre nur ein entsprechendes Steuerungsinstrument, um Einfluß zu nehmen auf die soziale Struktur der Einwanderer. Das Asylrecht ist dabei hinderlich, ist es doch für viele Menschen noch ein Anker, sich zumindest vorübergehend einen legalen Aufenthalt in der BRD zu verschaffen. Ganz egal, wie die Diskussion über die Verschärfung des Asylrechts auch ausgehen wird, die Bundesrepublik als Fluchtalternative wird es immer weniger gehen.

AG Rassismus, Hamburg

28. Das Monster bleibt. Nach der Unterzeichnung des START-Vertrages

Rubrik: Atomrüstung (und Raketen) · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:49

Sieben Jahre lang wird die Sowjetunion alle 66 Stunden eine Atomrakete abwracken, die USA wollen alle 10 Tage eine Rakete verschrotten. (1) Nach fast zehnjährigen Verhandlungen unterschrieben am 31.7. in Moskau die Präsidenten Bush und Gorbatschow den mehr als 700 Seiten umfassenden START-Vertrag, der 15 Jahre gelten soll. Die Welt hatte wieder einmal eine ihrer historischen Stunden: "Zwei Federstriche markieren das Ende der atomaren Rüstungskontrolle und den Beginn der Abrüstung", titelte die "Frankfurter Allgemeine". (2) Der Sprecher der Bundesregierung sah eine "besonders bedeutende Etappe in der Politik der kontrollierten Abrüstung". (3) Die Welt bestand an diesem Tag einmal mehr nur aus Siegern.

Erster Sieger waren die USA, die danach das größere Atompotential behalten dürfen. Rechnerisch muß die Sowjetunion bei ihrem strategischen Atomwaffenpotential dreieinhalb Mal mehr Federn lassen und so sprach US-Präsident Bush in Moskau von "einem guten Geschäft im Interesse der Vereinigten Staaten". (2)

Zweiter Sieger war die Sowjetunion. Auch für die Sowjetunion gilt mit einigen kleinen Einschränkungen, daß sie sich "darauf beschränken (kann), Uralt-Raketen termingerecht zu vernichten." (1) (Es liegt in der Natur solcher zweiseitigen Abkommen, daß die zweite Seite, die Sowjetunion auch zu den Siegern gehörte.) Und so prägte Gorbatschow für das Abkommen die Formel vom "gemeinsamen Sieg". (2)

Dritter Sieger dieses Abkommens ist die "Menschheit", wie es zur Propaganda der "neuen Weltordnung" gehört. Gorbatschow sagte dazu: "Wir werden freier atmen und sagen können, daß wir ein Stück weiter von der Bedrohung durch einen Atomkrieg abgerückt sind". (2) Und auch der engagierte Rüstungskritiker Pierre Simonitsch ließ sich in der "Frankfurter Rundschau" zu folgendem Satz in seinem Kommentar hinreißen: "Heute ist die Ost-West-Konfrontation vorüber, in Moskau besiegelten die Supermächte ihre Freundschaft". (4)

Für jeden, der nicht die Menschheitsinteressen mit denen der Großmächte verwechselt, liegt es eigentlich auf der Hand, daß es gar kein Abkommen geben kann, das gleich alle Seiten als Sieger hinterläßt. Es scheint aber nur immer unklarer zu werden, wo die Schummelei liegt. Das drückte sich z.B. in "kritisch" gemeinten Überschriften der Presse aus: "Verschworene Kameraden" (1) oder "Kalte Krieger Hand in Hand" (3) oder "Meilenstein oder Saurier?" (4)

Ein Paradoxon

Soweit stimmt es: Abkommen, bei denen Atomraketen verschrottet werden, sind neu. Dabei handelt es sich sogar schon um das zweite dieser Art. Gerade sind die letzten landgestützten Mittelstreckenraketen laut dem entsprechenden Vertrag von Dezember 1987 verschrottet worden und nun sollen immerhin nach dem START-Abkommen 7.132 strategische Atomsprengköpfe abgebaut werden. (5) Heute werden diese Abkommen von den Beifallsklatschern eher als Ausdruck der neuen Weltordnung und des neuen Denkens betrachtet. Doch das ist nicht nur arg kurzsichtig, sondern falsch. Denn diese Abkommen verwirklichen nicht neue Konzeptionen, sondern stammen aus der Feder der Reagan-Zeit, der Zeit des größten Kalten Krieges, wo angeblich das "Reich des Bösen" vernichtet werden sollte und der Zeit, die zweifellos den größten Aufrüstungsschub aller Zeiten gebracht hat. Und das Start-Abkommen ist sorgfältig so ausgelegt, daß es weder die strategischen Atomrüstungsprogramme des letzten Jahrzehnts noch die der Zukunft behindert. Als die Abkommen auf den Tisch kamen, galten sie als Ausdruck des Kalten Krieges und - auch für den ak - als unannehmbar, weil sie die Sowjetunion einseitig übers Ohr hauen. Sie bewirkten auch erst einmal eine sechsjährige Verhandlungspause. Erst auf dem Gipfel 1988 wurde von den Präsidenten für START Grünes Licht gegeben. Auch unsere damalige Betrachtung war offensichtlich zu kurz angesetzt, wenn heute dieselben Abkommen geradezu als Ausdruck der Kooperation dargestellt werden können. Kanzler Kohl nannte den Moskauer Gipfel und den Start-Vertrag "einen Weg in eine neue Ära der Zusammenarbeit", es zeige sich, "daß wir das Zeitalter der Konfrontation endgültig hinter uns gelassen haben und auf eine neue Ordnung zugehen, die auf Interessenausgleich und Kooperation gründet". (6)

Atomrüstung geht ungehindert weiter

Welche Veränderungen bringt dieses Abkommen? Rund 23.000 strategische Atomsprengköpfe besitzen die beiden Atomgroßmächte zur Zeit. Strategische Atomwaffen sind diejenigen, die aus "gesicherter" Entfernung in das jeweils andere Land direkt verschossen werden können. Von den USA ist bekannt, daß sie rund 2.000 strategische Atom-Ziele erster Ordnung in der Sowjetunion aufgelistet haben und rund 9.000 Ziele zweiter Ordnung. Insgesamt gibt es sogar rund 40.000 potentielle Atomwaffenziele. Nach dem Abkommen sind in den Ziellisten der USA rund 3.000 atomare Ziele gestrichen worden. (7) Neben den sogenannten strategischen Atomwaffen gibt es noch einmal so viele "andere" Atomwaffen. Seit 1972, als das erste Rüstungskontrollabkommen, der SALT-1-Vertrag, abgeschlossen wurde, hat sich die Zahl der strategischen Atomwaffen um 350 Prozent erhöht. Und es sind noch fast 50% seit 1979 hinzugekommen, als das zweite SALT-Abkommen abgeschlossen wurde. Und auch nach dieser Abrüstungsperiode bleiben mehr Atomwaffen übrig, als es zu Beginn der START-Verhandlungen 1982 gewesen sind. In Geld ausgedrückt geben die beiden atomaren Großmächte ungefähr ein Drittel ihrer Rüstungsausgaben für das strategische Atomwaffenpotential aus. In Zahlen ausgedrückt befinden wir uns im Billionen-Bereich.

1988 hatten Reagan und Gorbatschow auf ihrem Gipfel-Treffen angekündigt, man werde 50% des strategischen Atom-Potentials verschrotten. Das war ziemlich geprahlt. Das Abkommen setzt eine Obergrenze von jeweils 6.000 Atomsprengköpfen, aber die Reduzierung beträgt nicht mehr als 30%. Die Zahl von jeweils 6.000 strategischen Atomsprengköpfen ist auch geschummelt. Man zählt nämlich bei den Atombombern die Atomsprengköpfe mit kurzer Reichweite gar nicht und von den weitreichenden bei den Cruise Missiles nur die Hälfte, nämlich 10 von 20 pro Bomber. Bei den seegestützten Cruise Missiles darf jede Seite 880 besitzen, die werden auch nicht gezählt.

Nach dem START-Vertrag werden also die Cruise Missiles besonders bevorzugt, weil damit die Zahl der strategischen Atomwaffen über 6.000 hinausgetrieben werden kann. Erst feiert man das Verbot von auf Land stationierten Cruise Missiles als Abrüstung, ihre erneute offizielle Genehmigung auf See und in Bombern wird nun wiederum als Abrüstung gefeiert. Cruise Missiles waren Anfang der 80er Jahre noch ein System, wo die USA einen erheblichen Rüstungsvorsprung besaßen. Der jetzige Abschluß ist auch Ausdruck davon, daß hier die Sowjetunion ein Stück hat nachziehen können.

Sieht das Abkommen einerseits die Reduzierung von fast 30% der strategischen Atomwaffen vor, erlaubt es andererseits, daß weiter ungeniert die neuen Atomwaffen stationiert werden dürfen. Rein rechnerisch kommt schließlich dabei heraus, daß sich nach dem START-Abkommen die USA schließlich doch 10.800 Atomsprengköpfe leisten könnten statt bisher 12.081 und die Sowjetunion könnte schließlich 8.040 statt bisher 10.842 behalten. (8)

So wundert es nicht, daß genauso wie bei der sogenannten Null-Lösung zwar die Atomwaffenträger, die Raketen bzw. ihre Endsteuerung vernichtet werden sollen, aber die Atomsprengköpfe selbst weiterverwendet werden dürfen. In den USA gibt es derzeit eine heftige Debatte, ob man für die neuen Atomwaffen nicht einfach die alten Atomzünder weiter verwenden könne. Ein Test hat kürzlich deren weitere Tauglichkeit bewiesen. Das stößt aber nicht auf unbedingte Gegenliebe aller Militärs, man möchte lieber mit einer Milliarde Dollar die entsprechende Atomfabrik erneuern, damit sie weiter auf neuestem Stand gehalten wird. (9) Welche katastrophalen Auswirkungen die Atomwaffenproduktion hat, zeigt das kürzlich bekannt gewordene Beispiel der Atomfabrik Hanford, die durch ihre Atomwaffenproduktion seit Ende der 40er Jahre 1,6 Mrd. Liter atomverseuchtes Abwasser ins Erdreich gepumpt hat. 625.000 Kubikmeter radioaktives Material sind einfach vergraben worden. Eine tatsächliche Schadensbehebung für die Zukunft wird derzeit mit 90 Mrd. Mark veranschlagt. (10)

Doch zurück zum START-Abkommen: Grob vereinfacht läßt sich sagen, daß ausschließlich alte Raketen vernichtet werden müssen, während sämtliche Rüstungsplanungen an neuen Atomwaffenträgern, die seit Anfang der 80er Jahre in Angriff genommen wurden, weitergeführt werden können. Um das zu demonstrieren, geben wir eine Tabelle wieder, was nach Meinung der "Europäischen Wehrkunde" die atomaren Großmächte an strategischen Systemen nach START behandeln können oder werden. (7)

Ein besonderer Fall sind die sowjetischen SS-18-Raketen, hier hat die Sowjetunion zugesichert, die Hälfte ihrer schwersten Raketen zu vernichten. Diese Atomwaffen galten in den USA als besonders gefährlich. Nicht etwa deshalb, weil hier im Vergleich zu anderen Raketen eine ganz besondere Bedrohung für die Menschheit bestanden hätte. Sie galten als "Siloknacker", die einzigen sowjetischen Atomraketen, die so stark und

zielgenau sind, daß sie verbunkerte Atomwaffen in den USA zerstören könnten. Doch auch hier können sich die sowjetischen Atomstrategen beruhigen, es gibt nämlich eine modernisierte Version (die sog. SS-18-Mod 5), die auch nach der Halbierung der Zahl durch eine Vergrößerung der Zielgenauigkeit und Sprengwirkung noch die gleiche Trefferwirkung auf US-Atomsilos erzielen könnte. (7)

Insofern ist die Hauptbehinderung des weiteren Ausbaus der strategischen Atomwaffenpotentiale nicht etwa der START-Vertrag sondern die immensen Rüstungskosten, die sich beide Seiten - wenn auch in unterschiedlichem Maße - nicht mehr leisten können. Immerhin heißt es, daß die Sowjetunion den Aufbau ihrer neuen Atomunterseeboote (Typhon) deutlich verlangsamt habe (7) und es steht noch in den Sternen, ob die USA von ihrer neusten U-Boot-Version, den Trident-Booten tatsächlich 21 - wie vom Pentagon geplant - in Dienst stellen werden. Bei den Stealth-Bombern sind erst 15 von 75 genehmigt. (1)

Versuchen wir einen Vergleich: Nehmen wir an, die Großmächte hätten vor 10 Jahren verkündet, sie würden ihren Autopark halbieren wollen, weil sie endlich dieser Gefährdung der Menschheit zuleibe rücken wollten. Derweil, während sie verhandeln, wird der Wagenpark putzmunter aufgestockt. Am Ende, nach zehn Jahren kommt dann heraus, daß nun endlich die älteren durchaus noch brauchbaren Autos verschrottet, die neuen aber behalten werden und sich die Zahl der Autos schließlich nicht einmal verringert, sondern leicht erhöht. Das würde - so hoffe ich doch - die Menschheit nicht etwa beruhigen, sondern zurecht als eine ziemliche Verarschung empfinden.

Paradoxon Nummer Zwei oder Sinn und Unsinn der Atomwaffen

Unser Vergleich zwischen Autos und Atomwaffen ist natürlich ziemlich schief. Neuere Autos verursachen eher weniger Schadstoffe. Die neueren Atomwaffen würden beim Einsatz auch etwas weniger "Schadstoffe" produzieren, denn sie sind "sauberer" und ihre Sprengkraft ist kleiner geworden, weil ihre größere Zielgenauigkeit das "erlaubt". Aber da endet der Vergleich, auch wenn Autoschadstoffe als Gefährdung der Menschheit gewertet werden können, sind sie doch gegenüber Atomwaffen nahezu harmlos.

Die nicht gerade Atomwaffenfeindliche "Frankfurter Allgemeine" beschreibt ihre Wirkung so: "Bei einem Schlagabtausch könnten sie sich gegenseitig (gemeint sind USA und Sowjetunion - Anm. AK) - vom Rest der Welt ganz zu schweigen - noch binnen einer halben Stunde mehrfach auslöschen."

Ehrenhalber muß gesagt werden, daß Gorbatschow bei der START-Unterzeichnung zwar nicht seine Vision von einer atomwaffenfreien Welt im Jahre 2000 erneuert hat (11), aber immerhin erneut die sogenannte "Minimal"-Abschreckung ins Spiel gebracht hat. (12) (Es gibt auch prominente US-Politiker, die für eine neue START-Runde und eine Reduzierung auf immerhin 4.000 bis 2.000 Atomwaffen eintreten. (13)) Unter Minimalabschreckung versteht man seit McNamaras Rechnung in den 60er Jahren einige 100 Atomraketen, die nämlich die Hälfte der Sowjetunion (oder umgekehrt der USA) zerstören könnten. Und wie man seit Ende der 70er Jahre weiß, ist das auch ungefähr die Grenze, die die Welt vertragen könnte, wenn sie nicht endgültig im nuklearen Winter und ähnlichen globalen Katastrophen versinken soll.

Dies sind heute zwar allgemein anerkannte Tatsachen, und man könnte danach jährlich gewaltige Milliarden-Beträge einsparen, aber kein Militär und kein Rüstungsprogramm ist bereit, "sein" Atomrüstungsprogramm danach auszurichten. Die Programme werden so kalkuliert, als könne man ohne Folgen versuchen, die strategischen Ziele des Gegners zu vernichten und man will selbst noch dann die entsprechende Wirkung erzielen, wenn der Gegner vorher versucht haben sollte, mit all seinen Atomwaffen die eigenen vorher auszuschalten. In der erwähnten "Europäischen Wehrkunde" wird ausführlich vorgerechnet, warum der START-Vertrag und alle beschlossenen Reduzierungen an diesem Punkt gar nichts ändern und warum in diesem Sinne der START-Vertrag die "Stabilität" erhält. (8)

Trotz aller Krisen und auch in der Reagan-Zeit haben die Großmächte jede konkrete Konfrontation letztlich sorgfältig vermieden, aber andererseits ihren atomaren Knüppel gewissenhaft gehegt, gepflegt und ausgebaut. Und das START-Abkommen besagt, daß man auch in den nächsten 15 Jahren daran nichts zu ändern gedenkt.

Entweder sind Atomwaffen das teuerste Spielzeug und das sinnloseste militärische Lametta aller Zeiten oder die größte Katastrophe. Es macht aber absolut keinen Sinn, die Antwort abwarten zu wollen.

Sicherheitspsychologie

Auch wenn es inzwischen still um die Friedensbewegung geworden ist und der START-Vertrag anders als vor 10 Jahren überhaupt kein Auslöser von Demonstrationen und Protesten ist, wäre es eine Täuschung, wenn man daraus schließen wollte, Atomwaffen würde heute mehr akzeptiert. Heute werden Atomwaffen selbst von der herrschenden Politik nicht mehr einfach verteidigt, und so gab es von allen Parteien in der BRD unisono kritische Töne und die Forderung nach weiteren Abrüstungsabkommen, die jetzt folgen müßten. (6)

Abgenommen hat die konkrete Furcht vor den Atomwaffen. Fast allgemein wird geglaubt, nun sei die Atomkriegsgefahr nahezu gebannt. Geändert hat sich aber wesentlich nur die politische Sprachregelung der Herrschenden. Reagan sprach vor 10 Jahren vom "Reich des Bösen", das es zu vernichten gelte, und es war dieselbe Reagan-Regierung, die den START-Vertrag in der jetzt abgeschlossen Form konzipiert hatte.

So scheint der Sieg der Menschheit vor allem in einer Verdummung zu liegen, da sie offenbar mehr die Worte als die Aufstellung von Atomwaffen selbst fürchtet. Oder hat sich da nur einfach nichts verändert? Waren es mehr die Worte Reagans als seine Atomrüstung, die damals eine Welle der Furcht auslösten?

Kippt das strategische Gleichgewicht?

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß ausgerechnet wenige Tage vor Unterzeichnung des START-Vertrages in den USA Reagans altem Traum von einer absoluten strategischen Überlegenheit der USA eine glänzende Renaissance beschieden war. Die Rede ist hier von Reagans Star-Wars-Programm oder dem sogenannten "Krieg der Sterne", mit der Reagan 1983 die Weltöffentlichkeit schreckte. Immerhin hat diese Absicht, ein Raketenabwehrprogramm aufzubauen, das die USA weitgehend unverwundbar gegen sowjetische Atomschläge machen sollte, die Abrüstungsverhandlungen drei Jahre lang blockiert. Der Abschluß des START-Abkommens war nur möglich, weil die Sowjetunion schließlich bereit war, die von den USA beabsichtigte Verletzung des ABM-Vertrages (lies ABM = Anti-Ballistic-Missiles, der ABM-Vertrag stammt aus dem Jahre 1972) aus den START-Verhandlungen auszuklammern. Das war nicht ein reines Zugeständnis der Sowjetunion, denn es ist inzwischen erwiesen, daß aus technischen Gründen eine Raketenabwehr lange Zeit Illusion bleiben wird. Trotz aller Widersprüche und Widerstände innerhalb der herrschenden Kreise der USA sind immerhin schon 37 Mrd. DM für die Erprobung solcher Systeme ausgegeben worden. Die Sowjetunion hat sich auf den folgenden Standpunkt zurückgezogen: Sie werde bei entsprechender Verletzung des alten ABM-Vertrages, der nur eine lokale Raketenabwehr mit maximal 100 Raketen erlaubt, das START-Abkommen aufkündigen. Das heißt, sie droht für diesen Fall den Ausbau ihres Atomwaffenpotentials an. (14)

Kurz vor Abschluß des START-Abkommens ist es zu einer Wende im US-Senat gekommen und der US-Senat - so muß man wissen - war bisher eine Bastion zur Einhaltung des ABM-Vertrages und zur Vermeidung eines neuen kostenintensiven Rüstungswettlaufes. Dieser US-Senat - allen voran Senator Nunn - hat nun vorgeschlagen, für 25 Mrd. Dollar eine strategische Raketenabwehr aufzubauen und dafür auch den alten ABM-Vertrag zu kündigen. In einer ersten Stufe will man bis 1996 hundert Raketen in North Dakota stationieren, dort wo schon in den 70er Jahren eine Raketenabwehr stand und dann wieder abgebaut wurde. (15) Interessant ist dabei die Begründung: Man nimmt an, daß außer den bisherigen fünf Atommächten bis zum Jahre 2000 fünfzehn weitere über ballistische Raketen verfügen könnten. Außerdem sei die Technik soweit gediehen, wie man am Einsatz der Patriot im Golfkrieg gesehen habe. Man müsse den großen Teil der Nation gegen Atomschläge "aus Versehen" (seitens der Sowjetunion) schützen und gegen Angriffe von Dritte-Welt-Despoten wie Saddam Hussein. Und da diese Dritte-Welt-Despoten ihre Raketen nicht ausgerechnet mitten in die USA verschießen dürften, hat man "konsequenterweise" eine zweite Ausbaustufe auf sechs oder sieben Systeme mit insgesamt 1.000 Abwehrraketen eingeplant. Mit exakt der gleichen Begründung hat schon Bush ein ähnliches Programm Gorbatschow in den START-Verhandlungen schmackhaft zu machen versucht. (16) Sein Programm hat statt SDI das neue Kürzel GPAL erhalten, auf deutsch: Globaler Schutz gegen begrenzte Angriffe. Bush hat angeboten, die Sowjetunion drei Jahre lang das Programm beobachten zu lassen und danach noch ein halbes Jahr vor der Stationierung zu verhandeln. Der Unterschied zwischen dem Senat und dem Pentagon und anderen Rüstungslobbyisten besteht im Moment nur in der Frage, welches der Systeme - ein Raketensystem oder eine Weltraumstationierung von Killersatelliten - vorzuziehen sei. Zwar hat sich gegenüber Reagans Vorstellung die Begründung verändert und auch der Umfang des beabsichtigten Programms ist abgespeckt worden, es bleibt aber das Ziel der einseitigen atomaren Überlegenheit nicht nur gegen kleine Atommächte oder Atompotentaten aus der Dritten Welt. Und wer weiß, wann die USA die Sowjetunion wieder in diese Kategorie der Atompotentaten einordnen werden. Arnold Horlick, Sowjetspezialist der Rand Corporation aus Kalifornien drückte das so aus: "Wir müssen heute

die Schwäche einer auseinanderfallenden Sowjetunion mehr fürchten als einen monolithischen Staat... Wovor wir wirklich Angst haben, das ist ein Jugoslawien mit Kernwaffen." (17)

HH

Anmerkungen:

1) "Verschworene Kameraden", Spiegel, 22.7.91

2) FAZ, 31.7.91

3) "Start-Vertrag ... fertig", FR, 30.7.91

4) FR, 1.8.91

5) FAZ, 16.7.91

6) "Bonner Reaktionen auf den Start-Vertrag", FAZ, 31.8.91

7) Europäische Wehrkunde, 8/90, S. 446 ff

8) FR, 29.7.91

9) Tagesanzeiger 3.7.91

10) FR, 7.8.91

11) Gorbatschow am 15.1.1986, s. AK 268, S. 27

12) FAZ, 22.7.91

13) Basler Zeitung, 18.7.91

14) Amerika Dienst 14, vom 11.4.91: "Die Verhandlungen über Kern- und Weltraumwaffen..." und Amerika Dienst 16 vom 25.4.

15) FAZ 5.8.91, FR 1.8.91, Tagesanzeiger 31.7.91, NZZ 8.8.91

16) "Ein Schirm gegen die Saddams dieser Welt", FAZ, 2.8.91

17) Spiegel, 5.8.91

29. Bundeswehr und Grundgesetz (Buchbesprechung)

Eine Buchbesprechung

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:33

Als die Bundesregierung 1987 während der ersten Golfkrise diskutierte, ob sie Minensuchboote in den Golf schicken solle, meinten 87% der Bevölkerung, das solle sie nicht tun. Bei den Soldaten waren es sogar 88%, bei den übrigen "nur" 82%.

In der Golfkrise 1990, vor Ausbruch des Krieges wollten 32% das Grundgesetz so geändert sehen, daß ein Bundeswehreinsatz erlaubt werde, aber noch 53% lehnten das ab. 25% plädierten für Einmischung der BRD, 75% waren dagegen. 20% waren Anfang 1991 für militärische Beteiligung am Golfkrieg. Eine Mehrheit, nämlich 69% waren für eine Kostenbeteiligung. Im Februar waren 41% bereit, die Bundeswehr für UNO-Blauhelmeinsätze zur Verfügung zu stellen, allerdings nur 17% für UNO-Kriegseinsätze wie am Golf.

"Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen, es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten (...). Dazu gehört, daß sich in Deutschland entfalten kann, was in anderen Nationen selbstverständlich ist: gelebter Patriotismus." Das hatte Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung vom 31.1.1991 gesagt.

Im Rahmen dieser Logik wird in allen Krisen der letzten Zeit eine Bundeswehrbeteiligung offen gefordert und diskutiert, aber selbstverständlich ist die militärische Beteiligung eben noch nicht, auch wenn die Unterstützungsleistungen von Mal zu Mal gesteigert werden. Auch für Jugoslawien hat Verteidigungsminister Stoltenberg kürzlich eine Entsendung der Bundeswehr erneut verneint. Aber der Kampf um eine Entscheidung eines Bundeswehr-Militär-Einsatzes in den Köpfen der Menschen wird heute und aktuell bereits geführt.

In diesem Rahmen ist das Thema einer der Schwerpunkte dieser Zeitung und in diesem Rahmen möchten wir hier das jüngst erschienene Buch "Bundeswehr und Grundgesetz - Zur neuen Rolle der militärischen Intervention in der Außenpolitik" vorstellen.

Das Buch beginnt mit dem oben wiedergegebenen Kohl-Zitat, die Darstellung der Umfrage-Ergebnisse ist dort ebenfalls zu finden. In dem Buch findet man auf 120 Seiten eine umfangreiche Darlegung der Rechtslage international und in der BRD, die Positionen der Parteien, die Debatte in der NATO und WEU und kritische Stellungnahmen wurden dokumentiert.

Dem, der das Thema im AK regelmäßig verfolgt hat, können wir sagen, daß er im AK mit weniger Platzumfang über das Themen des Buches informiert ist und sogar mehr an politischen Ereignissen und deren Ablauf mitbekommen haben dürfte. Aber das kann er natürlich selbst überprüfen. Aber es wäre völlig unsinnig, das Buch in Konkurrenz betrachten zu wollen; denen, die eine Zusammenfassung oder zur Arbeit mit oder an dem Thema Material brauchen, ist das Buch ausdrücklich zu empfehlen.

Bearbeitet haben das Buch Caroline Thomas (von Redakteurin der "Antimilitarismus-Information" (ami)) und Randolph Nikutta, bekannt als antimilitaristischer Schreiber aus den Reihen der Ökosozialisten.

Das Buch ist als Heft 78/79 der Reihe "Militärpolitik Dokumentation" im Haag + Herchen Verlag, Frankfurt erschienen. Diese insgesamt sehr interessante gelbe Reihe erscheint in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Arnoldsheim, dem Forschungszentrum Kriege, Rüstung und Entwicklung an der Hamburger Uni und der Berghof-Stiftung Berlin.

Ein solches Doppelheft kostet als Einzelexemplar DM 12,50 und wer es nicht im Buchhandel erhalten kann, kann es direkt vom Verlag beziehen:

Haag + Herchen Verlag GmbH

Fichardstr. 30, 6000 Frankfurt 1,

Tel: 069/550911-13

HH

30. "Reiner Unfug". Neue Atomwaffen in und um die BRD

Rubrik: Atomrüstung (und Raketen) · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:50

Parallel zum Abschluß der START-Verhandlungen gab es in der BRD Aufregungen um die hier stationierten Waffen. Denn nach der Verschrottung aller Mittelstreckenwaffen und nach dem von der Sowjetunion angegebenen Abzug aller ihrer (potentiellen) Atomträger verbleiben noch rund 4.000 Atomwaffen in der BRD. Diese Granaten-, Raketen- und Bombensprengköpfe gehören vor allem den USA. Diese Waffen befinden sich sogar in der Phase einer technischen Erneuerung. Die meisten haben eine Reichweite von 30 km.

Bei der NATO-Frühjahrstagung im Mai hatte Verteidigungsminister Stoltenberg außerdem noch einen "Bedarf für in Europa stationierte substrategische Streitkräfte" erklärt. Gemeint ist damit die Absicht, als Ersatz für die landgestützten Systeme Luft-Boden-Raketen für Flugzeuge anzuschaffen. Vier-Sterne-General Dieter Claus, stellvertretender NATO-Oberbefehlshaber in Europa, nennt diese Waffen "die notwendige Verbindung zwischen konventionellen und strategischen Streitkräften", sie "müssen in ausreichender Zahl dislozíert und ihrer Wirkung dergestalt sein, daß sie einen Angreifer unter Risiko halten können und dieser sein Territorium nicht als Sanktuarium betrachten kann". Atomwaffen also immer und überall.

Während die britischen Pläne, neue Atomwaffen auf Tornados in Brüggen zu stationieren, ohne Kommentar vernommen wurden, gab es allerdings Geschrei, als die Franzosen ankündigten, daß ab September eine ihrer Brigaden mit 40 neuen Kurzstreckenraketen vom Typ Hades ausgerüstet werde. CDU-Dregger verlangte eine Überprüfung und erklärte: "Will Frankreich seinem Verbündeten Deutschland wirklich zumuten, zur Abwehr eines Angriffs, der über Deutschland sich gegen Frankreich richten würde, von solchen Waffen getroffen zu werden?"

Der SPD-Sprecher Kolbow forderte Verhandlungen über alle Kurzstreckenwaffen, und nannte Dreggers Kritik "vordergründig", weil seit Jahren französische Atomwaffen auf deutschen Boden zielten. Und tatsächlich ist die Hades nur das Nachfolgesystem für die Pluto, deren Reichweite noch kürzer ist.

Der nächste Bundeswehr-Generalinspekteur hält diese Waffen für "überflüssig". Verteidigungs- und Außenministerium gaben beide die Marschlinie aus, daß es für sie erst interessant werde, "wenn es um die Stationierung geht". Ein BRD-Einverständnis werde es "genauso wenig wie bei der Modernisierung der Kurzstreckenwaffen" geben. Das klingt fast wie eine Hoffnung oder Vertröstung auf die Zukunft. Es sei aber daran erinnert, daß die BRD bei den geplanten Erneuerungen für Kurzstreckenwaffen zumindest für die luftgestützten Systeme ihre ausdrückliche Zustimmung gegeben hat. Die modernisierten Atomwaffen werden unterschlagen, weil das als eine Art "Renovierung" betrachtet wird.

HH

Quellen:

1) FAZ, 26.7.91

2) FAZ, 3.8.91

3) Spiegel, 13.8.91

4) FAZ, 16.8.91

31. Geschichte wird gemacht. Zum Umgang der Sieger des 9. November mit der deutschen Geschichte

Zum Umgang der Sieger des 9. Novembers 1989 mit der deutschen Geschichte

Rubrik: Wiedervereinigung; Nationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:48

Die Deutschen machen wieder Geschichte. Als sie sich vor zwei Jahren anschickten, ein Bauwerk niederzureißen, das in der SED-Phraseologie "antifaschistischer Schutzwall" genannt wurde, versicherten sie sich gegenseitig der historischen Stunde Null, die nun eingetreten sei. Während der gemeine Michel seitdem damit beschäftigt ist, "stalinistische Straßenschilder" zu übermalen und ähnliche Spuren von 40 Jahren DDR zu tilgen, machen seine großen Brüder auf ganz andere Weise Geschichte: Mit dem "Recht" des historischen Siegers beginnen sie damit, die deutsche Geschichte neu zu schreiben und zu bewerten. Spektakuläre Etappen dieser Geschichtsrevision sind die Auseinandersetzungen um das ehemalige Frauen-KZ Ravensbrück und um die Umtopfung der Feudalgerippe in Potsdam. In aller Stille erfolgt dagegen beispielsweise die Umgestaltung der nationalen Mahn- und Gedenkstätten wie Sachsenhausen zu Denkmälern gegen Faschismus und Stalinismus.

Die passende Einleitung in das Thema kommt auch hier von Praktikern. Die Leitung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen in Oranienburg begrüßt BesucherInnen direkt im Eingangsbereich auf einer Schrifttafel mit folgenden Worten: "Liebe Besucher. Diese Gedenkstätte wurde von den kommunistischen Machthabern vor der Perestroika und der Wende zum Gedenken an die Opfer der Naziverbrecher errichtet und gestaltet. Das Ende der kommunistischen Herrschaft und die Vereinigung unseres Landes in Frieden und Freiheit macht es möglich, auch derer zu gedenken, die nach 1945 unter sowjetischer Besatzungsmacht und dem DDR-Unrechtsstaat im Widerstand Freiheit, Gesundheit und Leben geopfert haben.

Diese schlichten Sätze sollten mehrmals gelesen werden, enthalten sie doch in komprimierter Form das komplette Programm der neuen deutschen Geschichtsrevision. Wie dieses Programm konkret umgesetzt wird, soll am Beispiel von KZ-Gedenkstätten auf dem Gebiet der DDR gezeigt werden.

Zum Beispiel Sachsenhausen

In der kurzen Zeit seit November 89, wurde in Sachsenhausen einiges getan, um die Drohung am Eingang umzusetzen. Altes, was der Gegenwart scheinbar im Weg steht, wird weggeräumt, und dafür durch Neues ersetzt. So wurde das "Museum des antifaschistischen Freiheitskampfes der europäischen Völker" geschlossen. "Die Achtung vor der freien und souveränen Entscheidung der ost- und südosteuropäischen Völker, ihre politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse neu zu bestimmen, gebietet es, diese Ausstellung für eine Neugestaltung zu schließen". Dafür feiert eine neue Ausstellung namens "Speziallager K 7" dieses Jahr ihr einjähriges Jubiläum. Sie hat ein von 1945 bis 1950 auf dem selben Gelände bestehendes sowjetisches Internierungslager zum Thema. Auch im kleinen Buchverkauf der Gedenkstätte sind nur noch einzelne Restexemplare von "alten" Büchern und Broschüren zu haben. Was die Gedenkstätte noch 1987 herausgab, wird also bald nur noch in Bibliotheken nachzulesen sein. Dafür gibt es erste neue Broschüren. Sie lassen erahnen, wie die Geschichte, die gerade neugestaltet wird, eines Tages aussehen soll.

Die Geschichte des KZ, zu dessen Bau im Juli 1936 die ersten Häftlinge gezwungen wurden, wird in einer diesen Broschüren in nüchternem Ton erzählt. Wir erfahren, daß von den 204.000 Menschen, die die Faschisten dorthin verschleppten, lediglich die Hälfte "die Zeit", wie es heißt, überlebt haben. Viele Tabellen werden benutzt, aus denen wir alle Unterschiede zwischen "Strafhaft im Rechtsstaat" und "Schutzhaft / Vorbeugende Polizeihaft" lernen können. Wir werden mit Fragen überhäuft wie "Wozu dienten die KZ?", "Warum mordeten Ärzte?". Zu letzterem fiel den Verfassern lediglich weitere Fragen ein, "Was ging in ihren Köpfen und Herzen vor?" - vielleicht ist das pädagogischer. Durch die gewählte Darstellungsform, wird ein emotionaler Bezug, insbesondere eine Nähe zu den Inhaftierten, unmöglich gemacht. Schwerwiegender ist, daß bruchlos nach der Darstellung der Befreiung des Lagers, mit einer Darstellung des "Speziallager K 7" fortgefahren werden kann: Von "neuen Opfern", "Schuldigen und Unschuldigen" wird berichtet. Dazu heißt es u.a.: "Trotz mancher Gemeinsamkeiten läßt sich das Speziallager nicht mit dem NS-KZ gleichsetzen. So zum Beispiel

- kamen zwar Übergriffe vor, aber keine systematischen Mißhandlungen und Morde,

- diente Arbeit nicht der Schikane und Ausbeutung, sondern war vielmehr untersagt,

- gab es auch keine Experimente an Gefangenen

Allerdings herrschte in ihm Willkür und es verstieß gegen die Menschenrechte."

Gleichsetzen läßt sich das also noch nicht, aber vergleichen wird doch mal erlaubt sein. Hier offenbart sich die Hohe Schule der Vergleichmacherei, der Kunst, die darauf vertraut, daß das, was nur lange genug miteinander verglichen wird, gar nicht mehr gleichgesetzt zu werden braucht. Bei so einer Vorarbeit wundert es dann nicht mehr, wenn bei der Darstellung der Entschädigungsproblematik und des sonstigen "Umgangs mit den Opfern...", am Ende der Broschüre, eine Trennung der Opfergruppen nicht mehr für nötig befunden wird.

"Ehre, wem Ehre gebührt"

So ganz harmonisch allerdings, wie es die geschichtswissenschaftlich tätigen Enkel konstruieren, scheint das Verhältnis der unterschiedlichen Gruppen in der Realität nicht zu sein. Die "Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e.V." strebt eine Kooperation mit den Vereinigungen der KZ-Häftlinge an. "Aber die beschimpfen uns als alte Nazis".

Doch nicht alle Menschen sind so unverbesserlich, und deshalb werden die Toten des sowjetischen Internierungslagers in Sachsenhausen, und die, die in ähnlichen Lagern in Deutschland starben, mittlerweile auf vielfältige Weise geehrt. In dem nahe Sachsenhausen gelegenen Schmachtenhagener Forst, fanden sich am 18. August diesen Jahres mehrere Hundert Menschen ein, um am Ort, wo eine unbekannte Anzahl von Toten in einem Massengrab verscharrt liegen, einen Gedenkstein feierlich einzuweihen. Ein weiterer solcher Stein steht bereits seit 1990 auf dem Gelände der Gedenkstätte. In der dort neu errichteten Ausstellung "Speziallager K 7", werden einige Internierte mit Foto und Lebenslauf vorgestellt. In erbärmlich schlecht recherchierter Weise, wird hier versucht, den BesucherInnen Mitgefühl für "Opfer" abzuverlangen, von deren politischen Lebensläufen die Gedenkstättenleitung nicht mehr zu sagen weiß, als daß es ein Mitglied der NSDAP, eine BDM-Frau war.

Allerdings ist es wahr, daß nach dem 8. Mai 1945 auch SozialdemokratInnen, KommunistInnen, und scheinbar auch willkürlich verhaftete Männer und Frauen in Sachsenhausen interniert waren, darunter auch solche, die davor in einem KZ waren. Der Umgang mit diesen Tatsachen wird dadurch noch erschwert, daß in der DDR die Existenz dieser Lager verschwiegen wurde, und eine Diskussion hierüber nicht zugelassen wurde. Dieser Fehler rächt sich heute.

Ein überlegter Umgang mit der Geschichte wird sich jedoch heute zu allererst gegen die Gleichsetzungswut zur Wehr setzen müssen. Während sich selbst die einstigen Internierten bei der Gedenkfeier nicht einigen konnten, ob, wie eine Frau meint, nur ein Drittel der Insassen Nazis gewesen seien, oder 80 Prozent, wie ein Mann dagegen berichtet, sollen Tränen abgenötigt werden, ohne daß erklärt wird für wen. In der Berliner Zeitung startete eine Serie, die Auszüge aus dem soeben erschienen Buch "Stalins Lager in Deutschland" (1), mit dem Bericht eines 1945 als 15 jähriger Junge Internierten. Im "Freitag" vom 17.7. war nachzulesen, daß auch Jugendliche nicht pauschal mit Unschuldsvermutungen bedacht werden können, die Angehörige des Herrenvolkes waren. In dem lesenswerten Bericht über den Besuch von ehemaligen Häftlingen des KZ Mittelbau-Dora im vereinten Deutschland, erinnert sich ein Franzose, wie er, bereits auf dem Weg in die Freiheit, um ein Haar den Kugeln eines Hitlerjungen zum Opfer gefallen wäre.

Sollen nun möglicherweise beide als Opfer geehrt werden ? Eine Gedenkstättenleitung, wie die von Sachsenhausen, die die Gleichsetzung soweit treibt, daß die beiden Ausstellungen spiegelbildlich in zwei gegenüberliegenden Baracken plaziert werden, ein Bundeskanzler, der in Buchenwald, an den mittlerweile auch dort vorhandenen zwei Gedenksteinen, gleichermaßen Blumen niederlegt, lassen keinen anderen Schluß zu.

Ravensbrück: Ende gut alles gut?

In Ravensbrück, einem Ortsteil von Fürstenberg, existierte von Mai 1939 bis zur Befreiung durch Einheiten der 2. Belorussischen Front Ende April 1945 ein Frauen-KZ. In das KZ wurden schätzungsweise 132.000 Menschen aus allen europäischen Staaten verschleppt, über die Hälfte von ihnen überlebte den Terror der

Faschisten nicht (2). Auch im Museum der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück wurden nach 1989 Änderungen des Ausstellungskonzepts vorgenommen. Die MitarbeiterInnen schlossen "symbolisch" zwei Räume, um sich von "der einseitigen Darstellung" zu distanzieren. "Einseitig" ist eine, für den neuen deutschen Umgang mit der Geschichte unverzichtbare Negativ-Vokabel. "Einseitig" das heißt, daß dort der Widerstand von Kommunistinnen und nicht der einer anderen - passenderen - Gruppe dargestellt wird. Neueröffnet wurde am 23.7.91 ein Gedenkraum für dort zeitweise ebenfalls inhaftierte Mitglieder des 20. Juli. Es sei hier nicht verschwiegen, daß auch die bislang vernachlässigte Darstellung jüdischer Frauen in Ravensbrück, begrüßenswerter Weise nun durch einen eigenen Gedenkraum verbessert wurde.

Doch nicht durch die Ausstellungsveränderung geriet Ravensbrück für einen Monat in die überregionalen Zeitungen. Anlaß für das Medieninteresse war vielmehr der Bau eines Supermarktes und eines Autohauses auf dem Gelände des ehemaligen KZ. Nach Protesten, die vor allem aus dem Ausland kamen, wurden beide Projekte aufgegeben. Soweit dürfte dies noch allgemein bekannt sein. Doch trotz dieses Ausgangs, soll die Auseinandersetzung hier noch einmal nachgezeichnet werden. Zum einen, weil der Streit um Ravensbrück ein Testfall war und in seinem Zusammenhang das Kräfteverhältnis für künftige Auseinandersetzungen ausgelotet werden kann. Zum zweiten wegen der Offenheit der hierbei getroffenen Aussagen. Und schließlich, weil entgegen dem allgemeinen Eindruck die Auseinandersetzung schließlich doch mit einer Niederlage der Sache des Antifaschismus endete.

Auch in Fürstenberg begann im November 1989 eine neue Zeit: Die Stadtverordneten genehmigten den Bau eines Autohauses und eines großen Supermarktes. "Da mußte schnell Platz für einen Supermarkt gefunden werden, im Interesse der Bürger". Dieser Einsatz für das Menschenrecht auf Konsum, ist das neue an der neuen Zeit. Der, der dies sagt, Bürgermeister Wolfgang Engler, ist in einer neuen Partei, der SPD. Noch kurz zuvor war er in "der Partei". Der örtliche Subunternehmer für das geplante Renault-Autohaus war früher SED-Parteisekretär eines Baubetriebes. Der Platz, der für die beiden geplanten Betriebe schnell gefunden wurde, liegt rechts und links der Straße der Nationen. Sie heißt so, weil sie von KZ-Häftlingen mit den bloßen Händen gepflastert wurde. Unter dem Kaisers-Rohbau befand sich vor 50 Jahren u.a. die sogenannte Kartoffelmiete des Frauen-Konzentrationslagers. Ein ebenfalls geplantes Cafe sollte direkt an der Gedenkstätte am Schwedtsee entstehen. In dem See, in den die SS die Asche der im Krematorium verbrannten Frauen streute, schwimmen längst wieder die Kids von Fürstenberg. Und auch an der Straße der Nationen "pulsiert" wieder "das normale Leben", wie der neue Bürgermeister sagt.

Das normale Leben pulsiert wieder

Überhaupt schaffte es Herr Engler mit seiner tumb-offenen Art, zum meistzitierten Buhmann der Presse zu werden: "Es kann nicht angehen, daß die Gedenkstätte die Stadt Fürstenberg erdrückt", wußte er mitzuteilen. Für das frühere Barackenlager träumte er von einem Gewerbegebiet, denn es habe "Gleisanschluß", und Protestbriefe aus Frankreich läßt er gar nicht erst übersetzen, denn die "Amtssprache ist deutsch".

Vielleicht waren es gerade solche Worte, wegen denen der Zweifel sich erhob. Dem Gedenkstättenleiter Dentzer kamen jedenfalls angesichts der Planierraupen Bedenken. Nachdem er beim Bürgermeister auf taube Ohren stieß, wandte er sich schließlich an die Lagergemeinschaft Ravensbrück und an die Brandenburger Landesregierung. Es ist möglich, daß hierbei ein "Kompromiß" ausgehandelt wurde. Jedenfalls lauten so erste Presseberichte, die davon sprechen, daß sich auf eine grüne Sichtblende zwischen Supermarkt und der Straße der Nationen geeinigt wurde. Doch unabhängig von einer etwaigen Vereinbarung, entwickelte sich der Skandal. Verantwortlich hierfür waren in erster Linie Westberliner jüdische Gruppen und Lesben- und Frauengruppen, die Anfang Juli eine erste Protestaktion vor Kaisers veranstalteten. In der Folge dieser Aktion, an der sich nur wenige beteiligt hatten, wurde der Streit schließlich zum Politikum. Immer mehr Protestresolutionen wurden von zahlreichen Frauenorganisationen, den Organisationen ehemals Verfolgter und anderen verfaßt. Von Revolutionären Zellen wurden Brandanschläge auf einen Kaisers-Markt in Berlin und den Rohbau in Lichtenberg verübt. Wegen des starken internationalen Echos und der großen Aufmerksamkeit der Medien, aber letztlich weil die FürstenbergerInnen keine Einsicht zeigten, mischte sich schließlich die Brandenburger Landesregierung stärker ein. Die beteiligten Firmen Renault und Tengelmann kündigten die prinzipielle Bereitschaft zum Verzicht auf die Bauvorhaben an.

Die Häßlichen und der Edelmann

In der öffentlichen Wahrnehmung entwickelten sich die EinwohnerInnen von Fürstenberg immer stärker zum Prototyp des Häßlichen Deutschen. Als deren Gegenpart sollte Ministerpräsident Stolpe (SPD) fungieren.

Zwei Wochen nach den ersten Aktionen führten am 31. Juli Ostberliner Frauengruppen eine Protestaktion durch. (3) Dabei sahen sich die protestierenden Frauen mit BürgerInnen Fürstenbergs konfrontiert. War zuvor von diesen mit Sitzstreiks für den Fall eines Abrisses ihres Supermarktes nur gedroht worden, trat diesmal die verfolgende Unschuld in Aktion: Ehemalige Häftlinge wurden angepöbelt und geschlagen. Die 68jährige Georgia Peet, die drei Jahre im KZ inhaftiert war, kommentierte das Geschehen folgendermaßen: "So war das damals auch, es fehlen nur noch die Schäferhunde". Als am nächsten Tag in Potsdam beschlossen wurde, den Rohbau abzureißen und an anderer Stelle Platz für die Konsumwünsche zu schaffen, reichte das vor Ort nicht. An zwei Tagen wurde die durch den Ort führende Bundesstraße 96 von bis zu 600 BürgerInnen sieben Stunden lang blockiert. Sie fordern mehr als einen Supermarkt. Ein Rentner bringt es auf den Punkt: "Wir müssen rehabilitiert werden!"

Doch wodurch unterscheidet sich das, was aus den einfachen Leuten herausdrang, von dem, was den sprachbegabteren Vertretern dieses Volkes dazu einfiel? Der Landesentwicklungsminister Jochen Wolf (SPD) vertritt noch einen Tag vor der Entscheidung folgendes: "Hier entsteht etwas Vernünftiges, das sauber aussieht. Ich habe bisher nicht feststellen können, daß der Supermarkt auf KZ-Gelände steht." Als Ursache für das große Medieninteresse macht er unter anderem das Sommerloch aus. Prof. Michael Muth, der zuständige Abteilungsleiter des Innenministeriums, sieht durch einen Baustopp das "Rechtsstaatsprinzip der Verhältnismäßigkeit" gefährdet.

Konsistorialrat Stolpe fand zum Thema Ravensbrück Worte, wie sie von einem strebsamen Aspiranten auf den Posten des Bundespräsidenten erwartet werden dürfen, Worte, die ähnlich wie bei vergleichbaren Auftritten des derzeitigen Amtsinhabers jene diffuse seelische Schläfrigkeit auslösen, die den intellektuellen Gehalt der Präsidialrede vor jeder kritischen Überprüfung schützt. Wie es sich für einen gerechten Herrscher gehört, lud Manfred Stolpe "alle Beteiligten" zu einem Gespräch in die Landeshauptstadt ein. Wie schon bei seiner Inspektion in Fürstenberg, bei der ehemalige Häftlinge nicht in seine Nähe gelassen wurden, waren mit "allen Beteiligten" lediglich die Vertreter von Kaiser`s, und die diversen politischen Ebenen gemeint. Hierfür erhielt Stolpe keine Schelte. Auch dafür nicht, daß er betonte, bei der Suche nach einer Lösung seien zwei berechtigte Interessen zu berücksichtigen: Nämlich eine "würdige Auseinandersetzung" mit der Geschichte einerseits und die Möglichkeit für die FürstenbergerInnen "unmittelbar Marktwirtschaft zu erfahren". Im Jahr 1991 gilt in Deutschland ein Politiker nicht noch, sondern gerade dann als untadelig, wenn er die Erinnerung an die faschistischen Greuel und das Konsumbedürfnis einer Kleinstadt als prinzipiell gleichberechtigte Interessen kennzeichnet. Nein, zwischen den zurecht gescholtenen BürgerInnen und ihrem ungerechtfertigt gelobten Ministerpräsidenten bestehen keine Unterschiede. Daß Stolpe letztlich zu einem anderen Ergebnis kam, ist dem Umstand geschuldet, daß er genauer einschätzen kann, wie offen sich das Deutsche Volk schon als solches gebärden darf: Mit der Entscheidung ist nach seinen Worten dem im Ausland gehegten Verdacht entgegengetreten worden, "daß der häßliche Deutsche sich nun nach der Wende entlarven wird".

Wenn sich trotz des Ergebnisses keine Zufriedenheit einstellen darf, liegt das an zweierlei. An dem politischen Preis, den die Entscheidung kostete, und an dem, was die brandenburgische Landesregierung als Nebenergebnis beschloß.

Die erstaunlichen Wirkungen des "verordneten Antifaschismus"

Noch der jüngste Volontär hat in diesem Sommer gelernt, das Wort "Verordneter Antifaschismus" zu buchstabieren und es an richtiger Stelle einzusetzen. Dieser Begriff hat eine ganz erstaunliche Natur: Einerseits soll er die Versuche der SED, der deutschen Bevölkerung Anstand beizubringen, diskreditieren, andererseits wird er genutzt, um noch die reaktionärste Tat oder Gesinnung zu entschuldigen. Wenn also BürgerInnen einer Kleinstadt demonstrieren, daß sie damit wieder anzufangen bereit sind, wobei ihre Eltern von Einheiten der Roten Armee gestört worden waren, dann läßt dies nicht auf entsprechende Gesinnung schließen, sondern darauf, daß hier Opfer eines "Verordneten Antifaschismus" am Werk sind.

Der Antifaschismus in der DDR sollte kritisiert werden. Der meist nur formal geführten Kritik ("Sprechblasen", "Hohlformeln" usw.) wäre durchaus noch einiges hinzuzufügen - Als noch zu untersuchendes Moment, sei hier nur auf die absolut nationalistische Deutung und Nutzung des antifaschistischen Widerstandes in der DDR

verwiesen. Doch die Intention der meisten KritikerInnen, ist offensichtlich eine andere: Die Schwachstellen des DDR-Antifaschismus sollen nicht dehalb bloßgelegt werden, um aus Fehlern zu lernen, sondern um Häme und Freude über das Scheitern eines Versuchs zu verbreiten.

Das Gerede vom "verordneten Antifaschismus" ignoriert eben die grundlegende Tatsache, daß in Deutschland eine Gesellschaft lebt, die bis zum letzten Augenblick als Volksgemeinschaft agierte und die den Völkermord nicht freiwillig aufgab, sondern der dies durch den militärischen Kampf aller anderen europäischen Völker verordnet werden mußte. Es ist offensichtlich, daß der Versuch der SED, die Angehörigen der ehemaligen Volksgemeinschaft und deren Nachfahren zu antifaschistischen Haltungen zu gewinnen auch nach 40 Jahren als gescheitert zu betrachten ist. Die Wirkung des in ritualisierten Formen praktizierten Antifaschismus läßt sich recht plastisch mit der eines Eisblock vergleichen: die herrschende Gesinnung wurde nur eingefroren, aber nicht verändert. Auch der Verdienst, daß in der DDR ehemalige Ravensbrückerinnen eben nicht ein Leben in Furcht und Schrecken verbringen mußten, soll durch den Begriff "verordneter Antifaschismus" vergessen gemacht werden.

Als Kampfbegriff mit dem der geschlagenen Herrschaftselite der DDR im nachhinein auch das noch untergeschoben wird, was sie gerade 40 Jahre verhindert hat, und mit dem die Täter von heute zu Opfern gemacht werden, reicht der "Verordnete Antifaschismus" allemal. Wie die Methode funktioniert, sei am Beispiel der (ehemaligen) CDU-Zeitung Neue Zeit vom 24.7.91 gezeigt: Die Auseinandersetzung "machte auch deutlich, daß der in DDR-Zeiten staatlich verordnete, undifferenzierte Antifaschismus anscheinend seine Spätfolgen hat, die sich in Ravensbrück in einem kollektiven Verdrängungsmechanismus entladen haben mögen, wie manche bei näherer Betrachtung vermuten. Unter diesem Aspekt nimmt es nicht Wunder, daß sich neuer Widerstand bildet gegen Versuche, die staatlich propagierte Unantastbarkeit solcher Mahnmale herüberzuretten in Zeiten, in denen man sich gerade vom Zwang befreien will." Die Zeitung ist keineswegs auf der Suche nach dem verlorengegangen dritten Reich, sondern nach einem "dritten Weg zwischen dem infantilen Trotz des Vergessens und dem verkrampften Wachhalten".

Auch das eher sozialliberal orientierte Volksblatt aus Berlin, sei hier zitiert, um zu zeigen, wie aus häßlichen Deutschen, die eben noch Täter waren, flugs die eigentlichen Opfer werden. Am selben Tag wie die NZ sah es Anlaß "für den Versuch, wenigstens im Ansatz die Hilflosigkeit der Leute in Fürstenberg zu verstehen, die in den Turbulenzen der Wende nicht das richtige Augenmaß fanden, nachdem man sie vier Jahrzehnte unmündig und in kargem Wohlstand gehalten, durch sowjetische Besatzer ständig bedrängt und durch fortgesetzte Anti-Faschismus-Sprechblasen ihre ernsthafte Beschäftigung mit der eigenen Umgebung mehr behindert als gefördert hatte."

Der Pyrrhussieg von Ravensbrück

Wenige Tage nach der Entscheidung zu Ravensbrück, wurde der Öffentlichkeit mitgeteilt, die Gedenkstätten Sachsenhausen, Ravensbrück und das Zuchthaus Brandenburg sollen von nun an von einer Stiftung übernommen werden. Ein Konzept hierfür werde von einer sechsköpfigen Expertengruppe erarbeitet. Zur Begründung dafür, daß die Gedenkstätten nicht mehr in der jetzigen Form weitergeführt werden, wird wiedermal vom einseitigen Umgang mit dem Nationalsozialismus in der DDR geredet. Das Ziel beschreibt Staatssekretär Dittberner vom brandenburgischen Kultusministerium so: "Die Gedenkstätten sollten das gesamte System des Terrors darstellen". Mittlerweile sind wir in dieser Art Sprache geübt, und wissen, daß damit gemeint ist, daß dort künftig auch der Opfer der stalinistischen Gewaltherrschaft gedacht werden soll. Die Expertengruppe, die im Herbst erste Ergebnisse präsentieren soll, hat ihren ersten Ortstermin in Sachsenhausen, mit der Teilnahme an der Einweihungsfeier des Gedenksteines für die Toten des sowjetischen Internierungslagers verbunden.

Mit der Einberufung der Expertenkommission wurde gleichzeitig bekannt gegeben, daß die Leiter der Gedenkstätten und andere Mitarbeiter, die schon vor der Wende dort gearbeitet haben, entlassen werden. Solch eine Form von Berufsverbot, ist kein Einzelfall, wie Nachrichten von der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, in Thüringen zeigen. Dort wurde ein Archivmitarbeiter wegen eines Interviews mit der Berliner Zeitung suspendiert. Er hatte seine Angst davor geäußert, daß die "Entideologisierung", die der Leiter dort unter anderem mit dem Überpinseln von Schautafeln betreibt, dazu führen könne, daß seine Enkel einmal nicht mehr erfahren würden, wie schrecklich der Faschismus war (4). Auch in Dora gibt es einen Konflikt wegen Plänen, einen Teil des Berges in dem sich Stollen des KZ befanden, wieder für die kommerzielle

Nutzung freizugeben. Die Proteste hiergegen haben bislang nur erreicht, daß immer noch ein "Kompromiß" gesucht wird und die Pläne nicht vollständig vom Tisch sind. Ähnliches, vielleicht noch schlimmeres, ließe sich auch von anderen antifaschistischen Gedenkstätten berichten.

Die Deutschen machen wieder Geschichte

Der Umgang der Deutschen mit den Gedenkstätten, der oben an nur zwei Beispielen skizzenhaft geschildert wurde, ist Ausdruck eines Prozesses der Geschichtsrevision, der viele Erscheinungsformen hat, aber im Niederreißen jenes antifaschistischen Schutzwalles nicht nur eine zeitliche Bestimmung fand. Die Deutschen haben für ihre Geschichte ein "Großreinemachen" beschlossen. Mit dem Ende der DDR nutzen sie die Chance, gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Dem Faschismus, der trotz aller Relativierungen und Vergleichsversuche, immer noch als einzigartig erkannt werden mußte, soll mit dem sogenannten "Stalinismus" ab sofort ein Zwillingsbruder verpaßt werden. Wie die Vergleichmacherei im Detail funktioniert, ist an den beiden Gedenkstätten-Beispielen zu verstehen. Die Kampagne gegen die Einzigartigkeit des Faschismus, die wie gezeigt weder vor Berufsverbot, noch dem Farbpinsel Halt macht, läuft auf vollen Touren. Ihren Schwung erhält sie auch dadurch, daß gleichzeitig daran gearbeitet wird, alles, was an den ersten Sozialismusversuch in Deutschland erinnern könnte, zu zerstören oder zumindest Sozialismus für die Zukunft eindeutig zu dämonisieren. Mit der behaupteten Gleichsetzung des Faschismus mit dem sogenannten Stalinismus konstruiert sich die deutsche Nation schließlich das Stück Normalität, das ihr seit dem Völkermord fehlt.

Zu Redaktionsschluß bewies der rechtspolitische Sprecher der CDU, Norbert Geis, in überzeugender Weise, wem diese Normalität künftig nützen soll und wem nicht. Geis bezeichnete eine Forderung von Heinz Galinski als "abenteuerlichen Rückgriff auf jene Praktiken, unter deren Deckmantel auf deutschem Boden in den vergangenen sechs Jahrzehnten unsägliches Unrecht geschehen ist". Der gemaßregelte Jude hatte gefordert, daß neofaschistische Überzeugungstäter im Rahmen der geltenden Strafprozeßordnung schneller bestraft werden sollen.

Trotz solcher Vorwarnungen wird die wirkliche Dimension, die die heutige Geschichtsrevision auf künftige gesellschaftliche Auseinandersetzungen noch haben wird, bisher allgemein unterschätzt. Da in Deutschland augenblicklich keine Kräfte mehr erkennbar sind, die willens und in der Lage sind, diesen Prozeß wirklich - und nicht wie beim Fürstenberger Supermarkt nur oberflächlich - zu stören, scheint die Forderung von verschiedenen Komitees ehemaliger KZ-Häftlinge und der PDS, die Mahn- und Gedenkstätten unter internationalen Schutz und Aufsicht zu stellen, vielleicht das einzig sinnvolle zu sein.

r., Gruppe K Berlin

Literarischer Hinweis

Diverse Artikel verschiedener Tageszeitungen im Juli, August 91

1) Klonowsky/Flocken, Ullstein Verlag 1991

2) Im April erschien das Rowohlt Taschenbuch (Nr.12873) mit dem Titel "Das Höllentor. Bericht einer Überlebenden" von Anja Lundholm; Interessant, auch zur Auseinandersetzung mit dem DDR-Antifaschismus: "Kreuzweg Ravensbrück. Lebensbilder antifaschistischer Widerstandskämpferinnen" Jacobeit/Thoms-Heinrich, Leipzig 1987.

3) Ob diese Trennung nur an den technischen Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Ost- und Westberlin lag, oder ob hier bewußt ausgegrenzt wurde ist unklar.

4) Berliner Zeitung, 22.5. und 24.7.91

32. "In bester Gesellschaft". Rechtsradikalismus in Deutschland (Buchbesprechung)

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:01

In der derzeitigen Aufregung über den Zulauf, den die knüppelschwingende, dumpf-nationalistische Schaftstiefelfraktion des deutschen Neofaschismus in den fünf neuen Bundesländern erzielt, wird leicht übersehen, daß diese mitnichten den relevantesten Teil des Neofaschismus darstellt, sondern höchstens die praktische Umsetzung dessen schafft, was andere an Ideologie produzieren. Schon längst ist nicht mehr das NS-Gedankenreich Bezugspunkt neofaschistischer Politik und Agitation, sondern ein neuer, ideologisch verbrämter Neofaschismus, dem es beileibe nicht schwer fällt, sich von seinen Vorläufern zu distanzieren. Nicht "Mein Kampf" u.ä., sondern Werke von "Konservativer Revolution" und anderen Vordenkern des historischen Nationalismus, nicht der historische selber, sondern die Ideen von SA und Waffen-SS bilden heute die Grundlage des modernisierten, auf die platten altrechten Parolen zum Großteil verzichtenden Neofaschismus. In den 60er Jahren als Reformer-Strömung in den NS-Nachfolgeorganisationen aufgekommen, haben sich die "Neuen Rechten" inzwischen erfolgreich etabliert. Abgesehen von DVU-Freys Zeitungsimperium gibt es heute wohl keine neofaschistische Gruppierung in der BRD mehr, die nicht auf die neurechte Ideologie von Ethnopluralismus und Befreiungsnationalismus statt Antisemitismus und Ariertum zurückgreift. Mit welchem Erfolg sieht mensch an den Schwierigkeiten, die es augenscheinlich einigen AutorInnen bereitet, z.B. die REP als neofaschistisch einzuordnen, bzw. an der Leichtigkeit, mit der UnionspolitikerInnen über deren Koalitionsfähigkeit nachdenken und - im gleichen Interesse - der Verfassungsschutz eine Überwachung der REP ablehnt.

Wieweit die neurechte Ideologie aber inzwischen den Neofaschismus gesellschaftsfähig gemacht hat und welche Kreise diese Gesellschaftsfähigkeit inzwischen zieht, dies zu erkennen, bedarf es eines Blicks hinter die Kulissen. In dem eben erschienenen Buch "In bester Gesellschaft. Antifa-Recherche zwischen Konservatismus und Neo-Faschismus" wird dieses Feld näher beleuchtet. Die AutorInnen haben dabei Erstaunliches und Erschreckendes zu Tage gefördert.

Als Leitfaden durch die Untersuchungen zieht sich die linke (ehemalige) Standardforderung, daß, wer vom Faschismus reden wolle, vom Kapitalismus nicht schweigen dürfe. Was in den sozialdemokratischen Spaltereien der Antifa-Bewegung und der linken Fixiertheit auf die direkte Bedrohung durch Skins und den damit wieder notwendigen Kampf um die Straße in letzter Zeit leider zu oft zur Phrase auf Demotransparenten verkam, wird hier mit Fakten belegt. So dokumentiert Peter Kratz in seinem Beitrag "Siemens zum Beispiel" nicht nur die Förderung neofaschistischer Theoriebildung durch eines der größten elektrotechnischen Unternehmen der EG, sondern auch die Nutzung dieser Ideologie in der Unternehmenspolitik. Otto Geschke weist in "Auf dem Weg ins ‚Vierte Reich'?" nach, wie die neurechte Strategiediskussion um die Wiedervereinigung Eingang fand in die Deutschlandpolitik der "Großen Koalition" der Jahreswende 89/90, und daß sich die Wurzeln von Lafontaines Angriff auf das Asylrecht, Glotz Europa-Utopien oder der AusländerInnenpolitik der Union bis ins neofaschistische Lager zurückverfolgen lassen.

Doch nicht nur als Zögling von Politik und Wirtschaft findet sich die Neue Rechte - in dem Erlanger Unternehmer Dietmar Straube hat sie einen finanzkräftigen Verleger, der sich inzwischen auch auf dem TV-Sektor einen Namen gemacht und sogar als erster bundesdeutscher Verlag ein umfassendes Kooperationsabkommen mit einem sowjetischen Verlag geschlossen hat. (siehe dazu: Bernd Siegler, Eine rechte Karriere)

Daß die bundesdeutschen "Befreiungsnationalisten" und Nationalrevolutionäre in der SU auf offene Ohren stoßen, mag nicht weiter verwundern. Daß sie dies aber ebenso in der BRD tun, wird bei all dem intellektuellen Unverständnis über nationalistische Scharmützel und Kleinkriege in Ost- und Südosteuropa leicht übersehen. Raimund Hethey untersucht in seinem Beitrag "Europa: Neue Heimat der Völker und Regionen?" die Renaissance des Heimat-Begriffes und die damit verbundene Fortschreibung völkischer Konzepte, die es auch SPD-"Linken" wie Peter Glotz ermöglicht, in ihren Europa-Utopien weiterhin den Feind im Osten zu beschwören. "Der Ethnopluralismus der ‚Neuen Rechten' ist in der SPD inzwischen weit verbreitet." (S. 20)

Auch wenn die SPD bislang kaum Feld antifaschistischer Recherche war, tun die AutorInnen nichts weniger, als an einer neuen Sozialfaschismusthese zu basteln. Vielmehr gehen sie davon aus, daß "Faschismus ... sich nicht vom rechten Rand her (etabliert), sondern aus dem Zentrum gesellschaftlicher Macht. Im Unterschied zu den zwanziger Jahren entsteht er nicht neu, sondern kann auf die alten Strukturen und Politikansätze zurückgreifen, die das Bürgertum seit seiner frühesten Zeit ausprobiert hat." (S. 27) Dementsprechend machen sie "das Zentrum der Gesellschaft (zum) Mittelpunkt der Antifa-Recherche." (S. 27) Untersucht werden sowohl Nahtstellen zwischen Konservatismus und Neofaschismus wie die Humboldt-Gesellschaft oder der Volksbund Deutscher Ring als auch die "spirituelle Rehabilitierung" des Nationalsozialismus durch namhafte New-Age-Theoretiker oder die Verquickungen von Anthroposophen, Körnerläden und ÖkofaschistInnen.

Doch beschränkt sich das Buch nicht - wie der Titel vielleicht fälschlicherweise vermuten läßt - auf die Darstellung gut recherchierter Fakten, sondern bietet auch Anleitung für eigene Untersuchungen und strategische Überlegungen. In ihrem Beitrag berichtet z.B. Ursel Döhmann über die Erfahrungen der feministischen antifa Bonn (fantifa) bei ihrer Arbeit zur "Deutschen Liga für das Kind".

Die AutorInnen "gehen grundsätzlich von einer Bedrohung durch den Neofaschismus aus, der sich nach den von ihnen untersuchten Aspekten sehr weit in der Gesellschaft etabliert hat und sich eben nicht als ‚schleichende Gefahr' unter der Oberfläche der Gesellschaft verbirgt". Sie zeigen einmal mehr, daß Antifaschismus nicht die Beschäftigung mit gesellschaftlichen Randphänomenen, sondern eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit bundesrepublikanischem Alltagsgeschehen bedeutet.

Abschließend sei noch erwähnt, daß das Buch ein - in der antifaschistischen Literatur leider nicht selbstverständliches - Register der wichtigsten erwähnten Organisationen und Personen, ein Glossar der neurechten und faschistischen Presse sowie eine Menge Literaturhinweise enthält. Gerade auch "NeueinsteigerInnen" wird damit die Arbeit mit diesen Untersuchungen wesentlich erleichtert. Zu hoffen ist, daß diesem Buch weitere folgen - vielleicht als Buchreihe?

Kl., Antifa-Kom., KB-Gruppe Gö.

Raimund Hethey, Peter Kratz (Hg.): In bester Gesellschaft. Antifa-Recherche zwischen Konservatismus und Neo-Faschismus. Mit einem Vorwort von Klaus Croissant, Verlag Die Werkstatt GmbH Göttingen, 1991, 304 Seiten, 28,- DM

33. Wunsiedel - Bayreuth: Kristallisationspunkt der militanten Rechten

Autor: Kurt Ohrowski und Heinz Sedoch · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/54.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:54

Die Entwicklung war abzusehen: Am 17. August hielten knapp 2000 Faschisten eine Kundgebung und anschließende Demonstration als Ersatz für Wunsiedel ab. Mit dumpfen Trommelschlägen, "Rotfront verrecke" und "Ausländer raus" zogen sie behördlich genehmigt und polizeilich geschützt durch Bayreuth. Doch nicht nur die Anzahl beängstigte, sondern auch die Spektrumserweiterung und die Teilnehmerzahl aus dem Ausland, die zu beobachten war. Diese Entwicklung war abzusehen. Systematisch versuchten die Nazi-Organisatoren den kleinen Ort Wunsiedel, in dem der Hitlerstellvertreter Rudolf Hess begraben liegt, zu einem Wallfahrtsort der Rechten zu entwickeln: "Wir streben heraus aus dem Ghetto, in das die westdeutsche Rechte sich seit Jahrzehnten hat einsperren lassen. Wunsiedel ist dafür eine große Chance. Dort liegt der Mann, den alle von uns mit großer Ehrfurcht und Hochachtung anerkennen, vom radikalsten Neo-Nazi bis hin zum gemäßigten Republikaner und sogar einigen Angehörigen der CSU. Sein Grab bietet sich an als ein Kristallisationspunkt ..." So beschreibt Christian Worch (neben Berthold Dinter ist er Co-Anmelder der faschistischen "Gedenk"-Märsche in Wunsiedel und Führer der "Nationalen Liste" aus Hamburg) in einer Broschüre, die auch an oberfränkischen Schulen verkauft wird, die Bedeutung dieser Kleinstadt.

War 1990 von Seiten des Landratsamtes Wunsiedel nicht einmal mehr der Versuch unternommen worden, den Neonazi-"Gedenk"aufmarsch zu verbieten (stattdessen wurde die Weisung an die Bürger ausgegeben, Fenster und Türen zu schließen, die Presse solle im Vorfeld nicht berichten, "dann würde der Marsch sich schon totlaufen"), feierten ihn die Faschisten in ihren Publikationen als den "Durchbruch" ("Index" der Nationalen Liste) oder den "Sieg" ("Deutscher Beobachter" der Nationalen Offensive). Angesichts dessen wurden die rechten Organisatoren schon euphorisch: "Wir gegen davon aus, daß im nächsten Jahr die linke Gegendemonstration nicht mehr stattfinden darf ... Dann wird es zu einer Situation kommen, wo nicht mehr vorwiegend nur die jungen, radikalen, nötigenfalls auch zur Gegenwehr bereiten Kameraden kommen. Die guten Bürger des Nationalen Lagers, die Schlips-und-Kragen-Träger und viele ältere Leute, die aus Angst vor Steinwürfen zuhause geblieben sind, werden sich anschließen." (Christian Worch in der Broschüre "Wunsiedel 90"). Und die Entwicklung gab ihnen Recht. Für den 4. Hess-"Gedenk"marsch hat sich das Spektrum der Aufrufer stark verbreitert.

Die Rudolf-Hess-Gesellschaft e.V.

Die 1989 als Nachfolgeorganisation der "Hilfsgemeinschaft ‚Freiheit für Rudolf Hess`" gegründete Rudolf-Hess-Gesell- schaft rief dieses Jahr zum ersten Mal dazu auf, sich an der Demonstration zu beteiligen und sich beim Organisator Berthold Dinter zu melden, nachdem man in den Vorjahren abwartende Distanz gezeigt hatte. Mit Dokumentationen und Vortragsabenden hat es sich die Rudolf-Hess-Gesellschaft zur Aufgabe gemacht, "die historische Bedeutung des Wirkens von Rudolf Hess, insbesondere seiner Arbeit in Partei und Staat und die Hintergründe seines England-Fluges, aufzuklären", sowie die "Errichtung einer würdigen Grabstätte" und eines Archivs anzustreben. 1990 gab sie eine Dokumentation der Presseberichte zu Wunsiedel heraus und kritisierte hierbei die "Allgemeine Jüdische Wochenzeitung", die mit ihren Artikeln ihre Meinung zu einem Thema abgegeben habe, "das die Juden nichts angeht und wo Kommentare von Juden eigentlich nur überflüssig sind."

Vereinsvorsitzende sind Rüdiger Hess (der Sohn von Rudolf Hess) sowie Margret Karn aus Duisburg, die Gert Sudhold (Vorsitzender der Gesellschaft für freie Publizistik) im Dezember 1990 in seinem Amt ablöste. Ebenfalls interessant ist das Umfeld, das sich als Referenten der Rudolf-Hess-Gesellschaft zur Verfügung stellt. Das gehören:

- Alfred Seidel, ehemaliger bayerischer Innenminister, der wegen seiner Nazi-Vergangenheit den Dienst quittieren mußte und

- Alfred Schickel, Vorsitzender der "Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt", der eher der "Neuen Rechten" zuzuordnen ist und in Blättern wie "Europa Vorn", "Zeitenwende", "Junge Freiheit" ein häufiger Autor ist.

Engere Zusammenarbeit der "Militanten Faschisten"

Hauptsächlich am Thema Revisionismus findet derzeit eine Annäherung der verschiedenen rechten Spektren statt. Über die sog. "Revisionisten-Kongresse", die in München von dem "Amt für Volksaufklärung und Öffentlichkeitsarbeit" (AVÖ, Initiator: Ewald Althans) und in Roding bei Cham in der Oberpfalz von der "Nationalistischen Front" initiiert wurden, kam eine engere Zusammenarbeit zwischen den älteren Faschisten um die NPD, dem internationalen Professorenspektrums das sich nur mit der Leugnung des Massenmordes an Juden, Roma ... befaßt, sowie den militanten Rechten zustande. Der dritte Versuch findet im September 91 unter Leitung des NPD-Vorsitzenden Günter Deckert und seinem "Kurpfälzer Forum" im Raum Heidelberg statt. Ergebnis dieser Annäherung für Wunsiedel war die Ankündigung David Irvings als Redner, sowie die Mobilisierung dieser "Revisionisten" aus dem europäischen Ausland. Kontaktadressen sind hier:

- Historical Review Press / England

- Claude Cornilleau / Paris von PFNE

- Pedro Varela / Barcelona

- Christian Ruiz / Madrid, CEDADE

- Ernst Zündel / Toronto, SAMISDAT

- Aldo Monti / Mailand

- Movimiento Politico / Rom

- Povl Rijs Knudsen / Aalborg (DK, Vorsitzender der dänischen nationalsozialistischen Vereinigung)

- Bert Erikson / Antwerpen (89/90 war er schon Redner in Wunsiedel).

Als Ergebnis marschierten in Bayreuth gut 200 Faschisten, die mit Bussen aus Belgien ("Vlamse Blok"), Frankreich, Italien, Spanien und England ("National Front") angereist waren.

Doch auch im militanten Rechtsextremistenlager der BRD haben sich seit dem Tod Kühnens und der relativen Isolierung Friedhelm Busses aus der FAP einige Veränderungen ergeben. Die seit 1986 gespaltene "Bewegung" kommt sich wieder näher. Man ist bereit, auf einem Flugblatt der AVÖ gemeinsame Busse für Wunsiedel anzubieten und "es ist ein Klima entstanden, in dem man weiter miteinander Absprachen treffen kann". So riefen neben der Nationalen Liste folgende Organisatoren auf:

- die "Nationale Offensive" (NO), die alle "Kameraden" sammeln will, die mit Friedhelm Busse oder der "Deutschen Alternative" unzufrieden sind. Die Drahtzieher sind hier Michael Swierczek und Josef Rösch (ehemalige FAP-Kader)

- das "Deutsche Jugendbildungswerk Rheinland" (Kontaktperson D. Knecht, Köln) und die AVÖ München

- die "Deutsche Alternative" mit Bussen aus München (gemeinsam mit AVÖ) und aus Bielefeld (Kontaktperson Bernd Stehlmann)

- das "Berliner Forum" über A. Dunkel (Berlin-Pankow)

- die "Kameradschaft Görlitz" über A. Rattun, Hans-Juchser-Straße 12, O-8020 Dresden

- die "Volkstreue Außerparlamentarische Aktion" (BVAPO) über Gottfried Küssel (Wien/Österreich),

- der "Bund Reichstreuer Jugend" (BRJ) über Günter Boschütz, Weiler Straße 11, 7744 Königsfeld 3 (stellvertretender Kreisvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten des Kreisverbandes Schwarzwald-Baar). Diese Organisation wurde auf Initiative der "Deutschen Allianz", die sich am 3. Oktober als Partei konstituieren will, ins Leben gerufen.

Wunsiedel hat für Rechte eine neue Qualität bekommen, da die militanten Neonazis versuchen, sich zu koordinieren, Parteien wie "Deutsche Allianz" über ihre Jugendorganisation Bereitschaft zur Teilnahme signalisieren und "Neue Rechte" wie Schickel sich nicht mehr zu schade sind, bei Gesellschaften mitzumischen, die zum Marsch mit aufrufen.

Das Verbot - die Verbote

Eine der interessantesten Entwicklungen, die sich an Wunsiedel beobachten lassen, ist die veränderte Umgangsweise der politisch Verantwortlichen mit dem in Wunsiedel/Bayreuth demonstrierenden Teil der Neofaschisten, die mehr Fragen aufwirft als Antworten gibt. Ähnlich wie bei den Revisionistenkongressen erfolgte auf Aufforderung von Innenminister Stoiber aus München ein Verbot der "Hess-Gedenkkundgebung" in Wunsiedel, nachdem man in den letzten Jahren alle Augen (sprich Fenster) zugedrückt hatte. Über die Wandlung und ihre Ursache kann nur spekuliert werden. Mit ein Grund ist bestimmt die erhöhte Aufmerksamkeit der internationalen Presse auf Wunsiedel 90 und den Zulauf der militanten in den neuen Bundesländern. Die ersten Meldungen, die Bilder von rassistischen Übergriffen und Aufmärschen im SA-Stil schildern, sind das letzte, was die politisch Verantwortlichen zum jetzigen Zeitpunkt nach der "Wiedervereinigung" benötigen.

Zum zweiten kann es auch an den alten neuen Themen der Faschisten liegen, an denen sie sich neu zu sammeln versuchen: Historikerstreit, Bitburg ... gut, doch Auschwitz zu leugnen zu diesem Zeitpunkt. Ein dritter Mitgrund - und hier wird spekuliert - könnte auf Seiten der CSU der Gewinn von taktischen Fähigkeiten im Umgang mit Neofaschisten im Stil der SPD sein. Vor kurzem erst wurden im bayrischen Verfassungsschutzbericht die Republikaner als "sauber" - von extremistischen Einflüssen frei - vorgestellt.

Doch zurück zu Wunsiedel.

Die Begründung für das Verbot, das der Verwaltungsgerichtshof in München für die Hess-Gedenkkundgebung bestätigte, lautete auf "Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" und zu erwartender "Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts". Jede Ersatzveranstaltung werde ebenfalls verboten. Dem war nicht so. Pünktlich gegen 16 Uhr begann am 17. August vor knapp 2000 Faschisten die von Jürgen Rieger aus Hamburg als Protestveranstaltung angemeldete Kundgebung, nach einem Rechtsstreit über Bayreuth und München vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe genehmigt.

Wie weiter mit der Antifa?

Am Freitagabend fiel die Entscheidung der Antifas, in Bayreuth gegen den Faschistenaufmarsch zu demonstrieren. Für Wunsiedel war ein dreitägiges Versammlungsverbot, das die Gegendemo und das Kulturfest der ortsansäßigen Antifas verbot, vor dem Verwaltungsgerichtshof in München bestätigt worden. Eine Woche vorher demonstrierten bereits alle Wunsiedler Parteien einschließlich der Grünen (im letzten Jahr noch Mitveranstalter der Antifademonstration!) mit kirchlichen Gruppen und Kronacher FAP-Mitgliedern gegen Rechts- und Linksextremismus.

Dieser 17. August in Bayreuth zeigte deutlicher denn je das derzeitige Dilemma der Antifabewegung. Die Autonomen als derzeit einzige mobilisierungsfähige Kraft konnten ihre Basis seit dem letzten Jahr nicht verbreitern. Sie waren dieses Jahr weitgehend auf sich gestellt. Die VVN war im Vorfeld so ehrlich, einzugestehen, daß sie in nennenswerten Zahlen niemand mobilisieren kann. Ökolinke und PDS verbreiteten nichts als heiße Luft. Das bürgerliche Lager (SPD, Grüne) distanzierte sich sogar. In dieser Situation ganz auf das eigene Spektrum zurückgeworfen, traten Widersprüche innerhalb der Autonomen offen zutage. Die einen meinten, mit einem entschlosseneren Vorgehen vor Ort hätte man mehr erreichen können. Dagegen stand bei vielen die Auffassung, daß unter gegebenen Umständen eine Verhinderung bzw. Blockade der Faschistendemo nicht zu erreichen war.

So steht die Antifa-Bewegung in der Einschätzung von Organisation und Durchführung der Demonstration reichlich zerstritten da, und das ist umso trauriger, angesichts des Versuchs der DemoorganisatorInnen, durch intensive bundesweite Vorbereitungen die Eigengesetzlichkeiten antifaschistischer Großdemonstrationen zu durchbrechen. Um im nächsten Jahr noch mobilisieren zu können bedarf es gründlicher Nachbereitung. Derweil sich die Faschisten sammeln, driftet die Antifabewegung auseinander. Dringend müßten Möglichkeiten gefunden werden, um quer durch alle Strömungen, die an antifaschistischer Politik interessiert sind, eine Diskussion in Gang zu bringen. Der antifaschistische Ratschlag in Dresden vom 1.-3.11 wäre eine Gelegenheit dazu.

Kurt Ohrowski/Heinz Sedoch

34. Prozeß und Verurteilung des Thorsten Heise. Kurze Unterbrechung einer faschistischen Blitzkarriere

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:11

Wieder einmal "davongekommen" ist der Northeimer FAP- Funktionär Thorsten Heise. Er wurde im Juli auf Bewährung auf freien Fuß gesetzt. Ein Urteil, das erneut beweist, daß die Justiz keinesfalls auf dem rechten Auge blind ist ...

Eine rechte Traumkarriere

Thorsten Heise, Jahrgang 1969, stellvertretender FAP-Kreisvorsitzender, von Beruf Radio- und Fernsehtechniker. "Highlights" seines Werdegangs: Im April 1987 Teilnahme an einer "Führergeburtstagsfeier" (er schlägt einen türkischen Jugendlichen mit einem Holzknüppel brutal zusammen); im August 1987 an einem bundesweiten Skintreffen und im Januar 1988 am ersten Überfall auf das Göttinger unabhängige Jugendzentrum (JuZi). Ende Januar 1988 Verurteilung zu einer Haftstrafe (zwei Jahre zur Bewährung); Ende 1988 U-Haft wegen des Verdachts auf Brandstiftung. Im Januar 1989 Mitbegründer des FAP-Ortsverbandes Northeim; im Februar Teilnahme am FAP-Aufmarsch Rothenburg-Wümme; im April Überfall auf einen Antifaschisten zusammen mit anderen Faschisten; im Mai Europawahlkampf für die FAP in Göttingen und Umgebung, der Versuch, einen libanesischen Asylbewerber zu überfahren und Teilnahme am FAP-Sonderparteitag; im August Verteilen von FAP-Flugblättern in Göttingen durch 3-4 Nachwuchsnazis unter Heises Anleitung.

Ende August 1989 erhebt die Staatsanwaltschaft Anklage gegen Heise wegen des Anschlags auf den Libanesen und erläßt Haftbefehl, der jedoch bald wieder wegen "fehlender Flucht-, Verdunkelungs- und Wiederholungsgefahr" aufgehoben wird; die Staatsanwaltschaft gibt bekannt, daß Heise im Juli dabei war, als Skins vorbeifahrende Streifenwagen mit (zunächst hieß es "scharfer Munition", später: Gaspistolen) beschossen. Im September 1989 schlagen Heise und zwei andere eine Siebzehnjährige krankenhausreif; im November Teilnahme an einer FAP-Demo in Duderstadt; Ende November platzt der erste Verhandlungstermin gegen Heise wegen des Anschlages auf den Libanesen, da dem Richter die Anklageschrift ("schwerer Eingriff in den Straßenverkehr") lächerlich erscheint. Die Staatsanwaltschaft muß die Anklage auf "versuchten Totschlag" ändern, in dem auf Mai 1990 verschobenen Prozeß sollen mehrere Verfahren zusammengezogen werden. Im Dezember 89 marschieren unter Führung von Heise und seinem Ziehvater Polacek 100 Faschisten durch die Göttinger Innenstadt zum Angriff auf das Juzi. Im Februar 1990 ist Heise Rädelsführer bei einem Skin-Treffen in Uslar; auf dem Aachener FAP-Parteitag im März wird er zum "kommissarischen" Landesvorsitzenden ernannt; im April fungiert er als Veranstalter eines Konzerts von Nazi-Bands, dessen Ausfallen zum Anlaß für Massenkrawalle (800-1.000 Skins) an der deutsch-deutschen Grenze genommen wird. Ende April verabschiedet sich Heise wenige Tage vor Prozeßbeginn: "Ich muß leider absagen - und es betrübt mich sehr, diesen Schritt tun zu müssen - aber ich wurde von der Staatsanwaltschaft gezwungen, in den Untergrund abzutauchen. Ich werde den politischen und gewaltfreien Kampf aus dem Untergrund heraus weiter in das Volk hineintragen." Im Laufe des Jahres wird Heise mehrfach in der DDR gesichtet, im Februar 1991 von einem Braunschweiger Zielfahndungskommando in Berlin festgenommen. Die Zeit bis zum Prozeß verbringt er in U-Haft.

Der Prozeß

Für den Prozeß, der im Juni 1991 vor der 9. Jugendkammer des Landgerichts Göttingen endlich starten konnte, hatte sich einiges angesammelt, woraus sich das Bild eines Menschen ergab, der mit mehr als nur einem Bein im Knast stand.

Gleich am ersten Prozeßtag gab es Ärger. Als antifaschistische ProzeßbeobachterInnen dagegen protestierten, daß der Göttinger FAP-Chef Polacek sie vor dem Gericht für sein FAP-"Archiv" fotografieren ließ, holte ein Skin eine Axt aus dem Rucksack. An der Pforte wurde daraufhin für die Prozeßdauer eine "Garderobe" für Waffen eingerichtet ...

Der Prozeß begann mit der Verhandlung des versuchten Totschlags an dem Libanesen. Laut "Göttinger Tageblatt" (GT) bestritt Heise diesen "überaus redegewandt" (13.6.). An den folgenden Prozeßtagen ging es

um den Vorfall im Göttinger Fußballstadion, die Nazi-Parolen und den zweiten Überfall aufs Juzi. Bei letzterem hatte, wie die Aussage eines Zivilpolizisten ergab, Heise eine führende Rolle gespielt. Als die Beamten versuchten, die Nazis "aufzuhalten", wurden sie - unter Heises Kommando "Weiter Männer, weiter, Sturm" - von diesen überrannt. "Obwohl dann ‚alles drunter und drüber ging', erkannte der Zeuge Thorsten Heise auch dabei, wie er Gegenstände auf das Juzi warf ..." (GT, 22.6.). Heise hatte natürlich auch hier eine andere Version parat: es sei nie ein Angriff auf das Juzi geplant gewesen. Die FAP habe eigentlich in Duderstadt für die deutsche Einheit demonstrieren wollen, wegen der vielen verspäteten Teilnehmer hätten sie sich dann aber umentschieden, um gegen das Juzi zu demonstrieren. Davor habe er jedoch gewarnt, weil die linke Szene als gewalttätig bekannt sei. "Ihm sei aufgetragen worden, den Block der ‚älteren Herrschaften' und Frauen vom Göttinger Schützenplatz zum Juzi zu führen. Wer bei der Aktion den Befehl hatte, wisse er nicht mehr. Er selbst habe nichts zu sagen gehabt." (GT, 25.6.)

Heises Bewährungshelfer von der Verurteilung im Januar 1988 attestierten ihm "eine unausgereifte Persönlichkeit mit Idealen, denen er nur als Fassade anhängt", ein Mitarbeiter des Jugendamtes ähnliches. Heise sprach im Prozeß von seinen Plänen, "eine Familie zu gründen und wieder zu arbeiten" (GT, 27.6.).

Die Staatsanwaltschaft plädierte letztendlich auf drei Jahre, aus dem "versuchten Totschlag" wurde, wie schon 1989, wieder "gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr in Tateinheit mit versuchter schwerer Körperverletzung", auch wurde er anderer Punkte für schuldig gehalten. Es solle Jugendrecht angewendet, Heise in der Jugendhaft zur Toleranz und Gewaltlosigkeit erzogen werden. Passend, daß gerade zu dieser Zeit in den Medien Meldungen darüber kursierten, daß die Jugendhaftanstalten Schwierigkeiten mit einsitzenden Nazis hätten; der stellvertretende Leiter des Hamelner Jugendknasts vor der explosiven Mischung in seinem Hause warnte. Heises Anwalt plädierte unter Verweis darauf auf eine weitere Bewährungsstrafe von zwei Jahren und wurde durch das Urteil bestätigt: Zwei Jahre Jugendstrafe auf Bewährung. Jugendstrafe, weil Heise noch nicht "ausgereift" sei, Bewährung, weil in der U-Haft eine "Nachreifung" stattgefunden habe, so die Begründung des Gerichts.

Heise im Glück?

Bereits im Dezember 1988 bezeichnete das "Göttinger Tageblatt" Heise als neue Führerpersönlichkeit der rechten Szene im Göttinger Raum. Aussagen von AussteigerInnen belegen, daß er eine wichtige Funktion in der niedersächsischen FAP innehatte, bevor er untertauchte. Im "Untergrund" baute er FAP-Landesverbände in der ehemaligen DDR auf. Wie ist es zu bewerten, daß ein so wichtiger Kopf der militanten Nazis sich augenscheinlich erlauben kann, was er will?

Im Januar 1988 wurde er zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Zwar tönte damals der Staatsanwalt: "Die Sache hängt wie ein Damoklesschwert über ihm", doch scheint dieses von unsichtbarer Hand festgehalten zu werden. Ende 1988 U-Haft wegen eines Brandanschlages; die drei miteinsitzenden Skins werden verurteilt, Heise aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Als es dann 1989 doch noch eng wird für Heise - der Versuch, den Libanesen zu überfahren (s.o.) - rettet ihn die Staatsanwaltschaft vor dem Knast: Sie plädiert auf "gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr", der Richter eher auf "versuchten Totschlag", der Prozeß platzte. Durch die Neuansetzung für Mai 1990 wird Heise über seine Bewährungsfrist hinausgerettet.

Am 25.6.1989 schießen Naziskins auf Polizisten, doch nicht nur - wie oben erwähnt - die Munition (scharfe oder Gas) ist zunächst ein Rätsel, auch die Täter. Kurze Zeit später meldet die HNA, die Polizei habe vier Verdächtige festgenommen. "Die Ermittlungen seien schwierig wegen der ‚geringen Aussagefreudigkeit der Zeugen', weil bisher keine Tatwaffe gefunden wurde und eine Identifizierung des oder der Schützen schwierig sei, da die Verdächtigen vermummt gewesen seien." (HNA, 4.8.89) Doch Ende August 1989 wird gegen den FAP-Skin Stefan Koller Anklage erhoben, aus der scharfen Waffe wurde eine Schreckschuß- bzw. Gaspistole. Wie es dazu kam, wurde natürlich nicht bekannt. Aber bereits zur Festnahme ließ die Polizei verlauten: "Die einzelnen Ermittlungsschritte, die schließlich zur Festnahme führten, hätten der ‚Öffentlichkeit aus kriminaltaktischen Gründen nicht mitgeteilt werden' können" (HNA, 4.8.1989). Unter den Festgenommenen war auch Thorsten Heise. Ein kriminaltaktischer Grund?

Schon lange wird in der Göttinger Nazi-Szene nach "Verrätern" gesucht. Auch brüsteten sich in letzter Zeit VS-Beamte damit, in jeder Nazi-Truppe ihre V-Leute sitzen zu haben. Die Erfahrung lehrt, daß diese häufig mit Straferleichterung oder Nichtverfolgung von Straftaten "bezahlt" werden. Ob Heise einer ist, läßt sich freilich

nicht nachweisen, aber eine mögliche Erklärung für sein "Glück" wäre es schon ... Daß die von Staatsanwalt Heimgärtner noch im Gerichtssaal angekündigte Revision gegen das Urteil nicht mehr als Theaterdonner ist, liegt jedenfalls jetzt schon auf der Hand.

Heise kümmert sich derweil um die seit seinem Abtauchen etwas abgebröckelte südniedersächsische FAP. Er wohnt jetzt wieder in Northeim, läuft in Kampfmontur und in ständiger Begleitung von zwei "Leibwächtern" rum, soll sich wieder eine Glatze geschoren haben und hat nach Aussagen aus Polizeikreisen auch schon wieder die ersten FAP-Treffen in Northeim veranstaltet.

Antifa-Kom., KB-Gruppe Göttingen

Als Quelle für die Chronologie wurde hauptsächlich die "Doku Naziaktivitäten und Polizeiverhalten in Südniedersachsen", Göttingen 1990, benutzt. Wer daran Interesse hat, kann noch welche beziehen über:

Holger Schreiber, c/o Buchhalden Rote Straße, Rote Straße 10, 3400 Göttingen (4,- DM)

35. Antifa-Ratschlag geplant Antifas beraten - aber wie?

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/56.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:56

Vom 1. bis 3. November soll ein bundesweiter Antifa-Ratschlag in Dresden stattfinden. Der Ort ist nicht zufällig gewählt: Nicht nur, daß Dresden als neue "Hauptstadt" der faschistischen "Bewegung" gilt, auch ein Demonstrationsprojekt war kurzzeitig geplant.

Anfang Juli gab es, obwohl die beginnenden Sommerferien die derzeitige antifaschistische Lethargie eher noch verstärkten, plötzlich einige Aufregung. Allerorten fanden Vorbereitungstreffen für eine Antifa-Großdemo in Dresden statt; gleichzeitig erschienen in der taz Anzeigen, in denen erste UnterstützerInnen-Unterschriften präsentiert wurden und zu einer zentralen Vorbereitungsveranstaltung eingeladen wurde. Während in vielen Antifa-Gruppen noch diskutiert wurde, was von der Idee zu halten sei, stellte sich heraus, daß mensch es mit einem Windei zu tun hatte: die meisten jener Unterschriften - vor allem von Gruppen aus der Ex- DDR - wurden zurückgezogen, so daß das Projekt völlig ohne jegliche Verankerung "vor Ort" dastand. Bei genauerem Nachfragen mußten die Initiatoren - die "Sozialistische Arbeitergruppe" (SAG) - mehr oder weniger deutlich zugeben, daß einzig und allein ihr Wunsch die vermeintlichen UnterstützerInnen zusammengebracht hatte. Oder, um es kürzer auszudrücken: Die dreiste Vereinnahmungstaktik der SAG hatte eine an sich sehr überlegenswerte Idee verhunzt.

Trotzdem fand am 13. Juli das angekündigte Vorbereitungstreffen in West-Berlin statt. Nachdem das SAG-Projekt zu den Akten gelegt war, wurde darüber diskutiert, wie es möglich wäre, den bei allen anwesenden AntifaschistInnen aus West und Ost bestehenden Bedarf an Austausch und (gegenseitiger) Information zu befriedigen. Schließlich wurde der Vorschlag angenommen, am ersten November-Wochenende einen bundesweiten antifaschistischen Ratschlag in Dresden zu veranstalten.

Seitdem hat sich wenig getan. Die Einladung für ein Vorbereitungstreffen am 14. September im Berliner "Haus der Demokratie" gibt den Stand von Mitte Juli wieder: beratschlagt werden soll in AGs, Info- und Diskussionsveranstaltungen; das Spektrum der Interessierten besteht neben (hoffentlich) vielen Antifa-Gruppen aus PDS, VL und AL/ÖkoLinken; eine tatsächliche Organisationsstruktur existiert zur Zeit nicht und muß am 14.9. erst noch geschaffen werden.

Auch inhaltlich unterscheidet sich die jetzt verschickte Stichwort-Liste nicht vom Stand Mitte Juli:

- der aktuelle Stand der Nazi-Organisationen in der Ex-DDR sowie die Vergangenheitsaufarbeitung (Stichwort "verordneter Antifaschismus")

- praktische Fragen, linke Strukturen, Verhalten gegenüber jugendlichen und anderen Faschos, Sicherheitspartnerschaften

- Geschichte von Ost- und West-Linken

- Rassismus

(zitiert aus der Einladung)

Sicher ist dies nicht mehr als ein Sammelsurium interessanter Probleme, sollte deshalb gerade auch in seiner Aufreihung nicht allzu sehr auf die Goldwaage gelegt werden; wie wäre es sonst zu erklären, daß z.B. der aktuelle Stand der Nazi-Organisationen sowie die "Vergangenheitsaufarbeitung" unter einem Spiegelstrich aufgezählt werden ... Darüberhinaus zirkuliert das eine oder andere Papier. Gemeinsam ist diesen öffentlichen und halböffentlichen Überlegungen, daß die angedeutete Themenstellung auf eine politisch möglichst breite Beteiligung zielt.

Damit stellen sich - zumindest für West-Antifas - unangenehme Erinnerungen ein: der am Ende der achtziger Jahre in Bremen eingeleitete Versuch, die gesamte antifaschistische Bewegung an einen Tisch zu kriegen, endete durch massive Vereinnahmung seitens sozialdemokratischer Funktionäre mit einer SPD-dominierten Veranstaltung in der Frankfurter Paulskirche, deren wesentlicher Ansatz das Herausdrängen radikaler

politischer Ansätze war. Ein zweiter Aufguß einer Veranstaltung, die antifaschistische Arbeit auf eine pädagogische Aufgabenstellung und mangelnde Lehrstellen reduziert, den gesellschaftlichen Rassismus und Nationalismus ausblendet und unter dem Deckmantel des Anti-Stalinismus eine militante Ausgrenzung nicht-reformistischer Ansätze betreibt, wird nichts weiter sein als hilflos und staatstragend.

Eine solche Entwicklung ist bisher nicht absehbar. Umso spannender könnte deshalb das Treffen in Dresden werden, wenn dabei im Vordergrund steht, daß sich AntifaschistInnen aus der BRD und der Ex-DDR mit ihren jeweiligen Erfahrungen, Problemen, Fragen und Diskussionsständen konfrontieren, daß sie sich kennenlernen. Vorstellbar wäre es, daß in einem solchen Klima versucht wird, die Verhältnisse einzuschätzen: sowohl, was den Stand faschistischer Aktivitäten als auch die Möglichkeiten antifaschistischer Arbeit betrifft. In diesem Zusammenhang dürfte die jeweils (im "Osten" wie im "Westen") real existierende Antifa-Bewegung ein ziemlich schwarzes Loch sein. Wenn es darüberhinaus noch gelingt, Ansätze für eine Neu-Positionierung antifaschistischer Politik zu finden, die - so wichtig das auch immer bleiben muß - über die oft vorzufindende Orientierung allein auf militante Faschistengruppen hinausgeht (und z.B. einen Tagesordnungspunkt "Rassismus" nicht einfach hinten dran hängt), dann wäre das immerhin ein Anfang.

kla.

Vorbereitungstreffen zum Antifaschistischen Ratschlag am ersten November-Wochenende:

14.9.91, Haus der Demokratie, Berlin, Friedrichstraße 156 (U-Bahn Französische Straße), 12 Uhr.

Infos über: Antifa-Telefon W-Berlin, c/o O 21 Buchladen, Oranienstraße 21, W-1000 Berlin 21, Telefon 030/692 15 99

36. Proteste verhindern IG-Farben-Aktionärsversammlung

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:35

Am 3. September 1991 ist es genau 50 Jahre her, daß in Auschwitz die ersten Menschen mit Zyklon B vergast wurden - zwei Tage, nachdem deutsche Soldaten die Sowjetunion überfallen hatten.

Einer der wichtigsten Handlanger der fabrikmäßigen Ermordung unzähliger Menschen und gleichzeitig einer der größten Profiteure des Faschismus wollte sich wenige Tage vor diesem Datum endgültig von seiner Geschichte "befreien": Für den 30. August hatte die IG Farben "in Abwicklung" auf dem Frankfurter Messegelände eine Aktionärsversammlung geplant. Wichtigster Tagesordnungspunkt: Änderungen des Namens und des Unternehmensziels.

Proteste, die von der ausländischen Öffentlichkeit weitaus stärker beachtet wurden als in Deutschland selber, hatten schließlich Erfolg. Die Messe-AG in Frankfurt - deren Mehrheitsbesitzerin die Stadt Frankfurt ist - kündigte den Mietvertrag mit der IG. Begründung: "zu erwartende politische Unruhen". Ein Bündnis, dem u.a. das Auschwitz-Komitee in der BRD, die VVN Hessen und die GRÜNEN im Umlandverband Frankfurt angehören, hatte nicht nur einen Offenen Brief an den SPD-Oberbürgermeister v. Schoeler geschrieben, sondern auch eine Demonstration an der Messe angekündigt. Ganz offensichtlich war der politische Druck dadurch zu groß geworden.

Die geplanten Aktivitäten unter der Parole "IG Farben: Das Mörderkartell bringt immer noch Profit" richtet sich sowohl gegen Ort als auch den Zweck der Aktionärsversammlung. Vorgesehen war, die IG Farben in IG Beteiligungs- und Grundbesitz A.G. i.A. umzubenennen; das Unternehmen soll in Zukunft in- und ausländische Finanzanlagen und Beteiligungen erwerben und verwalten, außerdem im In- und Ausland Zweigniederlassungen errichten dürfen (zitiert nach der Einladung zur Aktionärsversammlung). Von Abwicklung offensichtlich keine Spur mehr: Expansion ist angesagt, das "Negativimage", das jedoch immer noch am alten Namen hängt, soll abgestreift werden.

Zentrale Schritte dazu hat die IG Farben bereits unternommen. Als nicht nur ehemalige Mitbesitzerin der Zyklon B-Herstellerfirma Degesch (heute im Degussa-Konzern weiterhin mit Giftgas-Produktion beschäftigt), sondern auch damals Betreiberin des Werkes Buna in Auschwitz, dessen Errichtung vor allem Häftlinge des Konzentrationslagers zu Tausenden mit dem Leben bezahlten, hat die IG nach der Einverleibung der DDR Ansprüche auf Anlagen und Grundstücke in der Ex-DDR angemeldet. Damit würde sie auf einen Schlag zum größten Grundstückseigner avancieren. Darüberhinaus ist die Wiederaneignung von Grundstücken und Anlagen in Polen (z.B. in Auschwitz) und der CSFR erklärtes Ziel.

Die Börse in Frankfurt hat auf diese Forderungen mit einem deutlichen Signal reagiert: Innerhalb des letzten Jahres stieg der Kurs einer IG-Farben-Aktie von acht auf 24 DM! Doch nicht genug damit: die IG Farben will ihre Aktionärsversammlung dort stattfinden lassen, wo sich von 1941 an eine der drei Frankfurter Sammelstellen für die Deportation von Jüdinnen und Juden nach Auschwitz und in andere Vernichtungslager befand: Die Festhalle auf dem Messegelände. Deutlicher gehts kaum noch, wie die IG die Entsorgung ihrer Vergangenheit betreibt.

Demonstration in Hamburg

Aus diesem Anlaß, aus Erinnerung an den 50. Jahrestag der ersten Vergasungen mit Zyklon B in Auschwitz, aber auch, weil nicht zu erwarten ist, daß die IG Farben auf ihre Profiterwartungen jetzt einfach verzichten und sich, wie von den Alliierten 1945 gefordert, endlich selbst auflösen werden, findet am 3. September in Hamburg vor dem Gebäude der Degussa in der Rothenbaumchausse ab 15 Uhr eine Mahnwache statt. Unter dem Motto "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland - Er hat viele Namen: Zwei davon sind IG Farben und Degussa" wird um 16 Uhr 30 vom Auschwitzkomitee, Pax Christi und der Jugendgruppe des Auschwitzkomitees zu einer Demonstration aufgerufen.

Nichts ist vergessen,

niemand ist vergessen!

37. Die KPD und Deutschland 1945-49 (Teil 1)

Rubrik: Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:32

Die folgende zweiteilige Untersuchung befaßt sich mit der nationalen Politik der KPD für den Zeitraum 1945-49. Die Betrachtung ist auch aus aktuellen Anlaß interessant geworden.

Als in den Monaten nach der Wende in der DDR schwarz-rot-gold angesagt war, fragten sich viele radikale Linke: Wie kämpfen wir gegen Großdeutschland und den Nationalismus? Im KB gab es heftigen Streit darum. AK-Autor ms. erklärte im Januar 1990: "Ein ‚linker' Ansatz zur Rechtfertigung von Wiedervereinigungsambitionen (... ist) absurd und zwangsläufig reaktionär" (1). Das richtete sich nicht nur gegen ‚linke' Wiedervereinigungsbefürworter sondern auch jede Form der Verteidigung der nationalen Selbstbestimmung der Deutschen. In diesem Zusammenhang kam man auch zwangsläufig auf die Geschichte nach 1945 und die Politik der KPD zur nationalen Frage. Ms. kritisierte, daß in einem AK-Artikel von 1974 die damalige KPD-Politik zur "nationalen und sozialen Befreiung" als "revolutionär" bezeichnet worden wäre. Ein anderer Autor (hr) schrieb: "Nach dem Zweiten Weltkrieg durfte die Rede von der wiedervereinigten deutschen Nation als etwas potentiell Positivem nicht mehr mit dem Namen von Marx in Verbindung gebracht werden." (3) Die KPD habe versucht, "immer, wenn es zu Massenbewegungen kam, die stark nationalistisch geprägt waren" die Massen mit einer verschärft nationalistischen Agitation und Programmatik "abzuholen" (4).

Während die KB-Minderheit den linken Opportunismus gegenüber Wiedervereinigung und Nationalismus zum Hauptpunkt der Kritik macht, kritisiert die "Historische Kommission der PDS" die SED teilweise aus der entgegengesetzten Richtung: "Die SED entfernte sich immer weiter von ihrem ursprünglichen Ziel, Wegbereiter eines einheitlichen, friedliebenden sozialistischen Deutschlands zu sein. Der Mauerbau, die Politik der Abgrenzung und deren Rechtfertigung durch die Theorie von der eigenständigen sozialistischen deutschen Nation, die Abstinenz gegenüber dem europäischen Annäherungsprozeß waren Eingeständnisse des Fehlschlagens der SED-Politik auch in der nationalen Frage." (5)

Dieser Artikel soll den AK-LeserInnen Gelegenheit geben, sich selbst die KPD-Politik zur nationalen Frage nach 1945 etwas genauer anzusehen.

Die "Einheit der Alliierten" und die "Wiedergutmachung"

In der Regierung der USA hatte sich nach dem Sieg über Deutschland eine Linie durchgesetzt, die sowohl für eine politische Schwächung Deutschlands wie für den Erhalt des kapitalistischen Systems in Deutschland eintrat. Der sowjetischen Regierung ging es um Sicherungen für den Fall, daß eine aggressive deutsche Großmacht wiederkehren sollte. Dies war einer der Gründe, warum die Sowjetunion daran interessiert war, die interalliierte Kooperation über das Kriegsende hinaus weiterzuführen.

Die KPD-Führung versuchte, ihre Mitgliedschaft auf dieses Ziel zu orientieren. In den zu Schulungszwecken herausgegebenen "Vortragsdispositionen" hieß es 1945: "Da dem Bündnis der drei Großmächte lebenswichtige und dauernde Interessen zugrunde liegen, wird ihre Zusammenarbeit wie im Kriege so auch im Frieden fortgesetzt." In der von führenden Hamburger KPD-Funktionären herausgegebenen "Hamburger Volkszeitung" (HVZ) (6) hieß es im Mai 1946: "Die Verbrechen derjenigen, die in der Vergangenheit Deutschland regierten, (geben) den friedliebenden Völkern nicht nur das Recht (...) sondern sogar die Verpflichtung (...), sich zu sichern (...). Wir werden darum jeden Angriff gegen die Autorität der Besatzungsmächte wie einen Angriff auf uns selbst abwehren. (...) Die in der Erklärung von Teheran wie in Potsdam (...) verkündeten Grundsätze sind unsere Grundsätze. Wer sie wirklich in sich aufgenommen hat, weiß, daß es keinen Widerspruch zwischen wirklichem Internationalismus und wahrer Liebe zu Volk und Vaterland gibt."

Wenige Tage nach der Potsdamer Konferenz erklärte Ulbricht auf der Landeskonferenz der KPD Thüringen, er "glaube, daß uns die Möglichkeiten der Schaffung einer demokratischen Ordnung, die uns durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz gewährt werden, die Macht geben (...), den ideologischen und politischen Kampf" gegen diejenigen, welche mit der "Politik des Wiederaufbaus des deutschen Imperialismus von vorne (...) beginnen (...), bis zu Ende zu führen."

Es gibt eine Reihe von Hinweisen, daß die hier dargestellte Sichtweise in der KPD umstritten war. Zu sehr unterschied sie sich von der traditionellen Sichtweise der kommunistischen Parteien. Was die maßgeblichen Leute in KPdSU und KPD wirklich dachten, hat Wilhelm Pieck in einem Protokoll einer Besprechung festgehalten, die am 4. Juni 1945 stattfand. Teilnehmer der Besprechung waren Stalin, Molotow, Shdanow und die KPD-Funktionäre Pieck, Ulbricht, Ackermann, Sobottka. In dem Protokoll heißt es: "Perspektive - es wird zwei Deutschland geben, trotz aller Einheit der Alliierten." Einige Zeilen später heißt es aber auch: "Einheit Deutschlands (...) sichern durch einheitliche KPD einheitliches ZK."

In den "Vortragsdispositionen" rechtfertigte die KPD die Opfer, die dem deutschen Volk durch die im Potsdamer Abkommen festgelegten Reparationen abverlangt werden sollten: "Die deutsche Wirtschaft verliert ihre einseitige, ungesunde Ausrichtung auf den Krieg. (...) Wir müssen uns zukünftig in vielem bescheiden und uns auf die Bedürfnisse des eigenen Landes einrichten. Mit der neuen Orientierung auf die Entfaltung der Landwirtschaft und einer zivilen Bedarfsgüterindustrie sowie einen auf diese Bedürfnisse beschränkten Außenhandel wird jedoch im Endresultat vieles gewonnen, vor allem für das schaffende Volk. Wir gewinnen einen langandauernden Frieden, begründet auf friedliche Arbeit."

Vor Ort in den Westzonen, dort wo Betriebe von Demontagen betroffen waren, trat die KPD nicht mehr so entschieden für Wiedergutmachung ein. So geht der Aufruf der Bezirksleitung Wasserkante vom Januar 1946, ohne dies direkt zu fordern, von der "Beseitigung der der Rüstungsproduktion dienenden Betriebsteile und Anlagen" der Hamburger Großbetriebe aus. 1946 verwies die HVZ zunächst noch darauf, daß die Demontagen dem Potsdamer Abkommen entsprechen und "dem Frieden dienen". In einem HVZ-Artikel zur Demontage auf der Werft Blohm & Voß hieß es: "Die übergroße Mehrheit der Belegschaft ist antifaschistisch eingestellt und erkennt die Notwendigkeit der Reparationsleistungen und der Wiedergutmachung gegenüber den Alliierten und den vormals besetzten Ländern an." Die Werftanlagen - so hieß es aber - müßten erhalten bleiben.

Daß die von den Alliierten beschlossene Pflicht Deutschlands zur Wiedergutmachung aber auch bei der KPD nicht insgesamt auf Anklang stieß, zeigte sich auch daran, wie die Partei die Demontagen zwischen Oder und Rhein kommentierte. Während die KPD die Demontagen in der SBZ billigte und nur am Rande erwähnte, wurden die Demontagen und Demontagepläne in Westdeutschland ab Herbst 1947 zunehmend kritisiert. Die HVZ verwies nun stärker darauf, daß "die Verursacher des Krieges" nicht bestraft würden und "Friedensindustrie" demontiert werde. Ende 1947 blieb die Hamburger KPD-Führung dann nicht mehr bei einzelnen kritische Anmerkungen (in der Hoffnung auf eine Verständigung mit der britischen Besatzungsmacht). Unumwunden wurde das Paket maximaler Forderungen umrissen: "Den berechtigten Anspruch der anderen Völker auf Sicherheit und Wiedergutmachung sehen wir am besten erfüllt, wenn alle Betriebe der Kriegsverbrecher und Monopolisten in die Hand des Volkes überführt werden und in allen Betrieben das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte gesichert ist."

Daß die KPD die Demontagen in den Westzonen zunehmend kritisierte, hing offensichtlich damit zusammen, daß über die Art und Weise der Reparationszahlungen zwischen den Alliierten keine Einigkeit erzielt wurde. Bereits im Mai 1946 hatte der US-amerikanische Militärgouverneur Clay die Reparationszahlungen an die SU eingestellt. Die Londoner Außenministerkonferenz im Winter 1947 scheiterte an der Frage der Reparationen. Molotow erklärte auf dieser Konferenz: "Die Sowjetunion kann den Bruch der Beschlüsse über Reparationen nicht annehmen (...). Wenn die industrielle Produktion in den Westzonen erhöht würde, d.h. wenn sie 70% statt wie bisher 35% des Produktionsniveaus von 1938 betrage, könnten davon 10% für Reparationslieferungen benutzt werden. Das wäre ein Ausweg aus den Schwierigkeiten gewesen."

"Separatistische Westregierung"

Kaum ein halbes Jahr nach der Potsdamer Konferenz zeigten sich auch öffentlich deutliche Widersprüche in der Anti-Hitler-Koalition, die bald zur dauerhaften Teilung Deutschlands führten. Anfang März 1946 hielt Churchill in den USA seine mit Truman abgestimmte "Fulton-Rede"; Churchill sprach das erste Mal vom "Eisernen Vorhang", mit dem die Sowjetunion Europa teile, und von der "fünften Kolonne des Kommunismus" in den westlichen Demokratien. Im November 1946 erklärte der Sekretär des Zentralausschusses der KPdSU(B) Shdanov, daß "auf der internationalen Bühne (...) jetzt zwei Richtungen zu erkennen" seien: "Die eine ist die Politik der Sowjetunion, eine starke Organisation der Vereinten Nationen zu schaffen, die besser in der Lage ist als der frühere Völkerbund, Angriffskriege zu verhindern und einen dauerhaften Frieden

aufzubauen. (...) Die andere Richtung weicht von allen Erklärungen, die die Alliierten vor kurzem abgegeben haben, ab und unterhöhlt die Zusammenarbeit zwischen den Großmächten."

Zwei Tage nach dem Beginn der Moskauer Außenministerkonferenz (März/ April 1947) verkündete US-Präsident Truman seine Doktrin, die Politik der "Eindämmung" (Containment). Im September 1947, anläßlich der Gründung der Kominform, zog Shdanow (KPdSU) mit einer Zuspitzung seiner These zur internationalen Lage nach. Er erklärte, die Welt teile sich in "zwei Lager".

Sah das Potsdamer Abkommen noch eine gemeinsame Politik für Deutschland vor, so leiteten die westlichen Alliierten Maßnahmen ein, die auf eine Einbindung Westdeutschlands in das kapitalistische System zielten. Im Dezember 1946 wurde das "Abkommen über die Zusammenlegung der britischen und der amerikanischen Besatzungszone" unterzeichnet. Im Mai 1947 wurde für die Bizone ein gemeinsamer Wirtschaftsrat eingerichtet. Das war der Beginn des Aufbaus separater Staatsstrukturen für Westdeutschland.

Demgegenüber propagierten die Sowjetunion und die KPD eine Politik der nationalen Einheit. Bei einer Besprechung zwischen Stalin und Grotewohl am 31. Januar 1947 war man übereingekommen, daß ein "Zonenorgan" für die SBZ erst eingerichtet werden solle, "wenn eine (gesamtdeutsche) Zentralverwaltung nicht zustande" kommt. Am 6. Juni 1947 scheiterte die gesamtdeutsche Ministerpräsidentenkonferenz. In Ost-Berlin wird daraufhin am 14. Juni die "Ständige Wirtschaftskommission" gegründet. Am 20. Juni 1948 wird in Westdeutschland und den Westsektoren von Berlin eine Währungsreform durchgeführt. Ihr folgt vier Tage später eine Währungsreform in der SBZ und den Ostsektoren von Berlin.

Nach der Londoner Konferenz der sechs Westmächte (Februar-Juni 1948) wurden die westdeutschen Ministerpräsidenten mit der Überreichung der "Frankfurter Dokumente" (Juli 1948) aufgefordert, die Verfassung eines westdeutschen Staates vorzubereiten. Der zukünftige westdeutsche Staat sollte am Marshall- Plan und an der Ruhrkontrolle beteiligt werden. Der sowjetische Militärgouverneur hatte seine Mitarbeit im alliierten Kontrollrat am 20. März 1948 unter Protest eingestellt. Der Aufbau eines kapitalistischen Weststaates wurde dann im Mai/August 1949 mit der Verabschiedung des Grundgesetzes und den Wahlen zum Bundestag abgeschlossen. In der SBZ wurde am 7. Oktober die DDR proklamiert.

Nachdem der Bruch in der Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition offensichtlich war, begann sich die KPD im Herbst 1947 neu zu orientieren. Die Neuorientierung wurde deutlich an der zunehmenden Kritik an der Demontagepolitik der westlichen Besatzungsmächte, der Verschärfung der Polemik gegen die "sozialdemokratische Regierungspolitik" und dem Rückzug der KPD aus den Entnazifizierungsausschüssen. Mit der "Erklärung des Parteivorstands der KPD zur politischen Lage" vom 25. September 1948 wurde die Umorientierung erstmals grundsätzlich erläutert. Die KPD stellte fest, die westlichen Besatzungsmächte seien vom Potsdamer Abkommen abgegangen. KPD und SED sahen deshalb nun offensichtlich keinen Grund mehr, sich an dem vom Potsdamer Abkommen definierten politischen Rahmen zu orientieren. Ohne ihre vorangegangene Politik kritisch auszuwerten, erklärte die KPD-Führung plötzlich, der "in der Ostzone beschrittene Weg" sei kein "besonderer deutscher Weg zum Sozialismus", sondern ein "revolutionärer Weg". Eine "demokratische Neuordnung" in Westdeutschland könne "nur durch den revolutionären Massenkampf errungen werden". In einem HVZ-Kommentar wurde die Frage gestellt: "Kann man ernsthaft erwarten, daß die sowjetische Zone mit ihrer jedem Einfluß von Kriegsverbrechern entzogenen Industrie und Landwirtschaft sich remonopolisiert, um mit den Westzonen auf gleicher Ebene zu stehen?"

An die Stelle von antifaschistisch-demokratischen traten nun antikapitalistische und nationale Forderungen. Die Entwicklung hin zum "Weststaat" bekämpfte die KPD als "Spaltung Deutschlands". Um die elende Lage Westdeutschlands anschaulich zu beschreiben, waren die KPD-Führer nicht zimperlich. Statt von der Bizone sprach die Partei von "Bizonesien". In Bezug auf das geplante Ruhrstatut der Westmächte erklärte der stellvertretende Vorsitzende der KPD Hamburg, Naujoks: "Der Artikel, der den ausländischen Mächten Exterritorialität zusichert, geht noch über die in China im vorigen Jahrhundert eingeführte Kolonialmethode der Vorrechte für bevorzugte Mächte hinaus."

Die Bildung der Bizone war nach Meinung der HVZ auf das Drängen der "westdeutschen Reaktion" und der "Monopolbourgeoisie" zurückzuführen. Die "westdeutsche Monopolbourgeoisie" habe ihre gleichgesinnten "ausländischen Monopolherren" als "Retter in der Not" angerufen und ihnen "im Zuge der Zonenverschmelzung (...) (einen) Großteil der deutschen Industrie ausgeliefert. Damit begann der Ausverkauf

Westdeutschlands und der Versuch, diesen Teil Deutschlands in eine Halbkolonie zu verwandeln." Die HVZ warnte vor der "Illusion", mit der Bildung der Bizone werde sich die wirtschaftliche Situation verbessern. Wir "dürfen bei einer Dollaranleihe von 1 Milliarde unseren Hunger zwischen 1.550 und 2.100 Kalorien in den nächsten zehn Jahren fortsetzen."

Folgt man einem Aufsatz des stellvertretenden KPD-Vorsitzenden Kurt Müller für die Funktionärszeitschrift "Wissen und Tat", dann haben die "Feststellungen" über die Errichtung eines "Kolonialregimes" in der Partei "verschiedene Diskussionen" ausgelöst. Diese Diskussionen seien dabei um die Frage gekreist, ob es sich um "klassische oder moderne Kolonialpolitik" handele. Müller begründete die These vom "Kolonialregime" mit der "Leninschen Theorie" von der ungleichen Entwicklung der kapitalistischen Länder. Demnach gäbe es eine neue Epoche der Kolonialpolitik. Gegenüber "trotzkistischer Kritik" argumentierte die KPD in einem ihrer Bildungshefte: "Die Trotzkisten möchten glauben machen, daß nur rückständige Gebiete als Kolonien zu betrachten seien, während ein hochindustrialiertes Land, wie beispielsweise Deutschland, keine Kolonie sein könne. Als Agenten des USA-Imperialismus versuchen sie zu vertuschen, daß der USA-Imperialismus zur Weltherrschaft greift und sich dabei auch hochindustrialisierte Länder unterwirft und zu seinen Kolonien macht, wie das in Westdeutschland und in Japan geschieht." Verwiesen wurde in diesem Zusammenhang auf den "Hitler-Faschismus", der den Versuch unternommen habe, hochentwickelte kapitalistische Länder in Europa "ihrer natürlichen Selbständigkeit zu berauben und sie zu kolonialen Anhängseln des deutschen Imperialismus" zu machen. Fazit der "Analyse": "Der USA-Imperialismus wandelt heute in den Spuren Hitlers."

Angesichts der Bildung des Wirtschafts- und des Verwaltungsrates in Westdeutschland sprach die KPD von der Notwendigkeit nationalen Widerstands. "Die Kommunistische Partei Deutschlands (...) schlägt die unverzügliche Bildung eines gesamtdeutschen Konsultativrates vor, der die Aufgabe hat, die uns von den Alliierten zugesagte deutsche Zentralverwaltung zu schaffen, Richtlinien für die baldige Wahl einer deutschen Nationalversammlung auszuarbeiten und eine Volksabstimmung durchzuführen, die den unerschütterlichen Willen unseres Volkes zur Einheit Deutschlands bekunden wird."

Statt des von den westlichen Alliierten geplanten Besatzungsstatuts forderte die KPD einen Friedensvertrag für ganz Deutschland. Zu dem von den westdeutschen Ministerpräsidenten auf einer Konferenz in Frankfurt angenommenen Besatzungsstatut erklärte die HVZ: "Es ist eine Fiktion, wenn behauptet wird, daß Westdeutschland eine brauchbare Stufe für das ganze Deutschland sei. Solange die Früchte des Sieges vergrößert werden sollen, d.h., die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt ausgeschaltet und das amerikanische Industrie- und Finanzkapital allumfassender sein soll, solange müssen die regierenden Generäle in Westdeutschland das natürliche Wachstum der gesamtdeutschen Wirtschaft unterbinden."

Die scharfe Kritik der KPD an den Westmächten und ihren westdeutschen Freunden hatte Repressalien zur Folge. Nachdem der KPD-Vorsitzende Reimann im Januar 1949 diejenigen deutschen Politiker, die an der Bildung einer westdeutschen Regierung mitwirkten, mehr oder weniger direkt als Quislinge (7) bezeichnet hatte, wurde er vom britischen Militärgericht in Düsseldorf zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. (8) Zusätzlich zu der Anklage gegen Reimann wurden von der britischen Militärregierung sämtliche Versammlungen der KPD verboten. Der "Fall Reimann" sollte nicht öffentlich diskutiert werden.

Reimann ließ von seiner Polemik nicht ab. Im September 1949 bezeichnete Reimann in einer von Tumulten begleiteten Bundestagsrede die Regierung Adenauer als "koloniale Verwaltungsstelle". Reimann verglich die Regierung Adenauer mit der Brüning- und Papen-Regierung. Nicht diese Regierung und der westdeutsche Staat seien ein "Magnet für das Volk", sondern "die neue demokratische Ordnung der sowjetischen Besatzungszone".

Auf ihrer Solinger Konferenz Anfang März 1949 hob die KPD den besonderen Stellenwert des "nationalen Kampfes" hervor. Reimann erklärte, es sei das erste Mal in der Geschichte, "daß das deutsche Volk, und somit auch unsere Partei (...) einen solchen Kampf um seine nationale Unabhängigkeit führt. (...) Neben der SED in der Ostzone ist unsere Partei die einzige Partei, die heute die nationalen Interessen des deutschen Volkes vertritt, indem sie gegen das Ruhrstatut, gegen das Besatzungsstatut, gegen die Bildung des Weststaates kämpft und den Abschluß eines Friedensvertrages, den Abzug aller Besatzungstruppen und die Bildung einer unabhängigen, geeinten demokratischen Republik fordert."

Während auf der Konferenz einzelne Funktionäre den Standpunkt vertraten, der nationale Widerstand gegen die Spaltung Deutschlands könne nur aus dem Klassenkampf erwachsen (9), reduzierte Reimann den Kampf um die sozialen Interessen auf "ein(en) wesentliche(n) Bestandteil des nationalen Kampfes." Weiter erklärte er: "Die Aktionseinheit des Kampfes für die sozialen Forderungen (ist) der Ausgangspunkt der Einheit im Kampf um die nationale Unabhängigkeit."

Was waren die Ursachen für diese Orientierung? Die Gründung eines Weststaates begann sich immer deutlicher abzuzeichnen. Überparteiliche Bündnisse für die nationale Einheit waren in Westdeutschland gescheitert. Die KPD-Führung war nicht in der Lage, sich dies einzugestehen und Konsequenzen zu ziehen. Nicht mehr die Klassengesellschaft in Westdeutschland stand im Mittelpunkt der KPD-Politik sondern offensichtlich die Forderung der SED bzw. Stalins, mit einer letzten Kraftanstrengung die Weststaatsgründung zu verhindern. Real war maximal eine Behinderung dieses Prozesses möglich. Für eine kommunistische Partei wären auch andere Verhaltensweisen denkbar gewesen.

Marshall-Plan - "Versklavungsplan"

Anfang Juni 1947 entwickelte der US-Außenminister Marshall die Grundzüge eines nach ihm benannten "European Recovery Program" (ERP). Der im April 1948 verabschiedete Marshall-Plan gewährte den US-Partnern in Europa bis 1951 Hilfsleistungen in Form von Lebensmitteln, Rohstoffen, technische Hilfe und Kredite im Werte von 13 Mrd. US-Dollar. Die spätere BRD erhielt 1,7 Mrd. US-Dollar, ihr wurdeb Handelserleichterungen in Westeuropa und die Reduzierung von Reparationszahlungen eingeräumt. (10)(11)

Die Beteiligung der Sowjetunion und der osteuropäischen Staaten wurde zwar formal offengehalten, aber die mit dem Marshall-Plan verbundenen politischen Bedingungen führten zur Ablehnung durch die osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion trotz ihres Interesses an der Hilfe. Nachdem auf der Dreierkonferenz der Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion Ende Juni, Anfang Juli 1947 in Paris keine Einigung über den Marshall-Plan erzielt worden war, erklärte Molotow in einer Abschlußerklärung, es gäbe zwei Arten der internationalen Zusammenarbeit. Die eine Art seien Beziehungen zwischen gleichberechtigten Partnern, die andere Art beruhe auf der dominierenden Stellung einer oder einiger starker Mächte. Diese These mündete zwei Monate später in der von Shdanow auf der Gründungskonferenz der Kominform darlegten These von den "zwei Lagern" in der Welt.

Von der Mehrheit des 2. Parteitages der SPD in Nürnberg (29.6.1947) wurde der Marshall-Plan begrüßt. Einen Monat später bejahte auch der Bundesvorstand des DGB (britische Zone) den Marshall-Plan. SED und KPD lehnten den Marshall-Plan ab. Diese Haltung machte die KPD zum Haßobjekt der Bürgerlichen. In den Medien wurde das Gerücht von einem "Plan M" verbreitet. Nach diesem Plan beabsichtigen die Kommunisten die Machtergreifung an der Ruhr. Zur Stillegung der Bergwerksgruben seien Sabotageakte geplant.

Die KPD suchte für ihre Haltung zum Marshall-Plan Verständnis zu gewinnen. Der Hamburger Gesundheitssenator und KPD-Funktionär Dettmann erklärte im August 1947 in der Hamburger Bürgerschaft, die KPD sei "nicht für politisch bedingte Dollar-, wohl aber für Rohstoff-und Nahrungsmittelkredite." Hartnagel/Sywottek haben darauf hingewiesen, daß sich die Ablehnung des Marshall-Plans durch SED und KPD jeweils unterschied. "Während die SED von vorneherein stärker die politisch-staatliche Komponente als Zielsetzung des Marshall-Plans betonte und immer wieder auf die zu befürchtende Souveränitätsbeschränkung der in Anleihen einbezogenen Staaten hinwies (...), haben die westdeutschen KPD-Verbände dem wirtschaftlichen Aspekt differenziertere Aufmerksamkeit gewidmet und die politischen Vorgänge zuweilen mehr als Konsequenz denn als bestimmende Zielsetzung erscheinen lassen." (12)

Die KPD kritisierte den Marshall-Plan in vier Punkten:

1. Der Marshall-Plan mache "die Entwicklung einer selbständigen und den Lebensbefürfnissen des Volkes gerecht werdenden Wirtschaft unmöglich." Belegt wurde diese These mit der Politik gegenüber der deutschen Kohle. Das Mehr der mit Hilfe des Marshall-Plans geförderten Kohle - so hieß es - solle exportiert werden.

Der Parteivorstand der KPD forderte: "Einer unabhängigen deutschen Friedenswirtschaft muß ein entfalteter Außenhandel nach allen Richtungen hin ermöglicht werden, vor allem mit den Ländern Ost- und Südosteuropas, die einen breiten Bedarf an deutschen Fertigwaren haben und die uns Lebensmittel und Rohstoffe liefern können. Ein diese Grundsätze berücksichtigender deutscher Aufbauplan muß an die Stelle

des ausländischen Versklavungsplanes, ‚Marshall-Hilfe' genannt, treten." Von einer leistungsfähigen deutschen Friedenswirtschaft versprach sich vermutlich auch die SU ökonomischen Vorteil. In den Notizen Piecks über eine Besprechung der SED-Spitze mit Stalin im Januar 1947 heißt es: "Deutschland u. Japan sollen Zugang zum Weltmarkt, weil so Preise niedriger u. Waren besser - ist für Menschheit Gewinn. Ungeteilte Herrschaft Amerikas heißt hohe Preise, schlechte Waren."

Warnendes Beispiel einer Politik, welche die "eigenen nationalen Interessen ausländischen Mächten überantwortet", war nach Meinung der HVZ die Entwicklung im Seeverkehr. Im Oktober 1948 berichtete die Zeitung von Plänen, wonach die Häfen der Niederlande und Belgiens im verstärkten Maße für den westdeutschen Außenhandel "auf Kosten der Häfen Hamburg, Bremen und Emden herangezogen werden sollen". Durch die Umleitung würden 45 Prozent des gesamten Seeverkehrs der deutschen Nordseehäfen in Gefahr gebracht. "Den Bemühungen Hollands und Belgiens" sei, so die HVZ, "ein für uns bedauerlicher Erfolg" zuteil geworden. (13)

2. Die KPD war der Meinung, die USA versuchten mit dem Marshall-Plan einer eigenen Wirtschaftskrise auszuweichen. Der Kapitalismus stehe vor "einer Wirtschaftskrise nie gekannten Ausmaßes." Der Marshall-Plan könne die allgemeine Krise des Kapitalismus jedoch nicht bannen.

Auf die in der KPD aufgeworfene Frage, ob das kapitalistische System einer neuen relativen Stabilisierung, ähnlich der von 1924 entgegengehe, antwortete Reimann Anfang September 1948 vor dem Landesvorstand der Hamburger KPD mit der Feststellung, "daß der Marshall-Plan die gegenwärtige Lage keineswegs wird bannen können. Es machen sich Anzeichen einer neuen zyklischen (...) Krise im Rahmen der allgemeinen Krise des Kapitalismus bemerkbar, so daß dieser keine Aussicht auf eine relative Stabilisierung hat. Im Gegenteil: Ein weiteres Absinken des Lebensstandards des werktätigen Volkes wird die Folge sein."

3. Die KPD stellte fest, der Marshall-Plan sei ein "Versuch, durch die wirtschaftliche Abhängigkeit der europäischen Länder vom Dollarimperialismus eine politische Blockbildung gegen die fortschrittlichen antikapitalistischen Kräfte in der Welt herzustellen."

Im Zusammenhang mit der Blockbildung verwies die HVZ auf die Bedeutung der Handelsströme zwischen Hamburg und dem "östlichen Binnenland": "Auch der größte Optimist vermag nicht auszurechnen, daß der Seeverkehr mit den Marshall-Ländern um so viel vergrößert werden kann, wie der Verlust seines Stückgutumschlages und des Verkehrs aus dem östlichen Binnenland betragen würde."

4. Die KPD erklärte der Marshall-Plan sei der "reaktionäre kapitalistische Versuch", die Nachkriegsprobleme zu lösen. Der Marshall-Plan bedeute das Ende der Sozialisierung.

Abgesehen von der letzte These stellte sich aber bald heraus, daß der Großteil der KPD-Prognosen falsch war. Es kann heute festgestellt werden, daß der Marshall-Plan nicht die von der KPD und anderen behauptete Unterordnung oder Kolonialisierung der westdeutschen Ökonomie unter die Interessen der USA bedeutete, sondern der politischen und ökonomischen Einbindung der westdeutschen Wirtschaft in den vom Dollar beherrschten Weltmarkt diente. (14) Parallel zum Marshall-Plan wurden Nachkriegsauflagen aufgehoben, so wurden alle Sozialisierungsmaßnahmen erst einmal für fünf Jahre aufgeschoben. (15) Die konkrete ökonomische Bedeutung des Marshall-Plans wird heute wie damals reichlich übertrieben. Nach Berechnungen von Abelshauser gelang der Übergang zu anhaltendem und schnellen Wachstum (ab Herbst 1947) "im wesentlichen ohne Hilfe von Außen. Erste ERP-Warenlieferungen kamen ein Jahr später, im Herbst 1948, nach Deutschland." (16) Relativ gute Wirtschaftsergebnisse erreichten in den 50er Jahren nicht nur west- sondern auch osteuropäische Länder mit mehr oder weniger zentral geplanten Wirtschaften. (17) Abelshauser spricht von der Wirksamkeit systemunabhängiger Wachstumsdeterminanten. Entscheidend für den Wachstumsprozeß der westeuropäischen Länder war demnach der kriegsbedingte Produktionsrückgang und ein nachkriegsbedingter Nachfrageüberhang. (18) Der Marshall-Plan hatte in diesem Zusammenhang aber starke politisch-psychologische Bedeutung.

Währungsreform und Berlin-Krise

Am 20. Juni 1948 erließen die Westmächte verschiedene Gesetze zu einer Währungsreform. Sachvermögen (Grundstücke, Fabriken, Vorräte etc.), aber auch Aktien und andere Geschäftsanteile behielten ihren Wert.

Jeder Bürger bekam pro Kopf ein "Startkapital" von 40 D- Mark. Die heute offiziell allgemein gefeierte Währungsreform ließ damals aber erst einmal die Preise und die Zahl der Arbeitslosen rapide ansteigen.

Angesichts der sozialen Auswirkungen der Währungsreform (19) gab es anfangs weit über die KPD hinausreichende Protestaktivitäten. Die Gewerkschaften riefen für den 12. November 1948 zu einem 24-stündigen "Demonstrations- und Generalstreik" auf. Dieser Streik zeigte trotz großer Beteiligung (20) politisch keine Wirkung. (21) In der HVZ hieß es, der Generalstreik sei "eine notwendige und richtige Maßnahme, vorausgesetzt daß jetzt weitere Schritte unternommen werden."

Die angesichts der Preisentwicklung von "gewissen Elementen" ausgegebene Losung eines Käuferstreiks lehnte die KPD ab. Mit dieser Losung werde versucht, "die wachsende Unzufriedenheit der werktätigen Käufer von den wirklich Schuldigen abzulenken." (HVZ) Noch eineinhalb Wochen vorher titelte die HVZ: "Aktion gegen den Preisskandal auf dem Hamburger Gemüsemarkt". Die Zeitung berichtete über einen 100prozentig befolgten Streikaufruf der Einzelhändler. In Folge des Streiks seien die Preise der Großhändler um bis zu 50% gegenüber den Preisen des Vortages herabgesetzt worden.

Politisch bedeutete die Währungsreform die entgültige Spaltung Deutschlands. Die HVZ forderte, daß "die Währungsreform in ganz Deutschland gleichzeitig zur Anwendung kommt. Im gegenteiligen Fall würden sich Ost und Westdeutschland wie im Auslandsverhältnis befinden." Wenige Tage vor dem "Tag X" hieß es in der HVZ, die "separate westdeutsche Währungsreform" sei "das Siegel auf die Zerreißungsurkunde" der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz. Der SED-Parteivorstand drohte im ND: "Es wird die Zeit kommen, wo die große demokratische Volksbewegung unter Führung des Deutschen Volksrates der Protektoratsregierung in Frankfurt ein Ende bereiten wird."

Drei Tage vor der Währungsreform hatte Marshall Sokolowski die Bereitschaft der Sowjetunion zum Ausdruck gebracht, "an allen Maßnahmen teilzunehmen, um eine Währungsreform auf Viermächtebasis zu ermöglichen." (22) Mit Wirkung vom 19. Juni 1948 sperrte die sowjetische Militärverwaltung den Personenverkehr zwischen der SBZ und den Westzonen sowie zwischen den Westzonen und Berlin. Die Regierung der Sowjetunion begründete ihre Maßnahme mit der "Durchführung einer separaten Währungsreform" und der "Einführung einer besonderen Währung in den westlichen Sektoren Berlins". Dadurch bestehe "die Gefahr einer Zerstörung des normalen Wirtschaftslebens in der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin". Die sowjetische Militärverwaltung erklärte, Berlin sei wirtschaftlich ein Teil der SBZ.

Am 23. Juni 1948 ordneten die Westmächte die Einführung der D-Mark (West) in den Westsektoren der Stadt an. Am 24. Juni 1948 wurde in der SBZ und dem östlichen Teil Berlins ebenfalls eine Währungsreform durchgeführt. Die sowjetische Militärverwaltung ordnete "die Einführung der neuen Ostzonenwährung auch in den westlichen Sektoren Berlins an" (HVZ). Die HVZ titelte: "Währungs-Chaos in Berlin". Die "Sicherungsmaßnahmen" der sowjetischen Militärregierung in und um Berlin wurden von der HVZ verteidigt. Die Zeitung prognostizierte, die Einführung der D-Mark in Berlin würde eine "Abschnürung Berlins von der Ostzone" und "den vollkommenen wirtschaftlichen Zusammenbruch der Stadt" herbeiführen.

In Ergänzung ihrer Maßnahmen vom 19. Juni veranlaßte die sowjetische Militärregierung in der Nacht des 23. Juni die zeitweilige Einstellung des gesamten Güterverkehrs zwischen den Westzonen und Berlin. Daraufhin wurde von den westlichen Alliierten eine Luftbrücke eingerichtet. Nach Badstübner/Thomas wurden durch die Luftbrücke 15-20% des Berliner Gesamtbedarfs gedeckt.

Die HVZ berichtete über eine Zusicherung der sowjetischen Regierung vom 14. Juli, sie werde die Versorgung für ganz Berlin gewährleisten. Außerdem hätte die sowjetische Regierung erklärt, jeder Berliner könne für das Geld der SBZ Nahrungsmittel im Sowjetsektor der Stadt kaufen. Die HVZ verwies außerdem darauf, daß die "verantwortlichen Vertreter der westlichen Militärregierungen" erklärt hätten, "die Versorgung Berlins mit Lebensmitteln (sei) bis zum 1. September d.J. gesichert." Nach Badstübner/Thomas wurden die Einwohner der Westsektoren Berlins von den westlichen Besatzungsbehörden und Westberliner Dienststellen daran gehindert, im sowjetischen Sektor gegen D-Mark (Ost) Lebensmittel zu kaufen. (23)

Die Blockade von Berlin wurde am 12. Mai 1949 wieder aufgehoben.

Anfang Dezember 1948 fanden in den Berliner Westsektoren Wahlen statt, die die Zustimmung der Westberliner gegenüber der Westpolitik überdeutlich manifestierten. Nach einem Bericht der HVZ waren die Wahlen "durch Fälschungen, Verstöße gegen die Wahlordnung und Verfolgung aller derjenigen gekennzeichnet, die eine Beteiligung ablehnten." In einem Kommentar hieß es, "wie unter Hitler" hätten sich "hunderttausende Berliner mit ihrer Stimmabgabe für die Spalterparteien, für fremde Interessen mißbrauchen lassen." Die Mehrheit der Berliner in den Westsektoren habe - so die HVZ - noch nicht erkannt, daß die Politik des "in- und ausländischen Monopolkapitals (...) ihren eigenen Untergang bedeutet und am Ende nur zum Kriege führen kann."

Die Wahlen hätten gezeigt, daß "sich große Teile des deutschen Volkes von der Naziideologie noch nicht freigemacht haben." Ähnlich kommentierte die HVZ den Ausgang der Kommunalwahlen am 17. Oktober 1948 in Nordrhein-Westfalen. Während die KPD bei den Landtagswahlen am 20. April 1947 noch 14% der Stimmen bekommen hatte, waren es bei den Kommunalwahlen 1948 nur noch 8,02%. Die HVZ sprach von einer "rückläufige(n) Entwicklung der ‚demokratischen Umbildung des deutschen Volkes'". Die "Hauptursache für die augenblickliche politische Verfassung Westdeutschlands" sei "die mit den gemeinsten und rücksichtslosesten Mitteln in Szene gesetzte Antikommunistenhetze." Dabei würde "die berechtigte Abneigung der Mehrheit des deutschen Volkes vor einer Wiederholung nazistischer Zwangsmethoden" benutzt, um "die Kommunisten zu diffamieren und ihnen ‚totalitäre Machtgelüste' zu unterschieben."

Der Traum von einem erneuerten, friedliebenden und vereinigten Deutschland war ausgeträumt, die KPD war in die politische Isolierung geraten.

uh

(Der zweite Teil in ak 334 wird sich mit folgenden Themen befassen: KPD und deutsche Grenzen, Neuorientierung der KPD 1948, Kampagne für den deutschen Volkskongreß, KPD und - ehemalige - Nazis)

Quellen/Anmerkungen:

Für diese Untersuchung wurden insbesondere die "Hamburger Volkszeitung" (Jahrgänge 1946- 49) sowie andere KPD- und SED-Quellen ausgewertet. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurde darauf verzichtet, die Quellen jeweils im einzelnen zu belegen.

1) ms.: Für ein entmilitarisiertes Großdeutschland?, ak 314, 8.1.90, S. 21

2) ms. (für die Zeit nach 1945) ebd.; Hr. (für die Zeit nach 1918): National-Kommunismus, konkret 12/90.

3) National-Kommunismus, a.a.O., S. 53

4) Ebd.

5) Vgl. Historische Kommission der PDS: Thesen zur Programmtatik der PDS, ND, 22.5.91

6) Die britische Besatzungsmacht vergab Lizenzen u.a. an Personengruppen, die von einer Partei vorgeschlagen wurden. Die HVZ war eine der vielen Regionalzeitungen der KPD. Erst ab September 1949 verfügte die KPD über ein Zentralorgan.

7) Der norwegische Faschistenführer V. Quisling hatte im zweiten Weltkrieg mit der Besatzungsmacht kollaboriert.

8) Reimann wurde am 1.2.49 verhaftet. Mitte Februar wurde ihm ein "Strafaufschub" gewährt, um ihm eine Weiterarbeit in Bonn zu ermöglichen.

9) Vgl. Michael Klein: Antifaschistische Demokratie und nationaler Befreiungskampf, Diss., Westberlin 1986, S. 93

10) Vgl. Manfred Knapp: Das Deutschlandproblem und die Ursprünge des Europäischen Wiederaufbauprogramms, in: Othmar Nikola Haberl/Lutz Niethammer (Hrsg.): Der Marshall-Plan und die europäische Linke (im Folgenden zitiert als: Der Marshall-Plan), Frankfurt/M. 1986, S. 44

11) John Gimbel: Die Entstehung des Marshall-Plans, in: Othmar Nikola Haberl/Lutz Niethammer (Hrsg.): Der Marshall-Plan, a.a.O., S. 33

12) Hartnagel/Sywottek: KPD, SED und der Marshall-Plan, in: Der Marshall-Plan, a.a.O., S. 242

13) Im November 1948 erschien eine Beilage der HVZ zur deutschen Seeschiffahrt unter dem Titel "Laßt deutsche Schiffe wieder auf die Weltmeere!" (HVZ, 13./14.11.48)

14) Siehe Werner Abelshauser: Westeuropa vor dem Marshall-Plan, in: Haberl/Niethammer: Der Marshall-Plan, a.a.O., S. 126

15) Ebd., S. 118

16) Ebd., S. 119

17) Vgl. ebd., S. 101

18) Vgl. Barbara Mettler-Meibom: Über das Verhältnis von Ökonomie und Politik beim Marshall-Plan, Koreferat zu W. Abelshauser, in: Haberl/Niethammer: Der Marshall-Plan, a.a.O., S. 133

19) In der britischen Zone stieg die Zahl der Arbeitslosen vom Mai 1948 bis zum Juli 1948 um 44 Prozent.

20) Von den insgesamt 11,7 Millionen Beschäftigten der Bizone beteiligten sich 9,25 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter, indem sie zuhause blieben.

21) In Verhandlungen zwischen der Gewerkschaftsführung und Militärregierungen der Bizone war ausgehandelt worden, daß die Militärregierungen keinen Einspruch gegen die geplante Arbeitsruhe erheben würden. Vgl. Michael Wildt: Der Traum vom Sattwerden. Hunger und Protest, Schwarzmarkt und Selbsthilfe, Hamburg 1986, S. 71

22) Rolf Badstübner/Siegfried Thomas: Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945-1955, Köln 1975, S. 320

23) Vgl. Badstübner/Thomas: Restauration und Spaltung, a.a.O., S. 321 f.

38. Freiburg hat was - alle suchen. Der Antisemitismus-Streit im Radio Dreyeckland

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:37

"Für RDL gibts zwei Verpflichtungen: Daß es radikale Kritik an Israel geben muß im Radio, daß aber gleichzeitig Antisemitismus keine Meinung in RDL sein kann und Antisemitismus, der in Antizionismus umschlägt, bekämpft werden muß"

Ein RDL-Redakteur auf dem Plenum am 31. Juli 1991

Daß es einen linken Antisemitismus gibt, wird seit den Auseinandersetzungen um das Engagement für oder gegen den Golf- Krieg in Deutschland nicht mehr als beunruhigende Möglichkeit diskutiert, sondern nüchtern konstatiert. Merkwürdig daran allerdings ist, daß die neue Gewißheit den linken Lauf der Dinge nicht weiter zu stören scheint: Wurde früher, um keine Konsequenzen ziehen zu müssen, geleugnet, daß es einen Antisemitismus in der Linken überhaupt gibt, scheint es heute für den gleichen Zweck erfolgreicher, ihn einfach zuzugeben. Denn wer, als sei das routiniert abgespulte Eingeständnis schon Auseinandersetzung genug, danach nicht gelassen zur Tagesordnung übergehen will, wird rüde in die Schranken verwiesen: "Daß man in dieser Situation (Golfkrieg) zentral den linken Antisemitismus thematisiert hat, war nicht nur daneben, sondern eine politische Desorientierung." (hr. in ak 332) Nebenwidersprüche im Krieg zu diskutieren - ein klarer Fall von Klassenverrat.

Konterrevolutionsverschärfend kommt dazu, daß nicht einmal eine "neue Entwicklung" zu verzeichnen gewesen ist: "Auch der bislang krasseste Fall (von "wirklichem und vermeintlichem Antisemitismus", Anm. d. AutorInnen) beim Radio Dreyeckland bestätigt Gewußtes und befördert nichts Neues, drückt keine neue Qualität aus, die ihre Ursache im Golfkrieg hat".

Das mag richtig sein, aber was soll es heißen? Welche Auseinandersetzungen und Erkenntnisse hat es denn in linken Gruppen und Fraktionen über die "alte" Qualität des Antisemitismus gegeben? Und reicht dessen Bedrohlichkeit nicht aus, ihn jetzt, wenn es früher denn nicht getan wurde, zu einem zentralen Thema zu machen?

Der Golfkrieg ist seit Monaten vorbei, die Phase der politischen Desorientierung nähert sich ihrem Ende, das Projekt der "theoretischen als auch politischen Definition des Antisemitismus und ihre Scheidung von unmittelbarer politischer Interessenlage" (hr.) ist kein Stück vorangekommen. Wir nähern uns Freiburg: Auf der Suche nach dem bislang krassesten Fall des Gewußten. Den KONKRET-Artikel über "Radioten im Dreyeckland" (7/91) im Handgepäck, zwei Dokumentationen von Radio Dreyeckland im Rucksack, die Cassette mit der umstrittenen "Debatte Israel-Palästina und die BRD" im Walkman und dicken Notizbüchern in den Händen.

Was ist passiert?

Im links-alternativen Sender Radio Dreyeckland in Freiburg, seit Ende 1988 auf Sendung, wurden im Verlauf des Golf- Kriegs die gleichen Debatten wie überall in der atomisierten bundesdeutschen Linken geführt. Interviews mit Nahost-ExpertInnen informierten über die Lage im Kriegsgebiet, Lageeinschätzungen aus Jordanien, Kurdistan wechselten sich mit Telefonberichten aus Kairo und Amman ab, mensch beschäftigte sich mit den ökologischen Folgen der Bombardements und mit "Propagandabegriffen wie ‚jihad' und ‚Nahost'". Lediglich im aktuellen, täglich gesendeten "Info" kamen, wenigstens im Januar, mit Joachim Bruhn und Studiogästen aus Israel auch mal KritikerInnen des mainstreams der deutschen Friedensbewegung zu Wort. In den zahlreichen Sondersendungen allerdings wurden die Angriffe auf Israel geflissentlich übergangen, als einzige Israelin wurde hier im Februar mit Felicia Langer nur eine Unterstützerin des deutschen Antizionismus befragt, ansonsten gab es nur noch ein Interview mit einer Vertreterin des "Deutschen-Israelischen Arbeitskreise für Frieden im Nahen Osten".

Am 17. März wollte die mittlerweile eingerichtete (und heute aufgelöste) "Hintergründe des Golf-Kriegs"-Redaktion das Thema "Israel-Palästina und die BRD" umfassend abhandeln. Dafür war eine Vorbereitungssendung und eine zweiteilige, jeweils anderthalb Stunden lange Debatten-Sendung angesetzt.

Als TeilnehmerInnen waren der Freiburger Physiker Prof. Helmut Spehl, der in der Schweiz lebende, antizionistische Israeli Shraga Elam, zwei Vertreter aus der Anti-Kriegs-Bewegung und Vertreter der "Hintergründe"-Redaktion gekommen. VertreterInnen von dezidiert pro-israelischen Gruppen waren zwar eingeladen worden, hatten aber, Angaben der "Hintergründe"-Redaktion zufolge, aus Zeitgründen oder wegen Mikrofon-Angst abgesagt - damit hat sich die "Hintergründe" - Redaktion dann aber auch ohne großes Nachdenken abgefunden.

Erst nach der zweiten Debatten-Sendung am 24. März kam es zum Eklat. Professor Helmut Spehl wurde aufgrund seiner Schriften (z.B. "Die Fortzeugung des Behemoth") als Antisemit bezeichnet, RDL wegen seiner Einladung scharf kritisiert. Am 11. Mai besetzten, geduldet vom gerade tagenden Redaktionsplenum, KritikerInnen das Radio und verteilten eine von etlichen Freiburger Gruppen und Projekten (darunter Buchladen Jos Fritz, Autonome Studis, Initiative Sozialistisches Forum - ISF und das Archiv für soziale Bewegungen) unterzeichnete Erklärung: "Schluß mit der Verbreitung antisemitischer Stereotypen auf 102,3 Megahertz". Auf der Mitgliederversammlung am 15. Mai wurde aufgrund des Drucks der KritikerInnen der Beschluß gefasst: "Die Mitgliederversammlung stellt fest, daß im Programm von RDL Antisemitismus keine legitime Meinung, die zur Diskussion gestellt wird, ist. - 31 Ja, 2 Nein, 5 Enthaltungen - Die Mitgliederversammlung stellt fest, daß es eine Aufgabe von RDL ist, den Antisemitismus und den Antizionismus, der in Antisemitismus umkippt, in RDL und in der Linken allgemein zu bekämpfen. - 30 Ja, 0 Nein, 8 Enthaltungen - ... ". Dieser Beschluß wurde eine Woche später vom Redaktionsplenum übernommen.

In diesen Wochen gingen sowohl Sendungen der KritikerInnen, als auch der "Hintergründe"-Redaktion über den Äther. Der Streit spitzte sich zu: Ein Teil der KritikerInnen forderte Mikrofonverbot für die "Hintergründe"-Redaktion und erklärte gegenüber der "Badischen Zeitung": "Lieber gar kein Radio als ein antisemitisches". In der radiointernen Diskussion stritten sich die verschiedenen Fraktionen vor allem über die Frage, ob Spehl nun Antisemit sei oder nicht. Am 17. Juli beschloß ein schwach besuchtes Redaktionsplenum aufgrund der anhaltenden Differenzen: "1. Die Gesamtredaktion sieht derzeit durch die Mitglieder der ehemaligen Redaktion ‚Hintergründe des Golfkriegs' (die bestreiten, daß die in Frage stehenden Schriften Spehls systematisch antisemitische Stereotypen verwenden ...) nicht gewährleistet, daß die Beschlüsse der MV des Freundeskreises vom 15.5.1991 und der Redaktion vom 22.5.1991 im RDL-Programm adäquat umgesetzt werden. 2. Sie suspendiert deshalb diese Redakteur/innen von der Veranstaltung eigenverantworteter Beiträge zu den Themen Israel-Palästina und Zionismus/Antizionismus ..." Der Beschluß, das wurde ergänzt, sollte auf keinen Fall als Mikrofon-Verbot verstanden werden, die betroffenen RedakteurInnen sollten weiterhin nach Absprache mit anderen verantwortlichen RedakteurInnen Beiträge senden können. Dieser Beschluß wurde aus formalen Gründen nicht in Kraft gesetzt und am 31. Juli auf einem erneuten Redaktionsplenum nach einer Selbstkritik der "Hintergründe"-Redaktion (siehe Chronologie) zurückgezogen.

Reden, schreiben, intervenieren

Die am 15. Mai gesendete Kritik der "Hintergründe"-Redaktion an Prof. Spehl, dem nunmehr ein "kleinbürgerliches Politik- und Geschichtsverständnis", das dem "reaktionären Denken in die Hände spielt" (zitiert nach RDL-Materialiensammlung, S. 6) attestiert wurde (aber noch kein "Antisemitismus"), bezieht sich nur auf seine veröffentlichten Bücher "Die Fortzeugung des Behemoth" und "Allgewalt des Holocaust", die sie bislang leider nur über eine Fußnote in einem Aufsatz in den "Blättern des iz3w" gekannt hätten. Diese Beschränkung ist erstaunlich, denn Spehls live-Auftritt in der Sendung war der Skandal und um sein Denken und Reden als antisemitisch (und sein Auftreten als extrem patriarchalisch) kritisieren zu können, reichten seine Tiraden übers Mikrophon, die von der Diskussionsrunde im Studio über Stunden hingenommen wurden, bei weitem aus.

Am Sonntag, dem 24. März 1991 (nur diese Sendung konnten wir auf Cassette hören müssen) belehrte Spehl die "Hörer und Kollegen" (die Frauen durften also glücklicherweise abschalten) über die "Allgewalt des Holocaust". Seine Beiträge waren regelmäßig doppelt bis dreifach so lang wie die der anderen ausschließlich männlichen Teilnehmer. Die antisemitischen Thesen und nicht endenwollenden Zitate aus seinem, wie er stolz feststellte 10.000 Karteikarten umfassenden, über 25 Jahre lang gepflegten "auf tiefer Kenntnis beruhenden" Archiv, das ein ganzes Zimmer seiner Wohnung füllt, und mühsam aus dem Hebräischen übersetzt wurde, gingen ohne größere Unterbrechung über den Sender und regten die Studiogäste statt zur einen oder anderen Ohrfeige lediglich zu neugierigen Nachfragen und ernsthaften Gegenargumenten an. Spehl konnte

räsonnieren: "Ob wir in Israel schon bei 1933, 34 oder 37 sind, ist streitbar, aber es wird schlimmer, immer schlimmer!" Nachdem der wissenschaftlich beschlagene Experte anderthalb Stunden die Politik Israels in immer neuen Variationen mit der der deutschen Nationalsozialisten verglichen hatte, erfolgte immerhin, höflich formuliert, die Zwischenfrage, ob er das Verhalten der Israelis gegenüber den Palästinensern denn etwa mit der NS-Judenpolitik gleichsetzen wolle. "Ja!" hob der Professor an und die Veranstaltung nahm ihren weiteren Lauf. Kurz darauf überraschte Spehl mit seiner, er ist Physiker, Erkenntnismethode "komplexe Vorgänge numerisch zu quantifizieren" um eine "Maßzahl" zu finden, "für das, was uns näher liegt, die Solidarität mit den Palästinensern oder der Gemeinsinn, den Juden einen Zufluchtsort zu schenken". Nun haben zwar wir Deutschen niemandem einen Zufluchtsort geschenkt und schon gar nicht den Juden Israel - die Maßzahl aber heißt: "5": "So bin ich auf die Erkenntnis gekommen, daß wir uns wie eine Art 5. Kolonne des Zionismus bewährt haben." Auf der Suche nach einer (End)-Lösung der aus diesem falschen Engagement resultierenden Fehler beklagt er, viele hätten einen "vollen Kopf und leeres Herz". Lassen wir davon ab, die beklagenswerte Zitatensammlung des deutschen Physikers mit dem leeren Kopf und dem vollem Herzen weiter zu dokumentieren. Für die linke Auseinandersetzung ist zweifelsohne interessanter, was eigentlich die Herzen und Köpfe derjenigen füllt, die dem antisemitischen Patriarchen live mit linksradikalen Bücklingen begegnen, und ihn erst und auch dann nur mit Mühe als solchen erkennen, wenn sie sich durch seine Bücher (hoffentlich) gequält haben.

Was ist eigentlich "Antisemitismus"?

Viel Platz und Raum hat in der Freiburger Kontroverse die Frage eingenommen, die auch sonst, geht es denn mal wirklich ans Eingemachte, in putativer Ahnungslosigkeit gern gestellt wird: "Was verstehst Du/Ihr eigentlich unter Antisemitismus?". Kombiniert wird diese Frage vorzugsweise mit der Aufforderung eine "sachliche Debatte" über Antisemitismus zu führen bzw. mit dem Verbot, jemanden als Antisemiten zu bezeichnen, weil das Zensur sei und ein Denkverbot. GenossInnen, die umstandlos auf Demos ihr "USA-SA-SS" skandieren und wenig Probleme haben (oder zumindest in der Vergangenheit hatten), Israel mit dem Apartheid-Regime in Südafrika gleichzusetzen und beides unter der Rubrik "Faschismus" zu summieren, befleißigen sich einer geradezu vornehm zu nennenden Zurückhaltung und beweisen äußerstes Differenzierungsvermögen, wenn eineR als "Antisemit" etikettiert wird. So auch in Freiburg, wo Solidaritätsadressen mit einmütigem Tenor eingingen: "Keine Zensur an linken Medien gegen die antiimperialistische Solidarität!" (Radio LoRA/Zürich) oder "Wer den Rest der Welt mit Begriffen wie ‚Antisemit' belegt, versucht allen anderen einen politischen Maulkorb zu verpassen..." (Stadtteilinitiative Stühlinger).

Tatsächlich ist der Antisemitismus-Vorwurf während des Golf-Kriegs und danach inflationär erhoben (und ebenso routiniert abgewehrt) worden. Nicht jede israelkritische Äußerung ist antisemitisch, nicht jeder antizionistische Artikel und nicht jede Attacke gegen die Initiative Sozialistisches Forum. Die Qualifizierung von RDL als "antisemitisches Radio" verkennt nicht nur die Auseinandersetzung, die dort, in wie bürokratischen Bahnen auch immer, geführt wurde und die Kritik, die sich in den Beschlüssen des Radios an der "Hintergründe"-Redaktion niederschlägt, sie verwischt auch den Unterschied zwischen den entschlossenen JudenfeindInnen, gegen deren oft genug aktionistisches Ressentiment jedes Argument vergebens ist, und den IsraelgegnerInnen, die ihre Positionen zu verändern bereit sind (und es gerade in der aktuellen Auseinandersetzung auch getan haben). Die Initiative Sozialistisches Forum und ihr Mentor Joachim Bruhns müssen sich vorwerfen lassen, um der publikumswirksameren Entschlossenheit willen, sich eine schreckliche Realität ("antisemitisches Radio") konstruiert zu haben.

Das ist kein Plädoyer für einen sanften Umgang mit Positionen, wie sie in den gewundenen Formulierungen z.B. der "Hintergründe"-Redaktion zum Ausdruck kommen. Politisch seit Jahren in der revolutionären Linken aktive Menschen, die sich erst nach Wochen zu der zähneknirschenden Selbstkritik ("Wenn ich mich auf die Texte ‚Behemoth' und ‚Allgewalt des Holocaust' beziehe, möchte ich die Feststellung treffen, daß dort ein Weltbild anzutreffen ist, was dem, was hier als Antisemitismus bezeichnet wird, entspricht.") durchringen können und im Gespräch entschuldigend darauf verweisen, mensch habe sich mit "dem Thema" eben noch nicht genug beschäftigt und die Wirkungen des Antisemitismus hierzulande unterschätzt, müssen in Kauf nehmen, daß die solidarische Kritik auch mal etwas rüder ausfallen kann.

Daß nicht einfühlsames Verständnis fürs Ressentiment, dringliches Bitten, kluges Beratschlagen und zurückhaltende Kritik eine in ihrem traditionalistischen Sprach- und Denkvermögen erstarrte Linke zum Wechseln der Richtung bewegen kann, sondern rücksichtslose Konfrontation, lehren die Erfahrungen der

Frauenbewegung (das die Behindertenbewegung sehr viel weniger erfolgreich war, liegt nicht am falschen Konzept, sondern am Minderheitenstatus, sagt also mehr über die Borniertheit der Linken aus, und läßt keine allzugroßen Hoffnungen für den Antisemitismus-Streit aufkommen). Die Vorstellung, daß nach einer zweistündigen Tirade im Radio über sexuelle Gewalt am Arbeitsplatz, die letztenendes von Frauen aufgrund ihrer Kleidung provoziert worden wäre, die Nachfolge-Debatte über die Frage "Ist das Sexismus?" entbrennt, scheint einigermaßen absurd (wenngleich mensch der Linken manchmal fast alles zuzutrauen bereit ist ...). Einen solchen Studiogast noch während der Sendung rauszuschmeißen, bedarf keiner konsensfähigen Definition dessen, was "Sexismus" ist: daß Ressentiment und Diskriminierung sich nicht in eindeutig definierbaren Formen äußert, daß es sich dabei nicht um ein akademisches, sondern um ein praktisches Problem handelt, dem nicht in erster Linie mit Arbeitsgruppen, sondern mit Aktionen abzuhelfen ist, scheint hier so selbstverständlich, wie es in der Antisemitismus-Debatte umstritten ist.

Die Forderung nach einer Definition von Antisemitismus und die Vorstellung, daß als "antisemitisch" nur kritisiert und angegangen werden dürfe, was "allgemein" als antisemitisch anerkannt ist, entspringt, das verdeutlicht der Ablauf der Auseinandersetzungen, nicht dem unbedingten Bemühen, auf gar keinen Fall einer antijüdischen Stimmung Vorschub zu leisten, sondern der Sehnsucht danach, ohne Kritik befürchten zu müssen, gegen Israel Front machen zu können. Gesucht wird der Kriterienkatalog, der berücksichtigt werden muß, will mensch sich absichern. Da es ihn nicht geben kann, nutzt mensch die Chance, sich hinter der vermeintlichen Unklarheit der Begriffe zu verschanzen.

"Was ist eigentlich Antisemitismus?" fragen die deutschen ExpertInnen und lassen sich dann in ihren Traktaten, Sondersendungen und Papieren stunden- und seitenlang über das Wesen des Zionismus, seine seit fast ewigen Zeiten gleichen Ziele und Pläne aus, referieren über die Probleme des Nahen Ostens und die Politik des Staates Israel - gerade so, als ob das eine auch nur irgendetwas mit dem anderen zu tun hätte. "Antisemitismus, die Abneigung und Feindseligkeit gegen Juden" definiert das dtv-Lexikon schlicht, einfach und überzeugend. Es ist das Einfache, was schwer zu bekämpfen ist.

Und was hat das mit Radio zu tun?

Aber bekämpfen wofür? Und wen? Die "Initiative Sozialistisches Forum", die sich selbst nach der von einem lockeren Bündnis unterstützten Frequenzbesetzung an die Spitze des Widerstands gegen das "antisemitische Radio" setzte, rückte nicht den Antisemiten Spehl ins Visier der Kritik. Sie stellte auch keine Fragen an die Universität (immerhin Arbeitgeberin des Hobby-Judenforschers) und an die Bibliothek, die seine Bücher kommentarlos im Katalog und im Bestand führt. Sie stellte "Radio Dreyeckland" zur Disposition. Und stürzte sich mit einer Vehemenz auf die (hier vernachlässigten) heimatpolitischen Verwicklungen des Konflikts im Breisgau, daß der Verdacht naheliegt, daß die "Israel-Debatte" den Pohrt imitierenden ISF-Stilisten den willkommenen Anlaß bot, alte Fehden zu einem vorläufigen Ende führen zu können. Radio Dreyeckland bot in diesem Sinne nur die Frequenz zum Zweck.

Schlimm genug und selber schuld. Wehleidigkeit ist fehl am Platz. Aber Siegerstolz auch. Die sich über Monate ziehende Diskussion im Radio hat leider keine sinnvollen Handlungsperspektiven eröffnet - der Antrag, ein vorläufiges Mikrofonverbot zu erteilen, mag zwar als Notmaßnahme durchgehen, eine zukunftsträchtige Intervention ist er genausowenig wie der Versuch einen "Fünf-Paragraphen-Katalog" - in dem Selbstverständlichkeiten ("In RDL dürfen bei der Kritik Israels keine Analogien zum Nazifaschismus gezogen werden") mit Aller- weltserkenntnissen ("Jede Kritik von Deutschen ... hat Israel als einen bürgerlich-kapitalistischen Staat zu begreifen, der unter besonderen Bedingungen entstanden ist ...") und purem Unfug ("Bei der Kritik an den ... Verhältnissen im Nahen Osten darf Israel nicht hervorgehoben werden") vermengt sind - zur Vorbeugung von Antisemitismen zu verabschieden (jaja, so wars natürlich nicht gemeint, besser wird die Initiative, auf Radiobürokratismus bürokratisch zu reagieren, auch nicht).

Die ersten HörerInnenversammlungen aus Anlaß der skandalösen Debatten waren mit 100-120 Leuten besser besucht als sonst, auch die Zahl der abzustimmenden Anträge und die Fülle von Diskussionspapieren ließ auf reges Interesse schließen. Es wurden in der Folge alle Register der verfügbaren Struktur gezogen, die "Kriegsparteien" haben sich schnell und jeweils auf der Seite des Grabens, auf der es zu erwarten war, eingebunkert. Die "militante Aufklärung", die das ISF sich zu betreiben rühmt, versackte im Stellungskrieg. Die Feld-Herren führten, auf allen Seiten, das Wort und das allgemeine Engagement ermattete (von den BündnispartnerInnen, die das BesetzerInnen- Flugblatt unterzeichnet hatten blieben wohl auch wegen der

Form, in der dieser Konflikt ausgetragen wurde, kaum welche aktiv dabei). Sofort nach Eröffnung der offiziellen Feindseligkeiten hatten sich die HauptakteurInnen - die "Hintergründe"-Redaktion und die BesetzerInnen - wie selbstverständlich und unabhängig voneinander darauf verständigt, nicht miteinander diskutieren zu wollen. An die Stelle der direkten Konfrontation trat der Medien-Schlagabtausch. Die einen hatten den Sender, die anderen bedienten sich der überregionalen KONKRET und der "Badischen Zeitung".

Die anderen Radio-MacherInnen redeten zwar mit den BesetzerInnen und schrieben sich gegenseitig Papiere - aber mehr aneinander vorbei, mehr mit dem Ziel, den eigenen Befund zu bestätigen, als mit dem Ziel das Vorgefundene zu verändern.

RDL selber wurde durch den Handlungsdruck von außen und die verschiedenen Interessengruppen innerhalb des Projektes, zum Objekt des Streits, es gelang den Radioleuten nicht, eine eigene Initiative zu ergreifen, um die Ebene der Geschäftsordnungsanträgen und Besetzererklärungen zu verlassen. Der "Antisemitismus"-Streit verwandelte sich schnell zum schwer entwirrbaren Szene-Knatsch, die Termine waren wieder schlecht besucht, die aus den Versammlungen gebildeten Arbeitsgruppen (bezeichnenderweise zu den Themen "Zionismus" und "Positionen von Heim, Aly zur ‚Ökonomie der Endlösung'") setzen sich vorwiegend aus radio-externen Leuten zusammen. Ein Großteil derer, die regelmäßig Sendungen machen, war auf den Plena- und AG-Terminen nur noch selten anzutreffen.

Die Frage, ob in einer derartigen Krisensituation der Sender zur Klärung grundsätzlicher Fragen nicht besser vorübergehend abgestellt werden darf, um dem täglichen Produktionsdruck zu entgehen und Raum für die Auseinandersetzung zu haben, war tabu. Genausowenig kam in Frage, aufgrund des Streits das Programm komplett umzustellen und den "Antisemitismus in Deutschland" im Sender zu dem zentralen Thema zu machen, das es faktisch war. Es fehlte offensichtlich die Bereitschaft und die Phantasie, wie die feste tägliche Sendestruktur aufzubrechen wäre - GesprächspartnerInnen, Interessierte, Sendematerial und engagierte Positionen hätte es dabei genug gegeben. Aber nicht einmal versuchsweise wurden Erfahrungen und Leute von außerhalb der eigenen engen Szene an der Auseinandersetzung beteiligt. Ein auf Initiative der BesetzerInnen gesendetes, jahrealtes WDR(!)-Interview mit Detlev Claussen war schon die Perle im Programm.

Der Verweis auf "ehrenamtliche Arbeit", im Rahmen derer nicht alle RedakteurInnen neben der Sendetätigkeit auch noch monatelang über Antisemitismus diskutieren können, spricht nur dafür, dann die Sendetätigkeit vorübergehend einzustellen oder die Antisemitismus-Diskussion in sie zu integrieren. Im übrigen sind nicht alle MitarbeiterInnen von RDL ehrenamtlich tätig - und tatsächlich waren einige der Bezahlten federführend an der Diskussion beteiligt. Gegen den Verdacht, daß dieser "harte Kern" die Position von RDL bestimme (ihre Position also auch als die von RDL genommen werden muß), wird allerdings sofort eingewandt, daß alle RedakteurInnen im Radio gleichberechtigt sind, mithin nicht so genau gesagt werden könne, wer Radio Dreyeckland denn nun wirklich sei. Das linke Projekt befreite sich so von der Verantwortung, als politische Gruppe klar und (selbst-)kritisch Stellung zu beziehen - und gerät so in Gefahr zum "Offenen Kanal der Szene" zu verkommen, in dem jedeR seinen Sendeplatz hat und alles egal ist.

Dieses verwaschene Selbstverständnis ist folgenreich: die Nahostredaktion hat letztenendes die Gretchenfrage, auf die sich innerhalb des Projekts fast alles zugespitzt hat - Ist Spehl Antisemit oder nicht? - mit einem (richtigen, wenngleich späten) "JA!" beantwortet. Im Radio ist soviel klar, daß es "kein Überwintern mehr gibt mit der Gleichsetzung Israel = Faschismus" (so Geschäftsführer Michel Menzel) und daß viel Diskussionsbedarf besteht. Wie der gedeckt werden soll, wie das Radio in Zukunft diese Erkenntnisse und die eigenen Beschlüsse umsetzen will, ist völlig offen. Und eher zweifelhaft scheint, daß es angesichts der gerade in letzter Zeit vorzugsweise mit Worthülsen von "Ideologiebildung" bis "Denkverbot" geführten Diskussion gelingen wird, diesen (selbstverständlichen) Anspruch mit Denken und Handeln zu füllen und nicht weiterhin wissensdurstig zu erschaudern, sobald entweder ein Professor auf den Plan tritt, oder jemand, der/die Adorno auswendig zitieren kann.

Bonnie & Claude

"Der Erlkönig lebt"

Die ohnedies zu spät erfolgte Selbstkritik der "Hintergründe"-Redaktion sei, wie auch alle anderen Zugeständnisse an die KritikerInnen von RDL aus "rein taktischen" Gründen erfolgt, ist eines der

Lieblings-"Argumente" der verendenden Debatte. Einmal abgesehen davon, daß so jede ernsthafte Diskussion um ihren Sinn gebracht wird, erklärt diese Unterstellung auch nicht, wieso gerade der im Juli von den Gefangenen aus dem antiimperialistischen Widerstand Bernhard Rosenkötter, Ali Jansen und Michi Dietiker geschriebene Text "Der Erlkönig lebt! Zur Hebung der antizionistischen Verkehrssicherheit bei Nacht und Wind" in der linksradikalen Freiburger Diskussion eine wichtige Rolle spielte. Die drei Autoren, die auch schon früher in die Antisemitismus-Debatte interveniert haben, fordern zu Beginn ihres Papiers eine "uneingeschränkte und schonungslose Selbstkritik der Freiburger Genossinnen und Genossen" und argumentieren scharf gegen die "Erklärung vom 15. Mai" und deren Behauptung, Spehl verpacke "notwendige antizionistische Kritik mit reaktionären Zuordnungen": "Wenn etwas durch reaktionäre Zuordnungen einen rassistischen oder antisemitischen Charakter bekommen kann, dann muß dieser schon vorher angelegt gewesen sein."

Auf was für wackeligen Beinen antizionistische Positionen in Deutschland stehen, belegen die drei Gefangenen am Beispiel eines eigenen, älteren Textes, in dem sie das "zwischen zionistischen Organisationen und Nazi-Deutschland abgeschlossene ha`avara-Abkommen" folgendermaßen bewertet hatten: "Ausgerechnet die Zionisten machten so- mit einen (Wirtschafts-)Boykott Nazi- Deutschlands von vornherein unmöglich" - eine Behauptung, die auch in der Erklärung der "Hintergründe"-Redaktion vom 15. Mai auftaucht. Tatsächlich, so Rosenkötter, Jansen und Dietiker heute, hatte kein Staat der Welt daran gedacht, Deutschland zu boykottieren, folglich sei dieser Boykott auch nicht ausgerechnet durch Juden verhindert worden - im Gegenteil: herrschende Politik damals war eben das "Appeasement". Eine Boykottforderung gab es zwar - aber sie stammte von jüdischen Organisationen und wurde auch nur von diesen erhoben. Zionistische Organisationen haben sich dieser Boykottforderung nicht angeschlossen. "Es ist ein wesentlicher Unterschied", so die drei Autoren weiter, "wer den Zionisten die Nichteinhaltung dieses Boykotts vorwirft; ob es Juden und Jüdinnen sind, also die Opfer der antisemitischen Verfolgung, die ihn an jüdische Kräfte richten ... und zwar nicht nur weil die Zionisten selbst die Vertretung der jüdischen Interessen beanspruchten, sondern vor allem, weil es sonst niemanden gab ...; oder ob wir uns diesen Vorwurf zu eigen machen. Denn uns steht es nicht an, jüdische Kräfte ... dafür zu kritisieren, daß sie den Jüdinnen und Juden in Deutschland zu wenig Unterstützung haben zukommen lassen." Die falsche Behauptung vom angeblich durchbrochenen Boykott, so Rosenkötter/Jansen/Dietiker weiter, ist von exemplarischer Bedeutung, weil sie als wichtiger Beleg dafür genommen wurde, daß Nationalsozialismus und Zionismus eng miteinander verwandt wären.

Ziel des Aufsatzes der drei ist es, die Aufmerksamkeit auf die dem Faschismus zugrundeliegenden kapitalistischen Strukturen zu lenken - damit argumentieren sie sich allerdings gefährlich in die Nähe einer neuen "Hauptwiderspruchs"-These, wenn sie nämlich meinen, "daß das Wesen dessen, was wir meinen die kapitalistische und imperialistische Struktur ist". Daß die Shoah ein ganz anderes Wesen haben könnte, eine Konsequenz ganz anderer Strukturen sein könnte, wird von ihnen nicht gedacht. Daraus resultiert eine merkwürdig idealistische Position zur Beibehaltung des Begriffes "Antizionismus": Er soll, entgegen den Forderungen der RDL-BesetzerInnen, beibehalten werden, "dies aber mit der unbedingten Verpflichtung, nach all den verheerenden Ungenauigkeiten und Fehlern sehr vorsichtig damit umzugehen." Ähnlich eigentümlich und, angesichts der präzisen Selbstkritik antiimperialistischer Argumente am Beginn unvermittelt, liest sich ihre Position zu Israel selber: "Schließlich wird die Anerkennung eines Existenzrechts für den Staat Israel gefordert. Das kann unserer Meinung nach nicht zu den Grundlagen linker Politik gehören ... Wir haben im Gegenteil die Pflicht, alle unterdrückerischen Verhältnisse zu bekämpfen." Das Eingeständnis, daß gerade von Deutschland aus das Existenzrecht des Staates, der zahllosen Opfern des Nazi-Regimes und Verfolgten aktueller antisemitischer Verhältnisse Zuflucht geboten hat, nicht in Frage gestellt werden kann, gehört eigentlich zu den "Sensibilitäten", die Rosenkötter/Jansen/Dietiker ansonsten einfordern - und die Überlegung, daß gerade das Infragestellen dieses Existenzrechts von Deutschland aus Bestandteil eines sich aktuell etablierenden antisemitischen Diskurses ist oder diesem, möglicherweise ungewollt, nützt, erscheint naheliegend.

Dennoch: "Der Erlkönig lebt!" ist einer der wichtigsten Ansätze, den Freiburger Antisemitismus-Streit produktiv zu wenden. Wie ernst es die Leute von RDL mit ihrer Selbstkritik und dem Vorhaben meinen, Antisemitismus zu bekämpfen, wird sich auch in der Auseinandersetzung mit diesem Text zeigen.

Weitere Texte zum Thema:

- 2 Broschüren von RDL (mit Papieren, Beschlüssen und Dokumentation), zu beziehen über RDL, Adlerstr. 12, 78 Freiburg

- ISF, "Logik des Antisemitismus" (neue Ausgabe von "Kritik und Krise"), im linken Buchhandel, 10 DM

- Der Text "Der Erlkönig lebt" kann bezogen werden über Lutz Rosenkötter, Schweizer Str. 8, 6000 Frankfurt/M. 70 (bitte unbedingt 1,40 DM in Briefmarken beilegen)

Chronik eines absehbaren Streits

1. Debatte "Israel-Palästina und die BRD" im RDL: 16. März Vorbereitungssendung (Einführung zum Thema Israel-Palästina, Interview mit Said Dudin - Palästinenser - und mit Uri Davis - Israeli); 17. März Debatte I.Teil, 23. März Wiederholung Debatte I.Teil, 24. März Debatte II.Teil. Teilnehmer: Redaktion "Hintergründe des Golfkriegs", Prof. Helmut Spehl, zwei Leute aus der Anti-Kriegs-Bewegung, ein antizionistischer Israeli.

2. Sendung vom 29. März 1991 zum Antisemitismus-Streit (Hintergründe-Red.)

3. Sendung vom 30. März 1991: Über Spehls "Fortzeugung des Behemoth" Thomas Haury, Kritikerfraktion)

4. Studiobesetzung am 11. Mai 1991: "Es gibt eine Grenze. Hier ist sie!"

5. Sendung vom 15. Mai 1991: Klarstellung zu den 3 Diskussionen über "Israel, Palästina und die BRD" (Hintergründe-Red.)

6. Mitgliederversammlung 15. Mai 1991: "Die Mitgliederversammlung stellt fest, daß im Programm von RDL Antisemitismus keine legitime Meinung, die zur Diskussion gestellt wird, ist. - 31 Ja, 2 Nein, 5 Enthaltungen - Die Mitgliederversammlung stellt fest, daß es eine Aufgabe von RDL ist, den Antisemitismus und den Antizionismus, der in Antisemitismus umkippt, in RDL und in der Linken allgemein zu bekämpfen. - 30 Ja, 0 Nein, 8 Enthaltungen - ..." Abgelehnt: "1. Es ist nachgewiesen, daß die Nah-Ost-Redaktion sich in ihrem Antizionismus als Antisemitismus enttarnt hat. 2. Es ist nachgewiesen, daß dieser Antisemitismus weiter an die HörerInnen kommt. 3.: Die Nah-Ost-Redaktion, suspendiert von ihrer Sendetätigkeit, erhält ein Mikrofonverbot bis wir 4. in 4 Wochen wieder zusammenkommen, nachdem vorher in RDL die Debatte weitergeführt wird - dann wird über die weiteren Anträge abgestimmt. - 24 Ja, 41 Nein, 1 Enthaltung -"

7. Badische Zeitung erscheint mit dem Zitat: "Lieber gar kein Radio als ein antisemitisches"

8. Redaktionsplenum vom 22. Mai 1991: Übernimmt den Beschluß der MV vom 15.5.1991 in den Punkten 1 bis 6 "vollinhaltlich".

9. Mitgliederversammlung vom 26. Juni 1991 und anschließend Offener Brief von BesetzerInnen: "Ich z.B. würde mich heftig dagegen wehren, gegen diese Unverschämtheit, die du gerade schon wieder bringst, Spehl als Antisemiten (zu bezeichnen) ... Das ist einfach eine Rufmordgeschichte." (RDL-Redakteur) "Wir verurteilen kompromißlos diese vollständig Indifferenz gegen den Antisemitismus" (Offener Brief)

10. Redaktionsplenum vom 17. Juli 1991: "1. Die Gesamtredaktion sieht derzeit durch die Mitglieder der ehemaligen Redaktion ‚Hintergründe des Golfkriegs'(die bestreiten, daß die in Frage stehenden Schriften Spehls systematisch antisemitische Stereotypen verwenden ...) nicht gewährleistet, daß die Beschlüsse der MV des Freundeskreises vom 15.5.1991 und der Redaktion vom 22.5.1991 im RDL-Programm adäquat umgesetzt werden. 2. Sie suspendiert deshalb diese Redakteur/innen von der Veranstaltung eigenverantworteter Beiträge zu den Themen Israel-Palästina und Zionismus/Antizionismus ..."

11. Persönliche Erklärung von M.Menzel (Geschäftsführer) und Th. Schreck (AG Öffentlichkeitsarbeit) am 18. Juli zum Beschluß des Redaktionsplenums: "Nach nochmaliger Überlegung ... sind wir der Auffassung, daß der Beschluß unter Verletzung unserer gemeinsamen Vereinbarung - Redaktionsstatut - erfolgt ist: ... 2. verletzt die Beschlußfassung das Prinzip fairer Konfliktaustragung insofern, als den - potentiell - Betroffenen hinreichend Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden muß. Wir schlagen deshalb vor ... den Antrag erneut zu beraten."

12. Redaktionsplenum vom 31. Juli 1991: Selbstkritik von Chr., "Hintergründe des Golfkriegs"-Redaktion: "Wenn ich mich auf die Texte ‚Behemoth' und ‚Allgewalt des Holocaust' beziehe, möchte ich die Feststellung treffen, daß dort ein Weltbild anzutreffen ist, was dem, was hier als Antisemitismus bezeichnet wird, entspricht ... Was unsre oder meine Geschichte da drin (im Verlauf des Konflikts, Anm. B.&C.) angeht, da drin sind seit März verschiedene Fehler gelaufen ... hauptsächlich ... daß wir nicht von Anfang an uns um diese Thematik

gekümmert haben und den Hinweisen ziemlich energisch nachgegangen sind: ‚wisst ihr denn nicht, wen ihr da eingeladen habt' ...". Daraufhin wird der Antrag vom 17. Juli 1991 zurückgezogen.

39. Jede Etappe hat ihre eigenen Kampfformen. Über die Geschichte der Tupamaros Interview mit Eleuterio F. Huidobro

Über die Geschichte der Tupamaros und Massenarbeit und Zukunft der Linken - Interview mit Eleuterio F. Huidobro -

Rubrik: Uruguay · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:07

Eleuterio Fernandez Huidobro, 49, wurde als Sohn spanischer Einwanderer in Montevideo geboren. 1958 begann sein politisches Engagement mit Streiks und Demonstrationen gegen das Hochschulrahmengesetz. 1962: die erste Verhaftung. In den folgenden Jahren arbeitete er in der Gewerkschaft der Zuckerrohrarbeiter (UTAA), die den linken Flügel der Arbeiterbewegung bildete.

1965 gründete Eleuterio F. Huidobro zusammen mit Raul Sendic und anderen die Nationale Befreiungsbewegung MLN/ Tupamaros. 1966 tauchte er in die Illegalität ab, nahm an Stadtguerillaaktionen teil und wurde im Oktober 1969 erneut verhaftet. Im Rahmen einer spektakulären Massenflucht kam er im September 1971 erneut frei, wurde aber am 14. April 1972 wieder festgenommen, nachdem ihn die Militärs bei der Erstürmung eines Verstecks schwer verwundet hatten.

Schon Wochen vor dem Militärputsch im Juni 1973 wurde E. F. Huidobro zusammen mit weiteren acht führenden Köpfen der Tupamaros als "Staatsgeisel" in entlegene Kasernen verschleppt. Elfeinhalb Jahre dauerte die Geiselhaft. Die Gefangenen wurden schwer gefoltert und über lange Zeiträume hinweg in völliger Isolation gehalten.

Nach zunehmenden Protesten gegen die Militärdiktatur wurden die "Staatsgeiseln" im April 1984 im Gefängnis "La Libertad" zusammengelegt und nach der Übernahme der Regierung durch Zivilisten am 14. März 1985 freigelassen.

Am selben Tag erklärte E. F. Huidobro als Sprecher der historischen Leitung der Tupamaros deren organisatorischen Neuaufbau, nun als legale politische Bewegung. Er leitet gegenwärtig die Zeitschrift "Mate Amargo", ist Mitglied des Führungskollektivs der Tupamaros und arbeitet als Schriftsteller.

Wir diskutierten mit E. F. Huidobro ausführlich über Entstehung, Stärken und Schwächen der Tupamaros und über die Gründe für die Niederlage der Stadtguerilla in Uruguay. Wir sprachen über den Neuanfang der Tupamaros, ihre heutige Rolle in den legalen Basisbewegungen, ihre Erfolge und Fehler und schließlich über ihre Vorstellungen davon, wie linke Politik für die 90er Jahre in Südamerika aussehen könnte.

Entstehung, Stärken und Schwächen der MLN/Tupamaros

Du hast Deine politische Arbeit in legalen Basisbewegungen begonnen. Warum hast Du Dich entschieden, den legalen Rahmen zu verlassen und eine Bewegung zu gründen, die auch bewaffnet kämpfte?

E. F. Huidobro: Wir verließen den legalen Rahmen nie ganz. Denn wir haben uns nie auf militärische Aktionen beschränkt. Wir führten von Anfang an sowohl legale Massenaktionen, als auch illegale militärische Aktivitäten durch. Dies charakterisiert die Tupamaros und unterscheidet diese Guerilla von vielen anderen Lateinamerikas.

Gut, aber im Unterschied zu anderen Strömungen der Linken Uruguays nahmen Sie eben auch den militärische Kampf auf.

Anfangs hatten wir nicht das Ziel, den bewaffneten Kampf zu führen, sondern uns darauf vorzubereiten. Wir dachten aufgrund unserer theoretischen Analysen, daß Uruguay eine sehr tiefe soziale und eine institutionelle Krise bevorstand, die in Gewaltanwendung münden würde. Wir wollten uns anfangs darauf vorbereiten, unter den erwarteten neuen Rahmenbedingungen bestehen zu können. Klar, in dieser Vorbereitungsphase passierten unglückliche Zwischenfälle. Es kam zu Gefechten, und viele Companeros mußten in den Untergrund gehen. Aber wir, die Führung, wußten, daß diese unglücklichen Zwischenfälle kontraproduktiv waren. Die erforderlichen politischen Bedingungen für den bewaffneten Kampf waren nicht gegeben.

Warst Du Dir in den 60er Jahren immer bewußt, daß die Rahmenbedingungen für den bewaffneten Kampf nicht geeignet waren?

Ja, natürlich. Unsere Aufgabe war es, uns vorzubereiten, nicht mehr. Die Ereignisse überschlugen sich jedoch insbesondere ab 1967, als der Staatspräsident plötzlich starb und ein Vertreter der Ultrarechten Uruguays dessen Nachfolger wurde, der schon zu Beginn seiner Amtszeit begann, den Verfassungsrahmen zu überschreiten. Es brach eine tiefe wirtschaftliche und soziale Krise auf. Die Klassenkämpfe tobten so heftig, wie noch nie zuvor, und es kam zu einer harten Repression. Das Parlament und die höchsten Gerichte wurden nicht mehr respektiert und das Ausnahmerecht wurde zum Dauerzustand.

In dieser Situation hielten wir den bewaffneten Kampf für nötig, um auf all das zu reagieren. Wir unterstützten damit die legale Massenbewegung. Aber wir wendeten nur militärische Kampfformen an, welche die Bevölkerung verstehen konnte.

Das zugrundeliegende Konzept der bewaffneten Operationen war also defensiv angelegt? Defensiv in dem Sinne, zu versuchen, die illegale Aggression und Brutalität des Staates zu stoppen?

Wir gaben eine Antwort darauf, was auf der Straße passierte. Die ersten politischen Gefangenen in meinem Land, die aufgrund des Ausnahmezustandes verhaftet wurden, waren keine Tupamaros, sondern Gewerkschaftsführer, Studenten und Politiker. Dasselbe gilt auch für die Toten. An der Spitze der Bewegung standen häufig die Studenten, dann die Arbeiter und Politiker und auch wir. Wir unterstützten die Wahlkoalition der Linken, während wir gleichzeitig bewaffnet kämpften.

Wie reagierte denn die übrige Linke, beispielsweise die Kommunistische Partei, auf die Anwendung militärischer Gewalt, einer Achse des Kampfes, auf die sie nicht zurückgriff?

Die Kommunistische Partei lehnte unsere bewaffneten Aktionen ab, obwohl sie sich selbst auf den bewaffneten Kampf vorbereitete.

Bereitete sie sich praktisch vor, oder faßte sie lediglich Beschlüsse?

Sie bereiteten sich wirklich vor, aber sie benutzten ihre Ausbildung nie. Diese Tatsache ist heute ein wichtiges Diskussionsthema in der KP Uruguays. Die KP Uruguays kämpfte nie mit Waffen, und angesichts des militärischen Aktionen der MLN/Tupamaros und anderer kleinerer Gruppen nahm die KP eine kritische, jedoch nicht aggressive Haltung ein. Man muß jedoch zwischen der Meinung der KP-Führung und den Mitgliedern unterscheiden, die sich manchmal mit bestimmten Aktionen solidarisch zeigten.

Welches Konzept hatte die MLN, um zu versuchen, die verschiedenen Formen des Kampfes (Basisbewegungen, Parlament und Wahlen und Guerillaaktionen) zusammenzufassen?

Wir gingen davon aus, daß alle Kampfformen notwendig sind, daß je nach Situa tion eine Kampfform besonders wichtig ist und sich dann die anderen Formen unterordnen müssen, ohne daß diese aufgegeben werden. Wir versuchten herauszufinden, welche Kampfformen in den einzelnen politischen Phasen jeweils hauptsächlich anzuwenden waren. Das Problem liegt darin, daß die Tupamaros international bekannt wurden, weil sie Guerillaaktionen durchführten. Denn welcher ausländische Reporter kam denn schon nach Uruguay, um über die Gewerkschafts-und Studentenarbeit oder die Wahlpolitik der Tupamaros zu berichten?

Du sagst, daß die Tupamaros die Schwerpunkte zwischen den verschiedenen Kampfformen je nach Lage veränderten. Gab es denn eine Form, die prinzipiell eine wichtigere oder sogar eine strategische Rolle spielte? Beispielsweise der bewaffnete Kampf oder die Massenbewegung?

Gegen 1969/1970, es ist sehr schwer ein genaues Datum festzulegen, glitten wir in Militarismus ab, was wir in einer Selbstkritik bilanzierten. Die MLN war aber nicht von Anfang an militaristisch. Später lehrte uns die Erfahrung, daß es strategisch wichtig ist, die Unterstützung des Volkes zu gewinnen. Ich weiß, daß man hier in Deutschland den Begriff "Volk" nicht benutzen kann ...

... der Bevölkerung, der Leute ...

(lacht) ... der Leute. Wenn eine Guerilla ohne Unterstützung der Bevölkerung kämpft, ist dies lediglich ein polizeiliches Problem, ein Problem von Geheimdiensten, aber kein politisches. Diese Auseinandersetzung wird zwischen sehr begrenzten und sehr gut ausgebildeten Apparaten geführt.

Wie machte sich denn der Militarismus der Tupamaros konkret bemerkbar?

Zum Beispiel darin, daß zwar die politische Lage analysiert wurde, aber daß man immer, wie die Lage im einzelnen auch aussah, zu dem Schluß kam, daß militärische Aktionen durchgeführt werden müßten. Es wurden militärische Operationen durchgeführt, die keinen Sinn hatten und die sogar kontraproduktiv waren. In einigen Momenten, als die Massenbewegung sehr stark war, unterschätzten wir die Bedeutung der politischen Arbeit und wirkten zu wenig in den Basisbewegungen mit. Die militärische Niederlage von 1972 zeigte uns, daß die Stadtguerilla, selbst wenn sie ihre Ziele erreicht, an Grenzen ihrer Entwicklungsfähigkeit stößt.

Was meinst Du damit?

Wenn die Stadtguerilla die Unterstützung der breiten Masse gewonnen hat und weiter als Stadtguerilla agiert, führt das dazu, daß die Massenbewegung den Todesschwadronen und dem Faschismus wehrlos ausgeliefert ist. Es kam auch dazu, daß die Stadtguerilla als Apparat den Kampf gegen den Repressionsapparat führte, wobei die Bevölkerung zwar zusah, aber selbst nicht eingriff. Hier gab es auch im Militärischen einen Irrtum. Wenn der bewaffnete Kampf notwendig ist und die Guerilla ihr Ziel, die Unterstützung der Bevölkerung erreicht hat, muß sie Aktionen mit einem anderen Charakter starten. Sie muß sich in eine Armee verwandeln, Krieg führen und Gebiete befreien etc. ... All das machten später die Nicaraguaner und Salvadorianer. Sie lernten aus unseren Niederlagen.

Kann man sagen, daß die Lage in Uruguay in gewissem Sinne der Jagd zwischen Katz und Maus glich, wobei das Publikum auf der Straße passiv blieb und applaudierte, wenn die Maus Erfolge einheimste?

Genau so war es. Erschwerend kam dazu, daß der Feind sich zum totalen Krieg gegen die Volksbewegung entschloß. Weil es schwierig war, die Guerilla direkt zu treffen, die in der Basisbewegung Einfluß gewonnen hatte, gingen sie gegen die Bevölkerung los.

Hatten die Tupamaros zu irgendeinem Zeitpunkt die Vorstellung, den Guerillakampf auch auf das Land zu tragen und dort strategische Rückzugszonen aufzubauen, um die Kämpfe in den Städten zu unterstützen?

Wir dachten daran, auch auf dem Land Guerillaaktionen durchzuführen, aber nicht mit dem Ziel, dort strategische Rückzugsgebiete aufzubauen, denn das ist in unserem Land unmöglich, absolut unmöglich. Das mag in El Salvador oder anderswo gehen, aber nicht in Uruguay, wo das Land flach wie ein gigantisches Fußballstadion ist und wo es nur Kühe und Bienen, aber kaum Menschen gibt. Dort kann man keine strategischen Rückzugsgebiete aufbauen.

Sie konnten also auf die Strategie des verlängerten Volkskrieges (GPP) oder den Volksaufstand, politisch/militärische Konzepte, die in Mittelamerika eine große Rolle spielen, nicht zurückgreifen, da sie unter den Bedingungen Uruguays nicht anwendbar waren?

Ich habe Angst davor, auf Schemata hereinzufallen und in Stereotypen zu antworten. Die Begriffe, die Du für Deine Frage verwendest, bergen diese Gefahr in sich. Politisch-militärische Konzepte haben keine allgemeine Gültigkeit, und die Tupamaros haben sich immer dadurch ausgezeichnet, daß sie schon immer alle Schemata durchbrochen haben. Sie erfanden die Stadtguerilla, als die Landguerilla in Mode war. Sie hörten nie mit der Massenarbeit auf und entwickelten eine Wahlpolitik, während sie den Guerillakampf führten, was damals als unvereinbar angesehen wurde. Wir benutzten unseren eigenen Kopf und entwickelten unsere Strategie und Taktik aus dem Studium der konkreten Realität unseres Landes. Außerdem war es offensichtlich, daß es von entscheidender Bedeutung war, was in Argentinien und Brasilien passierte.

Armee und die Todesschwadronen begannen, die Massenbewegung blutig zu unterdrücken. Spielte dabei die Beratung aus den USA eine Rolle und wenn ja, welche?

Sie war entscheidend. Die Armee Uruguays wurde von den USA ausgerüstet und trainiert. Die Mentalität der Offiziere war durch die Schulung beeinflußt, die sie in Panama erhielten. Die Sicht der Welt durch die Brille des kalten Krieges mit dem Kommunismus als Teufel, der besiegt werden muß, lernten sie von US-Ausbildern. Aber es gab in der Armee auch Einflüsse des spanischen Frankismus und des Nationalsozialismus.

Es gab mehrere Lehrmeister für die besonders grausame, wissenschaftliche Form der Repression?

Ja, wobei diese noch viel weiter rechts standen, als die US-Amerikaner. In Uruguay gab es während des zweiten Weltkrieges ein Segment von Offizieren, die offen Pro-Nazi eingestellt und von den Falangisten, Hitler und Mussolini beeinflußt waren. Sie wurden unterdrückt, aber nicht aus der Armee entfernt. Viele, die 1970-1972 Obristen und Generäle waren, kamen aus diesem Segment. Dieses alte und monströse faschistische Reservat bekam zu dieser Zeit sehr viel Einfluß. Als die Militärdiktatur einige Jahre alt war, brachen die Vereinigten Staaten die Militärhilfe an diese Leute ab, die zum Beispiel US-Präsident Jimmy Carter als einen der führenden Kommunisten bezeichneten.

Welche Rolle spielten Todesschwadronen und die systematische und wissenschaftliche Folter, um die Massenbewegung zu zerstören?

Die Todesschwadronen und paramilitärische Organisationen begannen in vielen Staaten Lateinamerikas zu agieren. Es handelte sich dabei um Soldaten und Polizisten, die ohne Uniform alle nur denkbaren Untaten begingen. Auch die Folter wurde massiv angewendet, als die Klassenauseinandersetzungen ein gewisses Niveau erreicht hatten. Man sprach von der "Guatemaltekisierung" der Prozesse, denn Guatemala war das erste Land, wo die Repression derart vorging.

Worin siehst Du denn heute die Stärken und Schwächen der Tupamaros in jener Phase?

Die Stärken: Wir entwickelten eine Kampfform, die Erfolge brachte, waren nicht sektiererisch und bauten die Massenbewegung mit auf. Wir trugen dazu bei, das Bewußtsein mitzuentwickeln, welches die Bevölkerung Uruguays heute hat.

Die Schwächen: Wir erkannten nicht, daß wir unsere Ziele erreicht hatten und daß wir gegenüber der Massenbewegung große Verantwortung hatten und andere Methoden des Kampfes, auch im Militärischen, entwickeln mußten, um gegenüber dem Feind nicht schutzlos dazustehen.

Putsch und Niederlage der Tupamaros

Im Juni 1973 putschte die Armee. Die Massenbewegung konnte die Militärdiktatur auch mit einem Generalstreik, den sie zwei Wochen lang durchhielt, nicht verhindern. Was blieb nach dieser ersten Repressionsphase von der Massenbewegung und den Tupamaros übrig?

In diesem Moment existierten die Strukturen der MLN noch, die für die Massenarbeit zuständig waren. Im Juni wurde der Staatsstreich abgeschlossen, der schon lange schleichend begonnen hatte. Nach der Auflösung des Parlaments initiierte die Massenbewegung einen heroischen Generalstreik. Die Bevölkerung kämpfte, war jedoch wehrlos, da ihre militärischen Apparate wie die Tupamaros schon zerstört waren. Gut, es gab im Fall der Kommunistischen Partei noch andere, unzerstörte, die jedoch nie zum Einsatz kamen. Heute diskutiert man, warum diese nicht kämpften.

Was machten die Militärs, nachdem sie diesen Widerstand niedergeschlagen hatten?

Sie zerschlugen alles, die Arbeiter- und Studentenbewegung, besetzten die Universität und lösten die Parteien auf, auch die bürgerlichen. Nach einigen Monaten war in Uruguay, der Schweiz Südamerikas, kein Stein mehr auf dem anderen. Die Gefängnisse waren voll, Tausende und Abertausende wurden gefoltert. Tote, Verschwundene, Exilierte - eine sehr schwarze Nacht des Terrors.

Handelte die Armee als bewaffnetes Organ gewissermaßen im Auftrag der Bourgeoisie Uruguays, oder agierte sie eher als Interessensvollstreckerin des US-Imperialismus?

Es ist in meinem Land sehr schwierig, zwischen den Interessen des Imperialismus und der Bourgeoisie zu differenzieren. Das uruguayanische Bürgertum ist eine Lumpenbourgeoisie. Es hat kein nationales Konzept, sondern fungiert als Vermittlerin und in gewissem Sinne als Interessensvertreterin des Imperialismus. Natürlich gibt es darin Sektoren, die Interessen im Land selbst haben, die nicht mit dem Ausland verbunden sind. Aber diese sind sehr schwach, haben keine Chance sich zu entwickeln und wurden auch scharf unterdrückt. Was die Armee machte, war die Synthese beider Dinge: Sie agierte als bewaffneter Arm der Oligarchie und war aufs engste mit den nordamerikanischen Interessen verbunden. In einem bestimmten historischen Moment begann die Armee bonapartistisch zu handeln. Sie glitt ihnen aus der Hand und arbeitete auf eigene Rechnung. Das war der Beginn vom Ende der politischen Herrschaft der Armee.

Versuchte die Armee nach dem Vorbild der Streitkräfte Guatemalas, sich in einen Block mit eigener wirtschaftlicher Macht zu verwandeln?

Darauf zielten sie ab und marschierten auch langsam darauf zu. Obwohl es Verknüpfungen und Interessenskoalitionen von einzelnen Militärs gab, erreichten sie ihr Ziel jedoch nicht.

Handelten die Offiziere und Generäle dabei jeweils individuell oder agierte die Armee als Institution - zum Beispiel durch die Gründung von armeeigenen Unternehmen?

Sie handelten individuell. Sie rissen die Kontrolle der Staatsunternehmen an sich. Die Direktorenposten dort waren der saftigste Teil vom Kuchen. Aber Uruguay ist ein kleines Land. Der Kuchen ist klein, und es waren sehr viele, die ihn unter sich aufteilen wollten. Es kam zu Korruption, und dies war Ausgangspunkt für viele interne Streitigkeiten in der Armee.

Gab es in der zweiten Hälfte der 70er Jahre noch organisierte Teile der Massenbewegung, beziehungsweise handlungsfähige Strukturen der Tupamaros?

Es gab praktisch die ganze Zeit organisierte Arbeit von fast allen Strömungen der Linken, wenngleich alle schwer geschlagen wurden. So zum Beispiel auch die Kommunistische Partei, trotz ihrer Linie, die sie gefahren hatte. In den Jahren 1975/1976 wurden viele ihrer Mitglieder durch den Fleischwolf gedreht. Das war eine sehr schwarze Nacht, eine sehr schwere Zeit. Die Arbeit war auf das notwendigste reduziert. In jener Zeit spielte die Arbeit vom Exil aus eine sehr bedeutende Rolle. 1980 lebte die Massenbewegung wieder auf.

Was waren denn die konkreten Anlässe? Um welche Forderungen gruppierte sich die neuentstandene Basisbewegung?

Vereinfacht gesagt, machten die Militärs einen schweren Fehler: Sie waren überzeugt davon, daß die Zerschlagung der Massenbewegung und ihre systematische Propaganda den gewünschten Erfolg hatten. Sie schrieben die Schulbücher um, verboten Versammlungen von mehr als vier Personen auf der Straße, und um einen Geburtstag zu feiern, mußte man im nächstgelegenen Polizeikommissariat um Erlaubnis bitten. Sie hatten die Linke außer Landes gejagt oder eingesperrt, etc., etc.

Sie beriefen ein Plebiszit über eine Verfassungsreform ein, die ihre Vorherrschaft legalisieren und verewigen sollte und die einen Ausweg aus der Diktatur aufzeigte. Sie verboten praktisch die Gegenpropaganda, während sie massiv für die Verfassungsänderung warben. Sie waren sich absolut sicher, daß sie gewinnen würden.

Aber fast ohne Propaganda, ohne Werbung, ohne Organisation stimmte die Mehrheit mit "Nein!". Das war ein außerordentlich schwerer Schlag für die Diktatur. Sie verloren international ihre letzten Verbündeten und waren innenpolitisch am Ende.

Machten die Militärs weitere Fehler?

Sie versuchten, "gelbe", unternehmerfreundliche Gewerkschaften zu gründen. Die Arbeiterführer, die einer neuen Generation angehörten und kaum Erfahrung hatten, waren intelligent, nutzten die geringen Spielraume und bauten klassenkämpferische Organisationen auf. Als 1983 erstmals wieder eine Demonstration zum 1. Mai erlaubt wurde, kam eine riesige Menschenmenge zusammen. Das gab der Diktatur endgültig den Rest.

Erreichten die Militärs ihr Ziel, die Menschen zu individualisieren und zu atomisieren?

Das schafften sie nicht, im Gegenteil. Ein Beispiel: Bevor ich ins Gefängnis kam, sprach man Unbekannte auf der Straße mit "Sie" an. Als ich 1985 herauskam, sprachen sich alle mit "Du" an. Man war näher zusammengerückt.

Da könnte ein Unterschied zur chilenischen Diktatur liegen, der es wohl zum Teil gelungen ist, dies zu erreichen.

Ja. Der Diktatur von Pinochet gelang es auch, ein Wirtschaftsmodell einzuführen, das für die Interessen des Neoliberalismus funktional ist. In Uruguay hingegen bewirkten die Militärs ein wirtschaftliches Desaster. Das war, ich vergaß es vorher zu sagen, ein weiterer wichtiger Faktor für den Sturz der Diktatur.

Der Militärjunta Uruguays gelang es nicht, neue produktive Sektoren aufzubauen?

Im Gegenteil, sie zerstörten alle produktiven Sektoren und wirtschafteten das Land in die Katastrophe. Das einzige was sie machten: Sie verwandelten das Land zu einem Paradies für Finanztransaktionen. Sie verkauften alle Banken an die großen internationalen Banken. Dies führte zu sehr scharfen inneren Widersprüchen zwischen der Militärdiktatur und der Bourgeoisie, die letztlich zum Sturz der Diktatur führten.

Die aktuelle Politik der Tupamaros

Ich möchte nun gerne auf einige aktuelle Fragen zu sprechen kommen. Vor allem bin ich daran interessiert, die Rolle der Tupamaros innerhalb der Massenbewegungen zu diskutieren. Beginnen wir mit der Kampagne gegen die Straflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen. Was hatte die Regierung vor?

Die Regierung, die unter sehr starkem Druck der Armee stand, erließ ein Gesetz, nach dem die Militärs straffrei ausgehen sollten. Als die Diktatur gefallen war, begann eine riesige Welle von Anzeigen und Veröffentlichungen all der Grausamkeiten, derer sich die Armee schuldig gemacht hatte. Es kam zu parlamentarischen Untersuchungen, und der Großteil der Anzeigen wurde vor Gericht gebracht, und den Soldaten drohte die Verurteilung. Als der erste Offizier vor Gericht zitiert werden sollte, zeigte die Armee als Institution ihre offene Mißachtung der Gesetze und entschied, daß kein einziger Offizier vor Gericht erscheinen würde. Dies war praktisch ein "technischer Staatsstreich". Es kam zu einer institutionellen Krise.

Und dann?

Die führenden bürgerlichen Politiker und die Militärs vereinbarten unter Ausschluß der Linken einen Geheimpakt. Die rechten Parteien stimmten am 22. Dezember 1986 im Parlament völlig überraschend ein Gesetz über die Straffreiheit dieser Vergehen ab. Viele bürgerliche Politiker, die vorher die antidiktatoriale Opposition angeführt hatten, wurden nun zu entscheidenden Befürwortern dieses Gesetzes. Die Oligarchie Uruguays und der Imperialismus versuchten damit, ihren bewaffneten Apparat zu retten. Denn die Untersuchungen der Menschenrechtsverletzungen hätten gezeigt, daß es sich nicht um Übergriffe einiger Offiziere gehandelt hatte, sondern um eine systematische Politik der ganzen Armee. Dies hätte einen schweren Schlag für die Armee als Institution bedeutet. Am folgenden Tag riefen die Mütter der Verschwundenen dazu auf, für die Abhaltung eines Plebiszits zu kämpfen und damit dieses Gesetz zu Fall zu bringen.

Wer organisierte die Kampagne für das Plebiszit?

Es wurde eine breite Allianz, die "Nationale Kommission für das Referendum" gegründet, woran sich die gesamte Linke, Menschenrechtsorganisationen, Kirchen und sogar einige bürgerliche Sektoren beteiligten. Es gelang uns, bei den drei Millionen Einwohnern Uruguays 634.702 Unterschriften für das Plebiszit zu sammeln.

Welche Rolle spielte die MLN/Tupamaros in dieser Bewegung?

Wir waren die erste politische Organisation, welche den Aufruf der Mütter unterstützte. Danach arbeiteten wir aktiv in dieser Bewegung mit. Eineinhalb Jahre lang gab es eine gigantische Mobilisierung. Wir gingen von Haus zu Haus, erklärten unser Anliegen und sammelten Unterschriften. Die Militärs hatten mit ihrer Weigerung, vor Gericht zu erscheinen, versucht, die Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Jetzt passierte das genaue Gegenteil. Es fand letztlich ein gigantisches öffentliches Tribunal statt, das zwei Jahre lang dauerte, wobei das zentrale öffentliche Thema in Uruguay die Verletzung der Menschenrechte war.

Die rechten Parteien und die Militärs unternahmen einige rechtliche Manöver, um diese Bewegung zu stoppen.

Die Haltung der Rechten war drohend. Ihre Losung war: "Und danach, was kommt dann?" Sie gaben zu verstehen, daß die Unterschrift zugunsten des Plebiszits zu einem neuen Militärputsch führen könnte. Trotzdem gaben die Leute ihre Paßnummer an und unterschrieben. Für ein Land, das gerade eine Diktatur hinter sich hatte, bedeutete das schon eine Menge Zivilcourage. Sie versuchten viele Tricks. Der letzte war, daß sie über 30.000 Unterschriften nicht anerkannten, weil sie "zweifelhaft" gewesen seien. Das war der absolute Gipfel! Wir mußten die Betreffenden erst einmal ausfindig machen. Aber alle unterschrieben noch einmal. Die Leute kamen aus dem Ausland, verließen die Krankenhäuser, und wir erreichten die nötige Anzahl.

Schlußendlich hatten Sie 555.917 Unterschriften, 216 mehr als notwendig.

Wir bekamen viel mehr, aber sie erklärten über 80.000 Stimmen für ungültig. Trotzdem waren es mehr als erforderlich. Am 16. April 1989 wurde das Ergebnis der Volksabstimmung bekanntgegeben. Nur 777.580 Stimmen waren gegen die Amnestie der Militärs, jedoch 1.016.547 dafür. Sie hatten verloren.

Das war eine schmerzliche Niederlage. Wir sind uns dessen bewußt, daß viele Leute, die eigentlich gegen die Amnestie waren, aus Angst vor den Militärs dafür gestimmt haben. Denn die Rechte hatte ihre Kampagne erheblich verschärft, die besagte, daß, wenn sie für grün, also gegen die Amnestie stimmen, ein Staatsstreich komme. Die Abstimmung fand unter dieser Drohung statt.

Die Leute hatten Angst?

Ja, logisch, viel Angst. Aber das Ergebnis war trotzdem eine Niederlage für die Rechte. Das spürten sie selbst, deshalb feierten sie ihre Stimmenmehrheit auch nicht. Uruguay war nach dieser Abstimmung in zwei Lager gespalten. Die Niederlage der Rechten zeigte sich auch darin, daß die Linke in den Wahlen, die wenige Monate nach dem Plebiszit stattfanden, zum ersten Mal in der Geschichte in Montevideo gewann.

Welche Bedeutung hatte diese Kampagne für das Verhältnis zwischen Montevideo, seit jeher dem Zentrum politischer Bewegungen, und dem Rest des Landes?

Die Linke begann, zum ersten Mal in ihrer Geschichte, massiv im Landesinneren zu arbeiten, und dort wurden zum ersten Mal die Untaten der Militärs richtig bekannt. Die Menschen dort wurden mit einer Realität konfrontiert, die sie nicht kannten oder die sie nicht für wahr hielten. Diese Kampagne diente als Instrument, die Leute dort zu politisieren und zu organisieren.

Was blieb unter dem Strich übrig? Die Frustration über die verlorene Abstimmung oder eine gestärkte Linke?

Viele Menschen stimmten das erste Mal in ihrem Leben für die Linke, was uns enorm stärkte. Die Aktivisten waren zwar über die Niederlage traurig, blieben aber bei der Sache und wußten, daß sie sich gut geschlagen hatten und waren bereit weiterzumachen. Uruguay ist das einzige Land in Lateinamerika, wo das Problem der Straflosigkeit der Militärs nicht nur auf Abkommen, die einige Politiker und Militärs auf höchster Ebene schlossen, oder auf die Entscheidungen einiger Gerichte reduziert wurde. Dort lag dieses Problem zwei Jahre lang in den Händen eines Tribunals, das vom Volk durchgeführt wurde. Dies trug zum Wachstum der Linken bei.

Zu den Wahlen: der Linken gelang es, mit dem Parteienbündnis "Frente Amplio" (Breite Front) zum einen das traditionelle Zweiparteiensystem (Colorados; Partido Nacional) zu durchbrechen und zum anderen in Montevideo 1989 sogar die Mehrheit zu gewinnen. Wie verhielten sich die Tupamaros in diesen Wahlkämpfen?

Wir sind Teil der Frente Amplio. In diesem Parteienbündnis gibt es organisierte Strömungen, und wir gehören mit anderen der "Bewegung für die Partizipation des Volkes" (MPP) an. Dies ist eine Massenbewegung, die breiter angelegt ist als die MLN und die nicht nur Wahlpolitik macht, ganz im Gegenteil. Sie arbeitet in der Jugend-, Frauen-, Kulturbewegung etc. mit, führt vielfältige Aktivitäten durch und nimmt als Teil der Frente Amplio eben auch an Wahlen teil.

Haben die Tupamaros selbst Kandidaten aufgestellt?

Nein, die MLN hat für kein einziges Wahlamt kandidiert. Die bekannten Führungspersönlichkeiten der MLN traten nicht als Kandidaten an, aber wir beteiligten uns aktiv am Wahlkampf für die Frente Amplio und unterstützten die Kandidaten der MPP-Strömung intensiv.

Warum haben sie als Organisation keine eigenen Kandidaten aufgestellt?

Dies war Gegenstand einer heftigen Diskussion innerhalb der Frente Amplio, der MPP und der MLN selbst. Wir, die MLN, diskutierten das Problem lange vor den Wahlen. Um zur Einheit der Linken beizutragen und um die MPP-Strömung aufbauen zu können, verzichtete die MLN zugunsten von Unabhängigen auf Wahlämter. Der andere Grund: Die Tupamaros sammelten in der Vergangenheit und auch in der Gegenwart ihre Kräfte auf anderen Wegen als über Wahlen. Wir glauben, daß das Volk uns anders kennt und von uns auch andere Dinge erhofft und erwartet, als für Wahlen zu kandidieren. Das war eine schmerzhafte Diskussion, wobei sowohl in der MLN als auch in der MPP Mehrheitsentscheidungen erfolgten.

Aus ihren Ausführungen höre ich gewisse Vorbehalte anderer linker Strömungen gegenüber einer möglichen MLN-Kandidatur heraus. Woher kommen die?

Dafür gibt es verschiedene Gründe. Die einen hatten Angst, daß die Kandidaten der MLN mehr Stimmen bekämen als ihre eigenen Leute, weil sie im Volk sehr hohes Ansehen genießen. Innerhalb der Linken gab es aber auch viele, die nicht der MLN angehörten, aber dennoch meinten, wir sollten antreten, da dies für die Frente Amplio wichtig sei und Stimmen bringen würde. Andere, eher rechte Teile meinten, daß unsere Nichtteilnahme mit Kandidaten unsere Geringschätzung der Demokratie zeige und daß wir beabsichtigten, in jedem Moment wieder mit dem bewaffneten Kampf zu beginnen.

Wie beurteilt Ihr denn die Möglichkeiten der Frente Amplio, die in Montevideo die Mehrheit im kommunalen Parlament hat und den Bürgermeister stellt, dort ihre Politik auch umzusetzen? Es ist zwar die mit Abstand wichtigste Gemeinde, aber die bürgerliche Zentralregierung gibt oder verweigert Gelder, die wirtschaftliche Lage des Landes ist schlecht ...

Wir gewannen die Wahlen im wichtigsten Wahlbezirk Uruguays in einer paradoxen Situation: Während wir eine rechte Regierung haben, stellt die Linke den Bürgermeister in der wichtigsten Gemeinde. Es ist logisch, daß wir die Schwierigkeiten haben, auf die Du in Deiner Frage hinweist. Aber darüberhinaus haben wir noch eine Menge weiterer Probleme: Der bürokratische Apparat dieser superzentralisierten Gemeinde wurde seit Jahrhunderten von der Rechten aufgebaut und dirigiert; die finanzielle Lage unseres Landes und auch der Kommune ist beklagenswert, und das gesamte Erbe ist ein pures Desaster.

Aber bisher kämpfen wir gegen diese Probleme an und hatten auch noch keinen größeren Einbruch, wenngleich wir noch nicht alle Pläne umsetzen konnten. Ein besonderes Anliegen ist uns die Dezentralisierung der Kommune, wobei die Bewohner der Stadtteile ihre Angelegenheiten in stadtteilbezogenen Versammlungen selbst in die Hand nehmen sollen.

... also Pläne, die Gemeinde wirklich zu demokratisieren?

Wir wollen die direkte nachbarschaftliche Partizipation bei der Planung, Mittelvergabe und Kontrolle fördern. Denn der bürokratische Apparat Montevideos ist monströs, ultrazentralisiert und unfähig, die Probleme in den einzelnen Stadtteilen von der Hauptstraße aus zu regeln. Wir wollen daraus 18 kleinere Gemeinden machen, wo wir die Entscheidungsmacht in die Hand der dortigen Bewohner legen wollen, auch wenn es sich dabei um Leute der bürgerlichen Parteien, der Blancos und Colorados handeln sollte. Für die Rechte spielt es keine besondere Rolle, ob nun die Müllabfuhr und die Straßenreinigung funktioniert, ob ein neuer botanischer Garten entsteht oder die Straßen beleuchtet werden. Aber daß wir planen, die Stadtregierung in die Hände der Stadtteilbewohner zu geben, schmerzt sie besonders.

Könnt Ihr außer demokratischen Reformen und rein technisch-administrativen Reformen noch mehr anbieten?

Eine sehr wichtige Sache: sich nicht zu bereichern, einfach nicht zu stehlen. Das ist in einer Kommune wie Montevideo bereits sehr viel.

Könnt Ihr auch die wirtschaftliche Lage der Mehrheiten konkret verbessern? Beispielsweise durch ein billiges öffentliches Transportwesen, Wohnungsbauprogramme etc.?

Wir haben, wie im Wahlkampf versprochen, die Preise für den öffentlichen Verkehr herabgesetzt. Wir können einiges, aber nicht viel von dem verwirklichen, was Du erwähnst. Nicht viel, weil einfach die Mittel sehr knapp sind. Wir fördern besonders Formen von Selbsthilfe, beispielsweise um jetzt Vorbeugungsmaßnahmen gegen die Cholera zu treffen. Wenn uns das Geld für den Bau billiger Wohnungen fehlt, verkaufen wir wenigstens das Baumaterial in kommunalen Einrichtungen billiger oder verkaufen den Armen in kommunalen Läden Brot und Fleisch zu günstigeren Preisen.

In Lima stand die "Vereinigte Linke" (IU) vor einer im Prinzip ähnlichen Aufgabe, ebenso die die Arbeiterpartei (PT), die in Brasilien Großstädte regiert. In Peru trug das Bürgermeisteramt letztlich nicht zur Stärkung der parlamentarischen Linken bei, sondern zu deren Schwächung, weil sie von den Problemen aufgerieben wurde. Seht Ihr diese Gefahr auch für die Frente Amplio?

Wir haben versucht, so viel wie möglich aus diesen Erfahrungen zu lernen, um die Fehler zu vermeiden, die sie begingen. Die Bevölkerung Uruguays ist auch ziemlich politisiert und ist sich bewußt, daß die Linke, nur weil

sie in Montevideo regiert, nicht das Paradies auf Erden verwirklichen kann. Die Leute beobachten aber, ob Du wirklich auch das machst, was in Deinen Möglichkeiten steht oder ob Du korrupt wirst.

Welche strategische Bedeutung haben denn Deiner Meinung nach in der gegenwärtigen Periode diese parlamentarischen Kämpfe und die Aktivität der Massenbewegung?

Die Wahlen stellen eine wichtige Kampfebene dar, wie es auch die Gewerkschafts- oder Studentenarbeit ist. Wir halten sie nicht für die wichtigste, wie dies andere Strömungen der Linken tun. Wie schon in der Vergangenheit sehen wir es so, daß die einzelnen Felder des Kampfes je nach dem entsprechenden Moment Priorität haben müssen. Derzeit sieht es so aus, als ob die Linke 1994 auf nationaler Ebene die Wahlen gewinnen könnte. Die Linke kann so weiter Kräfte ansammeln, was jedoch nicht nur über Wahlen und Parlament, sondern auch über soziale Mobilisierungen wie im Fall gegen die Menschenrechtsverletzungen, Arbeitskämpfe usw. erfolgt. Die gesammelte Stärke kann sich heute in Wahlen konkretisieren, morgen in der Unterstützung eines großen Streiks.

Die parlamentarische Arbeit, die Arbeit in Basisbewegungen sind also als verschiedene Ebenen zu betrachten, auf denen die Linke versucht Kräfte zu akkumulieren?

Ganz genau, das strategische Ziel ist die Kräfteakkumulation. Heute ist die Situation paradox: Während die Linke in der öffentlichen Meinung und bei Wahlen stärker wird, erzielt sie in Arbeitskämpfen keine Erfolge. Fast alle Streiks scheiterten, was die Arbeiterklasse ziemlich demoralisierte. Die Studentenbewegung hat im Vergleich zu anderen Perioden Rückschritte hinnehmen müssen, während in den Elendsvierteln viel läuft. Während wir einerseits vorankommen, verlieren wir anderswo. Die Kräfteakkumulation ist also nicht frei von Widersprüchen. Unsere größte Schwäche, das gilt für die gesamte Linke, ist, daß wir viele Aktivisten ("militantes") verlieren.

Wie reflektiert sich dieser Verlust?

Viele ziehen sich von den Aktivitäten zurück. Das passiert überall in Lateinamerika, und ich habe gehört, daß es hier auch so ist. In Uruguay sind mehrere Faktoren dafür verantwortlich: Um heute überhaupt überleben zu können, muß man zwei Arbeitsstellen haben, oder man arbeitet besonders lang. Die Companeros kommen müde nach Hause zurück und haben keine Zeit mehr, um so viel Zeit wie früher für ihre Aktivitäten zu investieren. Diese Companeros machen in entscheidenden Momenten immer mit, aber sie fehlen in der Alltagsarbeit.

Ein weiterer Grund liegt im Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa. Dies hat bei vielen, besonders in der Kommunistischen Partei, zu Desorientierung, Reflexion und Überprüfung alter Vorstellungen geführt.

Wirkt sich dieser Faktor auch in der MLN aus?

Ja. Die KP Uruguays hat am meisten darunter gelitten, aber auch die Sozialistische Partei, die MLN und alle anderen Strömungen sind davon betroffen.

Welche Faktoren sind denn noch für den Rückzug der Aktivisten verantwortlich?

Wir meinen, daß auch einige Fehler der Linken, welche die Führung der Frente Amplio beging, die in jüngster Zeit sehr stark von verschiedenen Schattierungen sozialdemokratischer und reformistischer Strömungen beeinflußt wird, zu Demobilisierung beigetragen haben. Sie hat konzertierte Aktionen mit der Regierung vereinbart, was viele Aktivisten demoralisiert hat. Auch die Niederlagen in gut durchgeführten Streiks haben stark zur Demoralisierung beigetragen. Es gibt unserer Meinung nach eine Anzahl von Gründen, die zu dem Rückzug der Aktivisten beigetragen haben, den wir im übrigen für vorübergehend halten.

Wie sieht es denn mit den Jugendlichen aus? Sind die aktiv mit dabei, oder haben die andere Probleme?

Die Jugend spielte eine sehr wichtige, ich würde sagen, die entscheidende Rolle beim Sturz der Diktatur. Sie begannen ihr Engagement unter der Diktatur, hatten nicht die Erfahrungen der alten Linken, die im Gefängnis oder im Exil waren, und mußten den Kampf gegen die Diktatur anführen. Ich glaube, sie machten sich viele Illusionen in die Demokratie. Sie meinten, daß sich mit dem Sturz der Diktatur nicht nur die Probleme mit Demokratie, Menschen- und Freiheitsrechten lösten, sondern auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Sie

mußten bald zur Kenntnis nehmen, daß dies nicht der Fall war, im Gegenteil. Ihre Enttäuschung war riesengroß. Es gelang der Linken auch nicht, in der Jugend so Fuß zu fassen, wie es nötig wäre.

Lag es vielleicht auch daran, daß die alten Militanten aus dem Exil, oder in Ihrem Fall aus dem Gefängnis zurückkamen, mit einer unglaublichen Erfahrung, mit theoretischen Kenntnissen ...

Wir kamen aus den Gefängnissen und dem Exil mit unseren alten Wahrheiten, mit unserem Paternalismus, den allwissenden und omnipotenten Kenntnissen. Wir behandelten diese jungen Führungspersönlichkeiten wie kleine Kinder, die von uns lernen müßten. Wir waren hochmütig, arbeiteten mit unseren alten Schemas und verwarfen sogar viele Einsichten der Jungen, die der neuen Realität viel mehr angepaßt waren als unsere. Dies führte überall, in den Gewerkschaften, Universitäten etc. zu großen Problemen.

Spielt denn Deiner Meinung nach auch das ganze Bild, wie Aktivisten zu sein haben, eine Rolle: den ganzen Tag, das ganze Leben voll dem Kampf verschrieben? Vielleicht wollen ja junge Leute mitmachen, gut, aber nicht 24 Stunden am Tag, wie es vielleicht früher eher üblich war.

Das spielt sicher eine große Rolle. Außerdem war in den sechziger Jahren die Massenbewegung auf einem derartigen Höhepunkt, daß alle den ganzen Tag rödelten ("todo el mundo militaba todo el dia"). Aber das war weniger Teil einer Konzeption, als vielmehr die Realität des Klassenkampfes. Es ging gar nicht, nicht mitzumachen, einfach weil alle dabei waren. In keinem historischen Prozeß dauert eine derartige Anspannung im Klassenkampf sehr lange Zeit an. Bestimmte historische Momente sind so, dann gibt es aber auch ruhigere Phasen. Wenn nun Aktivisten mit diesem alten Kampfgeist kommen und von Jungen auch etwas ähnliches verlangen, dann geraten sie mit der Realität in Konflikt. Denn die Zeiten sind nicht so. Es wäre etwas anderes, wenn wir im Untergrund wären, wenn uns die Todesschwadronen verfolgten. Aber jetzt wäre es sinnlos, 24 Stunden am Tag zu rödeln.

Dies führte zum Rückzug nicht nur junger, sondern auch vieler alter Aktivisten. Diesen wurde auch mit einer gewissen Aggressivität begegnet. Sie wurden als verbürgerlicht und reformistisch bezeichnet und damit beleidigt.

Bei uns gibt es, auf einem insgesamt natürlich unvergleichlich niedrigerem Niveau, ein ähnliches Phänomen. Die Mobilisierung gegen den Golfkrieg beispielsweise war zu Beginn sehr erfolgreich, für viele, die noch organisiert sind, überraschend erfolgreich. Aber wenn man sich ansah, wer das alles organisierte und trug, kannte man fast alle Gesichter. Die Masse kam, protestierte und ging wieder nach Hause. Mehr nicht.

In Uruguay ist es so, daß viele Leute an unseren Massendemonstrationen teilnehmen. Unsere Bücher und Zeitschriften verkaufen sich gut. Aber zu unseren Versammlungen kommen jedesmal weniger Leute.

Wir sprachen viel über Massenpolitik, Wahl- und Bündnispolitik. Einleitend hast Du betont, daß alle Formen des Kampfes wichtig seien. Spielen heute auch illegale Formen des Kampfes noch eine Rolle?

Im Moment gibt es praktisch keine illegalen Kampfformen. Allein die Rechte hat diese Formen. Todesschwadronen bedrohen Führungspersonen der Linken, verüben Attentate.

Ist das für Dich eine ideologische Frage, in dem Sinne, daß Du sagen würdest, heutzutage ist der bewaffnete Kampf nicht mehr angebracht, wir erreichen unsere Ziele auf anderen, legalen Wegen? Oder hängt es eher mit den konkreten historischen Rahmenbedingungen zusammen, daß nicht auch mit Waffen gekämpft wird?

Es ist das zweite, was Du erwähnt hast. Dies als ideologische Frage zu behandeln wäre absurd. Die organisatorischen Formen, die Methoden und Formen des Kampfes sind keine ideologischen Fragen. Wenn man sie ideologisiert, begeht man einen schweren Irrtum, wenn man beispielsweise sagte, man muß illegal arbeiten, weil das Teil meiner Doktrin ist. Es handelt sich dabei um taktische und strategische Probleme, die Ergebnis einer konkreten Realität sind, aber doch nie einer ideologischen Konzeption. Man muß illegal arbeiten, wenn es notwendig ist.

Man muß Waffengewalt anwenden, wenn es notwendig ist?

Freilich, das ist die Frage nach den geeigneten Instrumenten.

Ein Genosse von Dir, Marenales, sagte, wenn die MLN Erfolg mit ihrer Arbeit hat, wird sie erneut illegalisiert werden.

Das ist sehr wahrscheinlich. Wenn die Linke Erfolg hat, wird sie sehr wahrscheinlich illegalisiert. Uruguay steht permanent unter einer faschistischen Bedrohung. Da braucht man nicht Marenales zitieren. Vor kurzem sagte ein General, wenn die Linke 1994 die Wahlen gewinnt, weiß man nicht, was passieren wird.

Wie bereiten sie sich darauf vor?

(Lacht) Gut, vor allem dadurch, daß wir unseren Einfluß in der Massenbewegung verstärken. Wir haben Erfahrung mit illegaler Arbeit im Untergrund. Wir geben diese Erfahrungen auch an Freunde und Genossen weiter, damit sie vorbereitet sind, wenn es notwendig sein sollte. Wir bemühen uns dafür zu sorgen, daß diese Drohung nicht aus dem Blickfeld gerät. Aber die Ultrarechte Uruguays sorgt schon dafür, daß dies niemand vergißt. Neben fünf anderen Persönlichkeiten bin ich von einer faschistischen Gruppe mit dem Tode bedroht. Das zwingt uns dazu, daß wir uns schützen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Albert Sterr, Nürnberg

40. Land und Freiheit. Bauern in Mexiko im Kampf gegen feudalististische Strukturen

Bauern in Mexiko im Kampf gegen feudalistische Strukturen

Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:36

Chiapas ist der südlichste Teilstaat von ganz Mexico, gleich oberhalb von Guatemala. Die ökonomisch-sozialen Bedingungen sind hier ähnlich wie in den Staaten Zentralamerikas. Ausgebreiteter Groß- und Mittelgrundbesitz, vorkapitalistische Ausbeutungsverhältnisse (unter anderem gibt es immer noch Peones, die auf den Fincas ohne Lohn arbeiten, als eigentliche Sklaven), extreme Armut, Hunger, großer Analphabetismus und fast keine ärztliche Versorgung. Wer ca. 23% der Leute, welche auf dem Lande leben, haben die Möglichkeit von ärztlicher Versorgung, daher ist Chiapas eine der Regionen mit vielen parasitären und infektiösen Krankheiten, zumal die eigene Heilmedizin der Indigenas ins Abseits gedrängt wurde. Die überwiegende Mehrheit der Leute arbeitet und lebt von der Landwirtschaft. Industrie gibt es neben drei Fabriken der Nestlé kaum. Dann wird in Chiapas noch ca. 30% der gesamten Elektrizität Mexicos aus Stauseen gewonnen. Wobei in Chiapas selbst laut einer Studie aus 1988 ca. 35% der Haushalte über Elektrizität verfügt.

Die OCEZ, eine der fünf großen "Bauernorganisationen" in Chiapas

Eine der verschiedenen Bauernorganisationen, die für die Rechte der Bauern, Bäuerinnen, Peones (in Chiapas in ihrer großen Mehrheit Indigenas) kämpft, ist die OCEZ. Die OCEZ - die Organization Campesina Emiliano Zapata - begann sich Mitte der 70er Jahre zu formieren und definiert sich als unabhängige, autonome Organisation, welche keine Verbindung mit Staat oder Parteien hat. Die OCEZ spricht sich auch gegen die Teilnahme an Wahlen aus, da sie der Meinung ist, daß über diesen Weg nie was geändert habe, das Parlament nur das Spielfeld der Reichen und der PRI (seit mehr als 70 Jahren Regierungspartei) ist. Die anderen Bauernorganisationen sind entweder mit der PRD, dem links-nationalistischen Wahlbündnis von Cautenoc Cardenas, dem eigentlichen Wahlsieger der Präsidentschaftswahl von 1989, verbunden, oder sie sind mit sonstigen linken Parteien liiert, welche allesamt an Wahlen teilnehmen und vor allem auch immer ihre großen Mobilisierungen in den Zeiten der Wahlen machen.

Da die OCEZ eine sehr kämpferische Organisation ist und ihre Unabhängigkeit von Staat, Parteien und Caudillismo (Führertum) erhalten hat, war sie immer sehr starker Repression ausgesetzt. So gibt es bis heute fast 30 ermordete Genossen und vier Desaparecidos (Verschwundene), drei Genossen und eine Genossin. Seit dem Bestehen der Organisation wurde vom Staat auch immer versucht, einzelne Dörfer, in denen die Mehrheit oder alle der BewohnerInnen bei der OCEZ organisiert sind, anzugreifen. Entweder wurde versucht die Leute zu vertreiben, oder das ganze Dorf wurde zerstört, der kleine Besitz der Bauern/Bäuerinnen gestohlen und viele GenossInnen für Wochen und Monate in den Knast gesteckt. Meistens haben die Menschen in den Dörfern das Recht auf den Boden (der ihnen eigentlich schon immer gehörte und spätestens seit der mexikanischen Revolution von 1910 auch nach der heute noch bestehenden Verfassung offiziell gehört) nach jahrzehntelangen Kämpfen von irgendeiner Staatsstelle zugesprochen bekommen, doch noch keine Papiere (Landtitel) dafür erhalten. Viele Dörfer wurden so geräumt und die Leute angeklagt wegen Landbesetzung, Enteignung und der Boden den örtlichen kleinen und großen Feudalherren zugesprochen.

Räumung und Zerstörung zweier Dörfer

Im April dieses Jahres wurden gerade wieder zwei Dörfer, in denen alle BewohnerInnen in der OCEZ sind, geräumt. Das eine Dorf, Paso Achiote, wurde schon genau vor einem Jahr am 11.4.90 von einem großen Polizeiaufgebot zusammen mit den lokalen Feudalherren und deren Pistoleros geräumt. Das andere Dorf, Emiliano Zapata II, auf die gleiche Art etwas früher letzten Jahres. Der Unterschied bei der Räumung diesmal war, daß die Repressionskräfte auch einen Helikopter einsetzten, der lange tiefffliegend über dem Dorf Paso Achiote kreiste, bis dann viele Fahrzeuge mit ein paar hundert Polizisten anrückten. Einige DorfbewohnerInnen haben laut einer Menschenrechtsorganisation ausgesagt, daß aus dem Helikopter geschossen wurde. Die Regierung des Teilstaates Chiapas weiß angeblich nichts von den Räumungen und den Verhafteten. Und die Agrarkommission des Staates wird dann auch wie letztes Jahr irgendwann versprechen, sie werde die Frage des strittigen Bodens möglichst bald "regeln".

Bei den jetzt im April erfolgten Räumungen wurden schlußendlich neun Genossen im Knast behalten und sitzen bis zum heutigen Tage im Knast "Cerro Hueco" in der Hauptstadt von Chiapas, Tuxtla Gutierrez. Dieser Knast ist permanent überfüllt, so daß viele Gefangene irgendwo auf dem Boden vor den eigentlichen Zellentrakten schlafen müssen usw. Bei den Räumungen vor einem Jahr haben am Schluß 14 Gefangene der OCEZ monatelang auch in diesem Knast gesessen. Erst nach langwierigen Protesten und verschiedensten Aktionen wurden sie Ende 1990 freigelassen. Im Sommer 1990 hatten wir die Möglichkeit, die damals eingeknasteten 14 Genossen der OCEZ zu besuchen und mit ihnen und weiteren 16 politischen Gefangenen, die damals dort eingelocht waren, zu reden. Das Folgende haben uns damals die Genossen der OCEZ zur Geschichte des Kampfes für ihren Boden beschrieben:

Die Gefangenen der OCEZ erklären:

"Die Räumung und Zerstörung unserer Dörfer (gemeint sind hier Paso Achiote und Union y Progreso, welches am gleichen Tag, 11.4.90, geräumt wurde) beginnt eigentlich schon am 10.2.90, als die Polizei anfängt um unser Dorf herum zu patrouillieren zusammen mit den vermeintlichen Grundbesitzern des Bodens. Vermeintliche Grundbesitzer darum, da wir früher bis Mitte der 80er Jahre gezwungen waren, den Boden von diesen Herren zu pachten. Damals hatten wir herausgefunden, daß diese Herren gar keine Besitzakte für den Boden hatten. Die Leute in den Dörfern hatten die Ausbeutung satt und so bebauten wir den Boden ab 86 für uns selbst und ersuchten um die Legalisierung des Besitzrechtes. Beide Dörfer waren dann in der Folge von staatlicher Seite her erstmal anerkannt, hatten Schulen, Strom. Doch die endgültige Besitzakte war noch nicht da, dafür hatten die alten Besitzer 1990 plötzlich Papiere, die sie als Besitzer des Bodens ausweisen.

Fast täglich drohten sie dann Leuten aus dem Dorf, daß sie es räumen werden. Oft schossen sie mit Waffen verschiedenster Kaliber herum, um unseren Familien, Kindern Angst zu machen, und allgemein bestand ein Klima der Einschüchterung. Die Repressionskräfte waren zu jeder Zeit präsent und in Union y Progreso gingen sie in der Farm gegenüber des Dorfes aus und ein. Diese Farm gehört George Alvarez Aquino, dem Hauptverantwortlichen für das, was hier passierte. Dieser Alvarez ist ein Bonze, Besitzer von Häusern, Hühnerfarmen, Läden, Land, viel Geld etc. und ist eben auch der Compadre (Vetter) vom Staatsekretär in Chiapas.

Das dauerte an, dieser Zustand der Belagerung, doch da sie nie wirklich in die Dörfer eindrangen, nahmen wir das mit der Zeit als tägliche repressive Routine. Und dann, ohne daß es jemand erwartete, drangen die Repressionskräfte am 11. April 90 um 5.00 Uhr morgens ins Dorf Union y Progreso ein. Zuerst hörten wir Schüsse, einige öffneten die Türen und sahen sich von Polizei umzingelt. Anderen wurde die Türe eingeschlagen und unter Schlägen, obzönen Worten und Schüssen schleppten sie die Leute ins Zentrum des Dorfes. Viele Kinder weinten und zitterten, doch niemand und nichts respektierten sie.

Nachdem sie uns wie Vieh zusammengetrieben hatten, begannen Personalaufnahmen, Fotos wurden von uns gemacht, Fragen gestellt. Auch legten sie Waffen vor uns hin, vielleicht um uns später zu sagen, daß wir diese versteckt hätten. Danach mußten wir unter Schlägen in die Autos einsteigen, dabei wurde uns klar, daß es 600 bis 700 Elemente waren mit 50 bis 60 Fahrzeugen. Es wurde auch nirgends aufgeschrieben, was sie uns alles wegnahmen, einfach alles: Machete, Pickel, Pflug, alle Arbeitsinstrumente und all unser Privatbesitz; Schweine, Hühner usw. Kleider ...

Dann ging es weiter mit dem Dorf Paso Achiote das 6 km weiter entfernt liegt, wo die Polizei zusammen mit den Grundbesitzern, die auch als Polizisten verkleidet waren, dasselbe vorhatten. Der einzige Unterschied dort war, daß es jetzt schon fast 7.00 Uhr war, schon hell und viele schon zur Arbeit aufgebrochen waren und so entkommen konnten. Danach wurden wir nach Tuxtla Gutierrez gefahren, wobei die Frauen und Kinder irgendwo auf die Straße gestellt wurden. So blieben 35 Männer übrig, 25 von Paso Achiote und zehn von Union y Progreso.

Die Vorwürfe gegen uns waren Landbesetzung und Sachbeschädigung. Danach wurden wir auf Einzelzellen verteilt ohne etwas gegessen und getrunken zu haben, wurden wir rausgeholt zum Verhör. Wir alle erklärten immer wieder das gleiche, daß der Boden uns gehört, doch das interessierte sie nicht. Unter Drohungen wurden wir gezwungen, von ihnen angefertigte Erklärungen zu unterschreiben. Dann ab in die Zelle und in der Zeit danach wurden 21 freigelassen und wir 14 hierher in den Knast "Cerro Hueco" überführt. Zu unserer

Situation, Anklage usw. erfuhren wir weiter nichts mehr und unser einziges wirkliches Delikt ist, den Boden bebaut zu haben.

Die Übriggebliebenen draußen, vor allem die Frauen und Kinder, machten einen Sitzstreik tagelang in Chiapa de Corzo, erreichten jedoch nichts, da die Lokalbehörden mit den Reichen und den großen Landbesitzern alle unter einer Decke stecken. Die einzige Hilfe kam vom Pfarrer von Chiapa de Corzo. Danach gingen unsere Leute nach San Cristobal de las Casas, um dort den Protest-Planton (Sitzstreik z.T. tage-wochen-monatelang praktiziert) fortzusetzen. Das Klima dort ist aber viel kälter und es regnet viel und es gab fast nichts zu essen. Es gab dann auch noch drei Geburten, wobei eine sehr kompliziert war, weil es Zwillinge waren und eines starb bei der Geburt.

Die Regierung von Chiapas versprach, daß sie "das Problem" in 15 Tagen lösen werde und unsere Leute hatten ein wenig Hoffnung und beendeten den Sitzstreik. Den Leuten von Paso Achiote wurden später der Boden zurückgeben, jedoch nichts der gestohlenen Sachen und sie standen mit Nichts vor den kaputtgeschlagenen Hütten. Wir Gefangene blieben im Knast und was mit dem Boden von Union y Progreso ist, weiß niemand, außer, daß dort nicht mehr zu sehen ist, daß es jemals ein Dorf dort gab. Mit ihren Versprechungen wollte die Regierung vor allem gegenüber der Presse die Realität in Chiapas verschleiern, zumal auch gerade der Besuch des Papstes bevorstand."

Soweit die Gefangenen der OCEZ.

Keine Einzelfälle

Wie beschrieben wurde den Leute aus diesen Dörfern 1990 viel versprochen. Gerade die für Agrarfragen zuständige Kommission der Regierung sagte baldige Legalisierung zu, passiert ist nichts außer der zweiten Räumung im April diesen Jahres, wieder Versprechungen, nachdem die OCEZ verschiedenste Sitzstreiks, Besetzung von lokalen Regierungsgebäuden usw. gemacht hatte. Hinhalte-Taktik und brutale Repression heißt das einfache Konzept. Solche Konflikte um Bodenrechte, Besitztitel, aber auch um Grenzverläufe eines Besitzes, Wasserrechte sind alltägliche Konflikte, härteste Kämpfe in Chiapas, aber auch in weiten Teilen von ganz Mexico. Und wenn es nicht speziell direkt um die Frage des Bodens geht, dann um die Errichtung minimaler Infrastruktur für Transport, Bildung, Medizin oder gerechtere Preise für die Produkte; oder gerade in Chiapas gegen die immer noch in einzelnen Orten bestehende faktische Sklaven-Situation von vielen Menschen in den Fincas irgendwelcher Großgrundbesitzer.

Bei vielen solcher Kämpfe gibt es Verletzte und Tote. Gerade auch weil die örtliche kleinen oder großen Feudalherren mit Polizei oder Pistoleros den Kampf der Landbevölkerung zu zerstören versuchen. Gibt es dann einen Verletzten oder Toten auf der Seite dieser Feudalherren, dann wandert gleich der nächstbeste oder der vermeintliche Anführer eines Dorfes für Jahre in den Knast. Tausende Militante von den verschiedensten Organisationen auf dem Lande wandern so in den Knast, warten monatelang, z.T. jahrelang auf ihren Prozeß, können die Kaution nicht bezahlen und falls es zu Prozeß kommt geht das unter Ausschluß jeglicher Öffentlichkeit oft keine 15 Minuten, bis das schon vorher feststehende Urteil bekanntgegeben wird.

Wie gesagt, die OCEZ ist ein Beispiel einer "Bauernorganisation", welche dieser extremen Ausbeutung und Repression ihre Kraft entgegenstellt und es auch geschafft hat, in einigen Regionen von Chiapas der Macht der örtlichen Feudalherren und dem Staatsterror Grenzen zu setzen und durch ihren starken Zusammenhalt den Menschen einen gewissen Schutz und Hoffnung zu geben. Und für sie, wie für viele in Mexico, hat der Ruf "Tierra y Libertad" von 1910 von General Emiliano Zappata eine sehr lebendige Bedeutung.

Vis, Zürich

Hungerstreik der politischen Gefangenen nach 1,5 Monaten beendet

Mitte Juli wurde der am 1. Juni begonnene Hungerstreik von über 300 politischen Gefangenen abgebrochen. Der in mehr als sieben Teilstaaten geführte Streik war von der CNPPM - der nationalen Koordination der politischen Gefangenen in Mexico - initiiert worden. In dieser Koordination, welche Ende 1990 gegründet wurde, organisierten sich Gefangene quer durchs gesamte linke Spektrum: Militante der Stadtteilorganisationen, von der unabhängigen LehrerInnengewerkschaft, dem links-nationalistischen Wahlbündnis PRD, aus der einzigen noch existierenden Guerilla PROCUP-PDLP, und mehrheitlich aus

Bauern/Bäuerinnen-Indigena-Organi- sationen. Bis im April hatten sich 86 Gefangene in der CNPPM organisiert.

Der Hungerstreik war eine Protestaktion gegen die Korruption, die unmenschlichen Haftbedingungen, die Folter im mexikanischen Knastsystem und gegen die Unregelmäßigkeiten in den juristischen Verfahren. Konkret forderten die Gefangenen die sofortige und bedingungslose Freilassung von Dr. Felipe Martinez Soriano; totale und bedingungslose Amnestie aller 10.000 politischen Gefangenen, die es im Land gibt; uneingeschränkter Respekt der Menschenrechte aller Gefangenen in Mexico - ca. 87.000 in 465 Knästen.

Mit dem Streik erreichten die Gefangenen, daß in verschiedenen nationalen und internationalen Medien über sie und allgemein die Knastsituation in Mexico berichtet wurde; die konkrete Freilassung von 463 politischen Gefangenen; Verhandlungen mit dem staatlichen Büro für Menschenrechte.

Quelle: CNI - Paris (Comite Nacional Independiente Pro-Defensa de los Presos Politicos, Desaparecidos y Exiliados Politicos)

41. Damit Sozialismus nicht Utopie bleibt. Dokumentation eines Diskussionsbeitrages von William Grigsby

Dokumentation eines Diskussionsbeitrags von William Grigsby

Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:38

William Grigsby, 32 Jahre alt, seit 1977 Mitglied der FSLN, ist Chefredakteur des Radiosenders "La Primerisima". Er arbeitete als Redakteur bei verschiedenen Sendern und Zeitungen, so in der Agencia Nueva Nicaragua (ANN), beim sandinistischen Fernsehsender, im Büro für Öffentlichkeitsarbeit der FSLN und für die Tageszeitung Nuevo Diario. Seit 1988 ist er Direktor des Radios "La Primerisima", einem der meistgehörten Sender Nicaraguas. 1987 wurde William Grigsby aus der FSLN ausgeschlossen, weil er ein Interview mit Alan Boal (FSLN-Mitglied und Leiter eines Theaters in Matagalpa) veröffentlichte. Boal übte in diesem Interview Kritik an der aktuellen Politik der Frente und wurde nach der Veröffentlichung ebenfalls aus der FSLN ausgeschlossen. William Grigsby versteht sich als Sandinist, aber auch als Kritiker der aktuellen Entwicklungen innerhalb der Partei.

Am 19. Juli fand in Managua die 1. Nationalkonferenz über die Zukunft der sandinistischen Partei statt. Es war ein tiefer Einschnitt in die Geschichte der Partei. Mit der siegreichen Revolution 1979 war aus der kadermäßigen Guerillaorganisation eine Staatspartei geworden. Mit der Abwahlniederlage 1990 mußte aus der Staatspartei eine normale Oppositionspartei werden. Dieser Prozeß hat erst begonnen und hat zum Teil tiefe Widersprüche aufgezeigt. Da von der Nationalkonferenz bisher keine greifbaren Ergebnisse vorliegen, dokumentieren wir im folgenden einen Diskussionsbeitrag, der von William Grigsby in dieser o.ä. Form auf einer Rundreise gehalten wurde. Red.

Nicaragua ist nicht mehr in den Schlagzeilen. Jetzt sind die "Sandino-Kommunisten" nicht mehr an der Macht und die nordamerikanische Militäraggression ist vorbei. Heute geht es um einen neuen Kampf: Welche Art von Gesellschaft wird das revolutionäre Experiment der 80er Jahre ersetzen und wer werden die Protagonisten sein. Die FSLN, die für ihren heldenhaften Guerillakampf und ihre antiimperialistische Grundhaltung die Bewunderung der Welt auf sich zog, führt heute eine schwierige Debatte, um eine Antwort auf die veränderte Weltlage zu finden. Während sich ihre Führer damit beschäftigen, Bedingungen für die Rückkehr an die Macht - mit dem Segen Nordamerikas - zu schaffen, besteht eine neue Gruppe von Sandinisten darauf, die Strukturen der Partei zu verändern, auf daß ein weiteres Mal die Revolution aufhört, eine Utopie zu sein.

Es weint heute niemand mehr über die Niederlage der Sandinisten bei den nicaraguanischen Wahlen 1990. Die Revolution blieb auf der Strecke, und die neuen Perspektiven lassen andere Protagonisten zum Vorschein kommen. Die Sandinisten haben auf die formale Demokratie gesetzt und verloren. Und auch wenn nun die Führung versucht, die Gründe der Niederlage zu beseitigen, so bestätigen für den gewöhnlichen Bürger viele der neuen Vorkommnisse nicht nur das Wahlergebnis, sondern er hat auch entdeckt, daß hinter den feurigen Reden über Patriotismus das unverkennbare Gesicht des Opportunismus steckte. Die ersten, die das gemerkt haben, waren die militanten Sandinisten selbst.

Wenige nur mußten nicht weinen, als sie Daniel Ortega sagen hörten: "Wir sind arm geboren und werden arm sterben", am Morgen des 26. Februar 1990, als er seine Niederlage gegenüber seinem schlimmsten Feind anerkannte: Jene Mischung aus Miniparteien, die hinter der US-amerikanischen Fahne und der tadellosen Figur des ermordeten Pedro Joaquin Chamorro die Hoffnungen der durch den Krieg, die Jahrhunderte der kolonialen Ausbeutung und die Wirtschaftspolitik der Sandinisten verarmten Mehrheit auf sich gezogen hatten.

In den folgenden Monaten geschahen Dinge, die den Rahmen für die nachkommenden Ereignisse festlegten. Während General Humberto Ortega den Auftrag übernahm, mit dem Schwiegersohn der neuen Präsidentin, dem jungen Unternehmer Antonio Lacayo, über die Bedingungen zur Übergabe der Macht zu verhandeln, beschäftigten sich die anderen Sandinisten damit, das Szenario vorzubereiten, in der Opposition zu arbeiten, von bequemen Positionen aus. Eilig verabschiedeten sie Gesetz über Gesetz und Dekrete, die die neue Regierung binden sollten, verteilten aus vollen Händen die wenigen Mittel des Staates, verbrannten Dokumente und kündigten ihren Willen an, "von unten zu regieren".

In jenen zwei Monaten wurden ein Protokoll und drei Gesetze geschaffen, die das politische Geschehen während der ersten 14 Monate der Regierung Violeta Chamorros beherrschten. Aus den Verhandlungen Ortega-Lacayo ging das sogenannte Protokoll des Übergangs hervor, das im Prinzip die militärischen Strukturen des Heeres, der Polizei und der öffentlichen Ordnung intakt ließ und die durch die Agrarreform verteilten Besitztümer garantierte. Das Protokoll versprach, das Gedenken an die sandinistischen Helden zu respektieren, mit deren Namen Denkmäler, Plätze und öffentliche Orte getauft worden waren; es sicherte den Respekt gegenüber der unter sandinistischen Kriterien erarbeiteten Verfassung zu und erkannte als objektive Realität an, daß es keine Regierung geben könne, ohne die Verlierer zu berücksichtigen, die beinahe die Hälfte der Bevölkerung auf ihrer Seite hatten. Für viele war das Protokoll zum Übergang ein Pakt für die Mitregierung. Dank seiner blieben der Chef der Polizei, Rene Vivas, und der des Heeres, Humberto Ortega, auf ihren Posten.

Die Sandinisten erfüllten so ihr Versprechen, daß sie die Macht übergeben würden, aber nicht die Waffen. Tatsächlich garantierten sie somit nicht nur die verfassungsmäßige Ordnung und ihre Existenz als politische Kraft, sondern sie schützten auch ihr eigenes Leben. Die Gesetze 85, 86 und 92 hatten dagegen aber einen anderen Sinn. Die ersten beiden verschenkten oder verkauften zu lächerlichen Preisen die Wohnungen oder Grundstücke des Staates, die vor dem 25. Februar 1990 besetzt worden waren. Die Hauptbegünstigten waren die sandinistischen Funktionäre von Regierung, Partei und Militär. In ihren Händen (vielleicht 3000) blieben die luxuriösen Wohnungen und alten Residenzen der Bourgeoisie und der Somozisten, die in den 80er Jahren aus Nicaragua geflohen waren. Und es gab viele, die die Gelegenheit ergriffen, um in den Besitz von Gütern zu kommen wie Autos, Computer, bis hin zu Büromöbeln. Die öffentliche Meinung nennt diese Verteilung "Pinata", nach jenem Spiel, bei dem sich Kinder auf Kommando auf Bonbons stürzen. Die sandinistische Führung hat versucht, diese Entscheidungen mit dem schwachen Argument zu entschuldigen, die so Begünstigten seien selbstlose Berufstätige, die über Jahre miserable Gehälter bekommen und eine Art Entschädigung verdient hätten.

Dennoch ist es eine objektive Tatsache, daß diese Gesetze ungefähr 17.000 Familien begünstigten, die bescheidene Wohnungen und kleine Stücke Land bewohnten.

Das andere Gesetz, das 92er, erklärte das Urteil des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag vom 27. Juni 1987, welches die US-Regierung zu Entschädigungszahlungen an Nicaragua verurteilte, zum nationalen Erbe und verpflichtete jede Regierung, die Forderung nach den 12,6 Mrd. Dollar aufrechtzuerhalten.

Unterdessen zwang die sandinistische Basis ihre lokalen und regionalen Führer, für ihre Irrtümer zu bezahlen. In mehreren Versammlungen, die einberufen wurden, um das Wahlergebnis auszuwerten, wählten die Versammelten erstmalig in geheimer und direkter Wahl, was ihnen ermöglichte, sämtliche Parteisekretäre der Regionalkomitees der FSLN, ohne irgendeine Ausnahme, abzusetzen. Die neugewählten Führer sind erfahrene Guerillakämpfer, die aus den Regionen selbst stammen.

Dieser Strudel von Änderungen und Reklamationen fand seinen Höhepunkt in der ersten Versammlung von gewählten Delegierten. Die Führung der Frente Sandinista erklärte sich bereit, einen Parteitag einzuberufen und eine Ethikkommission einzurichten, die sich mit den zahlreichen Anzeigen von Korruption beschäftigen sollte. Nur so gelang es ihr, überhaupt das Vertrauen der Versammlung zu erhalten.

Kaum drei Monate später fand die Führung die Formel, die es ihr ermöglichte, ihre Posten zu sichern: mit dem Argument des angeblichen Desinteresses der Basis schlug sie vor, den für Oktober einberufenen Kongreß auf Juli 1991 zu verschieben. Das war die Zeit, die sie benötigte, um ihre neuen Positionen zu konsolidieren. Unterdessen wurden der Ethikkommission nur 28 dokumentierte Fälle bekannt, von denen sechs untersucht wurden, und von denen keiner mit einem Schuldspruch endete. Die Führung sah damit den Vorwurf der Korruption in ihren Reihen als widerlegt an.

Diese Vorfälle ernüchterten und frustrierten die große Mehrheit der sandinistischen Basis. Trotz des erklärten Wunsches der Präsidentin Chamorro und des faktischen Premierministers Antonio Lacayo, im Geiste der Versöhnung zu regieren, besetzten die Kräfte der äußersten Rechten in der Zwischenzeit Schlüsselpositionen und machten Fortschritte. Mit Kardinal Miguel Obando y Bravo, einem erbitterten Feind der Sandinisten - daran änderten auch einige Besuche Daniel Ortegas nichts - als Schutzschild sowie unter dem entscheidenden Einfluß des neu- en US-Botschafters Harry Shlaudeman (mit schmutzigen Erfahrungen aus dem Brasilien von

Goulart und dem Chile von Pinochet) versammelten sie unter ihrer Fahne die Mehrheit der 19.000 Contras, die im Juni 1990 teilweise ihre Waffen übergeben hatten, und erlangten die Kontrolle über die meisten Bürgermeistereien. Ihre bekanntesten Führer sind der ehemalige Minister aus der ersten sandinistischen Epoche, Virgilio Godoy, gewählter Vizepräsident, dem aber Violeta Chamorro wegen seines revanchistischen Denkens keine relevante Funktion zugestehen wollte, und der undurchsichtige Unternehmer und offene Sympathisant des Somozismus, Arnoldo Aleman, der der mächtigen Bürgermeisterei von Managua vorsteht.

Es konstituierte sich ein Dreierbündnis der Vetternwirtschaft: Alfredo César im Parlament, Schwager von Lacayo, und Carlos Hurtado, ebenfalls Verwandter der Präsidentin, im heiklen Regierungsministerium (dem ehemaligen Innenministerium). Lacayo, César und Hurtado besitzen die tatsächliche Macht, und sie haben in Humberto Ortega zwar nicht einen vierten Verbündeten, aber doch einen engen Mitarbeiter, der nicht nur sein Wissen und seine politische Intelligenz einbringt, sondern auch seine Beziehungen zu den alten Parteifreunden. Diese vier waren die Urheber der Übereinkunft vom vergangenen Oktober mit den sandinistischen Kräften, die unter anderem ausreichend Ruhe garantierte, um die Bedingungen für ihren Wirtschaftsplan vorzubereiten. In dieser Übereinkunft, die die Sandinisten als ihren Beitrag zur Stabilisierung der vom Bürgerkrieg bedrohten Nation sehen, wird die Privatisierung der Staatsbetriebe festgelegt, die Lösung des Landproblems, die Eröffnung von Privatbanken und das kapitalistische Ziel des Landes.

Die Regierung hatte die Kräfte der sandinistischen Gewerkschaften schon während der Streiks im Mai und Juli kennengelernt, wobei der letztere fast in einen Aufstand überging, und sie wußte auch, daß sie weder Militär noch Polizei auf ihrer Seite hatte, die bereit wären, ihre Waffen gegen die Opposition zu richten. Sie brauchte Zeit, um diese Situation zu ändern, und die Frente brauchte ebenfalls Zeit, um ihre Kräfte neu zu formieren.

Aber die schwere Rückständigkeit der wirtschaftlichen Situation des Landes, der Druck aus den USA nach radikale Änderungen, um die versprochene Hilfe zu gewähren, und die politische Zermürbung der ersten drei Regierungsmonate zwangen Antonio Lacayo, die Initiative zu ergreifen. Am 3. März startete er ein kühnes Programm zur wirtschaftlichen Stabilisierung, das entgegen aller Prognosen positive ökonomische Auswirkungen hatte: Es beendete die Hyperinflation. Gleichzeitig verhinderte Lacayo jede Reaktion der Gewerkschaften mit einigen Zugeständnissen und suchte im Ausland die Mittel, die ihm zur Bezahlung der Schulden bei den internationalen Finanzorganisationen fehlten, damit ihm neue Kredite gewährt würden.

Die Sandinisten waren nicht nur unfähig, dem entgegenzutreten, indem sie andere Alternativen anboten, sondern sie unterstützten sogar den Plan. Einige ihrer Führer besuchten sogar die Arbeitsstellen, wo aus Protest gestreikt wurde, um die Anführer davon zu überzeugen, daß der Regierung ein Waffenstillstand gewährt werden müsse.

Wieder gab es Verwirrung in den sandinistischen Reihen: War die FSLN eine Partei in der Opposition oder regierte sie mit?

Der Erfolg des Plans von Lacayo brachte weitere Ergebnisse. In erster Linie katapultierte er Lacayo selbst zum starken Mann der neuen Regierung hoch und erweckte damit den Neid des ehrgeizigsten der ursprünglichen Allianz, Alfredo César. Dieser war schon im Februar dank eines Paktes mit den Sandinisten Präsident der Nationalversammlung geworden, und von diesem privilegierten Posten aus schmiedete er neue Bündnisse mit seinen alten Freunden aus der extremen Rechten. Und er wandte sich voll gegen die Grundlage der Regierungsphilosophie, das Protokoll für den Übergang. Zuerst brachte er das Gesetz 92 (das über Den Haag) zu Fall, und dann machte er sich daran, die Gesetze 85 und 86 zu annullieren.

Damit befriedigte er die revanchistischen Unternehmer des COSEP, gewann das Vertrauen der USA und erlangte die gleiche Bedeutung wie Lacayo in den Verhandlungen mit den Sandinisten.

Auch Carlos Hurtado tat nun das Seine. Am 25. April, am ersten Jahrestag der UNO-Regierung, wollte er den Chef der Polizei, Comandante René Vivas, absetzen, zwei Tage nach einem Besuch in den USA. Und Lacayo blieb alleine. Oder nur begleitet von General Ortega, der Beweise für seine Loyalität im Fall der Raketen und der FMLN gegeben hatte, bei der beschleunigten Reduzierung des Heeres und indem er die sandinistischen Führer zur Besonnenheit aufgerufen hatte.

Die Gemüter erhitzten sich, und die zerbrechliche Allianz der Beinahe-Mitregierung steht kurz vor dem Zerfall. Die Chefs der Polizei selbst, sie alle alte Sandinisten, versuchten, der Absicht Hurtados, Vivas abzusetzen,

entgegenzuwirken, aber das letzte Wort hat nun die Präsidentin Chamorro selbst. Die sandinistischen Abgeordneten verließen die Nationalversammlung, als die Abgeordneten der UNO das Gesetz 92 aufhoben. Die Aufhebung der Gesetze 85 und 86 wurde eindeutig vom Obersten Gerichtshof abgelehnt. Dieser bewies bereits eine beträchtliche Unabhängigkeit, als er eines der ersten Dekrete der neuen Regierung, das Dekret 11-90, als nicht mit der Verfassung vereinbar erklärte. Dieses Dekret sollte die Rückgabe von Grund- und Hausbesitz an tausende alter Eigentümer - in der Mehrzahl Somozisten - ermöglichen.

Der Kampf findet jetzt im Parlament statt, wo die Sandinisten in der Minderheit sind. Ihre Kraft liegt theoretisch bei den Massen, aber dort ist ihr Einfluß aufgebraucht, nicht nur wegen der insgesamt schlechten Führung ihrer Parteileitung, sondern auch wegen ihrer widersprüchlichen Bündnispolitik, die sie bei bestimmten Gelegenheiten auf der Seite der Gewerkschaften und Gremien erscheinen lassen und in anderen Situationen als Vermittler zwischen diesen und der Regierung. Außerdem ist die mächtige Kraft der Partei zerstört, und die Mehrheit ihrer Mitglieder ist damit beschäftigt, wirtschaftlich zu überleben und ihre täglich bedrohten Rechte zu verteidigen.

Und obendrein benutzt die extreme Rechte die offensichtliche Unzufriedenheit der bäuerlichen Basis der Ex-Contra, um den bewaffneten Kampf wieder aufzunehmen, indem sie politische Forderungen wie die nach der Absetzung der militärischen Befehlshaber mit dem verständlichen Streben nach einem Stück Land vermischt. Die Rechte hat an allen Fronten den Kampf eröffnet, um den Sandinismus zu zerschlagen.

Unter diesen Bedingungen entwickeln sich die Aktivitäten zur Vorbereitung des Parteitages der FSLN. Die Rechte hofft auf Spaltung und danach auf die Auflösung der Sandinistischen Partei, und deren Führung hat den bequemsten Weg gewählt, um dies zu verhindern. Sie will die gegenseitigen Anschuldigungen vergessen und das Bedürfnis nach Änderung der Strukturen auf allen Ebenen, die strategische Diskussion über die Entwicklung der Gesellschaft in der Hoffnung auf bessere Zeiten beiseite lassen und der Offensive der Rechten widerstehen. Das Problem ist, daß sie nicht nur die 40.000 Mitglieder brauchen, die sie vor der Wahlniederlage hatten, um der Rechten zu begegnen, sondern außerdem die Mehrheit des Volkes, oder zumindest die halbe Million, die für die FSLN gewählt hat. Und es wird schwierig, eine ähnliche Stärke zu erreichen, wenn die Führer und der Diskurs der FSLN dieselben bleiben.

Im Grunde genommen hat die Nationale Führung der FSLN einige Manöver im alten Stil durchgeführt. Um den Verbleib der sieben Comandantes im Amt zu garantieren, will sie die Anzahl der Comandantes wieder auf neun erweitern. Als Kandidaten dafür benennt sie Sergio Ramirez, den ehemaligen Vize-Präsidenten, und René Nunez, der enormes Ansehen wegen seines bescheidenen Charakters und seiner tadellosen Laufbahn genießt. Durchsetzen möchte sie dies, indem sie den 120 Kadern der Sandinistischen Versammlung auf dem Parteitag Stimm- und Rederecht verschafft, obwohl diese in ihrer Mehrheit nicht von der Basis gewählt wurden.

Die Dokumente, die diskutiert werden sollen, schmecken wenig nach Antiimperialismus (mit dem Argument, daß eine Partei zu machen sei, der die USA die Rückkehr zur Macht erlauben), und sie schlagen keine größeren Neuerungen vor (außer dem proklamierten Wunsch, die Partei zu modernisieren).

Es gibt kaum Widerstand gegen den Willen der Parteiführung; höchstens ein halbes Hundert der 550 Delegierten hat alternative Vorschläge mit geringen Möglichkeiten, die Mehrheit dafür zu gewinnen. Für diese Gruppe, die keine bekannten Führungspersönlichkeiten zu den ihren zählt, ist die Revolution wieder zur Utopie geworden, und sie haben vor, den verlorenen Himmel wiederzuerobern, mit der geduldigen Hartnäckigkeit derjenigen, die vorher den Sieg über die Diktatur Somozas möglich gemacht haben.

42. Über die Barbarei des Hungers. Konsumfreudige Citoyens und der Kolonialaufauftrag der zivilisierten Welt

Konsumfreudige Citoyens und der Kolonialauftrag der zivilisierten Welt - von Christian Schmidt

Autor: Christian Schmidt · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Westdeutsche Linke, intern. Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:30

I. Lebensverhältnisse im Trikont heute

Die UNO registrierte 1990, daß im abgelaufenen "Rechnungsjahr" 14 Millionen Kinder im Trikont verreckt sind; zur Hälfte verhungert, zur Hälfte umweltverseucht. Wieviele Erwachsene der "Massenmörder Weltmarkt" jährlich auf dem Gewissen hat, wird statistisch nicht erfaßt; aber die durchschnittliche Lebenserwartung liegt in Afrika unter fünfzig Jahren. Weltweit leiden 500 Millionen ständig an Hunger, sechzig Prozent aller Kinder an Proteinmangel. Seuchen und Bürgerkriege sind nicht "Sache der Ökonomie"; aber ohne die vom Weltmarkt produzierten Slums von Lima gäbe es keine Cholera-Epidemie, ohne den mörderischen Verfall der Kaffeepreise kein Gemetzel in den Monokulturen Ruandas und Burundis, und der Aids-Genozid in Afrika würde ohne die Millionen Weltmarkt-Wanderarbeiter nicht umgehen.

Die UNO erklärte die 80er Jahre zum "Jahrzehnt der Entwicklung". Am Ende des Jahrzehnts war die Zahl der sog. "Ärmsten Entwicklungsländer", wo weniger als 370 Dollar im Jahr verdient wird, von 31 auf 41 angestiegen. Unter dieser vom IWF festgelegten "Armutsgrenze" leben weltweit 1,1 Milliarden Menschen. Ganz Lateinamerika ist wirtschaftlich auf das Niveau von 1970 zurückgefallen; Afrika ist heute genauso arm wie 1960.

Gleichzeitig gibt es keinen Winkel der Welt mehr, in dem nicht für den Weltmarkt produziert wird und in dem dieser nicht über Lohn, Preis und Profit herrscht. Wo vor zehn oder zwanzig Jahren noch für den Wochenmarkt angebaut wurde, dominiert jetzt die New Yorker Terminbörse für "Kolonialwaren" aller Art. Halb Brasilien ist Soja- und Kaffeeland, halb Thailand ein Tapiokafeld für EG-Futtermittel. Der Siegeszug freier Marktwirtschaft hat nicht nur bisherige subsistenz-und sozialwirtschaftliche Strukturen zunichte gemacht, sondern auch die letzten Versuche kollektiver Selbstbehauptung mittels Preispolitik beendet; die letzten Preiskartelle des Südens, für Kaffee und Zucker, sind in den 80ern zusammengebrochen. Insgesamt fiel der Preis für landwirtschaftliche und mineralische "Kolonialwaren" um 30 Prozent; der Kaffeepreis auf ein Drittel seines "Wertes" von 1980.

Die Einstiegsdroge in den Weltmarkt waren Kredite, die Abhängigkeit durch Verschuldung schufen. Ihre Akkumulation führte dazu, daß mittlerweile die Zinsen alles auffressen. Und wo der "Kapitaldienst" nicht mehr geleistet werden kann, übernehmen IWF und Weltbank das Ruder. Kaum ein Staat in Lateinamerika oder Afrika, der noch souverän über den Staatshaushalt, über Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik entscheiden kann. Barber Conable, Präsident der Weltbank, sagte, was Entwicklungspolitik im nächsten Jahrzehnt zu sein hat: "Die betroffenen Länder müssen ihre Politik so ändern, daß ihre Volkswirtschaften effizienter werden und so kräftig wachsen, daß sie ihre Schulden zurückzahlen können." Letzteres hat Priorität.

Die Folgen dieses Entwicklungsdiktats sehen für die Betroffenen so aus: In Jamaika, wo die Weltbank schon vor zehn Jahren die Macht übernahm, wurden seither ein Drittel aller Stellen in sozialen Diensten gestrichen, kein Kind kommt mehr in die Vorschule, fünfzig Prozent aller LehrerInnen mußten den Dienst quittieren, Schulbusse wurden abgeschafft, ein Drittel aller Kids gehen selten oder gar nicht mehr zur Schule. Im Gesundheitswesen wurden 2.000 Ärzte und PflegerInnen entlassen, viele ländliche Krankenhäuser geschlossen, Impfprogramme und schulärztliche Vorsorgeuntersuchungen eingestellt. Die Zahlen der registrierten Erwerbslosen stiegen durch die Beseitigung von Importbeschränkungen und Stillegung "unrentabler" Staatsbetriebe ebenso dramatisch an wie die Preise für Nahrungsmittel und Mieten. Kurz, es wird das letzte herausgepreßt, damit die Schuldzinsen beglichen werden.

Dieselbe effiziente Methode "marktwirtschaftlicher Modernisierung" trifft derzeit fast alle Trikont-Staaten. Alle nationalen Ressourcen werden auf Schuldenrückzahlung konzentriert; alle binnenwirtschaftlichen und sozialen Belange landen als "nicht marktfähig" auf Halde. Selbst in Schwellenländern wie Argentinien und Brasilien geht folglich wieder der Hungertod um. Die mexikanische Linke formulierte es so: "Das Volk muß bluten, damit die Wirtschaft floriert." Gemeint ist die Wirtschaft des Nordens.

Dort hat das neue marktwirtschaftliche Zeitalter, von den "Chicago-Boys" erfunden, von Reagan, Thatcher und Kohl politisch auf den Weg gebracht, die Metropolen in einen Wohlstands- und Modernisierungsrausch versetzt. Und seitdem die östlichen Reiche des Bösen liquidiert wurden, reißen die Feiern über historische Siege (Paris 1989, Berlin 1990, New York 1991) gar nicht mehr ab. Deutschland darf sich wieder als Weltkind in der Mitten fühlen; alte Kameraden und Yuppies haben den nationalen Schulterschluß geschafft, und irgendwo ganz am Rande bröckelt die Linke vor sich hin.

Daß im Jahr des Golfkriegs der französische Staatspräsident von der globalen "Pflicht zur Intervention" spricht und Bush in dem Sinne eine "Neue Weltordnung" fordert, ist gar nicht verwunderlich. Überraschend sind zuweilen die Fluchtbewegungen der Linken. Die "Interventionspflicht" am Golf, die die Radikale Linke spaltete, war womöglich ein Element davon. Systematisch aufschlußreicher ist, wie linksseitig der generelle Sieg des Weltmarktes über alle Armutsregionen ideologisch verarbeitet wurde.

II. "Wir leben nicht auf Kosten der Dritten Welt"

"Konkret" ließ Anfang des Jahres zwei Experten auf die Frage antworten: "Leben wir auf Kosten der Dritten Welt?" Der eine, Goldberg, rechnete vor: Die Weltwirtschaftsstatistik zeigt, daß der Handel mit der Dritten Welt für uns wertmäßig marginal ist; ebenso deren Zinszahlungen und sonstigen Transfers in den Norden. Zwar sind (nach Angaben des IWF) in den 80er Jahren

- durch "ungerechten Handel" 200 Mrd. Dollar,

- durch Schuldzinsen (abzüglich "Entwicklungshilfe") 300 Mrd.,

- durch Kapitalflucht 200 Mrd. und

- durch Gewinntransfers nochmal 200 Mrd. Dollar an Extraprofiten in die reichen Metropolen geflossen; aber: Gemessen an der Reichtumsproduktion in den Metropolen selbst, ist das ein Klacks!

Denn jedes Jahr erwirtschaften die Metropolen mit- und untereinander rund 10.000 Mrd. Dollar - und von dieser gigantischen Summe entfielen gerade mal schlappe 90 Mrd. jährlich auf die Ausplünderung der Dritten Welt; nicht einmal ein Prozent! Fazit: Nein, wir leben nicht auf Kosten der Dritten Welt!

Dem anderen, Hübner, war unwohl bei dieser Art der Beweisführung; der Tatsache aber, daß Reichtumsproduktion erstrangig in den Metropolen stattfindet und die Transfers aus Armutsregionen, daran gemessen, kaum ins Gewicht fallen, konnte auch er sich nicht entziehen.

Daß in der einzig verbliebenen linken Zeitschrift der Beweis geführt wurde, daß der Imperialismus "nicht auf Kosten der Dritten Welt" wirtschaftet, war neu. Die blöde Frage, ob "wir" unseren Reichtum kapitalistisch-sauber oder über schmutzige Nord-Süd-Schiebereien erwirtschaften, präjudizierte den Positionswechsel. Denn selbstverständlich funktioniert imperialistische Ausbeutung in der Hauptsache nicht über ungerechten, sondern über gerechten Tausch, also im Wege der Konkurrenz oder Kapitalverwertung.

Ohne diesen Aspekt muß die Sache absurd werden. Denn Elend im Trikont entsteht wesentlich durch die Entwertung oder Brachlegung von Kapital und Arbeitskräften, z.B. weil billige Weltmarktprodukte heimische vom Markt drängen oder bäuerliche Produktion durch Plantagenwirtschaft ersetzt wird. Der pleitegegangene Betrieb jedoch oder die Abermillionen freigesetzter und einkommensloser ArbeiterInnen tauchen in keiner weltwirtschaftlichen Transferbilanz mehr auf. Und weil sie folglich keine Wirtschaftssubjekte mehr sind, können sie, statistisch gesehen, auch nicht mehr ausgebeutet werden. "Wir" also können gar nicht auf ihre Kosten leben.

Wie grausam bescheuert dieses Rechnungswesen ist, können Vergleichsfälle aus "heimischer Produktion" bebildern: Beauftragt zwei Fachökonomen herauszufinden, ob der BRD-Aufschwung nach 1980 "auf Kosten" der Sozialbeitragszahler und -empfänger ging. Herauskommen muß dabei, daß damals Sozialtransfers von ca.

30 Milliarden jährlich realisiert wurden. Weil aber das gesamte BSP seinerzeit rund 1.600 Mrd. betrug, würden Fachökonomen zur These kommen, daß diese Umverteilung von 2% des BSP nur marginal sei, folglich die Aufschwung-Yuppies "nicht auf Kosten der Armen" zu Lifestyle kamen. Noch eindeutiger wird es, wenn ihr Fachökonomen beauftragt, die Frage zu untersuchen: "Leben wir heute auf Kosten der Arbeitslosen?" Dann würden sie bilanzieren, daß es, statistisch belegbar, genau umgekehrt ist: "Sozialhilfeempfänger leben auf Kosten der Malocher!"

Ebenso absurd an der Beweisführung von Goldberg/Hübner ist dies: Beide Autoren bedienen sich zur Beweisführung der Werte bzw. Preise, die durch den Weltmarkt vorgegeben sind. Darin enthalten ist z.B. der Wert der "Ware Arbeitskraft" im Trikont. Da er in der fünfhundertjährigen Geschichte der Sklavenwirtschaft und des "Kolonialhandels" permanent als "minderwertig" eingestuft und z.B. in den untersuchten 80er Jahren via Terms of trade weiter gedrückt wurde, kann am Ende festgestellt werden: Der Kolonialhandel ist "wertmäßig marginal". Und die Autoren kommen zur absurden Schlußfolgerung: Weil die Arbeit von einigen hundert Millionen Kolonialwaren-ArbeiterInnen (für uns) keinen Kostenfaktor darstellt, leben wir nicht auf Kosten der Dritten Welt!

Aber richtig ist das nur im Rahmen kapitalistischer Wertgesetze. Würden aber z.B. die Arbeitsquanten von Erster und Dritter Welt im "menschlich gerechten" Verhältnis 1:1 getauscht, wäre der Anteil der von einigen hundert Millionen Trikont-ArbeiterInnen produzierten Kolonialwaren-Werte am Welthandel überhaupt nicht mehr marginal, und auch kein Ökonomieprofessor käme mehr daran vorbei, daß wir vordem massiv auf Kosten der Dritten Welt gelebt haben. (Ich weiß: würden Rohstoffe und Kolonialwaren wegen explodierender Lohnkosten so horrend verteuert, würden hier sofort alle Südfrüchte und viele Rohstoffe substituiert - und sogar mit dem Sextourismus wäre es schlagartig vorbei. Die Weltwirtschaft würde neu geordnet. Aber eben darum geht es.)

Das Argument, das Goldberg/Hübner transportieren, ist so alt wie der Imperialismus selbst: Daß sich die Ausplünderung der Kolonien oder der Dritten Welt im Grunde nicht rechnet - hier in der Variante, daß der Weltmarkt auch ohne seine Armutshälfte florieren würde. Zu fragen ist, warum dieses Argument, mit dem sich schon Rosa Luxemburg in ihrer Imperialismus-Schrift von 1913 auseinandersetzte und das später in der Debatte um Entkolonialisierung wieder eine Rolle spielte, jetzt erneut in die Debatte gebracht wird.

III. Die "Interventionspflicht" der zivilisierten Ex-Linken

Es war kein Zufall, daß am Ende jenes Jahrzehnts, welches der BRD ein achtjähriges krisenfreies Wachstum beschert hatte, die Sprecherin der vormals linken Partei Die Grünen, Ruth Hammerbacher, formulierte: "Die Marktwirtschaft hat sich als Prinzip der höchsten Effizienz des Wirtschaftens und der Kreativität mit dem höchstmöglichen Maß an Freiheit für die Menschen erwiesen."

Sie sagte das, noch bevor der Zusammenbruch der Planwirtschaften bzw. Herrschaftssysteme der "Zweiten Welt" perfekt war. Seither ist die Überzeugung, daß die marktwirtschaftliche die beste aller Welten ist, nur noch unumstößlicher geworden. Selbst jahrzehntelang überzeugte Marxisten haben mit der Formel "sozialistische Marktwirtschaft" die rote Fahne auf Halbmast gesetzt. Und das kennzeichnet die gesamte politische Debatte hierzulande, wo am Ende des für die westliche Marktwirtschaft goldenen Jahrzehnts "Systemalternativen" völlig out sind.

Ganz anders stellt sich aber die alte "Systemfrage" dar, wenn die neuerlichen Erfolge der "freien Marktwirtschaft" im Weltmaßstab betrachtet werden. Da kämen dann viel eher Aktualisierungen alter Verelendungstheorien in Betracht. Darum gilt: Wer die These von der segenbringenden Marktwirtschaft aufrechterhalten will, muß entweder die Auswirkungen des Weltmarktes auf den Trikont völlig verschweigen, was meist gemacht wird; oder er muß so tun, als sei das Trikontelend ein Sonderfall; also kein Element von Marktwirtschaft. Daß wir "nicht auf Kosten der Dritten Welt leben" ist eine Beweisführung, die in diese Richtung zielt - auch wenn sie insofern links bleibt, als sie die "Schuldfrage" nicht auf den Süden abschiebt.

Andere, ebenfalls Mitglieder ehemals linker Diskussionszusammenhänge, gehen weiter. Sie sind, teilweise noch mit Skrupeln, teilweise aber auch völlig skrupellos, auf die neokolonialistische Politik von IWF und Pariser Club eingeschwenkt.

Die "Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt - `Peripherie'" zog Ende 1990 Bilanz; einer der Autoren formulierte:

"Es ist inzwischen weitgehend akzeptiert ..., daß die gängigen entwicklungsstrategischen Alternativen ... von der realen Entwicklung ihres Fundamentes beraubt sind (eben: Sozialismus, Abkopplung vom kapitalistischen Weltmarkt, eigenständige nationale Entwicklung). Auch wenn klar ist, daß kapitalistische Akkumulation in der Dritten Welt sehr häufig Verelendungsprozesse eher gefördert hat, ... so ist andererseits heute doch deutlich, daß eine weitgehend negative Korrelation zwischen dem Ausmaß an Massen- armut und der Dynamik des Akkumulationsprozesses besteht ..."

Was hier windungsreich als notwendiger Positionswechsel vom Sozialismus zur Marktwirtschaft angedeutet wird, kriegt in einer "Dritte-Welt-Dokumenta- tion" der "FR" schon deutlichere Konturen. Ein "linker Professor" urteilt dort, daß "... die absehbaren Katastrophen (erg.: im Trikont) im wesentlichen auf Ursachen" zurückzuführen sind, "die in den Ländern des Südens selber zu verorten sind." (U. Menzel; 3.6.)

Und in der "taz" werden die Schuldigen bereits im Stil einer imperialistischen Kampfpresse vorgeführt:

"An Stelle der Weltbank, des US-Imperialismus oder der Nord-Süd-Kommission der EG rückt die Korruption der einheimischen Eliten in den Blick, und es zeigt sich, daß die Völker der Dritten Welt ... Geiseln ihrer durch fremde und eigene Schuld vermurksten Geschichte sind, deren Fehlentwicklungen sich nicht auf eine einzige Ursache namens Kolonialismus oder Imperialismus zurückführen lassen." (H.C. Buch; 7.6.)

Von dieser "ökonomischen Analyse", die sich exakt mit der der Weltbank zu Schuldenkrise und Verelendung im Trikont deckt, kommt man selbstverständlich auf direktem Wege zur Forderung nach "marktwirtschaftlichen Interventionen".

Die Autoren von Peripherie kriegen diese Kurve wiederum nur mit Schlenkern hin; einerseits:

"Das Eintreten für die Freiheits- und Menschenrechte ist ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten schlechthin unmöglich"; andererseits: "Die eigentlichen Schwierigkeiten entstehen da, wo ... subtil das Geschäft des Imperialismus weiterbetrieben wird"; jedoch: "Die (nach dem 2. Weltkrieg) erlangte nationale Souveränität stellte im Kern eine Elitesouveränität dar."; deshalb schließlich: Es "kann eine Legitimation für die Einschränkung der nationalen Souveränität geben, dann nämlich, wenn sie von Machteliten mißbraucht wird, die sich auf Kosten der Gesamtinteressen selbst privilegieren." (Tetzlaff sowie Kößler/Melber in Peripherie 33/34 bzw. 39/40.)

Hilfreich bei diesem kolonialistischen Standortwechsel sind nicht nur die "despotischen Machteliten" im Trikont, sondern auch neuentdeckte Wahrheiten über den eigentlichen Charakter der "idealisierten Befreiungsbewegungen". Bevor Kößler/Melber am Ende die "Intervention der Zivilgesellschaft" fordern, wird schnell noch mal an die Greueltaten von Roten Khmer, an "Mord und Folter" der SWAPO, sogar an Idi Amin oder die islamische Beschneidung von Mädchen erinnert. Dasselbe in der taz, wo H.C. Buch geradezu orgiastisch diese Schimpfkanonade auf die Guerilla abfeuert:

"Machismus und Militarismus; ... Homosexuelle auf Kuba bevölkern die Gefängnisse; ... Meskito-Indianer werden pauschal zu Konterrevolutionären erklärt ... Sie foltern und morden ... und begehen Massaker - bis hin zum Völkermord des Roten Khmer ... arbeiten mit Drogenhändlern und gewöhnlichen Kriminellen zusammen ... das Fußvolk besteht aus Straßenkindern und Campesinos, die mit Geld geködert oder ... zwangsrekrutiert worden sind ..." (taz 21.5.91)

Ein anderer, von links kommender kolonialistischer Rauschtäter ist U. Menzel. Auch er beginnt mit dem Abschied von der Befreiungsbewegung:

"Für die Linke ... (ist) zu akzeptieren, daß dem Internationalismus in seiner oft falsch verstandenen Solidarität mit angeblichen Befreiungsbewegungen oder sich antiimperialistisch gebenden despotischen Regimen nicht mehr in jedem Fall die erste Priorität eingeräumt werden kann, amerikanisches Engagement irgendwo auf der Welt nicht immer und per se abzulehnen ist."

Und als dieser Süd/Nord-Positionswechsel vollzogen ist, gibt es kein Halten mehr:

"... Auch die Bundesrepublik ... muß sich ... an pazifizierenden Interventionen beteiligen ... Krisenregionen ... werden bis auf weiteres der Treuhandschaft der Länder des Nordens unterstellt ... Das kann notfalls auch mit einer partiellen und zeitweisen Einschränkung der Souveränität der einheimischen Behörden verbunden sein ... Darüber hinaus ist eine permanente ... internationale Eingreiftruppe aufzustellen, die in akuten wirtschaftlichen, sozialen, medizinischen, ökologischen oder politischen Krisensituationen zum Einsatz kommt. Neben ... technischen Experten ist eine militärische Komponente denkbar, gegebenenfalls sogar unvermeidlich ... Sobald eine Stabilisierung in einer der Krisenregionen erreicht ist, kann - zunächst unter direkter Kontrolle der Nordländer - mit dem Aufbau einer ... Infrastruktur begonnen werden ... Dazu gehören auch Maßnahmen einer strikten Kontrolle des Bevölkerungswachstums."

Hier zeigt sich, wie der "Wüstensturm" durch die Köpfe der metropolitanen Ex-Linken gefahren ist - und welche Verwüstungen er angerichtet hat. Kein Argument ist zu dumm, um nicht von den einstigen Drittwelt-Aktivisten aufgegriffen zu werden: Peripherie-Autor Wolfgang Hein sieht tatsächlich den Umbruch der achtziger Jahre darin, daß "die Aufrüstung einiger Länder der Dritten Welt zu der Fähigkeit dieser Länder geführt hat, sich nicht nur imperialistischer Interventionen zu widersetzen, sondern ... die Industrieländer selbst zu bedrohen, wie es sich jetzt im Fall Iraks zumindest andeutet." (177)

Und als der erste neokolonialistische "Notwehrkrieg" erfolgreich über die Bühne gegangen war, schrieb M. Walzer in der "taz":

"Mit den Operationen ‚desert shield' und dann ‚desert storm' kämpften die Vereinigten Staaten ... gegen die irakische Nation und ihren Diktator, um die Rechte und das Überleben eines anderen souveränen Staates zu garantieren. Unter ethischen Gesichtspunkten kann man sich keine edlere Sache und keinen verwerflicheren Gegner vorstellen ..." (taz 22.5.91)

IV. Die "demokratische" Kolonialisierung des Trikont

Der viel gescholtene Hermann Gremliza hat wohl in einem wichtigen Punkt recht: Die heutigen politischen "Paradigmenwechsel" werden von uns leicht in ihrer reaktionären Dynamik unterschätzt. Und Rechtsradikales kündigt sich oft auch von links an. Die Linksliberalen von 1880 waren Jahrzehnte später die lautesten Rufer nach dem imperialistischen "Platz an der Sonne". Und die "nationale Erhebung" ein halbes Jahrhundert später ergriff viele, die das Ende des Kaiserreichs noch als besonders "Fortschrittliche" erlebt hatten. Wer die obigen Ausbrüche Ex-Linker über die notwendige Zivilisierung der Trikont-Wilden liest, muß deshalb irgendwie froh sein, daß bisher noch so "besonnene" Leute wie Reagan, Thatcher oder General Schwarzkopf die imperialistische Weltpolitik in der Hand hatten. (Hermanns Fehler ist nur, irgendwie auf sie zu setzen).

Natürlich hat der besonders aggressive Neokolonialismus der zitierten Ex-Linken ehrenwerte Motive. Wer ist schon für "Mord und Gewalt" oder für "despotische Eliten"; wer hat was gegen zivilisierte Menschen, gegen Menschenrechte und Demokratie? Aber ist das in der Geschichte von Kolonialismus und Imperialismus je anders gewesen? War es nicht die "christliche Nächstenliebe", die vor 500 Jahren die "Interventionspflicht" der Spanier in Amerika begründete? Waren es nicht hehre "zivilisatorische Errungenschaften", die vor 1900 die Aufteilung der Welt unter die europäischen Mächte zur Pflicht machte?

Jetzt ist es also die Demokratie, die Interventionspflichten "aufbürdet". Aber auch da ist zwischen Realität und Propaganda zu unterscheiden. Demokratie soll den "Volkswillen" ermitteln. Worin aber besteht das demokratische Fundament der Aquino, Chamorro, Menem usw., wenn nicht im Wohlwollen ihrer kapitalistischen Schutzmächte? Überall, wo neuerdings gewählt wurde, siegte die "Weltbank-Partei". Am ehrlichsten war da die "Demokratisierung" in Benin, wo Nicéphore Soglo gewählt wurde - vordem Afrikas Weltbank-Vertreter in New York. Und darum geht es: um die demokratische Installierung von Auftragsverwaltungen.

Weil aber Demokratie als "Variable der Ökonomie" eingesetzt wird, wird ihr Bestand vermutlich ebenso dauerhaft sein wie die ökonomischen Erfolge, die mit der neuen Weltordnung in Aussicht gestellt wurden. Greift die "monetaristische Revolution" im Süden (und Osten) nicht, wird mit Sicherheit eine härtere Gangart probiert.

Im Kern nämlich geht es bei der Debatte über die "Demokratie des Marktes" und die "Despotie planwirtschaftlicher Machteliten" um die globale Durchsetzung des kapitalistischen Akkumulationsmodells.

Insofern stehen wir am Anfang einer neuen Epoche. Fülberths Wort vom "(vorläufigen) Endsieg des Kapitalismus" ist desorientierend, weil das "Experiment" erneuter globaler Kolonialisierung gerade erst begonnen hat. Und das böse Erwachen nach der Einstimmung auf grenzenloses kapitalistisches Wachstum kann schneller kommen, als wir alle annehmen.

Mit einer Parallele hat Fülberth recht: Er kennzeichnet die Phase imperialistischer Aufteilung der Welt vor 1900 als "Erstes" und die jetzige Phase als "Zweites Intervall" kapitalistischer Entwicklung. Diese Parallele, "Erste und Zweite Kolonialisierung des Trikont", frappiert in der Tat. Illustrieren kann das eine Passage aus Rosa Luxemburg "Akkumulation des Kapitals", in der sie die Entwicklung im osmanischen Ägypten nach 1850 schildert:

"Der osmanische Vizekönig Ägyptens vereinbarte damals mit französisch/britischen Geldgebern den Bau des Suez-Kanals. Diese weltmarktorientierte Modernisierungsmaßnahme wurde durch Kredite von zunächst 340 Millionen Mark ermöglicht. Um sie zurückzahlen zu können, wurde die Landwirtschaft im Niltal auf Baumwoll- und Zuckeranbau für den europäischen Markt umgestellt. Das erforderte neue Investitionsmittel und vergrößerte die Schulden. Der wirtschaftliche Erfolg aber blieb aus, weil die Baumwollpreise (nach Ende des Sezessionskrieges in den USA) zusammenbrachen und die Zuckerproduktion an infrastrukturellen Mängeln scheiterte.

Also mußte über immer neue Anleihen umgeschuldet werden, was die Schulden innerhalb von 13 Jahren auf die gigantische Summe von zwei Mrd. Pfund hochtrieb. 1876 stellte das bankrotte Land die Zinszahlungen ein. Ein europäisches Finanzkonsortium kümmerte sich darauf direkt vor Ort um die Rückzahlung der Schulden. 1878 übernahm eine britisch-französische Regierungskommission förmlich das ägyptische Finanzressort; sie erhöhte die Steuern, verpfändete fast eine Million ha Land ans europäische Gläubiger-Kapital, privatisierte Ländereien und Schulen der Moscheen. Und als auch das zuwenig Rückzahlungsfähigkeit erbrachte, bot der Putsch einer reaktionären Elite (ägyptisches Militär) den Vorwand, um britisches Militär einrücken zu lassen und das Land zur britischen Kolonie zu machen. Das blieb so, fast hundert Jahre lang."

Die erste Etappe des ägyptischen Debakels, Weltmarktintegration, Verschuldung und metropolitane Finanzaufsicht, ist in unseren achtziger Jahren wieder zum Abschluß gekommen. Wie die Geschichte weitergeht, ist - mit absoluter Sicherheit - nicht prognostizierbar. Sicher aber ist, daß die Grundlagen einer neuen imperialistischen Weltpolitik gelegt sind; in beiden Lagern: im Trikont ist der Prozeß der "Entkolonialisierung" zurückgedreht worden, und in den Metropolen herrscht imperialistischer "Burgfrieden", die Gemeinsamkeit imperialistischer Demokraten.

43. Gramsci und die Zukunft des ak

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:04

Nun wursteln sie sich also durch, die Restbestände des aufgelösten KB. Es ist schon erschreckend, mit welcher Unbekümmertheit hier weiter so getan wird, als habe sich nichts geändert. Für den wahrlich ausgelaugten Zustand des früheren KB spricht, daß die Auflösung der Organisation in keinerlei kritischer Betrachtung über die BRD-Linke allgemein, die Vergangenheit als im Kern marxistisch-leninistischer Organisation und über Versuche, sich neue Zugänge zu politischen Feldern zu verschaffen, Ausdruck in der Zeitung findet. Beziehungslos nebeneinander finden sich kritische Artikel zur PDS und unverständliche Lobreden auf dieselbe, Interviews zur Aktualisierung des historischen Materialismus in Südamerika und Gramsci-Artikel in gehäufter Zahl. Allein, es bleibt den LeserInnen überlassen, eine Debatte zwischen den Trägern des AK oder gar eine Konzeption zu erkennen, die über das pure Bewahren hinausreicht.

Der KB war immer die etwas liberalere K-Gruppe. Ein großer Teil der Mitgliedschaft hielt sich darauf viel zugute und auf die angebliche Nähe zur Wirklichkeit ebenfalls. Damit ist es aber schon seit einigen Jahren nicht mehr weit her gewesen. Anstatt nämlich von den Realitäten eigenen Handelns und Nicht-Handelns auszugehen, wurden abstrakte Bestimmungen der revolutionären Haltung gepflegt und behindern jetzt die dringliche Neubestimmung kommunistischer Theorie und Politik. Ein Musterbeispiel dafür ist der kurze Text "Gramsci und die Hegemonie des Proletariats" in AK 329.

Eine notwendige Vorbemerkung: Es ist natürlich erfreulich, wenn Gramscis Texte etwas größere Aufmerksamkeit erhalten, aber wie im früheren KB handelt es sich um die Arbeit eines Einzelnen, die nicht in einem Diskussionszusammenhang steht. Ein Nachdenken darüber, warum Gramscis Texte zwanzig Jahre im KB nicht zu den selbstverständlichen theoretischen Grundlagen gehörten, findet im AK nicht statt. Dabei könnte gerade das Nachvollziehen, warum in einer konkreten historischen Phase bestimmte Linien kommunistischen Denkens verschüttet wurden oder umgekehrt - siehe Gramsci, siehe Trotzki - gerade jetzt freigelegt werden, zu interessanten Erkenntnissen eigener Standortbestimmung und Bewegung führen. Mit selbstkritischem Nachdenken hat das nichts zu tun. Eher mit aus der ml-Geschichte hinlänglich bekannten Schwenks.

Zurück zu dem Artikel. Nach der Darstellung von Gramscis Auffassungen wendet sich der Autor Js. "aus der Sicht revolutionärer Linker" den problematischen Aspekten von "Gramscis Hegemoniekonzept" zu:

- "seine Betonung der Rolle der Intellektuellen ...;

- die Behauptung, das Proletariat könne und müsse bereits vor der Revolution die hegemoniale Klasse sein. (...)

Eine Frage", so der Autor Js., "die - leider! - nicht von brennender tagespolitischer Aktualität ist, bei deren Diskussion die von einer Niederlage in die nächste stolpernde internationale Linke aber zumindest ihre geistige Frische beweisen könnte".

Aus historisch-materialistischer Sicht scheint eher problematisch, daß Js. nicht zur Kenntnis nehmen will, welche große Rolle die Intellektuellen innerhalb der Restlinken spielen. Dabei ist doch offensichtlich, daß sowohl innerhalb des früheren KB wie der AK-Leserschaft wie der Linken überhaupt die Intellektuellen im weiten Sinne Gramscis die riesengroße Mehrheit stellen.

Was die linkssozialistischen Intellektuellen unterscheidet von grünen und sozialdemokratischen ist die Lektüre zwischen Sozialismus, SOZ und AK, ab und an ein unverbindliches Terminchen und die Spende. Immerhin! Anstatt aber über diese Wirklichkeit aus "revolutionärer Sicht" hinwegzugehen, sollten wir sie lieber thematisieren. Was arbeiten und forschen die Genossinnen und Genossen? Wie nutzen sie ihre Freiräume? Gibt es heute noch Vorstellungen über eine besondere Verantwortung der Kopfarbeiter gegenüber den unmittelbar Reichtum produzierenden Klassen? Wieweit sind die privilegierten Arbeitsbedingungen der Intellektuellen ein Herd der unmerklichen Verbürgerlichung kommunistischer Organisationen?

Ob es überhaupt im Interesse einer geschichtsmächtigen Umwälzung gesellschaftlichen Alltags wäre, wenn das Proletariat in seiner derzeitigen Bedürfnisstruktur hegemonial wäre, sei mal dahingestellt. Offensichtlich ist aber, daß weder das Proletariat als "Klasse für sich" noch sonstige linkssozialistische Auffassungen sich an

der Scheidelinie von fast-hegemonial und ganz hegemonial bewegen. Darum läßt sich auch die Frage, ob "das Proletariat ... vor der Revolution die hegemoniale Klasse sein" müsse, gar nicht beantworten. Die Geschichte wird zeigen, ob konkret-menschlicher Fortschritt ohne Verankerung in der Zivilgesellschaft möglich sein wird.

Geistige Frische sollte deshalb die Linke vorrangig bei den Überlegungen beweisen, wie sie "ins Spiel kommt": Nicht nutzlose Debatte darum, unter welchen Bedingungen die Revolution gemacht werden kann, sondern Auseinandersetzung mit der Hegemonie der bürgerlichen Demokratie und der Bedürfnisbefriedigung durch Warenreichtum statt selbstbestimmten Handelns sind heute notwendig. Nur abstrakt sollte die Auseinandersetzung nicht geführt werden. Eher geht's schon um die Frage, ob eine Zeitung wie der AK den Anforderungen der Zeit noch entspricht. Als beispielsweise noch vor der KB-Auflösung die Redaktion der SOZ in einem offenen Brief an den KB ihre Bereitschaft zur Unterstützung und Zusammenarbeit ausdrückte, wurde das im AK mit Schweigen übergangen. Mensch pflegte und pflegt die selbstgefällige Haltung der besseren Zeitung, die der AK sei - und erspart sich jedes Nachdenken darüber, daß der Betriebs- und Gewerkschaftsteil und die Ökologieberichterstattung der SOZ deutlich qualifizierter sind. Genauer: diese zwei großen Bereiche, in denen die Kämpfe um Hegemonie sich konkret abspielen, im AK kaum auftauchen.

Doch selbst die Vorstufe einer praktischen Auseinandersetzung mit der vielseitigen bürgerlichen Vorherrschaft, nämlich die Klärung innerlinker Differenzen und Übereinstimmungen, findet im AK nicht statt. Das liegt sicher nicht ausschließlich an der Redaktion, und diese Polemik ist ein Versuch, das behäbige "Weiter so" aller ehemaligen KB-Teile etwas zu stören. Andererseits werden Redakteurinnen und Redakteure ja nicht dafür bezahlt, daß sie einfach auf die Organisation warten, sondern sie fällen selbst Entscheidungen über die eigenen Arbeitsschwerpunkte und über die Bereiche, um deren Reinkommen in den AK sie sich kümmern. Anders gesagt: Alle Ebenen von den LeserInnen bis zu den RedakteurInnen und umgekehrt sind angesprochen.

Stattdessen preisen die ehemaligen Mehrheitsredakteure unverdrossen die PDS an. Die SchreiberInnen aus der früheren Minderheit setzen auf das Zirkelwesen. Es gilt jedoch, im AK endlich eine Debatte über diese Vorhaben zu entfalten. Darüberhinaus sollten viel mehr Menschen zu Wort kommen, die keine KB-Vergangenheit haben. Dieses Experiment der Öffnung der Zeitung sollte und muß vor Ort endlich mit Versuchen begleitet werden, Organisationsgrenzen durchlässiger zu machen.

Strömungsübergreifend trifft uns die Kritik, dort nicht aufzutauchen, wo heute bescheidene Versuche unternommen werden, mit der Verbesserung der Verhältnisse zu beginnen, Keimformen neuer Hegemonie-Errichtung auszuprobieren. Volxküchen und Alternative Unis überläßt mensch den Autonomen, Experimente mit der Vergemeinschaftung von Autos Ökovereinen und geschäftstüchtigen Organisatoren.

Wie aber sollen denn Menschen in einer Zeit, in der die Formulierung abstrakter Endziele sicher keine mittelfristige Veränderung des eigenen Lebens und höchstens das Versprechen der "Aufopferung" birgt, für die Sache des Kommunismus, der wirklichen Umwälzung des Alltags gewonnen werden, wenn wir nicht auf allen Ebenen die Absonderung von und Errichtung der Gegenwelten zur bürgerlichen Gesellschaft praktisch betreiben?

PS: In der FAZ findet sich folgender Satz des früheren Bundespräsidenten Heinemann: "In einer sich verändernden Welt kann nur bewahren, wer zu verändern bereit ist. Wer nicht verändern will, wird auch verlieren, was er bewahren möchte" (2.8.1991).

7 Bremer Genossinnen und Genossen des ehemaligen KB und der VSP

44. "Metropolen(gedanken) & Revolution?" (Buchbesprechung)

Rubrik: Autonome; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/57.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:57

Seit April gibt es eine Textsammlung zu kaufen, deren einzelne Aufsätze alle schon mal veröffentlicht wurden und zum Teil mehrere Jahre alt sind. (1) Trotzdem wollen wir sie hier kurz vorstellen. Wir denken uns, daß die "Texte zur Patriarchats-, Rassismus-, Internationalismusdiskussion", die eine Projektgruppe herausgegeben hat, allemal interessant genug sind, um hier kurz auf sie hinzuweisen. (2)

"Vorbemerkung": Die Linke und der Imperialismus

Die Einleitung der HerausgeberInnen macht deutlich, wie sie den Zweck des Buches verstanden wissen wollen und deutet gleichzeitig einige ihrer eigenen Überlegungen zum Thema/den Themen an: "Der Anspruch, aus den Metropolen heraus Entwicklungen bestimmen zu wollen, sollte endgültig begraben werden." Ganz offensichtlich stellen sich die AutorInnen damit in die Kontinuität des "Neuen Antiimperialismus", wie er vor allem im Vorfeld der IWF-Tagung in Westberlin in vielen Autonomen Kreisen diskutiert wurde. Was daraus für die metropolitanen Linksradikalen folgt, wäre ein spannender Diskussionspunkt ...

"Die Angst vor den Frösten der Freiheit"

Den Schwerpunkt des Buches bildet die Diskussion um eine Analyse des Patriarchats und den Kampf dagegen. Er wird eröffnet mit einem Aufsatz von Ingrid Strobl. Darin behandelt sie einerseits in einem kurzen Überblick die historische Entwicklung des Patriarchats und gibt andererseits einen kurzen Ausblick auf antipatriarchalen Kampf; über männliche "Revolutionäre" fällt in diesem Zusammenhang folgende Bemerkung: "Deshalb verfällt er in bürgerlichen Idealismus, in totale Personalisierung, sobald es um den Geschlechterantagonismus und seinen persönlichen Beitrag zu dessen Aufhebung geht ... indem er mit dem Eigensinn des kleinen Kindes behauptet 'Aber ich bin doch nicht so!'"

Triple Oppression

Klaus Viehmann, seit 1978 Gefangener (verurteilt zu 15 Jahren, u.a. wegen Mitgliedschaft in der Bewegung 2. Juni), hat unter den Knast-Bedingungen, in der Zensur-Situation, über längere Zeit v.a. mit Frauen diskutiert - das Ergebnis ist ein Text über "Klassenwiderspruch, Rassismus, Sexismus". Sein Ansatzpunkt ist die "sexistische Binnenstruktur der Linken", das Festhalten derjenigen, an Privilegien durch diejenigen, die weiß, männlich und relativ wenig abhängig vom Verkauf der eigenen Arbeitskraft sind; analysiert und kritisiert wird auf diesem Hintergrund z.B. das geringe Interesse linksradiker Kreise an antirassistischer Politik ...

Anmerkung zum RZ-Text "Was ist das Patriarchat?" und der folgenden Debatte

"Frauen produzieren die Gattung. Dieser unabweisbaren biologischen Tatsache ist, soweit wir wissen, niemals die erforderliche analytische Aufmerksamkeit zuteil geworden (...)" So beginnt der RZ-Text, eine Abhandlung zum Thema Patriarchat, und diese phänomenale neue Erkenntnis provoziert wenige (eine?) kluge Frau(en) und viele weniger kluge Männer zu weiteren Beiträgen zum Thema. Ich halte diesen Ausgangspunkt zur Erklärung gesellschaftlicher Unterdrückung von Frauen durch Männer denkbar ungeeignet, nicht (nur), weil ich zu den Frauen gehöre, die unter der sozialen Bedingung Patriarchat nicht gedenken, "die Gattung zu produzieren". Ich fürchte vielmehr, daß "unabweisbare biologische Tatsachen" von Männern, rechten wie linken, schon immer gern zum Argument erhoben wurden, gesellschaftliche Machtverhältnisse scheinbar zu legitimieren, und gerade in letzter Zeit scheinen biologistische Ideologien wieder grauenhaft aktuell (alles mögliche - bis hin zur Homosexualität! - gilt wieder als genetisch bedingt usw.)

Der RZ-Text legt im weiteren auch den Schluß nahe, daß Männer Frauen letztlich aus Gebärneid beherrschen wollen - liefert also eine biologische Ursache für gesellschaftliche Machtverhältnisse. Das ist als Erklärung für das männliche Bestreben, den weiblichen Körper durch Reproduktionstechnologien zu ersetzen, schön schlüssig; in Verbindung mit der passiven Opferrolle, die der Text einem jeden Frauenleben zuschreibt ("ins Fleisch gebrannte Arbeit" usw.) gerät Patriarchat zu einer biologisch determinierten Hoffnungslosigkeit, die keinen Bezug zu feministischem Widerstand mehr zuläßt. Der RZ-Text beschreibt dieses Jammertal

Frauenleben wie ein schicksalhaftes Martyrium, ohne Alternative außer der Abschaffung des "historischen Mannes" - zu deren Realisierung ihnen logischerweise nichts einfällt.

Für mich befremdlich, hat der Text dann wesentlich mehr explizit männliche Diskussionsbeiträge als explizit weibliche provoziert - könnte das Stichwort "Biologie" dazu ermuntert haben? - deren bekennende Haltung (drastischstes Beispiel "Versuch eines Weißen Mannes ...") mich reichlich verärgert. Paradoxerweise scheinen sich Männer, je mehr sie explizit die Täterrolle bekennen ("wir sind alle Männer, alle Hetero") in zunehmendem Maße für befähigt und legitimiert zu halten, die Patriarchatsforschung voranzutreiben. Sollte an dieser Stelle der männliche Einwand kommen (und er kommt eigentlich immer), mann sei ja schließlich von Frauen aufgefordert, sich zum Thema Gedanken zu machen - ich für meinen Teil habe darunter niemals verstanden, daß sich Täterkollektive zusammenrotten, sondern vielmehr die Lektüre von Texten kluger Frauen mit anschließender Verhaltensänderung.

"Doitsch-Stunde"

Der Text der autonomen L.U.P.U.S.-Gruppe Rhein/Main fällt aus dem bisherigen Themenspektrum deutlich heraus. Die Zwischenüberschrift "Die Mauer ist gefallen - wir mauern weiter" charakterisiert kurz die Kritik am weitgehenden Scheitern autonomer Gruppen vor der politischen Situation nach dem November 89. "Wir reagieren (...) als ob uns das ganze nichts anginge." Der Hauptteil des Textes besteht aus einer Diskussion linksradikaler und autonomer antifaschistischer Politik. Insbesondere die Parole vom "4. Reich" wird verworfen, indem behauptet wird, diese Parole mache unfähig, auf den staatlich verordneten Antifaschismus zu reagieren. Neonazismus ist für sie "mehr eine Antwort europaweiter kapitalistischer Umstrukturierungsprozesse, als daß sich darin die politischen Perspektiven der Herrschenden widerspiegeln" und skizzieren darüberhinaus Konsequenzen, die für linksradikale Politik gezogen werden sollten: vor allem der sich entwickelnde "kulturelle Rassismus" soll bekämpft werden.

reg./kla.

Anmerkung:

1) Metropolen(gedanken) & Revolution? Texte zur Patriarchats-, Rassismus-, Internationalismusdiskussion. Edition ID-Archiv, c/o AurorA, Knobelsdorffstr. 8, 1 Berlin 19. 14 Mark, 170 Seiten

2) Wir haben die Texte aufgeteilt. Von reg. sind die Anmerkungen zum RZ-Text, von kla. der Rest.

45. AK dubios - oder: Der Wille zur Verurteilung (Zur Diskussion um "konkret")

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:46

Aus bislang noch nicht hinreichend erforschten Gründen steht die Zeitschrift "konkret" seit Erscheinen ihrer März-Ausgabe im Kreuzfeuer der - nun, hier fangen die Schwierigkeiten bereits an: das Wort Kritik hätte folgen sollen, doch es verbietet sich zutiefst, einen durch Kant, Marx und Adorno geadelten Begriff zur Kennzeichnung jener Gedankenblähungen zu mißbrauchen, mit denen die deutsche Volksfront für den Frieden zur Zeit "konkret" einnebelt. Jegliche Kritik - im Unterschied zu unmaßgeblichen subjektiven Unmutsbekundungen - impliziert unmittelbar ein immanentes Begreifen und Nachvollziehen der Struktur des kritisierten Gegenstandes. Immerzu wütend, traurig und betroffen, von völkisch-sentimentalem Gesinnungspazifismus erfüllt und von blökender Ignoranz gekennzeichnet, wie die deutsche Volksfront für den Frieden nun mal ist, hat sie die "konkret"-Artikel zum Golfkrieg nicht einmal verstanden, sondern sie als Frontalangriff auf ihre Integrität wahrgenommen, und wer die von "konkret" dankenswerterweise als Broschüre dokumentierten Leserbriefe zur März-Nummer der Zeitschrift sich durchliest, muß feststellen: hier äußern sich Leute, die es einfach nicht verwinden können, daß jenes Blatt, daß sie sich allmonatlich zur Bestätigung ihrer reinen linken Identität (was immer das auch sein mag) hielten, ihnen ein paar Argumente präsentierte, die ihre hehre Gesinnung etwas durcheinanderbringen - womit ihnen wieder ein wertvoller Orientierungspunkt in dieser so fürchterlich sinnkrisengeschüttelten Zeit verlorengeht. Die Kritik der deutschen Volksfront für den Frieden an "konkret" ist selbst unter aller Kritik und gegen sie ist "konkret" bedingungslos zu verteidigen.

Aus ganz anderen Intentionen speisen sich die Vorwürfe, die von der "Radikalen Linken" (siehe ihre Flugschrift) und von Teilen der "Gruppe K" (ex-KB-Minderheit) gegen "konkret" erhoben werden. Dieser Richtung ist auch der in AK 332 veröffentlichte Artikel "konkret kurios" aus der Feder von Minderheits-Autor max. zuzurechnen. max. geht es um eine angebliche "politische Neuorientierung" bzw. einen "Positionswechsel" der Hamburger Zeitschrift, die "uns" - gemeint ist wohl die verbliebene radikale Linke - nicht kalt lassen könne angesichts der Tatsache, daß "mit 40.000 gedruckten Exemplaren ... ‚konkret' die einzige linke Zeitschrift der BRD mit Massenauflage" sei. Seinen Artikel versteht max. nun als "Versuch einer ersten Annäherung", an die Beantwortung der Frage nämlich, wie es zu dem unterstellten "Positionswechsel" kommen konnte. Wer jedoch meinte oder hoffte, für diese Behauptung würden Argumente oder Belege präsentiert, sieht sich enttäuscht: max. bleibt all dies schuldig. Dies hat seinen Grund in der Anlage des Artikels selbst, dem der Charakter einer Generalverurteilung eignet, wobei der Wille dazu keiner Erwähnung wert wäre, hätte dieser Wille nicht die Wahrnehmung des Autors getrübt und ihn zu einem zweifelhaften argumentativen Strickmuster greifen lassen, welches zum eisernen Traditionsbestand der Linken zählt und dessen Unzulänglichkeit am beispielhaften Fall von max.' "konkret"-Verurteilung aufgezeigt werden soll.

Die konkrete Art und Weise der Kritik gegnerischer Gedanken und Ideologien verdankt sich keiner abstrakten methodologischen Vorentscheidung seitens des kritisierenden Subjekts, sondern bestimmt sich von der Sache her. Ob Ideologiekritik sich mit der Analyse des cui bono bescheiden darf oder zur immanenten Kritik und das heißt: Widerlegung ihres Gegenstandes angehalten ist, entscheidet sich daran, ob diesem ein Wahrheitsmoment eignet, woran Kritik sich abarbeiten kann. In der traditionellen Linken, namentlich im Marxismus-Leninismus wurden Ideologien, ja Gedanken überhaupt als bloße Emanation eines Klassenstandpunktes missverstanden und so gibt es dieser Vorstellung zufolge die Ideologie der Herrschenden, begriffen als Legitimations-, Täuschungs- oder Ablenkungs-Instrument, dem die Unterdrückten die klassenbewußte sozialistische Ideologie entgegenzusetzen hätten, zu welcher man die auf keinen bornierten Klassenstandpunkt zu reduzierende Marxsche Theorie schließlich zurechtstutzte und damit erniedrigte. Unter der Voraussetzung also, daß es keine objektive Wahrheit - ein Begriff, der für die Linke bis heute ein Fremdwort geblieben ist - sondern nur Klassenwahrheiten gibt, muß sich Ideologiekritik zwangsläufig erschöpfen in der Frage, aus welcher Ecke ein Gedanke kommt, wem er demzufolge nützt und welchen Standpunkt das denkende Objekt einnimmt. Dieser wiederum ist nur greifbar an den wesentlichen Aussagen bzw. an den praktischen Konsequenzen, die jemand aus seinen Gedanken zieht. Hat man jene erstmal, nach welchen Kriterien auch immer, identifiziert und vom Rest der Gedanken isoliert, so ergibt sich ein bequemer und leicht handhabbarer Maßstab für die Verurteilung eines Gegners und seiner Gedanken, ohne daß man sich noch der Mühe der immanenten Kritik unterziehen müßte. Denn ist jemand erstmal anhand seines

falschen Standpunktes als Verräter oder das Geschäft des Feindes besorgend identifiziert, dann ist in aller Regel der Fall erledigt, dann gilt für den Rest der Gedanken automatisch, daß sie zu überhaupt nichts taugen können.

Dieses Denkmuster der Abfertigung, welches mit Ideologiekritik nur soviel gemein hat, als daß die traditionelle Linke es dafür gehalten hat, erfreut sich seit einigen AK-Nummern forcierter Anwendung - so z.B. in der Golfkriegsberichterstattung, als den Lesern in sauber umrandeten Kästchen aus dem Zusammenhang gerissene und willkürlich zusammengestellte Zitate präsentiert wurden, die Personen und Gruppen unterschiedlichster Provenienz als Kriegsunterstützer denunzieren sollten; so z.B. im Artikel von hr. im letzten AK (332), der die nicht nur abstrakt, sondern genau zum Zeitpunkt des Golfkrieges und in jener Form grundrichtige Thematisierung von linkem Antisemitismus als "nicht nur daneben", sondern als "politische Desorientierung" bezeichnet; so auch - last not least - im Artikel von max. Seine Verurteilung von "konkret" speist sich aus der dogmatisch vorausgesetzten Prämisse, wonach die Überlegungen, die in "konkret" anläßlich des Golfkrieges und danach veröffentlicht wurden, in eine Reihe zu stellen seien mit dem Bellizismus à la Biermann und Enzensberger bzw. mit dem Zivilgesellschafts- und Citoyen-Geseire abgehalfterter Linker. Die Botschaft von "konkret kurios" läßt sich in wenige Worte fassen, sie lautet, schlicht, aber ergreifend: "konkret" steht auf der falschen Seite der Barrikade. Dies ist das obstinate Grundthema des Artikels, das in verschiedenen Variationen durchgeführt wird, die vorab feststehende Aussage, die es in der Folge nur noch auf verschiedene Art und Weise zu demonstrieren gilt.

Diesem Zweck dienen zunächst einige Formulierungen und Passagen, die keinerlei analytischen Wert aufweisen, auch nicht als erfrischende Polemik gelten können, sondern die die nach Meinung des Autors abgrundtief schlechte Gesinnung der "konkret"-Schreiber - es geht dabei ausschließlich um Gremliza, Pohrt und Geisel - denunzieren sollen und auf eingefleischte Ressentiments der Leser spekulieren. So heißt es, daß in "konkret" "der Antiimperialismus einer taz - auf gehobenem sprachlichem Niveau, versteht sich - glatt überboten" werde, wodurch bedeutet werden soll, daß in "konkret" und "taz" eigentlich das gleiche Gesindel hocke, wobei die "konkret"-Schreiber noch gefährlicher seien, da sie, Intellektuelle, die sie sind, ihr Renegatentum auch noch wortreich, eloquent und gewitzt als das Gegenteil verkaufen könnten. Weiter unten ist zu lesen, daß "konkret" neuerdings bereit sei, den "ebenso elitäre(n) wie reaktionäre(n) Konservatismus des deutschen Intellektuellen ... als Galionsfigur zu transportieren", und der Leser wendet sich mit Grauen, denn, sozial gesinnt, wie er ist, will er natürlich nichts zu tun haben mit elitären und arroganten Typen, Leuten also, die sich anmaßen, besser und klüger zu sein als der Rest der Volksgemeinschaft. Aber nicht genug damit: Eike Geisels Feststellung, der Antiimperialismus sei " gewissermaßen die höchste Stufe des Konformismus" wird folgendermaßen kommentiert: "Mann bleibt originell - komme, was wolle", womit die "konkret"-Schreiber auch noch als eitel, selbstgefällig und nur auf die eigene Selbstdarstellung erpicht entlarvt wären. Gewissermaßen als trauriger Höhepunkt ist sich max. - wirklich, ohne alle Ironie, man faßt es kaum! - nicht einmal zu schade, um zum Köfferchen mit der links-alternativen Gemüts-Konfektionsware zu greifen und das Produkt der Güteklasse Ia herauszuziehen: er wirft "konkret" "schiere Menschenverachtung" vor, "die sich im anbrechenden Zeitalter der Barbarei bis in die Linke hinein auszubreiten beginnt, und der es Einhalt zu gebieten gilt". Als Beleg für die "konkret" ausgebrochene "Menschenverachtung" - vgl. zur Konjunktur dieser Dummdeutschfloskel den Aufsatz von Eckard Henscheid in "titanic" 11/89 - werden Passagen aus Pohrts Text "Schöne neue Welt" (konkret 6/91) sowie, zum 5999. Mal der "furchtbare Satz" Gremlizas herangezogen, wonach "viele Menschen sterben müssen, damit andere leben können". Wie schon viele andere Linke vor ihm interpretiert also auch max. diesen Satz so, als hätte der Oberkommandierende am Golf Gremliza und nicht Schwarzkopf geheißen; als entspränge dieser Satz nichts anderem als dem kranken Gemüt seines Verfassers und nicht dem Bedürfnis, dem realitätsverleugnendem Friedensidealismus in die Parade zu fahren; als wäre Gremliza persönlich verantwortlich für die von ihm bloß ausgesprochene und zu Bewußtsein gebrachte und in der Tat scheußliche Alternative, um deren Erkenntnis sich doch max. und andere radikale Linke mit ihrer prinzipalistischen Parteinahme gegen den Golfkrieg diskret herumgemogelt haben.

Vom anderen notorischen Menschenverächter, Wolfgang Pohrt, wird eine Stelle seines Artikels "Schöne neue Welt" nicht nur falsch interpretiert, sondern sogar falsch zitiert, was der Illustration der unterstellten "Menschenverachtung" allerdings nur förderlich ist. Nachdem - korrekt - jene Passagen aus Pohrts Text wiedergegeben wurden, worin er sich über das Ausbleiben von Massenprotesten hierzulande gegen das Gemetzel an den Kurden seitens Saddam Hussein mokiert, fährt max. folgendermaßen fort: "Soviel in aller Realitätswahrnehmung avanciness über die Menschen in unseren Breitengraden. Noch schlimmer freilich

würde es stehen, wenn sich die ‚Arrivierten' (=Emporkömmlinge) jener Länder bei der ‚moralischen Abrüstung beflügeln lassen und die aus der Dritten Welt importierte Schreckensherrschaft der Normalfall in den entwickelten Ländern selbst wird`." Denn bereits zur Gewißheit war dem "konkret"Autor der Verdacht geworden, "daß die verelendeten Massen in der Dritten Welt die Hoffnung auf Gerechtigkeit und ein menschenwürdiges Leben verloren haben und nur noch die Aussicht aufs Beutemachen sie mobilisieren kann." Besonders "menschenverachtend" findet max. offensichtlich das Wort von den "Arrivierten", und in seiner Wiedergabe der Passage aus Pohrts Text erscheint es so, als würde dieser die Menschen der Dritten Welt so bezeichnen und, gleichsam um die Ungeheuerlichkeit dieses Tuns noch zu unterstreichen, setzt max. in Klammern hinter "Arrivierte" noch (=Emporkömmlinge). Schlagen wir nach in "konkret" 6/91, S. 13. Dort zitiert Pohrt zunächst Horkheimer - "Die ehemals von den Zivilisierten unterjochten Afrikaner haben als eigentlichen Gott der entwickelten Nationen, zu denen sie aufblicken, nur Macht und Gewalt erfahren und ahmen ihn heute nach (...) Sie wollen endlich auf der Welt Karriere machen." - und fährt dann fort: "Von diesem Willen haben wiederum in erster Linie die Arrivierten profitiert, die sich durch die Nachahmer bestätigt und von der Verantwortung für sie entbunden fühlen konnten" usw. Die Rede von den "Arrivierten" bezieht sich also eindeutig auf die Herrschenden der entwickelten kapitalistischen Länder.

Doch solche Hinweise dürften als kleinliche Haarspaltereien empfunden werden angesichts der gebündelten Wucht des Schiedsspruchs, der "konkret" ereilt sowie angesichts des Bildes, das sich der Leser anhand der max.schen Charakterisierungen längst schon von den "konkret"-Schreibern gemacht hat, und welches - wir rekapitulieren - etwa so aussieht: "konkret"-Schreiber sind mit Worten trickreich jonglierende, hochnäsige Gecken, die auch ohne Skrupel über Leichen gehen - fast vollständig ist das deutsche Feindbild des Intellektuellen. Was in aller Welt hat denn max., der doch sonst sorgsamer mit Sprache umzugehen weiß, veranlaßt, solche Charakterisierungen zu verwenden? Selbst wenn wir ihm unterstellen, daß es sozusagen im Eifer des Gefechts oder einfach nur aus Gedankenlosigkeit geschah, dann wäre dies keine Entschuldigung. Was bleibt, ist die Aufforderung, daß solche anti-intellektuellen Ressentiment-Kategorien im AK künftig zu unterbleiben haben!

Von den Vorwürfen - immer ausgehend von der Prämisse, "konkret" stehe auf der falschen Seite der Barrikade - die max. im einzelnen gegen "konkret" erhebt, sei die Behauptung, daß die Totalitarismus-Theorie "in der Osterstraße seit einigen Monaten zu einem bevorzugten Muster der Realitätswahrnehmung avanciert" sei, nun genauer analysiert. Erstaunlich, erstaunlich, wie leicht max. die vorwurfsvolle Rede von der Totalitarismus-Theorie über die Lippen kommt, von der er doch selber weiß, daß sie in der Linken bis heute vor allem als Abwehr-Argument eingesetzt wird, um sich ja nicht mit Ideologien und Praktiken in den eigenen Reihen auseinandersetzen zu müssen, die eine Ähnlichkeit oder Identität mit solchen rechter oder rechtsradikaler Provenienz aufweisen. Pohrts Thesen, wonach man keine Phantasie mehr brauche, "um sich die Antiimpis oder Autonomen als Volkssturmabteilungen der Hitlerjugend oder als Verbände der Aktion Wehrwolf vorzustellen" mögen heillos übertrieben sein, aber das ist nun mal jede Wahrheit im emphatischen Sinne; Pohrts Thesen als Ausfluß der billigen rot-gleich-braun-Analogie abzutun ist seinerseits billig, angesichts der Tatsache, daß die Übereinstimmungen von Nazis und Linksradikalen in Sachen Antisemitismus wirklich schon mit Händen zu greifen sind (vgl. Radio Dreyeckland) und auch schwerlich zu übersehen ist, daß der Kampf von Dresdner SA-Banden u.a. gegen Sexshops und für eine saubere Stadt fatale Ähnlichkeiten mit dem autonomen Kampf gegen die Umstrukturierung der Kieze aufweist.

Ebensowenig taugt die Juli-Kolumne von Gremliza als Beleg für die Behauptung von max., in "konkret" würde die Linke nach dem Muster der Totalitarismustheorie denunziert. In jener Kolumne hatte Gremliza zwei Ereignisse vom vergangenen Juni gegenübergestellt: den Aufmarsch von Neonazis in Dresden und die Tagung linker Edeldemokraten in der Paulskirche, die am selben Wochenende stattfand. Er hat dabei endlich - endlich! - einmal herausgearbeitet, daß die ostdeutschen Bürgerbewegungen vor allem nichts anderes darstellen als den intellektuellen Nachtrab genau jener Nazis, deren Taten sie mit salbungsvollen Worten zu entschuldigen pflegen; daß sie und ihr westdeutscher Anhang genau diejenigen sind, die die Wiedervereinigung von rechts her kritisieren - alles Dinge, die max. einfach verschweigt, weil sie ihm nicht ins Konzept passen. Schließlich hat Gremliza vor dem Hintergrund all dessen gefragt, was es denn nun mit der Forderung eben jener Paulskirchen-Versammlung nach Anreicherung der BRD-Verfassung mit plebiszitären Elementen auf sich habe, und kam zu dem Schluß, es würde in den kommenden kapitalistischen Krisen "der Ruf nach direkter Demokratie, nach Volkes Stimme - und das heißt immer: nach dem populistischen Führer, dem starken Mann - früh genug laut werden". Max.' Kommentar hierzu: hier wür- de "die Forderung nach

direkter Demokratie (=links) mit dem Ruf nach dem starken Mann (=rechts)" verwechselt. Daß direkte Demokratie etwas Fortschrittliches, ja eigentlich schon Sozialismus sein soll, ist in der Tat eine fromme linke Lüge, die ihre Beliebtheit vor allem innerhalb der BRD-Linken der ganz und gar unemanzipatorischen strategischen Absicht verdankt, durch das Aufgreifen und Von-Links-besetzen statistisch ermittelter Stimmungen den Einbruch in breitere Bevölkerungskreise zu schaffen. Daß dieselbe Bevölkerung, die z.B. gegen die Startbahn war, ausländerfeindlich und antisemitisch ist; daß das Bedienen von Stimmungen eine formal demagogische und inhaltlich populistische Politikform produziert, von der mittelfristig nur die Rechten profitieren werden; daß auch in der direkten Demokratie das Volk Volk bleibt, d.h. Menschenmaterial des Staates und demokratisches Stimmvieh - das hat die Linke immer gern in Kauf genommen und scheint auch max. nicht zu interessieren. Gremlizas Folgerung, man solle die Zonenpfaffen und ihren westdeutschen Anhang zurück ins Seminar schicken und die herrschende Ordnung gegen jeden ihrer protestantisch-populistisch-völki- schen Angriffe verteidigen, verdankt er in diesem Zusammenhang der schlichten Erkenntnis, daß eine durch bestimmte (Verfassungs-)Regeln definierte und eben auch gebändigte bürgerliche Herrschaft einer solchen vorzuziehen ist, worin das deutsche Volk noch mehr unmittelbaren Einfluß auf die Politik bekommt, als es ohnehin schon hat. Man könnte nun überprüfen, ob und inwieweit die Vorschläge der Plebiszitäre überhaupt Aussicht auf Verwirklichung haben (hoffentlich nicht!), ob demnach die Verteidigung der Verfassung - stets nur eine aus Not geborene Taktik - derzeit zu den Aufgaben der Linken zählt usw. Wenn max. jedoch, auf Gremliza gemünzt, meint: "Sein Fazit ist das der Totalitarismus-Theorie: Da links (wie gut gemeint auch immer) zumindest in der Bundesrepublik gleich rechts bedeute, ist die bourgeoise Demokratie als die bestmögliche aller Staatsformen zu verteidigen," - so ist dies schlicht falsch und obendrein ignorant.

Man könnte nun so weitermachen und auch den Rest der max.schen Vorwürfe gegen "konkret" auf ihre Stichhaltigkeit überprüfen; man könnte aufzeigen, daß es nicht angehen kann, die Überlegungen, die Pohrt in "konkret" 6/91 darüber angestellt hat, daß von dem in der Linken bis heute so geschätzten Befreiungsnationalismus angesichts des Zerfalls der bipolaren Weltordnung tatsächlich nichts anderes mehr übrig bleibt als national selbstbestimmte Barbarei, mit einem Federstreich als "aufgeblasenen Unsinn" abzutun. Doch darauf soll hier verzichtet werden, weil es auf die Dauer nur ermüden würde. Geschlossen sei mit dem Hinweis, daß das alleinige Reproduzieren des Arguments, jemand stünde auf der falschen Seite der Barrikade, in Zeiten, in denen von zugespitzten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen nicht die Rede sein kann, lächerlich ist und schlimmstenfalls jene Wagenburggesinnung fördern hilft, die sich die Linken, die nach dem Zerfall der Linken noch übriggeblieben sind, am wenigsten leisten können.

cl./Westberlin

46. Vom Ende eines kleinen Landes. Zu den Büchern von Hans Modrow und Günter Schabowski

Zu den Büchern von Hans Modrow und Günter Schabowski von Harald Projanski

Autor: Harald Projanski · Rubrik: Wiedervereinigung; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:31

Dem raschen Ende der DDR folgen die Rückblicke Beteiligter. Zu den interessanten autobiographischen Nachrufen auf den realsozialistischen deutschen Staat gehören Hans Modrows "Aufbruch und Ende" (1) und Günther Schabowskis "Der Absturz" (2). Modrow (Jahrgang 1928) und Schabowski (Jahrgang 1929) zählen zu jener Generation, die die DDR von Anfang an miterlebt und später maßgeblich geprägt hat.

Beide Autoren waren bis zum Zerfall des SED-Regimes Mitglieder des Zentralkomitees der SED und Bezirkschefs (Erste Sekretäre der Bezirksleitungen) der Partei, Modrow in Dresden, Schabowski in Berlin, wo er seit 1985 dem Politbüro der SED und damit dem obersten Führungsgremium des Systems angehörte.

Für wenige Wochen gehörte im November 1989 auch Modrow zum Politbüro.

Beide galten vor der "Wende" in ihren Bezirken und Bezirksparteiorganisationen als relativ umgängliche und im Rahmen des Möglichen diskussionsfreudige Ausnahmeerscheinungen unter den führenden SED-Genossen.

Auf sehr unterschiedliche Weise geben Modrow und Schabowski einen Eindruck von der Befindlichkeit derjenigen, die die Politik der SED in leitender Funktion durchzusetzen versuchten und deren Scheitern miterlebten. Die Lektüre beider Bücher läßt eine Ahnung davon aufkommen, warum das SED-Regime im Herbst 1989 wesentlich schneller zusammenbrach, als die meisten politischen Beobachter angenommen hatten. Die SED, die permanent und penetrant von sich behauptete, sie verfüge über ein "solides theoretisches Fundament" (SED-Chefideologe Otto Reinhold) und eine weitsichtige "wissenschaftliche Strategie", glich jenem Kaiser in dem bekannten Märchen, dessen real existierende Bekleidung deutlich hinter den Erwartungen zurückblieb.

Sozialistischer Absolutismus

Der "reale Sozialismus" war ein System des "sozialistischen Absolutismus", der "geradezu zwangsläufig jene höfischen Eigenarten entwickelte, die ihn auf Dauer lebensuntüchtig machten", wie Schabowski konstatiert. Das Machtmonopol der Partei kulminierte letztlich in einem Machtmonopol des Generalsekretärs, der über die Mitgliedschaft im Politbüro entschied und über die - gemessen an westlichem Luxus zwar noch bescheidenen, für DDR-Verhältnisse aber beträchtlichen - Privilegien. Als der oberste Mann in der Hierarchie und seine Paladine mehr und mehr zu anachronistischen und albernen Figuren verkamen, mußte das Gesamtsystem ins Wanken geraten. Die feudalistischen Systemen ähnlichen Züge des späten Realsozialismus und das von Schabowski beschriebene erbärmliche Niveau der Diskussionen im Politbüro zeigen, daß dieses System mit seinen Ursprüngen, dem Bolschewismus zu Zeiten Lenins, nur noch wenig gemein hatte. Nicht zu übersehen ist aber auch, daß die "leninistische" Parteikonzeption inklusive des 1921 auf dem 10. Parteitag der KP Rußlands beschlossenen Verbots von Fraktionen innerhalb der Partei die Degeneration der entsprechenden Parteien zwangsläufig förderte. "Die Lebenschancen der DDR waren an Umstände gebunden, die nicht tragfähig blieben", schreibt Modrow. Weniger diplomatisch spricht Schabowski über das "Zwangsläufige unseres Niedergangs".

Das wurde selbst in seinem Spätstadium von den meisten Beteiligten kaum erkannt. Während große Teile der SED und auch der heutigen PDS die letzten Zuckungen des Patienten für Zeichen einer "Erneuerung" des Sozialismus hielten, gab der für illusions- und respektlose Betrachtungen bekannte Dramatiker Heiner Müller Schabowski am Rande der legendären Kundgebung auf dem Alexanderplatz am 4. November 1989 zu verstehen, daß es mit der SED nun erstmal aus sei.

Der Zerfall der letztlich pseudosozialistischen Paramonarchie wurde, wie beide Autoren bestätigen, selbst von manchen leitenden SED-Funktionären als befreiend empfunden. Rudolf Bahro hatte schon in den siebziger Jahren in seiner "Alternative" treffend darauf hingewiesen, daß die Kommunisten in den realsozialistischen Parteien auch gegen sich selbst organisiert waren. Im Herbst 1989 dominierte in der SED bis hinauf in ihre

Führung eine ausgeprägte Ratlosigkeit. Selbst die großen Wissenschaftsinstitutionen der Partei, etwa die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED unter Otto Reinhold, hatten, entgegen anderslautenden Gerüchten, keine Konzepte für eine sozialistische Transformation der in eine Sackgasse geratenen DDR-Gesellschaft. Eine durchaus absurde Situation: Eine Partei, die einmal aus der kritischen Analyse der Gesellschaft heraus entstanden war, hatte die Gesellschaftsanalyse suspendiert.

Der ehemalige ungarische Premierminister Andras Hegedüs beschrieb den "realen Sozialismus" schon vor Jahren als "System organisierter Verantwortungslosigkeit". Es war auch ein System der organisierten Verhinderung von Wissen um die gesellschaftliche Gesamtsituation. Selbst das Politbüromitglied Schabowski erfuhr, wie er schreibt, vom Umfang der Spitzelei des Ministeriums für Staatssicherheit erst nach der Wende. Das mag wie Koketterie klingen, stimmt aber mit den Politbüroprotokollen der SED und Aussagen anderer Beteiligter überein. Anders als noch unter dem Generalsekretär Walter Ulbricht wurden am Hofe Erich Honeckers Fragen der Staatssicherheit nicht auf Politbürositzungen diskutiert, sondern nur zwischen Honecker und Stasi-Chef Mielke besprochen.

SED und Staatssicherheit

Was ihre eigene Haltung gegenüber den Repressionsapparaten des SED-Regimes im Herbst 1989 angeht, ergehen sich beide Autoren in knappen Rechtfertigungen, die mehr Fragen aufwerfen als sie beantworten. Modrow verweist darauf, er sei als SED-Bezirkschef nicht weisungsberechtigt gegenüber den Sicherheitsorganen gewesen. Das ist zwar formal richtig, umgeht aber elegant die Tatsache, daß die Ersten Sekretäre der Bezirksleitungen der SED nahezu täglich Kontakt zu den Leitern der Bezirksverwaltungen des Ministeriums für Staatssicherheit unterhielten und auch über Dinge wie Bespitzelung Oppositioneller Kenntnis hatten.

Schabowski schildert, daß er am 8. Oktober 1989 an einer Sitzung teilnahm, auf der Erich Mielke nach dem brutalen Einsätzen gegen Demonstranten "das große Wort" geführt habe und resümiert einen "banalen Gehalt dieser Beratungen", über die er kaum Details verrät. Etwas mehr Auskünfte über das Verhältnis von Sicherheitsdoktrin der SED und entsprechender Praxis in den dramatischen Oktobertagen und über die persönliche Haltung der Akteure hätte ich mir aus der Feder von zwei früheren SED-Bezirkschefs schon gewünscht.

Die Neigung und Fähigkeit zum selbstkritischen Herangehen an die eigene politische Praxis ist bei beiden Autoren unterschiedlich ausgeprägt. Schabowski bemüht sich mit einer Reihe von Details, insbesondere aus der Vorgeschichte des Bankrotts der SED-Wirtschaftspolitik, um eine nüchterne Bestandsaufnahme des Desasters. "Nichts wäre mir widerwärtiger", so Schabowski, "als die Vorstellung, Mitglied eines Clubs der Gestrigen zu sein, die sich mümmelnd und greinend bescheinigen, wie schön alles war, und daß man nur das Beste gewollt habe". Ein Anspruch, der den Autor durchaus sympathisch und sein Buch auch gut lesbar macht. Seinen überwiegend erfolgreichen Kampf gegen den eigenen Hang zur Larmoyanz verliert Schabowski nur in den Passagen, in denen er sich über diejenigen beklagt, die in den Trümmern der SED im Dezember 1989 das Projekt PDS begannen. Markus Wolf wirft er "Minenlegen gegen die erste Schicht der ‚Erneuerer`" vor und Modrow hält er vor, sich an den Debatten im Politbüro über Machtmißbrauch im November 1989 nicht beteiligt zu haben. Schabowski scheint in der Gruppe um Modrow und Gysi so etwas wie illegitime Erben der von ihm und Egon Krenz initiierten Palastrevolte zu sehen, die Honecker im Oktober 1989 zu Fall brachte. Dabei räumt Schabowski selbst ein, daß das Krenzsche Politbüro Ende November 1989 mit einer Besetzung von gestern schlicht am Ende seines Lateins war.

Was Schabowski zudem über die Vervielfachung der Schulden der DDR unter dem Regime Honeckers und den "Teufelskreis von Krediten, Zinsbelastungen und neuen Krediten" mitteilt, spricht dafür, daß zum damaligen Zeitpunkt objektiv kaum noch Möglichkeiten bestanden, die Souveränität der DDR als nichtkapitalistischer Staat auf lange sich zu erhalten. Völlig absurd sind angesichts dieser Tatsachen Interpretationen, wie sie Hermann Gremliza mit schöner Regelmäßigkeit in "Konkret" vorlegt, die "Gorbatschow- Clique" habe "die DDR an die BRD verraten" ("Konkret" 6/91) - ein Denken in Dolchstoßlegenden, das nicht gerade in linker Tradition steht.

Hans Modrows Erzählungen aus seiner Regierungszeit, die sich in weiten Teilen lesen wie ein Rechenschaftsbericht an den Parteivorstand der PDS, lassen eine weitgehende Unfähigkeit erkennen, das

eigene Handeln und das seiner Mitstreiter selbstkritisch zu analysieren. Über die zum Teil beträchtlichen Differenzen innerhalb der PDS um den Kurs der Modrow-Regierung, in der Wirtschaftspolitik, der Politik gegenüber der BRD und der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit erfährt der Leser weniger als aus der Lektüre der damaligen Ausgaben des "Neuen Deutschland". Der Autor Modrow erweist sich damit als methodisch stark der Denkweise jener auf Einheitlichkeit abonnierten Partei verhaftet, der er mehr als vier Jahrzehnte angehörte. Bisweilen zeigt sich der einstige Maschinenschlosser Modrow gar als Konstrukteur von Luftschlössern. So verblüfft er mit der Bemerkung über ein Gespräch mit dem Ehrenvorsitzenden der SPD, "wie sehr Willy Brandt der Sowjetunion verbunden ist" und fabuliert darüber, es habe 1990 "die Chance einer schmerzlosen oder zumindest schmerzarmen Vereinigung" Deutschlands gegeben. Von der Realität sind solche Projektionen weit entfernt, von der von Wunschvorstellungen geprägten Denkweise des Realsozialismus leider nicht.

Schabowski beweist weit mehr Sinn für die historische Dimension des Umbruchs im Osten, wenn er Gorbatschow als "größten politischen Abrißunternehmer der Geschichte" charakterisiert, während Modrow nur andeutet, daß Gorbatschow in Wirtschaftsfragen wohl nicht sehr kompetent und ansonsten bei Entscheidungen etwas zögerlich ist.

Der dubiose Devisenbeschaffer

Zu den Realitäten des späten Realsozialismus gehörte aller antiimperialistischen Rhetorik zum Trotz eine wachsende wirtschaftliche und damit letztlich auch politische Abhängigkeit vom Imperialismus, insbesondere vom BRD-Imperialismus. Es spricht einiges dafür, daß Teile der DDR-Bürokratie sich bereits einige Monate oder Jahre vor dem Herbst 1989 konkrete Gedanken über die Zeit nach Honecker gemacht haben und nicht zuletzt auch darüber sinnierten, wie die eigene Haut zu retten sei. Eine dubiose Schlüsselfigur ist in dem Zusammenhang der Stasi-Oberst und DDR-Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski, der zumindest in einem politischen Sinne als "Doppelagent" zwischen Ost und West agierte. Seine Tätigkeit bestand im Kern darin, die Existenz der defizitär wirtschaftenden DDR durch Kreditbeschaffung und Plünderung eigener Ressourcen zwecks Devisenerwirtschaftung zugleich zu verlängern und zu untergraben.

Schabowski schildert einen theatralischen und tränenreichen Auftritt des Mannes von Welt auf der letzten Sitzung des Politbüros, wenige Tage, bevor Schalck in die BRD türmte. Schabowski verweist zutreffend auf eine später im "stern" publizierte Weisung Modrows, die eine Einsichtnahme der DDR-Staatsanwaltschaft in die einschlägigen Akten "aus Gründen der nationalen Sicherheit" verbot. Modrow bietet in seinen Memoiren zu dem gesamten Komplex nur die treuherzige Feststellung: "Voll überschaubar ist der ganze Bereich hinsichtlich mancher Verzweigungen und Kontakte bis heute nicht".

Zum Thema der Wahlfälschungen bei den Kommunalwahlen in der DDR am 7. Mai 1989, zu denen Schabowski einige Erinnerungen beisteuert, schweigt sich Modrow aus. Bei ehemaligen SED-Politikern scheint es einen höchst unerfreulichen Trend zu geben, über einige Aspekte der Parteigeschichte lieber erst vor bundesdeutschen Staatsanwälten statt vor den eigenen Genossen Auskunft zu geben.

Parteiausschluß statt Diskussion?

Hans Modrow ist Ehrenvorsitzender und Bundestagsabgeordneter der PDS. Günther Schabowski wurde im Januar 1990 gemeinsam mit fast allen Politbüromitgliedern aus der damaligen SED/PDS im Schnellverfahren "verstoßen", wie er es selber nennt. In seinem Buch ist spürbar, daß ihn der Ausschluß menschlich hart getroffen hat.

Was damals bei gutwilliger Betrachtung als Schritt der PDS zur gründlichen Abkehr von der gescheiterten SED-Politik und als Einstieg in eine scharfe Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gedeutet werden konnte, erweist sich inzwischen als Akt der Verdrängung. Indem ehemals in der Parteiführung tätige SED-Spitzenfunktionäre aus der PDS flogen, konnten sie im Zuge der weiteren Diskussion der Partei kaum noch befragt werden. Eine solche (bis heute im wesentlichen versäumte) Diskussion aber hätte zwangsläufig die Fragwürdigkeit eines Verfahrens offenbart, bei dem etwa der langjährige Vorsitzende der FDJ-Volkskammerfraktion, Jochen Willerding, ins PDS-Präsidium aufrückte und im Namen der PDS immer im alten Stil Freundschaft mit der Chefetage der KP Chinas hält, während ein Mann, der maßgeblich am Sturz Honeckers und an der Maueröffnung beteiligt war, nicht mal mehr als einfaches Mitglied geduldet wird.

Der Parteiausschluß Schabowskis hatte freilich - Dialektik der Ungerechtigkeit - auch etwas Produktives. Dem Autor Günther Schabowski und seinem Buch jedenfalls ist der Abstand zu der Partei, aus der er kommt, durchaus bekommen.

Anmerkungen:

1) Hans Modrow: Aufbruch und Ende, konkret Literatur Verlag, Hamburg, 188 Seiten, DM 24,00

2) Günther Schabowski: Der Absturz, Rowohlt Berlin, 332 Seiten, DM 39,80

47. Dokumentation: Presseerklärung zur antifaschistischen Demonstration in Bayreuth

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/55.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:55

Dokumentation Presseerklärung zur antifaschistischen Demonstration in Bayreuth 2000 Faschisten in Bayreuth, 2500 antifaschistische GegendemonstrantInnen interessierten die deutsche Tagespresse am 19. August wenig. Lediglich ein als "Massenprügelei auf der Autobahn" dargestellter Vorfall war allen zumindest eine Notiz wert. Inclusive taz verbreiteten alle Blätter bestenfalls eine von der bayerischen Polizei in den dpa-Ticker diktierte Meldung. Wir dokumentieren deshalb eine von Hamburger AntifaschistInnen verfaßte Presseerklärung als erste Reaktion der Gegenöffentlichkeit.

Antifa-AG/Red.

Wir sind TeilnehmerInnen der zuerst verbotenen, dann doch genehmigten antifaschistischen Demonstration in Bayreuth und wenden uns entschieden gegen die Darstellung in Teilen der Presse, es ginge hier um Kämpfe zwischen "rivalisierenden Gruppen" oder "Gangs".

Wir sind nicht nach Bayreuth gefahren, um uns die Köpfe einzuhauen - das müßte jedem klar geworden sein, der unsere Beiträge bei der Kundgebung zur Kontinuität des Faschismus, dem Frauenbild im Dritten Reich, zum alltäglichen Faschismus, Rassismus, Nationalismus gehört hat. Wir sind nach Bayreuth gefahren trotz unserer Angst, die Köpfe eingehauen zu bekommen. Aus der deutschen Geschichte haben wir gelernt, daß Schweigen und Sich-nicht-verhalten und mangelnde Zivilcourage eine Ursache war, die den Wahnsinn des Dritten Reichs möglich gemacht haben und in dem Satz unserer Eltern gipfelt "was hätten wir denn tun können". Erst das politische Desinteresse, dann das Schweigen, dann das Mitläufertum!

Wir wissen auch kein Rezept, gegen den Tötungswillen der Faschistenskins und Hools in SA-Hordentradition, aber wir werden die Straße nicht wieder den Faschisten überlassen.

Hier zu den Vorgängen in Bayreuth und auf unserer Heimfahrt:

Vor unserer Demonstration wurden wir etwa drei Stunden lang von Polizeieinheiten mit Maschinenpistolen einzeln registriert und durchsucht.

Während der Demonstration war es das Hauptinteresse der Polizei, uns zu filmen, zu fotografieren, nochmals zu erfassen.

Um geschlossen wegfahren zu können, gingen wir geschlossen zu dem Parkplatz, auf dem einige unserer Busse standen. Nun entstand die absurde Situation, daß die Busse, die auf einem zweiten Parkplatz abgestellt waren, von der Polizei gehindert wurden, dort wegzufahren. Andererseits wurden wir ständig aufgefordert von der Polizei, endlich abzufahren und gleichzeitig auch daran gehindert, einzeln den Platz zu verlassen. Da sich die verschiedenen Polizeieinheiten nicht einigen konnten, führte das zu ständigen Reibereien mit der Polizei, die uns entweder wegtrieben oder festhalten wollte. Dabei gab es Verletzte unter uns. Als nach zwei Stunden die Busse endlich durchgelassen wurden, fuhren auch alle sofort los. Aus unseren vier Bussen aus Norddeutschland wurden in letzter Sekunde zwei Leute herausgezerrt mit dem Vorwurf, sie hätten Beamte beleidigt. Es dauerte ca. zwei Stunden bis wir die beiden freibekamen. Inzwischen war die Kundgebung der Faschisten beendet, und uns blieb nichts anderes übrig, als zeitgleich mit ihnen die Heimfahrt anzutreten.

Weil wir tanken mußten, sind wir auf die Raststätte Steigerwald gefahren und dort sofort von den Skin angefallen worden. Sie rannten aus dem Dunkeln auf uns zu - mit Schlagwaffen, Flaschen, Steinen, Messern und beschossen uns mit Leuchtspurmunition - und das während des Tankvorgangs! Drei unserer Busse brachten sich auf die Standspur der Autobahn in Sicherheit, gleich hinter der Ausfahrt, deshalb der Stau. Wir mußten dann den vierten Bus noch an drei Bussen der Faschisten vorbeilotsen, bevor wir geschlossen weiterfahren konnten. Die zwei anwesenden Streifenwagen waren von der Situation völlig überfordert und entsprechend hilflos.

Hamburger AntifaschistInnen

48. KB-Minderheit aufgelöst - Gruppe K gegründet

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/61.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:61

Die ehemalige KB-Minderheit faßte am 7. Juli 1991 in Dortmund den Beschluß, den gemeinsamen Diskussions- und Politikzusammenhang als "Gruppe K" fortzusetzen und zu öffnen. An der Konferenz hatten 40 der etwa 80 neuen K-Grüppler teilgenommen. Neben der Gründung und Namensgebung wurde für den Herbst eine schwerpunktmäßige Untersuchungsarbeit über die deutschen Veränderungen seit Öffnung der Mauer vereinbart. Es ist vorgesehen, a) die ökonomischen Perspektiven, b) die Funktion des neuen Rassismus und Neofaschismus, c) die neue außenpolitische Rolle insbesondere im Blick auf den Osten und d) die ideologische Entwicklung (Geschichtsrevisionismus; Nationalismus) im neuen Deutschland unter die Lupe zu nehmen. Erste Untersuchungsergebnisse sollen nach Möglichkeit auf der Arbeitskonferenz der Radikalen Linken "Ein Jahr Großdeutschland" am 22.-24. November in Berlin zur Diskussion gestellt werden. Darüberhinaus wurde nach einer heftigen und kontroversen Diskussion mit großer Mehrheit beschlossen, unter welchen Bedingungen mit der ehemaligen KB-Mehrheit die gemeinsamen Herausgabe des AK unterstützt bzw. abgelehnt wird.

Zur Gruppe K rechnen sich derzeit ca. 80 GenossInnen in 12 Städten. Es existiert ein bescheidenes monatliches Beitragsaufkommen und demnächst (in Berlin oder Hamburg) ein Büro.

Daß die im Kontext des Golfkriegs in der KB-Minderheit sichtbar gewordenen Differenzen nicht ausgeräumt sind, ist nicht nur dem AK sondern insbesondere auch den sogenannten "Bahama-News" zu entnehmen. (Die dritte Ausgabe jenes Zirkulars für Mitglieder und Interessierte wird Anfang September vorliegen.) Am 7./8. September 1991 wird in Hamburg eine weitere bundesweite Konferenz von Mitgliedern und Sympathisanten der Gruppe K u.a. über die neue Situation nach dem Putsch und Gegenputsch in der Sowjetunion beraten. Im folgenden der Wortlaut der in Dortmund verabschiedeten Gründungserklärung der Gruppe K.

Vor einem Jahr hat sich unsere Gruppe, um der linken Anpassung an Großdeutschland entgegenzutreten, als Minderheitsflügel im KB gebildet. Im April 1991 haben wir die Auflösung dieser Organisation unterstützt.

Mit dem KB haben wir Erfahrungen gesammelt, die uns auch in Zukunft nützlich erscheinen: etwa die Auseinandersetzung um den grünen Gründungsprozeß vor zehn Jahren, dem die eigenständige Organisierung von KommunistInnen zu opfern wir nicht für richtig hielten. Ähnliches wiederholte sich für uns als KB-Minderheit in der kurzlebigen Diskussion um den "Hoffnungsträger" PDS im Sommer 1990. Unter KB-positiv verbuchen wir ebenfalls die Versuche, aus hoffnungslos isolierter Position eine Gegenöffentlichkeit zustandezubringen (wie etwa im Deutschen Herbst 1977), was uns als KB-Minderheit auch im Hinblick auf die Ablehnung der Wiedervereinigung ("Nie wieder Deutschland"-Orientierung im Sommer 1990) richtig erschien. Wir halten auch weiterhin den Versuch einer radikal-linken Bezugnahme auf soziale Bewegungen für ein sinnvolles Konzept kommunistischer Intervention, müssen jedoch selbstkritisch einräumen, daß vom "Trüffelschwein" KB der notwendige Streit um linke Theoriebildung und kommunistische Intervention oftmals und zunehmend durch kurzatmigen Bewegungspragmatismus und einen unemanzipativen Massenbegriff ersetzt worden ist - einen Massenbegriff, der nicht reflektierte, daß KommunistInnen nur Politik mit solchen "Massen" machen können, die sich ihrer Lage bewußt werden und einer stellvertretenden Wahrnehmung ihrer Interessen nicht bedürfen. Wir wissen, daß wir in unserer bisherigen organisierten Tätigkeit z.T. erheblichen Fehleinschätzungen aufgesessen sind (z.B. im Hinblick auf eine vielfach nur ökonomistisch und klassenanalytisch verkürzte Wahrnehmung des deutschen Faschismus) und die Fehler und Defizite unseres bisherigen politischen Herangehens aufzuarbeiten haben. Wir müssen im Hinblick auf die Erarbeitung neuer politischer und theoretischer Grundlagen für revolutionäre Politik erkennen, daß derzeit die Summe der als offen erkannten Fragen schneller zu wachsen scheint als die Summe unserer Antworten.

Und dennoch wollen wir dem heute so modischen Abschied von linker Politik, der Vereinzelung und dem Rückzug ins Private ebenso eine Absage erteilen wie jenem erstarrten Organisations-Konservatismus, an dem der KB letztlich zugrundegegangen ist: Wir verstehen uns als einen Zusammenhang im Übergang. Zur vorrangigen Aufgabe unserer Gruppe zählen wir ihre Selbstaufhebung zugunsten eines organisatorischen Neuansatzes für kommunistische Politik, den wir aus eigener Kraft weder bewerkstelligen wollen noch bewerkstelligen können, da die inhaltliche Erneuerung eine Voraussetzung hierfür ist.

Wir haben uns für die Auflösung des KB entschieden, weil dieser strukturell und inhaltlich aus sich heraus nicht mehr bereit und in der Lage war, einen Beitrag zur Weiterentwicklung linker Politik und zur notwendigen Entwicklung einer radikal linken Zusammenarbeit mit anderen nichtreformistischen Strömungen zu leisten. Jene innerorganisatorische Verkrustung geriet in den Jahren 1989/90 in einen immer schärferen Widerspruch zu den innen-und weltpolitischen Veränderungen, durch die uns binnen kürzester Frist neue Maßstäbe für kommunistisches Denken und Handeln aufgezwungen wurden:

· Der Zusammenbruch des RGW und der ideologische Zustand der Gesellschaften, die der "Reale Sozialismus" nach 40jähriger Vorherrschaft in jenen Ländern hinterlassen hat, zwingt zur Neubewertung dieses ersten realsozialistischen Versuchs und zur Analyse seiner immanenten, systembedingten wie auch seiner in der marxistischen Theorie und leninistischen Praxis angelegten Unzulänglichkeiten und Fehler. Dies beinhaltet mehr als die Absage an den Stalinismus.

· Wir halten es auch in Zukunft für notwendig, das Dogma der scheinbar gattungsspezifischen Determiniertheit von Warenproduktion und Konkurrenz mit den kapitalistischen Realitäten von Armut und Entfremdung sowie der kommunistischen Utopie einer von Marktzwängen befreiten Produktionsweise zu konfrontieren. Der vermeintliche Endsieg des Kapitalismus und die Marktideologie des Gorbatschowismus zwingen uns darüber hinaus, unseren Antikapitalismus neu zu fundieren und die Theoriedefizite insbesondere in den Grundfragen der marxistischen Ökonomie zu überwinden.

· Die Umbrüche in den internationalen Beziehungen erfordern es, die Tragfähigkeit der Leninschen Imperialismustheorie wie auch die auf eine Befreiungsperspektive der Völker der "Dritten Welt" setzende Politik zu überprüfen. Die aktuelle Bedeutung und Funktion des Nationalismus, die Unterschiede zwischen Metropolen- und Befreiungsnationalismus und die Rolle von Rassismus und Antisemitismus sind Bestandteil eines für uns ebenso wesentlichen wie neuen Untersuchungsfeldes.

· In bezug auf Deutschland haben wir die analytischen Anstrengungen über die sozialen und politischen Folgen der Wiedervereinigung, insbesondere auch in bezug auf den neu eskalierenden Rassismus und Neofaschismus zu verstärken. (Diese Auflistung erhebt selbstverständlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit.)

Unser Anteil an der Bearbeitung derartiger Fragestellungen wird aufgrund dessen, was wir als kleine Gruppe können und darstellen, nur bescheiden bleiben. Um so größer ist unser Interesse an einem Prozeß von Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit ähnliche Ansätze verfolgenden Zirkeln. Zwar sehen wir derzeit im Bereich der Analyse und der Theorie- wie Strategieentwicklung einen Hauptzweck unseres Zusammenhangs, weil uns die Defizite fortschrittlicher Politik in diesem Bereich als besonders eklatant erscheinen. Unser politisches Selbstverständnis schließt aber einen Abschied aus linken Praxisfeldern oder eine ausschließlich kommentierende Haltung gegenüber den unterschiedlichen Ausdrucksformen antikapitalistischen und emanzipativen Widerstands aus.

Der Zäsur, die die gravierenden außen- und innenpolitischen Veränderungen für uns bedeuten, kann unseres Erachtens nicht mit einem trotzigen "Weitermachen" begegnet werden. Wenn sich kommunistische Gruppen unter heutigen politischen Bedingungen immer noch einzureden suchen, "wie dringend die arbeitenden Menschen in der BRD eine kommunistische Partei brauchen", wie kürzlich die älteste kommunistische Partei der BRD feststellte, so mag dies einem psychologischen Bedürfnis entspringen. Mit der Wahrnehmung der Wirklichkeit hat es wenig zu tun. Und auch der politisch und gesellschaftlich nicht begründete Optimismus, mit dem Linke immer wieder jeden noch so kurzlebigen "Massenansatz" zu bejubeln pflegen, ohne ihn auf seine politische Substanz hin zu analysieren, erscheint uns inzwischen mehr als abgeschmackt. Wir halten es demgegenüber für angebracht, einzusehen, daß die Aussicht auf eine massenhafte Verankerung nichtreformistischer Politik in absehbaren Zeiträumen aus Gründen, die mit dem ökonomischen Potential des BRD-Imperialismus und den daraus sich ergebenden Möglichkeiten von Korruption und Integration zusammenhängen, nicht existiert. Wenn wir dennoch KommunistInnen bleiben, dann deshalb, weil wir an den Stillstand der Geschichte nicht glauben, sondern die Welt als eine sich verändernde wahrnehmen. Und weil wir die Zeitspanne für die Durchsetzung sozialistischer Verhältnisse nicht auf wenige Jahrzehnte ansetzen - sofern jedenfalls die Geschichte nicht zuvor "mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen" (Kommunistisches Manifest) ihr Ende erlebt.

Den einschneidenden politischen Veränderungen muß unseres Erachtens eine ähnliche inhaltliche wie auch organisatorische der KommunistInnen entsprechen. Als Gruppe K wollen wir dem Kommunismus nicht abschwören, sondern ihn besser fundieren. Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft. Unser Weg ist der einer antikapitalistischen, nichtreformistischen Linken. Unser Mittel ist die Beteiligung an der Rekonstruktion organisierter Politik, die die Fehler nichtemanzipativer Organisiertheit vermeidet, die wir in unserer Vergangenheit selbst mitverantwortet haben. Die neue, bessere Organisation muß erst noch gefunden werden.

Dortmund, den 7. Juli 1991

Gruppe K

Kontakt und weitere Infos über:

Gruppe K c/o Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Schulterblatt 58

2000 Hamburg 36, Tel.: 040-43 53 20.

Unser Konto: S. Roisch / K. Dreyer

Hamburger Sparkasse · BLZ 200 505 50

Konto.Nr. 1228 / 122 386

49. Zufall? - Betr.: Zwischen Orient und Okzident (AK 332)

Neues Forum - Helden-Firma?

Rubrik: KB und AK; Leserbriefe; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:47

Betr.: PDS-Parteitag und Berichterstattung dazu im ak 331

Liebe GenossInnen,

Mit ständig neuen Finanz- und sonstigen Repressalien versucht man die PDS auszuschalten, sie auf kaltem Wege zu verbieten. Im "geeinten Deutschland" muß eben alles, was irgendwie für DDR oder Sozialismus steht, gleichgeschaltet bzw. eliminiert werden. Mit Anpassungs- und Unterwerfungstendenzen, an denen es der PDS ja nicht mangelt, gibt sich das neu-alte Reich nicht zufrieden. "Auflösung der PDS!" fordert man denn auch prompt aus den Reihen der Helden-Firma Neues Forum & Co. und spielt so seine Rolle als Helferlein der Anschlußstrategen weiter. Gleichermaßen widerlich wie konsequent. Wieso aber nun um Himmels willen, werden solche Leute im ak als "DDR-Linke" apostrophiert?

Mit besten Grüßen

Holger B., Darmstadt

Braucht der ak eine neue PDS-Debatte?

Der Vorwurf der früheren KB-Minderheit, es gebe eine PDS-Orientierung der Mehrheit, war immer falsch. Ein mindesten ebenso großer Fehler und ganz im Geiste unseliger Parteidisziplin war es allerdings, daß die Genossinnen und Genossen der ehemaligen Mehrheit, die von Beginn an oder im Verlauf des letzten Jahres erhebliche Distanz zu diesem bündnispolitischen Experiment entwickelten, sich bisher nicht öffentlich zu Wort gemeldet haben. Dabei ist es dringend geboten, die Tätigkeit in der PDS überhaupt und die Art und Weise dieser Arbeit im Besonderen zur Diskussion zu stellen und aus dem überholten Mehrheit/Minderheit-Streit herauszuholen.

Nach meiner Einschätzung sind die mit der PDS-Arbeit verbundenen Hoffnungen hinsichtlich einer neuen Vernetzung der westdeutschen Linken bereits mit dem BVG-Urteil vom September 1990 zur Trennung der Wahlgebiete gescheitert. Es war im vergangenen Sommer nicht die Attraktivität der PDS, die den größeren Teil der Interessierten am Projekt Linke Liste zusammenführte. Im Vordergrund stand eine verständliche Protesthaltung, bei aller und reichlicher Kritik an der Nachfolgepartei der SED dem bürgerlichen Staat nicht zu gestatten, jede linke Opposition umstandslos platt zu machen. Nicht der Gedanke auf Erneuerung, sondern kurzfristige Zwecküberlegungen bestimmten den eh bescheidenen Zulauf im Sommer. Dieses Interesse flaute mit dem BVG-Urteil jäh ab. Die parlamentarische Präsenz der PDS war absehbar und der größte Teil der Linken wollte sich dann doch lieber der als notwendig betrachteten inhaltlichen Diskussion zuwenden. Das Ergebnis ist bekannt: die PDS-West ist mausetot (es gehört zu den vertrauten Absonderlichkeiten, daß die PDS einerseits lautstark über die finanziellen Beeinträchtigungen klagt und sich gleichzeitig hochbezahlte Funktionäre für Kleinstgruppen namens Landesverband leistet).

Wie stellt sich die Situation in Ostdeutschland dar? Ist die PDS mehr als ein sozialpädagogischer Verband zur abgefederten Überführung ML-geprägter Altmitglieder und schnellgewendeter Befürworter von Marktwirtschaft und bürgerlicher Demokratie? Mit einer klaren Beantwortung will ich zurückhaltend sein, weil mir die eigene Anschauung fehlt. Es gibt jedoch wenig Anlaß, den vielfältigen Reise- und Arbeitsberichten von Linksradikalen ebenso wie von Gewerkschaftern zu mißtrauen, die sich in ihrem Urteil hinsichtlich der realen politischen Bedeutung der PDS gleichen: Der Wert der PDS in der außerparlamentarischen politischen Auseinandersetzung liegt weit unterhalb ihrer letzten Wahlergebnisse.

Auf Grund dieser Fakten und Tendenzen sehe ich inzwischen die PDS-Tätigkeit als Kraftvergeudung an. Sicher, einige Genossinnen und Genossen des ehemaligen KB verdienen dort Geld - aber was ist der politische Nährwert dieses Broterwerbs? Eine strategische Linie ist jedenfalls nach den letzten Veröffentlichungen im ak überhaupt nicht mehr erkennbar. Es wäre erhellend, wenn beispielsweise der

Genosse He. erläutert, warum inzwischen die Bewahrung organisierter Strukturen einen Wert an sich darstellen soll, wie er im letzten ak schreibt. Oder die Genossinnen des ehemaligen KB, die in der Hauptstadt-Abstimmung für Berlin gestimmt haben, könnten doch den ak mal als Forum nutzen, um der interessierten linken Öffentlichkeit mitzuteilen, was für dieses Verhalten ausschlaggebend war und was sie der von Hr. in seinem ak-Artikel dokumentierten nationalen Argumentation in der PDS entgegengesetzt haben.

Fo.

Zufall?

Betr.: "Zwischen Orient und Okzident" in ak Nr. 332

Sehr geehrte Damen und Herren,

durch Zufall bekam ich die Nr. 332 des ak in die Hände und las den Algerien-Artikel "Zwischen Orient und Okzident". Hervorragend!

Seit über zehn Jahren verfolge ich das Geschehen in Algerien mit Interesse und Anteilnahme.

Auf zahlreichen Reisen und aus vielen Gesprächen mit dortigen Freunden aus den verschiedensten sozialen und ethnischen Bevölkerungsgruppen und politischen Lagern konnte ich die wirtschaftliche und soziale Destabilisierung des Landes und damit einhergehend die politisch-religiöse Radikalisierung (insbesondere in großen Teilen der perspektivlosen Jugend) in ihrer Entwicklung über die Jahre beobachten.

Es hat mir daher große Freude gemacht, diese außerordentlich fundierte und trotz der thematischen Komplexität sehr differenzierte Darstellung zu lesen. Über die Entwicklung und aktuelle Situation Algeriens habe ich seit langem nichts vergleichbar Gutes gelesen. Gratulation!

Karl G., Bremen

50. "Aus einer kleinen Anregung das Dokument einer Epoche schaffen." Zum Tode von Axel Eggebrecht

Rubrik: Medien; Geschichte der Kommunisten; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak333/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:43

Todesanzeigen haben oft etwas Unsägliches - vom Leben Verstorbener ist in ihnen wenig zu lesen. In diesem Fall war der Verstorbene zweifellos "eine der großen Persönlichkeiten der deutschen Publizistik". Aber kein Hinweis darauf, daß der im Juli gestorbene Axel Eggebrecht Mitarbeiter der "Weltbühne" war und daß diese Mitarbeit seine publizistischen und politischen Vorstellungen entscheidend geprägt hat. Auch die "Vernunft" und "Aufklärung" des Verstorbenen wird so abstrakt gelobt, daß sie in jede Gedenkstunde passen würde. Statt dessen wird wieder einmal das Bild der Medienstadt Hamburg beschworen, in das sich der Verstorbene - glaubt man der Anzeige - widerspruchslos einfügen ließ. In seinem Essay zum Weltbühnen-Reprint 1979 hatte Axel Eggebrecht über die "Weltbühne" geschrieben: "Die Leute, die sich einst um die Weltbühne scharten, waren natürlich keine Hellseher; aber alles in allem etwas weniger blind als viele ihrer Zeitgenossen. Das machte sie unbequem und verhaßt." Und abschließend: "Es sieht so aus, als bestehe auch heute, gerade heute ein Bedarf an solcher Publizistik."

"Große Journalisten können", so umriß Axel Eggebrecht 1948 in einer Sendung des damaligen NWDR seine Position, "aus einer kleinen Anregung vielleicht die gültige Formulierung einer Zeitfrage: das bleibende Dokument einer Epoche" schaffen. In diesem Zusammenhang nannte er Namen, deren literarisch-publizistische Vorstellungen für ihn zum Vorbild wurden: Jacobsohn, Ossietzky, Kerr, Kisch, Voltaire und Zola. Gerade der Hinweis auf Voltaire war charakteristisch für Axel Eggebrechts Selbstverständnis; er verstand sich als Aufklärer in der Tradition der Voltaire und Diderot - heutzutage "ein tollkühner Optimismus", wie er selbstironisch meinte.

Nach 1945 sah er besonders im Rundfunk, den er nach eigener Aussage anfangs gering geschätzt hatte, "ein ideales Instrument des Literaten, der unmittelbar auf die Umwelt Einfluß nehmen will". Ausschlaggebend für diese Entscheidung waren die wenig ermutigenden Erfahrungen, die er bei der Aufklärungsarbeit mit Kriegsgefangenen in Schleswig-Holstein machen mußte. Literarische Leseabende und politisches Kabarett stießen auf wenig Resonanz. Über diese Erfahrung schrieb er in seiner Autobiographie "Der halbe Weg. Zwischenbilanz einer Epoche": "Schon hatte die große Verdrängung begonnen, dieser bedenkliche Prozeß, der in den folgenden Jahren die übliche Haltung der Deutschen bestimmte. Dagegen war mit netten literarischen Spielchen wenig auszurichten. Mir dämmerte, daß es geduldiger und behutsamer Anstrengungen bedürfen würde, die fatale Gleichgültigkeit zu durchbrechen. Da sah ich eine Aufgabe für mich ..."

Ein "bleibendes Dokument der Epoche" hat Axel Eggebrecht mit seiner Autobiographie "Der halbe Weg. Zwischenbilanz einer Epoche" geschrieben. Beim Lesen der Autobiographie überrascht die Ehrlichkeit, mit der der Autor zunächst seine "Irrwege" schildert: Kindheit und Jugend eines "Bürgersohns", der 1917 aus Abenteuerlust an die Front geht, schwer verwundet überlebt, ein paar Semester lustlos studiert und dann - noch immer aus Abenteuerlust und Perspektivlosigkeit - in einem studentischen Freikorps am Kapp-Putsch teilnimmt. Eine Jugend, die kein Einzelfall blieb, sondern "charakterisch (war) nicht nur für meinen damaligen Zustand, sondern für die Ahnungslosigkeit, mit der junge Leute von meiner Herkunft sich in abenteuerliche Unternehmungen verstrickten ..." Charakteristisch für viele Intellektuelle seiner Generation ist auch die Mischung aus Protest gegen das Elternhaus, anarchistischen Neigungen und der Suche nach einem persönlichem Halt, die einige von ihnen schließlich zum Kommunismus führt. So beispielsweise auch den jungen Johannes R. Becher, der nach Drogensucht und Selbstmordversuch im Kommunismus Halt findet. Beide - Becher und Eggebrecht - sind einander übrigens in den 20er Jahren begegnet. Axel Eggebrecht schreibt über seinen "Übertritt zum Kommunismus": "Ich hatte bis dahin an nichts geglaubt, jetzt wollte ich glauben, an Marx, an Lenin, an den historischen Materialismus." Sprach Becher von der "Welt-Verlorenheit", aus der ihn der Beitritt zum Kommunismus rettete, so Axel Eggebrecht von der "verschwommenen Sehnsucht", die ihn zur KPD führte und von dem "Glücksgefühl", zur "Gemeinschaft der Auserwählten der Erde" zu gehören.

Die weiteren Stationen seines Lebens lesen sich geradezu atemberaubend: Die Erfahrungen des Bürgersohns mit den proletarischen Genossen in Berlin-Wilmersdorf; das "romantische Hirngespinst", er könne sich "in eine

Art Proletarier verwandeln", wenn er Arbeiten als Kofferträger oder Aushilfsarbeiten in Hotels ausführte. Schließlich nimmt er eine Arbeit als Packer an - beim Malik-Verlag, eine Arbeit, die die proletarischen Genossen als "Marotte" des Bürgersohns abtun.

Die Berichte über die Treffen seiner KPD-Zelle schildern die kurze Hoffnung auf die Revolution Anfang der zwanziger Jahre, eine Hoffnung, die bei vielen Arbeitern schnell in Resignation umschlägt. Die Treffen werden zunehmend von den "täglichen Sorgen überschattet". "Daß in den Lohntüten Zehntausend-Mark-Schei- ne auftauchten, interessierte mehr als Flugblätter und Broschüren über die allerneueste taktische Linie der Partei."

Axel Eggebrechts Lebensbericht enthält eine erstaunliche Fülle von Ereignissen und Begegnungen: Das "bunte Treiben" im Malik-Verlag, die Diskussionen in der Berliner KPD-Zentrale, an der auch Bucharin und Radek einmal teilnehmen, Kneipengespräche im Kreis um Ruth Fischer, die Begegnung mit Münzenberg, in dessen Auftrag der Autor zweimal die UdSSR bereist und schließlich die Teilnahme am V. Weltkongreß der Dritten Internationale 1924 in Moskau. Dem "unverdienten Glück" über die Aufgabe, im Auftrag Münzenbergs ein Filmdokument über den Kongreß herzustellen, folgt die "Ernüchterung" über den Verlauf des Kongresses und der Entschluß, die KPD zu verlassen. Es ist ein Abschied ohne Groll: Er betrachtete die Genossen "nun aus kritischer Distanz - dennoch gehörte ich noch immer zu ihnen. Ob sie es wollten oder nicht, ihr Verbündeter würde ich bleiben."

In den folgenden "fünf glücklichen Jahren" findet Axel Eggebrecht dann seine "geistige Heimat": die "Weltbühne". Ermuntert durch Tucholsky und Siegfried Jacobsohn schreibt er den ersten Artikel für die "Weltbühne" über seine Reisen in die UdSSR: "Die russische Wirklichkeit", eine wahre Hymne auf Sowjetrußland, die mit den nachdenklichen Worten endet: "Wir sollten versuchen, den russischen Weg recht genau kennenzulernen. Nicht das Paradies auf Erden da drüben zu suchen. Vorläufig werden wir das dort auch nicht finden. Wie kämen wir in einer zerstückelten und müden Welt dazu, mit einem Schlage das Paradies zu verlangen?"

Neben journalistischen Arbeiten erschienen in diesen Jahren der Roman "Leben einer Prinzessin" und der inzwischen berühmt gewordene, von Kurt Tucholsky überschwenglich gelobte Band "Katzen ... Erzählungen, Essays und kurze Impressionen ... von dem einzigen Tier, das mit uns lebt, ohne sich zu unterwerfen".

Nach den glücklichen folgten die "bitteren" Jahre: das Ende der Weimarer Republik, drei "Aufenthalte" in Konzentrationslagern, Schreibverbot. Bei der Ufa fand Axel Eggebrecht schließlich eine Arbeit als Drehbuchautor. Von diesen zwölf Jahren spricht er als von einem "endlosen Wartezustand", von der Schwierigkeit, nicht den "geistigen Scheintod" zu sterben. Eine nüchterne realistische Darstellung im Gegensatz zu vielen anderen, in denen das Leben in dieser Zeit beschönigend zur "inneren Emigration" hochstilisiert wurde, eine Bezeichnung, die Axel Eggebrecht ablehnte. "Sie mißfällt mir, denn da wird ein meist unberechtigter Anspruch auf Aktivität erhoben; etwa von manchen meiner Berufskollegen, die weiter publizierten und ihre Seele zu salvieren meinten, wenn sie hier und da eine zweideutige Floskel einschmuggelten, in der Hoffnung, das Publikum würde zwischen den Zeilen lesen."

Bereits Mitte 1945 wird Axel Eggebrecht "Redakteur der ersten Stunde" für Radio Hamburg. Er verfaßt Hörspiele und Features und kämpft in den Berichten über den Bergen-Belsen-Prozeß 1946 bis 1948 und im 1965 geschriebenen "Abschlußbericht über den Auschwitz-Prozeß in Frankfurt/Main" gegen die "große Verdrängung" der faschistischen Vergangenheit.

Gegen Ende des Lebens hat Axel Eggebrecht alle, die jetzt seine demokratische und kritische Haltung in Nachrufen loben, mit seinem Engagement für die PDS auf die Probe gestellt, die fast jeder mit Schweigen quittierte.

ge., Hamburg

51. Quelldatei 59.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak333/59.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:333:59

KALENDER

Schwestern, vergeßt uns nicht

Vom 26. August bis 5. September findet im Haus der Jugend in Wuppertal-Barmen eine Ausstellung statt zum Thema: Frauen im Konzentrationslager Moringen, Lichtenburg und Ravensbrück. Die Ausstellung wurde vom Studienkreis Deutscher Widerstand in Zusammenarbeit mit der VVN-Bund der Antifaschisten organisiert, mit Unterstüzung der Gleichstellungstelle für Frauenfragen, Wuppertal und dem Haus der Jugend, Barmen. Im Rahmen der Ausstellung werden Waltraud Blass und Hermine Schmidt, Überlebende aus dem KZ Ravensbrück, über Widerstand, Verfolgung und über den Prozeß um Entschädigung für Zwangsarbeit gegen den Siemens-Konzern berichten. Die Veranstaltung findet statt am 28. August, 19 Uhr im Haus der Jugend, Barmen. Am 4. September, 19 Uhr, am gleichen Ort, soll auf einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung über die "Carl-Friedrich-von Siemens Stiftung" - Denkfabrik der "Neuen Rechten" - informiert werden. Referent: Peter Kratz, Bonn. Nähere Infos über: VVN-Bund der Antifaschisten, Kreisvereinigung Wuppertal, c/o Marianne Hecht- Wieber Breite-Str. 111, 5600 Wuppertal 21, Tel.: 0202/461227.

Buko-Seminar "Rassismus"

Das Buko-Seminar "Rassismus findet vom 27. bis 29. September in der Nähe von Bremen statt. Genauer Tagungsort und ReferentInnen werden noch bekanntgegeben. Auf dem 15. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) ist der Vorschlag entstanden, einen eigenen Arbeitsschwerpunkt Rassismus einzurichten. Die 3. Welt- und Internationalismus-Arbeit soll mit der Arbeit gegen Rassismus und Eurozentrismus inhaltlich und strukturell verknüpft werden. So soll das Thema Rassismus z.B. in der Kampagne 1992 zu EG-Binnenmarkt und conquista eine wichtige Rolle spielen. Zwischen Leuten aus dem BUKO-Spektrum, die an Anti-Rassismus-Arbeit Interesse haben und zwischen Flüchtlings- und ImmigrantInnengruppen sowie anderen Interessierten soll eine Koordinationsstruktur aufgebaut werden. Ziel ist es, die Arbeit der Internationalismus- und der Flüchtlingsbewegung stärker zusammenzubringen und vor allem das Thema Rassismus in 3. Welt-Gruppen stärker zu verankern. Die Diskussion um den Themenbereich Asyl/Rassismus/Nationalismus soll bei dem Seminar gleichberechtigt neben der Debatte um praktisch-strukturelle Konsequenzen und Umsetzungsmöglichkeiten stehen. Auf keinen Fall soll allerdings eine Parallelstruktur zu bereits bestehenden Zusammenschlüssen im Anti-Rassismus-Bereich aufgebaut werden. Neben BUKO-Gruppen sind grundsätzlich alle eingeladen, die sich für den Aufbau des BUKO-Arbeitsschwerpunktes Rassismus interessieren. Anmeldung und Infos über: Aktion 3. Welt e.V., Merzig-Wadern, c/o AG Asyl/Rassismus, Weiskircherstr. 24, 6646 Losheim, Tel.: 06872/6982. Anmeldeschluß: Freitag, 13. September.

Widerstand gegen Landesparteitag der Republikaner in Gummersbach

Am Samstag, den 7.September findet ab 9 Uhr in der Stadthalle in Gummersbach der Landesparteitag der rechtsradikalen Republikaner statt. Der Parteitag konnte im Vorwege nicht verhindert werden. Einige Organisationen wollen auf dem Bismarckplatz demonstrieren. Ein Kreis von AntifaschistInnen ruft zum Widerstand direkt am Ort des Geschehen auf. Treffpunkt: 8 Uhr, Stadthalle.

Beratungstreffen für eine Aktion gegen den Weltwirtschaftsgipfel 1992 in München

Vom 6. bis 7. Juli 92 findet in München der Weltwirtschaftgipfel (WWG) statt. Der Arbeitskreis WWG-München ruft auf zu einem überregionalen Beratungstreffen, auf dem über Vorstellungen für eine inhaltliche und praktische Mobiblisierung gegen den WWG diskutiert werden soll. Das Treffen findet statt am Samstag den 29. September 91 um 13 Uhr im KOMM, Nürnberg. Infos: AK WWG, c/o Infoladen München, Breisacherstr. 12, 8000 München 80 (Anmeldung und Schlafplatzvermittlung). Es gibt eine eigenständige Frauenorganisierung. Das erste überregionale Plenum findet statt am Samstag, den 16. September um 13 Uhr im KOMM, Nürnberg. Infos: Koordinierungsbüro, c/o Werkhaus, Leonrodstr. 19, 8000 München 19.